Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Peer Pasternack

25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015

101

HoF-ARBEITSBERICHTE

Peer Pasternack: **25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015** (HoF-Arbeitsbericht 101). Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2016, 92 S. ISSN 1436-3550. ISBN 978-3-937573-54-0. Online unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_101.pdf

Wissenschaftspolitik umfasst in ihrem Kern die Forschungs- und die Hochschulpolitik. In diesen beiden Policy-Feldern werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für die inhaltlichen Leistungserbringungen der Wissenschaft schaffen und erhalten. Wie gelang dies in einem wiedergegründeten Land zunächst unter Transformationsbedingungen, dann unter Transformationsfolgewirkungen, d.h. unter Bedingungen weiträumigen wirtschaftlichen Niedergangs mit anschließender Re-Stabilisierung auf niedrigem (Produktivitäts-)Niveau, massiven demografischen Verwerfungen und haushalterischer Dauerkrise? Einleitend wird die Funktionsweise der Wissenschaftspolitik – Akteure, Adressaten und Funktionslogiken sowie Instrumente, Prozesse und Interaktionen – generell beschrieben und ins Verhältnis zur Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt gesetzt. Im Anschluss finden sich die zentralen wissenschaftspolitischen Entwicklungen der zurückliegenden 25 Jahre in Sachsen-Anhalt anhand ihrer prägenden Konkurrenzen und Konflikte verdichtend resümiert: die Abwicklungen und Strukturumbauten ab 1990, der Halle-Magdeburg-Dualismus, die Dauerhochschulreform, die Hochschulfinanzierung und die Frage nach der Relevanzorientierung der Wissenschaft. Abschließend werden Handlungsoptionen für zwei zentrale Herausforderungen formuliert: Nachwuchsförderung und Karriereaussichten zum einen und Kooperationsplattformen zum anderen. Ergänzt wird die inhaltliche Darstellung durch eine annotierte Bibliografie der Literatur zur Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt 1990-2015.

Science policy in its core includes research and higher education policy. Decision-making and implementation in both policy areas shape and maintain the framework of the scientific work itself. How did this succeed in a newly-formed German state initially under conditions of transformation later facing the aftereffects of this transformation: profound economic decline with subsequent re-stabilization at a low (productivity) level, massive demographic shifts and a long-term crisis of public budget? The study begins with a general description of the functioning of science policy – actors, addressees and functional logics as well as instruments, processes and interactions – and applies it to the case of science policy in Saxony-Anhalt. The subsequent analysis comprehensively summarizes the central scientific policy developments over the past 25 years in Saxony-Anhalt on the basis of their formative competitions and conflicts: liquidation of institutes and transformations of structures from 1990, the dualism Halle – Magdeburg, university funding and the question of a practical orientation of science. Finally, possible options for taking action are formulated for two key challenges: on the one hand, the promotion of young researchers and their career prospects, on the other hand, cooperation platforms. The study is supplemented by an annotated bibliography of the literature on the science policy in Saxony-Anhalt 1990-2015.

Inhalt

Zentrale Ergebnisse ... 5

1 Grundlegung: Wissenschaftspolitik als Governance ... 9

1.1 Akteure, Adressaten und Funktionslogiken ... 10
Exekutive und Legislative ... 10
Adressierter Bereich: Die wissenschaftliche Leistungsebene ... 11
Intermediäre Strukturen ... 13
Konkurrierende Funktionslogiken ... 14

1.2 Instrumente, Prozesse, Interaktionen ... 15
Problembearbeitungsprozesse ... 15
Governance ... 17
Instrumente und Prozeduren ... 19

2 Prägende Konkurrenzen und Konflikte ... 24

2.1 Transformation: Umbauten ab 1990 ... 24
Personalumbau ... 25
Strukturumbau ... 28
Strukturkorrekturen seit den 2000er Jahren ... 34

2.2 Der Halle-Magdeburg-Dualismus ... 35
Wissenschaftsstandort Halle (Saale) ... 35
Wissenschaftsstandort Magdeburg ... 36
Zwei Wissenschaftsräume ... 37

2.3 Dauerhochschulreform ... 38
Studienstrukturreform ... 39
Weitere Hochschulreformen ... 42

2.4 Hochschulfinanzierung als Dauerkonflikt ... 43
Input ... 43
Output ... 47
Der Hochschulstreit 2013 ... 49

2.5 Qualitätsorientierung versus Relevanzorientierung ... 50
Die Programmkonkurrenz ... 51
Kopplungsstrukturen ... 52
Beispiel: Grüne Technologien ... 53

3 Fazit und Ausblick ... 55

3.1 Strukturen, Problemlagen und unausgeschöpfte Ressourcen ... 55

3.2 Handlungsoptionen ... 57
Nachwuchsförderung und Karriereaussichten ... 58
Kooperationsplattformen ... 59

Annotierte Bibliografie: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt 1990–2015 63

1. Landesebene 63
Wissenschaftsstrukturen, Wissenschaftspolitik, Hochschulrecht 63
Studiennachfrage, Hochschulbildung 66
Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellungsfragen 68
Hochschulen und Region 69
Forschung an Hochschulen 70
Industrieforschung, Technologietransfer und Innovationspolitik 71
Wissenschaftsinfrastrukturen 72

2. Orte und Einrichtungen 73
Halle-Wittenberg 73
Magdeburg 80
Sonstige Orte und Einrichtungen 83

Literaturverzeichnis 87

Verzeichnis der Übersichten 92

Zentrale Ergebnisse

I.

Politik generell ist in der Demokratie der Prozess des Erzeugens kollektiv verbindlicher Entscheidungen. **Wissenschaftspolitik** bezeichnet die staatlichen Maßnahmen, mit denen Wissenschaft gefördert und beeinflusst werden soll – und darüber kollektiv verbindliche Entscheidungen zu generieren, ist das Alltagsgeschäft der wissenschaftspolitischen Akteure. Inhaltlich umfasst die Wissenschaftspolitik in ihrem Kern **zwei Sektorpolitiken**: die Forschungs- und die Hochschulpolitik. In diesen beiden Policy-Feldern werden die wesentlichen Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für die inhaltlichen Leistungserbringungen der Wissenschaft schaffen und erhalten. **Überlappungen** bestehen zur Innovationspolitik, die sich mit Technologie- und Wissenstransfer befasst, sowie zur Bildungspolitik, die bildungsstufenübergreifend die Prozesse der allgemeinen Bildung und der beruflichen Qualifikation organisiert. **Gegenstände der Wissenschaftspolitik** sind die Förderung der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung sowie der Studierendenausbildung.

Wie in jedem Politikfeld, so ist auch in der Wissenschaftspolitik vor allem zwischen der **Policy-Ebene** und der **Leistungsebene** zu unterscheiden. Auf letzterer werden die eigentlichen inhaltlichen Leistungen erbracht, also Studiengänge realisiert, Wissen produziert sowie das Forschungswissen in außerwissenschaftliche Anwendungskontexte überführt. Auf der Policy-Ebene dagegen werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für diese inhaltlichen Leistungserbringungen schaffen und erhalten. Wie gelang dies in einem wiedergegründeten Land zunächst unter Transformationsbedingungen, dann unter Transformationsfolgewirkungen, d.h. unter Bedingungen weiträumigen wirtschaftlichen Niedergangs mit anschließender Re-Stabilisierung auf niedrigem (Produktivitäts-)Niveau, massiven demografischen Verwerfungen und haushalterischer Dauerkrise?

Der Adressierungsbereich der Wissenschaftspolitik – die Wissenschaft – ist aus funktionalen Gründen vergleichsweise steuerungsresistent und daher wissenschaftspolitischen Interventionen nur eingeschränkt zugänglich. Deshalb lassen sich die **Funktionen der Wissenschaftspolitik** normativ so beschreiben, dass diese darauf zielen sollte, für das wissenschaftliche Leistungssystem im politischen Raum

- förderliche Rahmenbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen, um
- vorhandene Stärken sichern und Chancen nutzen sowie
- bestehende Schwächen und Risiken bearbeiten zu können.

Alltagssprachlich formuliert, sind in der Wissenschaftspolitik fortwährend zwei Fragen zu beantworten: Wie können die nötigen Umstände und glücklichen Zufälle, um wünschenswerte Ziele in der Wissenschaft zu erreichen, wahrscheinlicher (gemacht) werden? Und wie können hinderliche Umstände und Zufälle unwahrscheinlicher (gemacht) werden?

II.

In Sachsen-Anhalt wird seit 1990 eine Wissenschaftspolitik realisiert, die weitgehend von sachlichen Anforderungen bestimmt ist, d.h. nur wenige Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Zusammensetzungen der wechselnden Landesregierungen erkennen lässt. Doch trotz dieser im ganzen nur geringen wissenschaftspolitischen Differenzen war die sachsen-anhaltische Wissenschaftspolitik der letzten 25 Jahre wesentlich **konfliktbestimmt**. Die Konflikte bestanden indes weniger im politischen Raum selbst, sondern vornehmlich zwischen der Policy-Ebene und der wissenschaftlichen Leistungsebene.

Das wesentliche in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik eingesetzte Governance-Instrument war die Normen- und Regelsetzung. Weitere typische Governance-Instrumente, die zur Anwendung kamen, waren und sind die Hochschulfinanzierung, Verhandlungen zwischen den Beteiligten und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sowie Beratung durch Experten in Gestalt von Kommissionen:

■ Die sachsen-anhaltische **Normen- und Regelsetzung** – qua Gesetzen, insbesondere dem Hochschulgesetz, und Verordnungen – bewegt sich im bundesdeutschen Mainstream: Überregional auffällig geworden ist die sachsen-anhaltische Gesetzgebung zum Wissenschaftsbereich in den letzten 25 Jahren nicht. Ausnahmen davon waren lediglich zwei Regelungen anfangs der 90er Jahre: die Promotionsmöglichkeit für FH-AbsolventInnen und die Festsetzung der Lehrdeputate für FH-ProfessorInnen auf 16 (statt 18) Semesterwochenstunden.

■ Anders verhält sich dies bei der **Hochschulfinanzierung**. Diese war über die Jahre permanenter Gegenstand von Konflikten zwischen Landesregierung und Hochschulen. Setzt man allerdings die aktuellen Hochschulausgaben ins Verhältnis zu sozioökonomischen Referenzdaten, so ergeben sich Überraschungen: Bei den

Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für die Hochschulen ist Sachsen-Anhalt der Spitzenreiter unter den ostdeutschen Flächenländern mit 212 Euro (Bundesdurchschnitt 224 Euro). Beim Anteil der Hochschulfinanzierung am BIP ist das Land, neben Berlin, gar bundesdeutscher Spitzenreiter mit einem Wert von 0,9 Prozent (Bundesdurchschnitt: 0,7 Prozent). Diese beiden Werte sind allerdings weniger auf sehr hohe Hochschulausgaben, sondern mehr auf die geringe Einwohnerzahl und das niedrige BIP zurückzuführen. Immerhin aber zeigt insbesondere der Anteil der Hochschulfinanzierung am BIP an, dass Sachsen-Anhalt im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durchaus beachtliche Anstrengungen unternimmt, seine Hochschulen zu finanzieren.

■ **Verhandlungen** zwischen den Akteuren sind dauerhaft institutionalisiert zum einen in Gestalt der sog. Hochschulrunde (früher „Rektorendienstberatung“) mit dem Minister, die in der Regel monatlich stattfindet, zum anderen in den Verhandlungen über die Zielvereinbarungen, die erstmals 2003 zwischen Landesregierung und Hochschulen abgeschlossen wurden. Sie enthalten jeweils Festschreibungen mehrjähriger Hochschulbudgets bzw. Budgetentwicklungen und inhaltliche Zielsetzungen. Eine systematische Evaluation der Zielerreichungen gab es bisher nicht.

■ Die **Beratung durch Expertenkommissionen** ist ein über die Jahre immer wieder genutztes Instrument geworden. Insgesamt waren fünf Expertengremien mit jeweils ähnlichen Aufträgen beauftragt worden. Prüfungen der Effekte dieser Beratungen liegen bislang nicht vor.

III.

Das auf diese Weise aufgebaute und im wesentlichen über die Jahre und haushaltspolitischen Verwerfungen hin auch gesicherte Wissenschaftssystem weist einige **strukturelle Neuerungen und Besonderheiten** auf, erfuhr aber auch zwischenzeitliche **Korrekturen**:

- Aufgrund regionalpolitischer Erwägungen wurden auch Regionen mit Fachhochschulen ausgestattet, die zuvor über keine Hochschule verfügten: Nordharz, Altmark und Dessau.
- So verfügt Sachsen-Anhalt heute über zehn Hochschulen, davon acht staatlich unterhaltene, die sich auf 14 räumliche getrennte Einrichtungen verteilen. Ein Spezifikum ist, dass drei der vier Fachhochschulen an mindestens zwei Sitzorten präsent sind.
- Mit der Verwaltungsfachhochschule in Halberstadt wurde zunächst eine landesverwaltungsinterne Hochschule gegründet. Das widersprach dem seinerzeitigen Stand der bundesweiten Diskussion. 1998 wurde diese Strukturentscheidung durch Integration in die Hochschule Harz korrigiert. Im Innenressort verblieben ist bis heute die Fachhochschule der Polizei in Aschersleben.
- Die Beibehaltung zweier universitätsmedizinischer Standorte in Halle und Magdeburg bedeutete, dass Sachsen-Anhalt eine (vergleichsweise teure) Hochschulmedizin über den eigenen Bedarf hinaus unterhält.
- Der Euphorie der Aufbaujahre war geschuldet gewesen, dass auch zwei ingenieurwissenschaftliche Universitätsstandorte (2004 dann korrigiert) und zwei Lehrerbildungsstandorte (Halle und Magdeburg, 2004 teilweise korrigiert) sowie eine Reihe von Fächerdoppelungen installiert wurden. Begünstigend wirkte für solche Entscheidungen immer auch die beträchtliche Nord-Süd-Ausdehnung des Landes.
- Sachsen-Anhalt verfügt mit Wittenberg über einen historischen Universitätsstandort, der seit 1817 keine universitären Einrichtungen mehr beherbergte. Daher wurde 1994 dort die Stiftung Leucorea gegründet.
- Eine Besonderheit stellt der Umstand dar, dass die in Halle ansässige Akademie der Naturforscher Leopoldina 2008 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde.
- 1992 war das Hochschulsystem auf eine Kapazität von 44.000 flächenbezogenen Studienplätzen ausgerichtet worden. Zugleich hatte das Land seit 1995 nicht mehr die Mittel zur Verfügung gestellt, um die dafür erforderlichen Stellenpläne finanzieren zu können. Inzwischen sind 33.000 Studienplätze als auszufinanzierende Größe definiert. Auf diesen studieren derzeit rund 55.000 Studierende.
- Ebenfalls eine Besonderheit ist, dass Sachsen-Anhalt bis heute eines der wenigen Bundesländer ohne private Hochschulen ist.
- Schließlich waren die Hochschulen in den 1990er Jahren politisch ermuntert worden, An-Institute zu gründen. Im Ergebnis verfügt Sachsen-Anhalt heute mit 67 Einrichtungen, davon drei außerhalb des Landes, über die bundesweit höchste Dichte an An-Instituten.

Nimmt man die Ausstattung mit außeruniversitären Forschungsinstituten der Forschungsorganisationen hinzu – drei Max-Planck-Institute, drei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, fünf Zweigstellen von zwei Helmholtz-Zentren, fünf Leibniz-Institute und drei Bundesforschungseinrichtungen –, so kann das sachsen-anhaltische Institutionensystem insgesamt als eine **gut bestückte Wissenschaftslandschaft** gekennzeichnet werden. Sie muss einen überregionalen Vergleich nicht scheuen. Zugleich heißt das: Strukturell dürften die Chancen ausgereizt sein, mit Neugründungen oder -ansiedlungen ist wohl kaum zu rechnen. Es gilt folglich, mit dem Vorhandenen klug umzugehen.

IV.

Anhand der **prägenden Konkurrenzen und Konflikte** lässt sich die Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt so verdichten, dass sich die Darstellung nicht in der Nachzeichnung von Aspekten verliert, die nur tagespolitisch relevant gewesen waren. Damit kön-

nen die 25 Jahre Wissenschaftspolitik in einem rezipierbaren Umfang resümiert werden, und zugleich lässt diese Darstellungsweise etwas von den phasenweise dramatischen Zuspitzungen aufscheinen, die zu ignorieren die Darstellung unvollständig machte. Die prägenden Konkurrenzen und Konflikte waren und sind:

■ Die **Abwicklungen und Strukturumbauten ab 1990**: Zunächst wurde ein grundlegender Systemumbau ingang gesetzt, der sich in drei Dimensionen entfaltete: (1) Personalumbau, bestehend aus der Personalstruktur-Neugestaltung und Personalüberprüfungen, (2) strukturelle Anpassung an das normsetzende westdeutsche Wissenschaftssystem sowie (3) inhaltliche Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs. In den 2000er Jahren wurden dann einige Strukturanpassungen vorgenommen.

■ Der **Halle-Magdeburg-Dualismus**: Begünstigt durch die erhebliche Nord-Süd-Ausdehnung Sachsen-Anhalts, aber auch historisch bedingt – zuletzt in den DDR-Jahrzehnten durch die Trennung in die Bezirke Halle und Magdeburg –, haben sich zwei Wissenschaftsräume Nord- und Süd-Sachsen-Anhalt herausgebildet. Diese werden am deutlichsten erkennbar, wenn die Kooperationsdichte zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrachtet wird. Kooperationen zwischen einer der beiden Universitäten Halle und Magdeburg und außeruniversitären Instituten am jeweils anderen Ort stellen Ausnahmen dar.

■ Die **Dauerhochschulreform**: Nachdem die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre neu geordnet war und noch während erste Konsolidierungen der neuen Strukturen betrieben wurden, kehrte keine Ruhe ein, sondern Hochschulreformen. Dies hat sich zur Hochschuldauerreform verdichtet. Seit Ende der 1990er Jahre haben sich die allgemeinen Trends der bundesweiten Hochschulreform auch in Sachsen-Anhalt durchgesetzt, ohne dass das Land dabei den Ehrgeiz entwickelt hätte, als Vorreiter aufzutreten. Das Reformgeschehen umfasste insbesondere die Studienstrukturreform (Bologna-Prozess), den Aufbau von Qualitätssicherungssystemen (Evaluation, Akkreditierung), eine verstärkte Wettbewerbsorientierung und Differenzierung des Wissenschaftssystems sowie neue Steuerungsmodelle, mit denen sich das Land von Detailsteuerungen entlastet und im Gegenzug Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation in den Hochschulen verlangt. Zentraler Hintergrundkonflikt war dabei immer der Umfang der Hochschulfinanzierung.

■ Die **Hochschulfinanzierung**: Alle hochschulbezogenen Entwicklungen seit 1991 waren dadurch gekennzeichnet, dass die Hochschulfinanzierung ein dauerhaft streitbelastetes Thema zwischen Landespolitik und Hochschulen darstellte. Hierbei sind die bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes miteinander ins Verhältnis zu setzen:

- Die **Grundfinanzierung** der Hochschulen konnte nach einigen Verwerfungen früherer Jahre in den letzten Jahren stabilisiert werden. Nachdem die laufenden Grundmittel (incl. Hochschulmedizin) in den 90er Jahren und erneut von 2004 bis 2009 abgesenkt worden waren, lagen sie 2013 87 Mio Euro bzw. 22 Prozent über dem nominalen Wert von 2004. Im gleichen Zeitraum betrug die Geldentwertung durch Inflation und Personalkostenentwicklung 15 Prozent. Real stiegen damit die laufenden Grundmittel um kalkulatorische 25 Mio Euro, d.h. ein Plus von sechs Prozent gegenüber 2004.
- Da im Zeitraum von 2004 bis 2013 auch eine Zunahme der Studierendenzahlen um knapp sieben Prozent zu verzeichnen war (von 52.439 auf 55.954), reduzierte sich die **Finanzierung pro Student** kaum (nominal im Jahre 2004 7.437 Euro und im Jahre 2013 8.525 Euro, was real, d.h. in Preisen von 2004, einen Rückgang um etwa ein Prozent bedeutet). Das ist um bemerkenswerter, als in zahlreichen anderen Bundesländern im gleichen Zeitraum die preisbereinigten Ausgaben pro Student deutlich zurückgegangen sind – im Länderdurchschnitt um zwölf Prozent. Allerdings ist der Aufwuchs der laufenden Grundmittel in Sachsen-Anhalt von 2004 bis 2013 überwiegend – zu 57 Prozent – aus den Hochschulpaktüberweisungen des Bundes finanziert worden.
- Eine Besonderheit ist, dass Sachsen-Anhalt nahezu nicht (mehr) mit dem Instrument **programmgebundener Förderungen** arbeitet. Mit solchen Finanzierungen versuchen andere Bundesländer, politisch priorisierte Anliegen mit Schubkraft zu versehen. In Sachsen-Anhalt sind sie im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf nur noch wenige (weitgehend mit EU-Strukturfonds-Mitteln ausgestattete) Förderinitiativen heruntergefahren worden.

■ Die Frage nach der **Relevanzorientierung der Wissenschaft**: Das Verhältnis von freier Grundlagenforschung einerseits und anwendungsorientierter Forschung andererseits durchzieht zahlreiche Konflikt- und Konkurrenzanordnungen in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik. Im Kern geht es dabei immer um eine Frage: In welcher Weise und in welchem Umfang soll das Bedürfnis bedient werden, die öffentlichen Mittel mit dem Nachweis eines *return on investment* zu verknüpfen? Beziehungsweise umgekehrt: Wie stark muss Wissenschaft vor einer Funktionalisierung für außerwissenschaftliche Anliegen geschützt werden, um wissenschaftlich erfolgreich sein zu können?

V.

Abschließend werden auf Basis einer Zusammenfassung **zwei zentrale Herausforderungen** thematisiert:

■ **Nachwuchsförderung und Karriereaussichten**: Hinsichtlich des wissenschaftlichen Personals besteht in den Wissenschaftseinrichtungen Sachen-Anhalts eine eingeschränkte Bindungskraft bei besonders leistungsfähigen jüngeren Wissenschaftlern und Wissenschaftle-

rinnen. Zugleich stehen die Hochschulen generell unter dem Druck, dass ihre künftige Entwicklung wesentlich von ihren heutigen Anstrengungen zur Nachwuchssicherung abhängt. Daher erscheinen Initiativen denkbar, Sachsen-Anhalt zu einer Modellregion für wissenschaftliche Nachwuchsförderung und Personalentwicklung zu gestalten – gleichsam eine „Sondernachwuchszone". Diese könnte Chancen schaffen, die andernorts (noch) nicht vorhanden sind und damit den Hochschulen in Sachsen-Anhalt Innovationsgewinne verschaffen. Gegenstand einer entsprechenden Programmförderung kann sein, Fakultäten und Fachbereichen, die systematische und innovative Strategien zur Nachwuchsförderung und Personalentwicklung umsetzen, die sich daraus ergebenden Mehrkosten zu finanzieren. Das Ziel der Strategien bestünde darin zu vermeiden, akademische Mobilität nach einer Qualifikationsstufe auch dann zu erzwingen, wenn es organisationszweckwidrig ist – und also die betreffenden Personen für Sachsen-Anhalt zu sichern.

- **Kooperationsplattformen**: Die institutionelle Struktur des sachsen-anhaltischen Wissenschaftssystems ist – vor dem Hintergrund der Größe des Landes – grundsätzlich komfortabel. Strukturell geht es wissenschaftspolitisch in Sachsen-Anhalt daher vor allem um Bestandssicherung, da Neugründungen oder -ansiedlungen kaum zu erwarten sind. Damit stellt sich die Frage, wie aus dem Bestand heraus etwas entwickelt werden kann, dass bisherige Leistungsfähigkeiten überschreitet. Wenn trotz einer insgesamt komfortablen Struktur z.B. Förderungen in der Exzellenz-Initiative nicht gelingen, kann das qualitative und quantitative Ursachen haben. Beide können durch Zusammenführung von Potenzialen zumindest zum Teil ausgeräumt werden. Kooperationen verursachen Kooperationskosten: Anbahnungs-, Verhandlungs- und Kommunikationskosten in Gestalt von Zeitverbrauch. Hier erschiene es denkbar, das fachliche Interesse bei kooperationswilligen Partnern durch die Finanzierung der kooperationsbedingten Mehrkosten zu stabilisieren. Dies könnte wettbewerblich geschehen, indem sich Kooperationsplattformen um ihre Finanzierung bewerben, und es sollte durch Monitoring begleitet werden, so dass die Weiterförderung durch tatsächliche Kooperationsaktivitäten und -effekte begründet ist.

1 Grundlegung: Wissenschaftspolitik als Governance

Politik generell ist in der Demokratie der Prozess des Erzeugens kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Wissenschaftspolitik bezeichnet die staatlichen Maßnahmen, mit denen Wissenschaft gefördert und beeinflusst werden soll – und darüber kollektiv verbindliche Entscheidungen zu generieren, ist das Alltagsgeschäft der wissenschaftspolitischen Akteure.

Inhaltlich umfasst die Wissenschaftspolitik in ihrem Kern zwei Sektorpolitiken: die Forschungs- und die Hochschulpolitik. Überlappungen bestehen zur Innovationspolitik, die sich mit Technologie- und Wissenstransfer befasst, sowie zur Bildungspolitik, die bildungsstufenübergreifend die Prozesse der allgemeinen Bildung und der beruflichen Qualifikation organisiert. Gegenstände der Wissenschaftspolitik sind die Förderung der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung sowie der Studierendenausbildung.

In Deutschland ist die Wissenschaftspolitik überwiegend bei den Ländern angesiedelt. Der Bund verfügt jedoch über wichtige Kompetenzen. So ist die Regelung des Hochschulzugangs und der -abschlüsse Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 33 GG), die Ausbildungsförderung (BAföG) ist seit 2015 alleinige Bundessache (Art. 1 Nr. 27 25. BAföGÄndG), und die Förderung der außeruniversitären Forschung sowie von Forschungsbauten und Großgeräten an Hochschulen wird bei überregionaler Bedeutung als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe betrieben (Art. 91b Abs. 1 GG). Im Jahr 2014 wurde auch das Kooperationsverbot für Bund und Länder, das gemeinsame Dauerfinanzierungen von Institutionen an Hochschulen untersagte, aufgehoben.

Aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure mit jeweils unterschiedlichen Eigendynamiken kann in Deutschland nicht von einer zentral gesteuerten und kohärenten Wissenschaftspolitik gesprochen werden. Dennoch setzen sich durchaus übergreifende Trends durch. Dies betraf in den letzten beiden Jahrzehnten insbesondere die Studienstrukturreform (Bologna-Prozess), Qualitätssicherungssysteme (Evaluation, Akkreditierung), verstärkte Wettbewerbsorientierung und Differenzierung des Wissenschaftssystems sowie neue Steuerungsmodelle, mit denen sich der Staat von Detailsteuerungen entlastet und im Gegenzug Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation in den Wissenschaftseinrichtungen verlangt. Prägende Konflikte der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart sind in der Wissenschaftspolitik die Hochschulfinanzierung und die Auseinandersetzungen um eine unternehmerisch inspirierte Funktionsweise der Wissenschaftseinrichtungen.

Die (für sich genommen meist legitimen) Eigeninteressen der im Wissenschaftssystem anzutreffenden Akteure können – wie in allen sozialen Situationen – zu Interessenkonflikten führen (vgl. Kunz 2008). Diese äußern sich in Verteilungs-, Macht- und Anerkennungskonkurrenzen und -konflikten: Auseinandersetzungen um begrenzte Ressourcen, die Kommunikation der eigenen Daseinsberechtigung, die Erhaltung oder der Ausbau von Einflussmöglichkeiten, aber auch das Streben nach Anerkennung durch andere Akteure im System. Solche Konflikte sind nicht grundsätzlich problematisch, sondern treiben häufig auch den Wandel von Institutionen voran und können Innovationen fördern (vgl. Dahrendorf 1992).

Interessendifferenzen werden vor allem dann erkennbar, wenn die Wahrnehmung bestimmter Tatbestände als problematisch oder unproblematisch keineswegs einheitlich ausfällt. Die Wissenschaftspolitik bearbeitet solche Differenzen und daraus resultierende Probleme und Konflikte zwischen den Akteuren. Die Interessendifferenzen in der Wissenschaftspolitik können sich auf die Leistungsebene beziehen (etwa auf institutionelle Konkurrenzen um bestimmte Funktionswahrnehmungen) oder innerhalb des Entscheidungssystems bestehen (z.B. durch Kompetenzüberlappungen). Meist jedoch handelt es sich um Differenzen, die beide Ebenen tangieren. In jedem Falle erleichtert deren Kenntnis es, nichtintendierte Handlungsfolgen erklären und das je eigene Handeln auf potenzielle Widerstände abstimmen zu können.

Alltagssprachlich formuliert sind in der Wissenschaftspolitik fortwährend zwei Fragen zu beantworten: Wie können die nötigen Umstände und glücklichen Zufälle, um wünschenswerte Ziele im Adressierungs-

bereich – der Wissenschaft – zu erreichen, wahrscheinlicher (gemacht) werden? Und wie können hinderliche Umstände und Zufälle unwahrscheinlicher (gemacht) werden?

1.1 Akteure, Adressaten und Funktionslogiken

Konflikte zu lösen oder eine befriedende Umgangsweise damit zu entwickeln, gehört zu den wesentlichen Aufgaben jeder Politik. Wenn in der politischen Arena Problemlösungen organisiert werden, dann heißt das akteursbezogen, Interessen und Konflikte zu managen. Dabei müssen Interessenüberlappungen genutzt und Interessendifferenzen ausgeglichen werden – denn unwahrscheinlich ist es, dass ein einzelner Akteur kraft seiner Handlungsfähigkeiten und -orientierungen einen beliebigen Entscheidungs- und Umsetzungsprozess allein bestimmen kann. Stattdessen entstehen Bearbeitungen eines bestimmten Problems typischerweise durch einander überlagernde Entscheidungen mehrerer Akteure, und daneben beobachten Akteure immer auch die Handlungen anderer Akteure und kalkulieren diese in das eigene Handeln ein (Schimank 2010: 96f.).

Wie in jedem Politikfeld, so ist auch in der Wissenschaftspolitik vor allem zwischen der Policy-Ebene und der Leistungsebene zu unterscheiden. Auf letzterer werden die eigentlichen inhaltlichen Leistungen erbracht, also Studiengänge realisiert, Wissen produziert sowie das Forschungswissen in außerwissenschaftliche Anwendungskontexte überführt. Auf der Policy-Ebene dagegen werden Entscheidungen erzeugt und umgesetzt, welche die Rahmenbedingungen für diese inhaltlichen Leistungserbringungen schaffen und erhalten.

Exekutive und Legislative

Bundesweit sind die mit der Wissenschaftspolitik befassten staatlichen Institutionen vor allem das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), die Wissenschaftsministerien der Länder, die Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und die Gemeinsame Wissenschaftskommission von Bund und Ländern (GWK). Zunehmend ist auch die Europäische Union ein bedeutsamer Akteur in der Forschungsförderung sowie der Mobilitätsförderung im akademischen Bereich. Die Landesparlamente und der Bundestag mit ihren Wissenschaftsausschüssen sind als Haushaltsgesetzgeber sowie über die Hochschul- und Wissenschaftsgesetzgebung wichtige Akteure der Wissenschaftspolitik. Korrigiert wurde die Hochschul- und Wissenschaftsgesetzgebung immer wieder durch das Bundesverfassungsgericht, das damit gleichfalls prägenden Einfluss auf die Wissenschaftspolitik nimmt.

Übersicht 1: Ressortzuordnung der Wissenschaft und Wissenschaftsminister(in) in Sachsen-Anhalt

<table>
<tr><th>Regierungsparteien</th><th>Ministerium</th><th>Minister/in</th><th>Amtszeit</th></tr>
<tr><td rowspan="2">CDU/FDP (1990-1994)</td><td>Bildung, Wissenschaft und Kultur</td><td>Werner Sobetzko (CDU)</td><td>1990-1991</td></tr>
<tr><td>Wissenschaft und Forschung</td><td>Rolf Frick (FDP)</td><td>1991-1994</td></tr>
<tr><td>SPD/Bü 90-Grüne (1994-1998)</td><td rowspan="4">Kultus</td><td>Karl-Heinz Reck (SPD)</td><td>1994-1998</td></tr>
<tr><td>SPD (1998-2002)</td><td>Gerd Harms (für SPD)</td><td>1998-2002</td></tr>
<tr><td>CDU/FDP (2002-2006)</td><td>Jan-Hendrik Olbertz (für CDU)</td><td>2002-2010</td></tr>
<tr><td rowspan="3">CDU/SPD (2006-2016)</td><td rowspan="2">Birgitta Wolf (CDU)</td><td>2010-2011</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Wissenschaft und Wirtschaft</td><td>2011-2013</td></tr>
<tr><td>Hartmut Möllring (CDU)</td><td>2013-2016</td></tr>
<tr><td rowspan="2">CDU/SPD/Grüne (seit 2016)</td><td rowspan="2">Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung</td><td>Jörg Felgner (SPD)</td><td>2016</td></tr>
<tr><td>Armin Willingmann (SPD)</td><td>seit 2016</td></tr>
</table>

Die exekutive Verantwortung für die Wissenschaftspolitik wechselte in Sachsen-Anhalt mehrfach. Gab es von 1990 bis 1991 ein Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, also ein klassisches Kultusressort,

so bestand von 1991 bis 1994 ein gesondertes Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Nach der Landtagswahl 1994 bildete die neue rot-grüne (Minderheits-)Regierung erneut ein Kultusministerium unter Einschluss der Zuständigkeit für Wissenschaft, das über verschiedene Regierungsbildungen hinweg bis 2011 Bestand hatte. Seither sind die Ressortzuständigkeiten für Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort zusammengefasst. Neben dem zuständigen Ministerium – und der jeweils letztentscheidenden Landesregierung – ist der Landtag mit seinem für Wissenschaft zuständigen Ausschuss ein wichtiger Akteur der Wissenschaftspolitik, und zwar als Haushaltsgesetzgeber wie über die Hochschul- und Wissenschaftsgesetzgebung. Die exekutive Zuständigkeit für Technologiepolitik war über die Jahre hin dauerhaft im Wirtschaftsressort angesiedelt.

Adressierter Bereich: Die wissenschaftliche Leistungsebene

Adressaten der Wissenschaftspolitik sind die Akteure der wissenschaftlichen Leistungsebene: die sich in akademischen Angelegenheiten selbstverwaltenden sieben Hochschulen, die 13 außeruniversitären Forschungsinstitute der von Bund und Ländern gemeinsam unterhaltenen Forschungsorganisationen (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft) sowie die Nationalakademie Leopoldina und die drei vom Land unterhaltenen wissenschaftlichen Einrichtungen (Franckesche Stiftungen zu Halle, Stiftung Leucorea Wittenberg, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg). Charakteristisch für die deutsche Wissenschaftspolitik generell ist, dass die Einrichtungen der Forschungsorganisationen überwiegend gut ausfinanziert sind, während die Hochschulen sich in einem verfestigten Status der Unterfinanzierung befinden. Dies gilt im Grundsatz auch in Sachsen-Anhalt.

Eine wichtige Ursache für Steuerungsprobleme in der Wissenschaft ist, dass die wissenschaftliche Leistungsspezifik auch organisationale Auswirkungen hat, die interventionistischen Bemühungen entgegenstehen. Da die prägenden Organisationen des Wissenschaftssystems die Hochschulen sind, lässt sich das exemplarisch anhand des Organisationscharakters der Hochschulen verdeutlichen.

Zunächst konstituieren sich Hochschulen sowohl *top down* als auch *bottom up*. Daraus entstehen wechselnde Kontrollprobleme, etwa Spannungen zwischen kollegialen und hierarchischen Steuerungsmustern. Die Kontrollprobleme wurden als Principal-Agent-Fragen formuliert: Ein Prinzipal kann einen Agenten mit der Durchführung bestimmter Aufgaben betrauen, aber nicht vollständig kontrollieren. Der Agent verfügt über einen Informationsvorsprung hinsichtlich der konkreten Aufgabenerfüllung und damit über Handlungsspielraum. Daher haben an einer Hochschule die Wissenschaftler/innen einige Vorteile gegenüber Hochschulleitungen und -politik:

- Hinsichtlich der konkreten Aufgabenerfüllung in Forschung und Lehre verfügen sie über uneinholbare Informationsvorsprünge (Voigt 2002: 102).
- Hochschulen sind Expertenorganisationen, d.h. sie existieren um ihrer Expertise willen. Das Wissen stellt dabei ihr wichtigstes Produktionsmittel dar. Dieses befindet sich in der Hand der Experten, also der Wissenschaftler/innen, welche deshalb über hohe individuelle Autonomie gegenüber der Organisation verfügen. (Pellert 1999)
- Diese individuelle Autonomie wird dadurch gesteigert, dass Forschung und Lehre durch nur unklare, schwer formalisierbare Technologien gekennzeichnet sind (Luhmann 1992: 76).
- Hinzu tritt, dass die Loyalität der Wissenschaftler/innen gegenüber der Hochschule geringer ist als gegenüber ihrer jeweiligen Fachcommunity: Die Fachkollegen verteilen überlokale Reputation, die Hochschule lediglich lokale. Die Professionsangehörigkeit verpflichtet die Wissenschaftler weitgehend darauf, im Konfliktfall die wissenschaftlichen Standards gegenüber den Interessen der eigenen Hochschule zu privilegieren. Infolgedessen kann auch kein konstantes Engagement der Hochschulmitglieder für die Hochschule vorausgesetzt werden.

Dem versucht man zu begegnen, indem Hochschulen stärker als bisher zu Organisationen gestaltet werden, d.h. zu zielgebunden handelnden und steuerungsfähigen Einrichtungen, deren Mitglieder auf Mitwirkung an konkreten Zielumsetzungen verpflichtet werden können. Diese Bemühungen treffen indes auf einige Probleme:

- Die Problemlagen und Präferenzen sind an Hochschulen auf Grund ihres primären Leistungscharakters – Forschung und Lehre – unklar. Eine klare Präferenzhierarchie lässt sich in der Multifunktionseinrichtung Hochschule kaum etablieren.
- Lineares Entscheiden – von der Definition einer Problemlage und dem Abwägen von Problemlösungsoptionen über die systematische Problembearbeitung bis hin zur erfolgreichen Problemlösung – ist in der Hochschule selten. Die beiden typischen Entscheidungsmuster sind stattdessen *decision by oversight* (Entscheidung durch Übersehen der Probleme) und *decision by flight* (Entscheidung durch Flucht der Probleme) (Cohen/March/Olsen 1972: 8). Daher bleiben zielgerichtete Entscheidungsfindungen dauerhaft unwahrscheinlich.
- Die konkreten Techniken, mit denen hochschulische Organisationsziele erreicht werden können, sind ebenfalls oft unklar, da insbesondere Forschungsprozesse nicht standardisiert werden können. Infolgedessen bleibt die Verbindung von Tätigkeit und Ergebnis fortwährend ambivalent.

Deshalb werden Hochschulen als organisierte Anarchie bzw. lose gekoppelte Organisationen charakterisiert (vgl. Weick 2009: 88; Cohen/March/Olsen 1972: 2). Zugleich aber benötigen Hochschulen Legitimität, um ihre Ressourcen und damit ihr Überleben zu sichern. Das heißt: Sie müssen von der Umwelt als zweckdienlich funktionierend anerkannt werden. Dazu errichten die Hochschulen nach außen gerichtete Formalstrukturen. Diese symbolisieren gegenüber der Umwelt Rationalität, stellen Übereinstimmungen mit Umwelterwartungen her und sichern so den Zufluss von Ressourcen. Die Formalstrukturen sind jedoch oft nur lose mit dem tatsächlichen Organisationshandeln, der internen Aktivitätsstruktur, gekoppelt. Die Entkopplung beider Strukturen ermöglicht es häufig, interne Konflikte verbergen oder zu (einander oftmals widersprechenden) externen Anforderungen auf Distanz gehen zu können. So wird aber zugleich die Flexibilität hergestellt, die nötig ist, um die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen zu sichern. (Vgl. Meyer/Rowan 2009)

Die organisationalen Besonderheiten der Hochschulen werden extern als ursächlich für suboptimale Leistungsfähigkeiten gesehen und produzieren entsprechende Unzufriedenheiten. Deshalb gibt es von außen das Bedürfnis, die Formal- und Aktivitätsstrukturen einander anzugleichen. Hierzu wird seit geraumer Zeit versucht, durch eine wettbewerbliche Organisation der Hochschulen Effizienz als leitendes Kriterium zu etablieren: Mit außerwissenschaftlichen Instrumenten sollen wissenschaftliche Leistungen angereizt werden. Das allerdings setzt die Funktionsweise der Hochschulen als ‚schwierige' Organisationen nicht außer Kraft. Auf den politischen Versuch, die Handlungsprämissen der herkömmlichen Operationsweise von Hochschule marktwettbewerblich zu unterlaufen, reagieren die Hochschulen ihrerseits unterlaufend. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Hochschulentwicklung ist dabei am wichtigsten, dass weder die Hochschulen als Organisation noch die Wissenschaftler/innen als Organisationsmitglieder der Situation gänzlich ausgeliefert sind.

Der Grund ist ein spezifisches kognitives Ausstattungsmerkmal, das den Informationsvorsprung und die Handlungsspielräume der *agents* beträchtlich erhöht (und das überdies durch die Hochschulautonomie und die Wissenschaftsfreiheit rechtlich und strukturell befestigt wird): Es gehört zur professionellen Grundausstattung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, das Geschäft der Kritik zu beherrschen. Deshalb vermögen sie wie kaum eine andere Berufsgruppe, Anweisungen, Vorschriften oder empfundene Zumutungen durch Obstruktion zu unterlaufen. Kein anderer Beruf als der des Hochschullehrers ist „virtuoser in der Unterwanderung oder Umgehung von Anforderungen ..., die der Staat, die Gesellschaft, die Hochschule usw. stellen, wenn diese Anforderungen als unvereinbar mit den eigenen Werthaltungen betrachtet werden" (Teichler 1999: 38).

Hochschullehrer/innen sind in der Lage, jegliche externe Anforderungen einer Daueranfechtung durch rational begründete Kritik zu unterwerfen. Solange rational begründet kritisiert wird, ist der jeweilige Partner zur Diskussion genötigt, und solange diskutiert wird, wird nicht oder nicht engagiert umgesetzt. Nichtumsetzung und Hinhaltetaktiken können die Ermüdung des Gegenübers bewirken, können dazu führen, Dinge durch Zeitablauf zu erledigen, z.B. weil die Amtszeiten derjenigen ablaufen, welche die Umsetzungen vorantreiben möchten, oder sie erzeugen beim Gegenüber schließlich erschöpfte Zufriedenheit damit, dass dann zumindest formal den Anforderungen Genüge getan wird.

Dieses Verhalten kann durchaus rational sein: Es schützt vor individuellen und institutionellen Überforderungen. Die Motive sind häufig nicht unlauter, sondern zielen auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit in

einem Bereich durch reduzierte Aktivitäten in einem anderen. Daher ist eine Moralisierung solchen Verhaltens oft fehl am Platze. Im übrigen ist sie auch in der Regel wirkungslos. Die Formen der Obstruktion von Hochschulentwicklungsansinnen können dabei unterschiedlich ausfallen:

- Die traditionelle Variante ist: In den Bereichen, in denen veränderungsbedingt Zusatzanstrengungen zu erbringen wären, begnügt sich das Personal mit Dienst nach Vorschrift – um so die Zeitressourcen für die Aktivitäten zu sichern, denen individuell das vorrangige Interesse gilt.
- Häufig zu beobachten ist die Verzögerung durch Entscheidungsverschleppung – begründet etwa mit dem Rhythmus von Gremiensitzungen – oder das formale Bedienen von Anforderungen ohne substanzielle inhaltliche Umsetzung.
- Eine etwas verschlagene, gleichwohl häufige Variante ist das affirmative Unterlaufen eines Reformanliegens durch dessen rhetorische Übererfüllung: Statt in der Substanz Änderungen herbeizuführen, wird Fassadenmanagement betrieben.

Aus all dem ergibt sich ein Umsetzungsdilemma jedes Hochschulentwicklungsanliegens: Einerseits besteht bei Nichteinbeziehung derjenigen, auf deren Mitarbeit jede Veränderung angewiesen ist, die Gefahr der Ausbildung zielignoranten Verhaltens. Andererseits verfügt das Hochschulpersonal über Obstruktionsmöglichkeiten, die potenziell umso größer sind, je mehr es einbezogen wird.

Intermediäre Strukturen

Um Steuerungsprobleme, die aus funktionslogisch begründeten Spannungen[1] entstehen, zu bearbeiten, wurden intermediäre Akteure installiert. Deren wichtigste sind auf Bundesebene der mit konzeptionellen und Evaluierungsaufgaben betraute Wissenschaftsrat, die DFG als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaftsförderung, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung. Hinzu treten selbstorganisierte Akteure. Sowohl Hochschulen als auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben eigene Organisationen gebildet, die auf die wissenschaftspolitische Willensbildung Einfluss nehmen, so die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) oder die Allianz der Wissenschaftsorganisationen.

Übersicht 2: Wissenschaftspolitische Akteurslandschaft in Sachsen-Anhalt

<table>
<tr><th colspan="3">Ebene</th><th colspan="3">Akteure</th></tr>
<tr><td rowspan="5">Policy-Ebene</td><td rowspan="2">Politische Entscheider</td><td>Legislative</td><td colspan="3">Landtag</td></tr>
<tr><td>Exekutive</td><td colspan="2">Ministerium Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung</td><td>Landesregierung</td></tr>
<tr><td rowspan="3">intermediäre Akteure</td><td>Hochschulen</td><td colspan="3">Landesrektorenkonferenz</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Partialinteressenvertretungen</td><td colspan="2">GEW und Verdi</td><td>IHKs Magdeburg und Halle-Dessau</td></tr>
<tr><td>Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (LaKoG)</td><td>Konferenz der Studierendenschaften Sachsen-Anhalts (KSSA)</td><td>Landesverband des Deutschen Hochschulverbandes</td></tr>
<tr><td rowspan="3">Leistungsebene</td><td colspan="2">öffentliche Hochschulen</td><td>2 Universitäten</td><td>eine Kunsthochschule</td><td>4 Fachhochschulen</td></tr>
<tr><td colspan="2">außeruniversitäre Forschungseinrichtungen</td><td colspan="2">13 Einrichtungen der Forschungsorganisationen und Leopoldina</td><td>3 Landeseinrichtungen</td></tr>
<tr><td colspan="2">fallweise relevant</td><td>drei Hochschulen mit Sondercharakter</td><td>Innovationsakteure</td><td>3 wissenschaftliche Einrichtungen des Bundes</td></tr>
</table>

In Sachsen-Anhalt ist es vor allem die Landesrektorenkonferenz, die intermediär zwischen Politik und Wissenschaft vermittelt. Ihr gehören die Rektoren der sieben öffentlichen Hochschulen und als Gäste die Rektoren der Fachhochschule der Polizei Aschersleben und der Theologischen Hochschule Friedensau an. Ein

[1] siehe auch unten 1.1. Akteure, Adressaten und Funktionslogiken >> „Konkurrierende Funktionslogiken“

Versuch, eine intermediäre Ebene auch unter Einschluss der außeruniversitären Forschung zu installieren, war das von 2005 bis 2014 bestehende Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg (WZW). Es scheiterte daran, dass über seine Aufgabenbestimmung und eine entsprechende finanzielle sowie personelle Ausstattung dauerhaft keine Einigung erzielt werden konnte, obgleich es an Ideen nicht gemangelt hatte (vgl. Anger et al. 2010).[2]

Daneben spielen im intermediären Bereich der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik verschiedene Vertretungen von Partialinteressen eine Rolle. Zu nennen sind hier die Gewerkschaften GEW und Verdi, die Industrie- und Handelskammern Magdeburg und Halle-Dessau, die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (LaKoG), die Konferenz der Studierendenschaften Sachsen-Anhalts (KSSA) und der Landesverband des Deutschen Hochschulverbandes als Interessenvertretung von Professoren und Professorinnen.

Konkurrierende Funktionslogiken

Insgesamt ergibt sich mit dem bisher Beschriebenen eine Akteurskonstellation in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik, die als eher überschaubar gekennzeichnet werden kann: Auf der einen Seite stehen die sieben öffentlichen Hochschulen, zusammengeschlossen in einer Landesrektorenkonferenz, die 13 außeruniversitären Forschungseinrichtungen der großen Forschungsorganisationen und sieben Vertretungen von Partialinteressen. Gegenüber stehen ein exekutiver Akteur – das für Wissenschaft zuständige Ministerium und im Hintergrund die Landesregierung insgesamt – sowie ein legislativer Akteur, der Landtag als Haushalts- und Hochschulgesetzgeber.

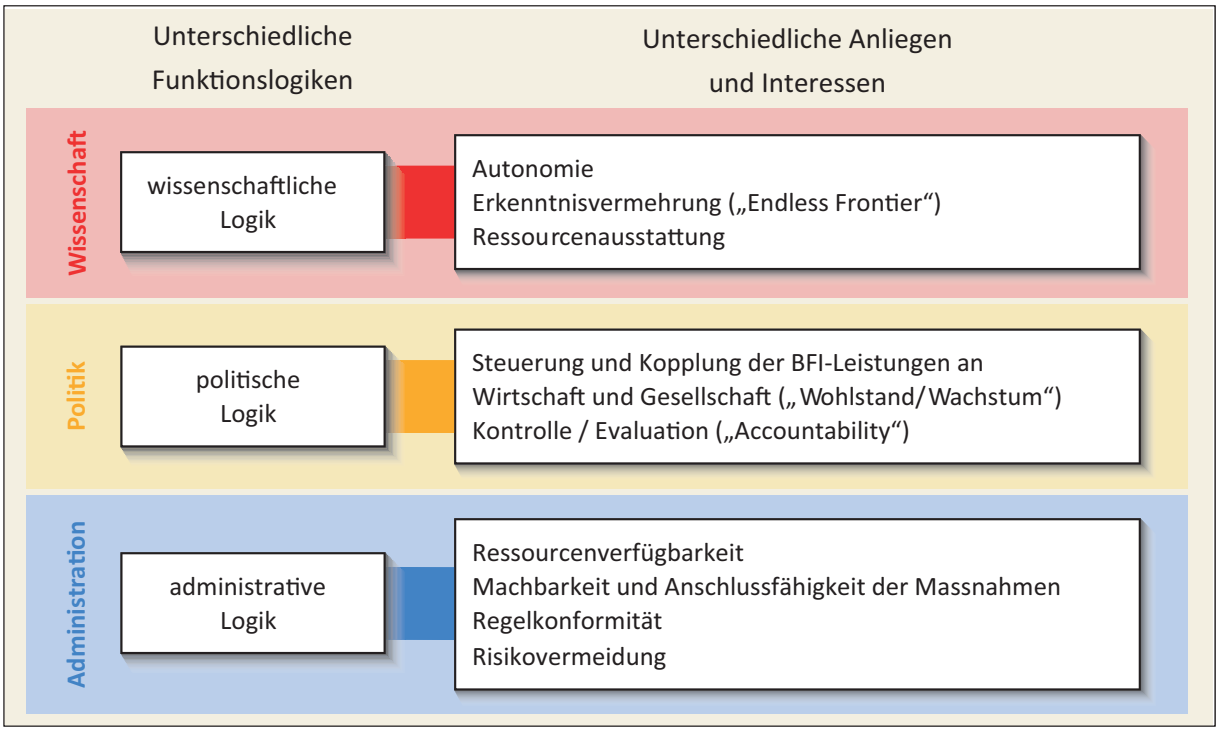
Gleichwohl bestehen gekreuzte Differenzierungen: einerseits eine vertikale Differenzierung der Wissenschaftspolitik mit den Ebenen EU, Bund und Land, andererseits horizontale Differenzierungen im adressierten Feld der Wissenschaft, markiert zum einen durch die Parallelität von außeruniversitärem Forschungssektor und Hochschulsystem, zum anderen durch die verschiedenen Hochschularten. Dies erfordert eine Mehrebenen-Governance, was in der Regel mit hohen Abstimmungsbedarfen verbunden ist. Spannungen ergeben sich dabei nicht nur aus den verteilten Kompetenzen der (wenigen) wissenschaftspolitischen Akteure, sondern vor allem aus den unterschiedlichen Funktionslogiken von Wissenschaft (genauer: Forschung und Hochschulbildung) und Politik (genauer: Politik und öffentliche Verwaltung):

- Die *Forschung* folgt der wissenschaftlichen Rationalität, hat andere Zeithorizonte als die Politik und kann aufgrund ihrer ungewissen Erfolgschancen keine unmittelbaren Kausalitäten zwischen Inputs und Outputs realisieren. Ihr Ziel ist es, wahrheitsfähige Aussagen – Entdeckungen, Erklärungen, Deutungen – zu erzeugen und für diese kognitive Geltungsansprüche durchzusetzen. Die *Hochschulbildung* gehört sowohl zum Bildungs- als auch zum Wissenschaftssystem und zielt auf allgemeine Persönlichkeitsentwicklung und berufsfeldbezogene Qualifikationen. Sie wird stark durch volatile gesellschaftliche Trends hinsichtlich präferierter Bildungswege sowie Fächer- und Hochschulwahl beeinflusst.
- Die *politische Rationalität* folgt dagegen der Leitunterscheidung „machtüberlegen/machtunterlegen“ (Luhmann 2000: 99). Politik wird also mit dem Ziel betrieben, gesellschaftliche Gestaltungsmacht zu sichern bzw. zu erlangen. Davon abzusetzen ist wiederum die *Verwaltungsrationalität* mit der an Regelkonformität und Ressourcenverfügbarkeit gebundenen Leitunterscheidung „machbar/nicht machbar“. Sie verfolgt in methodischer Hinsicht das Ziel, bürokratische Anschlussfähigkeit zu früherem Verwaltungshandeln herzustellen und zu künftigem Verwaltungshandeln zu ermöglichen, also: Risiken zu vermeiden.[3]

[2] vgl. die Dokumentation der WZW-Tätigkeit unter http://www.hof.uni-halle.de/fis/wzw/ (20.101.2016)

[3] Vgl. Luhmann (2010: 126): „Die Verwaltung befaßt sich … mit der Ausführung des politisch Möglichen und Notwendigen durch Ausarbeitung verbindlicher Entscheidungen nach Maßgabe schon festliegender … Entscheidungsprämissen.“

Übersicht 3: Auszugleichende Funktionslogiken



Kurz: Der wissenschaftspolitische Steuerungsgegenstand – die Wissenschaft in ihren verschiedenen Ausprägungen – funktioniert nach Eigenlogiken, die der politischen und administrativen Logik nicht entsprechen. Daher kann die Steuerung des Wissenschaftsbereichs nicht linear im Sinne von Befehl und Eingriff erfolgen, sondern nur rekursiv und feedbackverarbeitend. Hierbei wiederum ist eine realistische Betrachtungsweise angeraten: Steuerung bezeichnet den Eingriff in ein System auf der Grundlage von Informationen. Politische Steuerung umfasst alle Versuche, gesellschaftliche Selbstregulierung so zu irritieren und zu korrigieren, dass politisch erwünschte Ziele erreicht werden. Das gelingt manchmal, mitunter gelingt es zum Teil. Häufig wird das Steuerungsziel verfehlt. Dies verbindet sich nicht selten mit nichtintendierten oder kontraintentionalen Effekten, die deswegen jedoch nicht zwingend problematisch sind, sondern sich mitunter als in einem weiteren Sinne zielführend erweisen können.

1.2 Instrumente, Prozesse, Interaktionen

Die Steuerungsinstrumente der Wissenschaftspolitik sind die gesetzliche Regulierung (Landeshochschulgesetze, auf Bundesebene z.B. Bundesausbildungsförderungsgesetz, Patentgesetz, Stammzellgesetz), die Grundfinanzierung der öffentlich finanzierten Hochschulen (durch die Länder) und Forschungseinrichtungen (durch Bund bzw. Ländergemeinschaft), Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen sowie programm- bzw. projektgebundene Förderungen, wobei die Projektförderung durch Drittmittel besonders durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das BMBF geleistet wird. Genutzt werden diese Steuerungsinstrumente in Prozessen, die auf wissenschaftsbezogene Problemlösungen zielen.

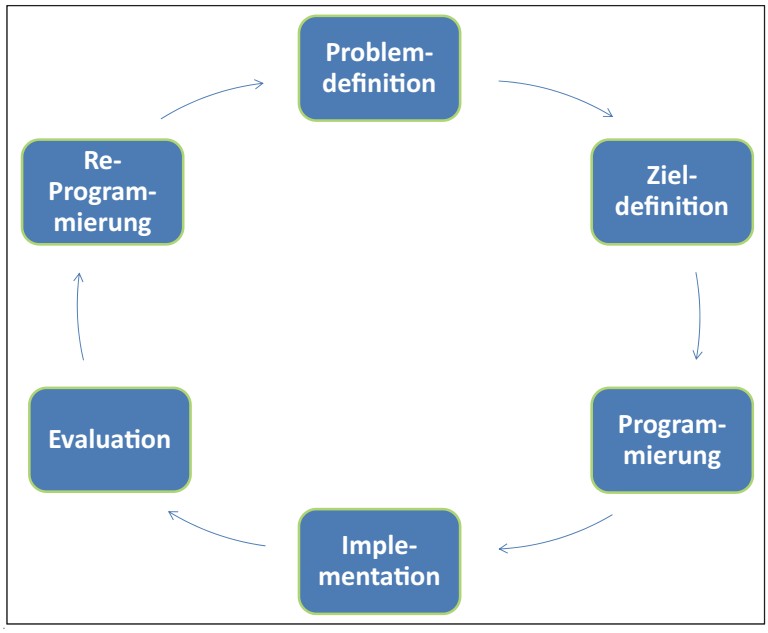
Problembearbeitungsprozesse

Eine wissenschaftspolitische Arena wird operativ dadurch integriert, dass in ihr wissenschaftsbezogene Problemlösungen organisiert werden. Auf die Akteure bezogen heißt das: Es sind Interessen und Konflikte zu managen. Um Lösungen oder befriedende Umgangsweisen damit zu organisieren, finden sich Problembearbeitungsprozesse initiiert und umgesetzt. Politische Problembearbeitungsprozesse lassen sich als Handlungskreis begreifen, den sog. Policy Cycle (Übersicht 4). Er lässt sich modellieren als eine idealty-

pisch gedachte Abfolge von Problemdefinition, Zieldefinition, Programmierung, Implementation und Evaluation:

- Am Anfang stehen die Problemidentifizierung und exakte -formulierung. Diese führen zur Zieldefinition bzw. zu Zieldefinitionen, also anzustrebenden problemlösenden Absichten.
- Daran schließt sich die Formulierung eines Handlungsprogramms an (Programmierung). Zu diesem gehört, neben einzelnen Handlungsschritten, insbesondere die Klärung der ressourcenseitigen Voraussetzungen des nachfolgenden Umsetzungsprozesses.
- Es folgt die konkrete Realisierung der Absichten (Implementation). Diese kann fallweise Zielkorrekturen und Programmrevisionen einschließen, wenn sich im Vollzug einzelne Aspekte als nicht umsetzbar erweisen oder sich die Präferenzen maßgeblicher Akteure verändert haben.
- Die Umsetzung des Handlungsprogramms erzeugt dann Wirkungen, die beobachtet und bewertet werden können (Evaluation).
- An die Schlußphase dieses modellierten Handlungskreises kann sich zweierlei anschließen: Bei erfolgreicher Problemlösung und Zielerreichung lässt sich der Vorgang beenden. Wurden hingegen die prozessveranlassenden Probleme nicht (vollständig) gelöst, dann koppelt die Phase Evaluation wieder an die Eingangsphase Problemdefinition an: Auf der Basis einer Prozessauswertung muss eine Reformulierung der lösungsbedürftigen Probleme und hernach der zu erreichenden Ziele stattfinden. Sodann ist der Policy Cycle erneut zu durchlaufen. (Vgl. Schubert 1991; Windhoff-Héritier 1987)

Übersicht 4: Policy Cycle: Modell politischer Problembearbeitungsprozesse



Allerdings fügen sich reale politische Prozesse typischerweise nicht linearen Modellierungen. Vielmehr kommen Phasenüberlappungen und feedbackgesteuerte Rückkopplungen vor, werden prozessbegleitend Interessendifferenzen wirksam und müssen verhandelt werden, können sich durch Veränderungen in benachbarten Policy-Arenen korrigierte Schwerpunktsetzungen ergeben, kann die Implementation Zielkorrekturen und Programmrevisionen einschließen, wenn sich im Vollzug einzelne Aspekte als nicht umsetzbar erweisen oder sich die Präferenzen maßgeblicher Akteure verändert haben.

Auch sind Handlungsprogramme nicht als planwirtschaftliche Bewirtschaftungsinstrumente misszuverstehen. Sie ermöglichen vielmehr, während der Implementationsphase festzustellen, wo man stehen wollte, wo man – in der Regel: im Unterschied dazu – steht und welche Umfeldbedingungen sich ggf. verändert haben. Sie helfen, ungerichtetes oder allein intuitiv geleitetes Handeln zu vermeiden und reflektiertes Handeln zu ermöglichen.

Handlungsprogramme sollen kein sklavisch bindendes Korsett sein, sondern sind nicht zuletzt dann wirkungsvoll, wenn sie es ermöglichen, von ihnen kontrolliert abweichen zu können – die Betonung liegt dabei auf *kontrolliert*. Hat ein Akteur keinen Handlungsplan, fehlt selbst die Grundlage für die kontrollierte Abweichung. Gibt es hingegen einen Plan, von dem fallweise, z.B. zur Sicherung überwiegender Zustimmung, abgewichen wird, dann besteht die Chance, ggf. auf Umwegen zum Ziel zu gelangen, soweit das jeweilige Ziel über die Zeit hin seine Geltung festigen kann.

Schließlich schaffen Handlungsprogramme auch eine Rationalitätsfassade, die extern Legitimität generieren und intern insofern funktional sein kann, als sie die Akteure zum Handeln zwingt. Nach außen wird signalisiert, dass die Prozesse einem rationalen Programm folgen und daher erfolgswahrscheinlich seien. Nach innen nötigen sie dazu, tatsächlich etwas zu unternehmen, um die Signalwirkung nach außen beglaubigen zu können. Das Ergebnis inkrementeller Steuerung mag zwar von der ursprünglichen Planung abweichen, kann aber immer noch deren Grundsätze zur Geltung bringen.

Kausalbeziehungen zwischen bestimmten Interventionen und Ergebnissen sind dabei, wie in allen sozialen Zusammenhängen, grundsätzlich nur probabilistisch formulierbar, d.h. die Aussage „A ist die Ursache von B“ bedeutet tatsächlich: „wenn A eingeführt wird, wird B mit höherer Wahrscheinlichkeit auftreten, als wenn dies nicht getan wird“ (Rossi et al. 1988: 93).

Governance

Zur Durchsetzung ihrer Absichten wenden politische Akteure unterschiedliche Governancestrategien an – von Gesamtplanung über gesetzliche Regulierung, Anreizsetzung, Auf-Sicht-Steuerung oder Muddling-Through bis hin zu Ex-post-Rationalisierungen eingetretener sozialer Tatsachen als intentional angestrebt gewesener. Eines gibt es dabei in keinem Falle: Monokausalitäten. Diese Erkenntnis musste sich erst durchsetzen.

Herkömmliche politische Steuerung versuchte, durch punktgenaue Interventionen von einem gegebenem Zustand A zu einem erwünschten Zustand A‘ zu gelangen – auch in der Wissenschaftspolitik. Dort allerdings ist – funktional notwendig – der Eigensinn im adressierten System besonders ausgeprägt. Das macht Steuerungseffekte, die den Steuerungsabsichten entsprechen, sehr ungewiss. Zwar generiert Steuerung grundsätzlich irgendwelche Effekte – allerdings nicht nur zielerreichende, sondern auch teilweise zielerreichende, zielverfehlende und zielwidrige. Zwar sind zielerreichende Steuerungseffekte in sozialen Zusammenhängen prinzipiell nicht ausgeschlossen, hängen aber unter anderem von mehr oder weniger wahrscheinlichen Umständen und glücklichen Zufällen ab – also: von zusätzlichen Faktoren, die außerhalb des von den Steuerungsakteuren jeweils wahrgenommenen Realitätsausschnittes liegen.

Um solche und ähnliche Verwicklungen sachgerechter zu erfassen, hat sich mittlerweile der Governance-Begriff durchgesetzt. Zu unterscheiden sind dabei dreierlei Sachverhalte: (a) Governance-Prozesse als praktische Vorgänge, (b) die Governance-Perspektive als analytisches Konzept und (c) Good-Governance-Leitbilder als normative Konzepte. Die analytische Governance-Perspektive (b) befasst sich empirisch mit den praktischen Governance-Prozessen (a), die sie systematisiert und deren Voraussetzungen und Wirkungen sie aufklärt, woraus sie dann ggf. auch wünschbare Good-Governance-Leitbilder (c) entwickeln kann. Die analytische Governance-Perspektive ist insoweit zwischen den praktischen Governance-Prozessen und den normativen Good-Governance-Leitbildern angesiedelt.

Dabei setzt sich die analytische Governance-Perspektive inhaltlich von der traditionellen Steuerungsperspektive ab: Die Beziehungen zwischen Akteuren werden nicht als quasi-mechanisch wirkende direktionale Interventionsverhältnisse zwischen Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekten gefasst; politische Steuerung wird nicht im Sinne punktgenauen Eingriffshandelns begriffen. Vielmehr geht es um ein „Management von Interdependenzen“ (Benz 2006: 17). Governance lässt sich so als Koordination von und Kontrolle zwischen voneinander unabhängigen, aber interdependenten Akteuren begreifen. Beide – Koordinierung und Kontrolle – finden in einem Regelsystem statt, in dem die unterschiedlichen Handlungsrationalitäten der Akteure zu einer gemeinsamen Arena für kollektives Handeln verknüpft werden. (Benz 2007: 3) Operativ geht es dabei um die Erzeugung von kollektiv bindenden Entscheidungen und deren Implementation.

Während das traditionelle Steuerungsmodell typischerweise (auch) Steuerungsfiktionen erzeugt, wird in der Governance-Perspektive zweierlei analysier- und damit begreifbar: zum einen die Planungsresistenz sozialer, also nichtlinearer Prozesse; zum anderen Interessenkonflikte, die häufig durch die jeweilige Berechtigung der im Widerstreit stehenden Interessen gekennzeichnet sind. Dazu rückt die Governance-Perspektive vier Aspekte in den Mittelpunkt (vgl. Schimank 2007):

- die Regelungsstrukturen, deren Zustandekommen, Wirksamwerden und Wirkungen: Dabei zielt sie auf *akzeptierendes Nebeneinander* der unterschiedlichen Regelungsmodi: hierarchische und kooperative, befehlsförmige und vertragliche, wettbewerbliche und verhandlungsorientierte, formelle und informelle;
- die *Selbstregulierungspotenziale* gesellschaftlicher Akteure: Diese werden unter Inkaufnahme von suboptimalen Entscheidungsprozessen hingenommen, da sie den Vorzug aufweisen, geringere Widerstände zu erzeugen, als dies bei externen Vorgaben der Fall ist. Letztere können sich auf Rahmensetzungen beschränken;
- die Vielfalt der beteiligten Akteure, ihrer *unterschiedlichen Handlungsrationalitäten*[4] und damit die Einbeziehung von Interessengegensätzen oder -unterschieden, so dass Widerstände kein Überraschungspotenzial mehr bergen;
- die *Mehr-Ebenen-Betrachtung*, d.h. den Umstand, dass Entscheidungsprozesse fast immer auf mehr als einer oder zwei Ebenen ablaufen, sondern jeweils auf Makro-, Meso- und Mikroebene.

Die derart analysierte Handlungsarena lässt sich als Einheit von Differenzen betrachtet. Demgemäß muss die Analyse zum einen die immanenten Differenzen herausarbeiten, zum anderen die Modi der Integration – fallweise auch Desintegration – dieser Differenzen identifizieren:

- Die Differenzen in einer Handlungsarena beziehen sich auf: Interessen, Ressourcenverfügung, Funktionslogiken, Werthaltungen, Kommunikationsweisen, Relevanzen, Grad an Involviertheit und Informationslage, Legitimität sowie Autorität.
- Diese Differenzen müssen verarbeitet werden, will man zu Entscheidungen gelangen und diese dann implementieren. Die nötige Verarbeitung der Differenzen kann hinsichtlich einzelner Interessen, Werthaltungen usw. berücksichtigend und kompromissbereit oder marginalisierend bzw. aktiv ignorierend geschehen.

Im Zuge der NPM-inspirierten Governancereformen kam es an den deutschen Hochschulen zur Implementierung einer ganzen Reihe neuer Steuerungsinstrumente. Die Länder wurden in fünf großen Handlungsfeldern aktiv:

■ *Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung und Einführung neuer Steuerungsinstrumente:* Im Sinne einer an den Ergebnissen hochschulischer Aktivitäten orientierten staatlichen Steuerung handeln die Länder heute mit ihren Hochschulen Zielvereinbarungen aus (Kontraktmanagement) und definieren Verfahren zur Messung der Ergebnisse hochschulischer Aktivitäten. Öffentliche Mittel werden in Teilen leistungsorientiert zugewiesen (indikatorbasierte Finanzierung). Außerdem werden nichtstaatliche Akteure in die Steuerung der Hochschulen eingebunden (Akkreditierungsagenturen, Hochschulräte – letztere z.T. mit den Aufgaben, den Hochschulhaushalt zu bestätigen und die/den Hochschulleiter/in zu wählen).

■ *Erweiterung der institutionellen Autonomie der Hochschulen:* Die Zuständigkeiten von Hochschulleitungen und Dekanen sind gesetzlich erweitert worden. Bürokratische Verfahrensvorschriften vor allem in Fragen von Haushalt und Personal (Relativierung der Kameralistik, Lockerung von Stellenplänen) sind gelockert, Fachaufsichtsgegenstände reduziert (z.B. Einführung der Berufung von Professoren durch Hochschulleitungen) worden. Darüber hinaus wurden neue hochschulische Rechtsformen ermöglicht (vor allem Stiftungshochschulen statt Körperschaften öffentlichen Rechts). Daneben wurden häufig Experimentierklauseln eingeführt, um Innovationen in der Hochschulorganisation zu stimulieren.

■ *Neugestaltungen im Dienstrecht:* Es wurde neue Personalkategorien eingeführt (Juniorprofessur, Stellenkategorien mit Schwerpunkt Lehre). Die Hochschulen können zum Teil die Dienstherreneigenschaft für ihr Personal übertragen bekommen. Professoren werden nicht mehr notwendigerweise verbeamtet. Die Professorenbesoldung wurde flexibilisiert. Befristungen bei Erstberufungen sind möglich.

■ *Erschließung neuer Finanzierungsquellen:* Die Einführung von Studiengebühren war für einige Jahre ein wichtiges landespolitisches Handlungsfeld – wie dann auch ihre Wiederabschaffung. Mit der Exzellenzini-

[4] Handlungsrationalitäten sind z.B. in der Wissenschaft die Wahrheitsorientierung, Methodenbindung oder intersubjektive Nachvollziehbarkeit, in der Politik Machterwerb und -sicherung, in der Verwaltung überzeitliche Anschlussfähigkeit an frühere und künftige Entscheidungen.

tiative haben Bund und Länder einen Wettbewerb unter den Universitäten initiiert, mit dem – für deutsche Verhältnisse – beträchtliche Mittel in das System eingespeist wurden.

Sachsen-Anhalt hat hier die bundesweiten Entwicklungen zu einem geringeren Teil mitvollzogen und zu einem größeren Teil nachvollzogen.

Um Interessendifferenzen prozessieren und Problembearbeitungen organisieren zu können, mobilisiert die Wissenschaftspolitik üblicherweise eine Vielzahl an Instrumenten, Prozeduren und Interaktionen. Deren Anwendung innerhalb der politischen Prozesskette geschieht entsprechend bestimmter Zwecke. Diese leiten sich von den Funktionen ab, die politische Prozesse zu erfüllen haben. Die Funktionen der Wissenschaftspolitik beziehen sich auf das wissenschaftliche Leistungssystem. Für dieses sind im politischen Raum

- förderliche Rahmenbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen, um
- vorhandene Stärken sichern und Chancen nutzen sowie
- bestehende Schwächen und Risiken bearbeiten zu können.

Instrumente und Prozeduren

Von allen Steuerungs- und Interventionsaktivitäten wird eine am unmittelbarsten auf der Arbeitsebene des Wissenschaftssystems wirksam: die Finanzierung. Sie nimmt damit eine Sonderstellung innerhalb der wissenschaftspolitischen Interaktionen ein.[5]

Die Finanzierung des Hochschulsystems ist mehr als die Finanzierung der Hochschulen, und die Finanzierung der Hochschulen selbst wiederum ist komplexer als gemeinhin angenommen. Insbesondere geht sie deutlich über die laufenden Grundmittel hinaus – auch wenn diese wegen ihrer leichten Zugriffsfähigkeit häufig herangezogen werden, um die Entwicklung der Hochschulfinanzierung darzustellen. Doch machen die laufenden Grundmittel bundesweit nur 56 Prozent der öffentlichen Finanzierung des Hochschulsystems aus (Baumgarth/Henke/Pasternack 2016). Insgesamt fließen in die Hochschulsystemfinanzierung drei Elemente ein: (a) die Hochschulfinanzierung (Grundfinanzierung, Programm- und Projektmittel von Ländern, Bund, EU und Privaten), (b) die Finanzierung von hochschul- bzw. wissenschaftsunterstützenden Einrichtungen und (c) die Finanzierung von Individuen zur Teilhabe an der hochschulischen Lehre bzw. der Forschung.

Auf Landesebene jedoch sind es vor allem die laufenden Grundmittel, die zum Gegenstand politischer Aushandlungen und Auseinandersetzungen werden. Dabei ist die Hochschulfinanzierung ein vergleichsweise problematischer Regelungsbereich. Aus der fortwährend gegebenen Begrenztheit der insgesamt zu verausgabenden Haushaltsmittel resultieren Verteilungskonflikte zwischen den einzelnen Politikfeldern, und innerhalb dieser Politikfeld- und der daraus folgenden Ressortkonkurrenz sind die Anliegen der Wissenschaft grundsätzlich in keiner starken Position. Infrastrukturausgaben mit ihren mittelbaren regionalen Beschäftigungswirkungen oder Wirtschaftsförderung erscheinen immer ein wenig handfester und in ihren Effekten (vermeintlich) vorhersagbarer als hochschulische Anliegen. Für diejenigen politischen Akteure, die sich nicht unmittelbar mit Hochschulpolitik befassen, also deren Mehrheit, ist Hochschulfinanzierung deshalb vor allem eine Unsicherheitsfinanzierung. Erschwerend wirkt hierbei, dass die Ergebnisse von Forschung und Lehre nur in vergleichsweise langen Wellen zu Stande kommen.

Hochschulpolitisch eine Besonderheit stellt es dar, dass Sachsen-Anhalt in der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung nahezu nicht (mehr) mit dem Instrument programmgebundener Förderungen arbeitet. Mit solchen Finanzierungen versuchen andere Bundesländer, politisch priorisierte Anliegen mit Schubkraft zu versehen (Übersicht 5). In Sachsen-Anhalt sind sie im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf nur noch wenige (weitgehend mit EU-Strukturfonds-Mitteln ausgestattete) Förderinitiativen heruntergefahren worden.

[5] zu konkreten Daten und Entwicklungen s.u. 2.4. Hochschulfinanzierung als Dauerkonflikt

*Übersicht 5: Bedeutung von Landesprogrammen: Ausstattung im Jahr 2013 – Sachsen-Anhalt im Vergleich mit ausgewählten Bundesländern**

	Baden-Württ.	Hessen	NRW	Sachsen	Sachsen-Anhalt
Landesprogrammmittel (Mio €)	495	290	1.080	47	20,5
Anzahl Landesprogramme	12	4	7	3	1
Anteil an den lfd. Grundmitteln	20 %	19 %	26 %	4 %	4 %

* zum Teil durch Bundesmittel mitfinanziert; Programme, die erst nach 2013 aufgelegt wurden, sind hier nicht enthalten

Quelle: Baumgarth/Henke/Pasternack (2016: 107)

Neben der Hochschulfinanzierung wird in der (Wissenschafts-)Politik eine ganze Reihe weiterer Prozeduren eingesetzt, um Anliegen zu platzieren und durchzusetzen. Übersicht 6 sortiert diese zunächst entsprechend des oben eingeführten Policy Cycle.[6]

Übersicht 6: Prozeduren und Interaktionen in der politischen Prozesskette

Prozeduren und Interaktionen	**Prozessphasen**				
	Problemdefinition	Zieldefinition	Programmformulierung	Umsetzung	Evaluation
Agenda Setting	■	▒			
Beratung durch Experten	■	■	■	▒	■
Stellungnahmen	▒	▒	▒	▒	▒
arkane Erwägungen	■	■	■	▒	▒
Verhandlungen	▒	▒	▒		
Koalitionenbildung	▒	▒	▒	▒	▒
Entscheidungen	▒	■	■		
Normen-/Regelsetzungen		■	■	▒	▒
Finanzierungen		■	■	■	▒
inhaltliche Steuerung		■	■	■	▒
operative Steuerung		▒	▒	■	▒
Selbststeuerung	▒	▒	▒	■	▒
Aufsicht			▒	▒	▒
Beauftragungen			▒	▒	▒
Ausführung				▒	▒
Kooperationen				▒	
Mediation			▒	▒	
Zielverschiebungen, Programmrevisionen				▒	
Feedback				▒	■
Reprogrammierungen	■	■	■		▒

Legende: phasenbetreffend: ▒ phasenprägend: ■

Unwahrscheinlich ist es dabei, dass ein einzelner Akteur kraft seiner Handlungsfähigkeiten und -orientierungen einen beliebigen Entscheidungs- und Umsetzungsprozess allein bestimmen kann. Stattdessen entstehen Bearbeitungen eines bestimmten Problems typischerweise durch einander überlagernde Entscheidungen mehrerer Akteure. Und schließlich beobachten Akteure immer auch die Handlungen anderer Akteure und kalkulieren diese in das eigene Handeln ein (Schimank 2010: 96f.). Entsprechend werden dann die o.g., teils mehr, teils weniger formalisierten Instrumente, Prozeduren und Interaktionen von den Akteuren eingesetzt. Die Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt nutzte in den vergangenen 25 Jahren vor allem vier Instrumente:

[6] s.o. 1.2. Instrumente, Prozesse, Interaktionen >> Problembearbeitungsprozesse

- Die *Normen- und Regelsetzung* – qua Gesetzen, insbesondere dem Hochschulgesetz, und Verordnungen – bewegte sich im bundesdeutschen Mainstream: Überregional auffällig geworden ist die sachsen-anhaltische Gesetzgebung zum Wissenschaftsbereich in den letzten 25 Jahren nicht, abgesehen von der bereits 1992, damals bundesweit einmaligen Regelung, dass FH-AbsolventInnen mit herausragendem Diplom an den Universitäten des Landes promovieren können (Helm 2001: 7).
- Als auffälliger in verschiedener Hinsicht erwies sich die sachsen-anhaltische *Hochschulfinanzierung* – dazu siehe das oben bereits Gesagte und zu Details unten.[7]
- *Verhandlungen* zwischen den Akteuren sind dauerhaft institutionalisiert zum einen in Gestalt der sog. Hochschulrunde (früher „Rektorendienstberatung") mit dem Minister, die in der Regel monatlich stattfindet, zum anderen in den Verhandlungen über die *Zielvereinbarungen*, die erstmals 2003 zwischen Landesregierung und Hochschulen abgeschlossen wurden. Sie enthielten jeweils Festschreibungen mehrjähriger Hochschulbudgets bzw. Budgetentwicklungen und inhaltliche Zielsetzungen. Eine systematische Evaluation der Zielerreichungen gab es bisher nicht.
- Die *Beratung durch Expertenkommissionen* ist ein über die Jahre immer wieder genutztes Instrument geworden. Insgesamt waren in Sachsen-Anhalt fünf Expertengremien mit jeweils ähnlichen Aufträgen beauftragt worden. Prüfungen der Effekte dieser Beratungen liegen bislang nicht vor.

Die Zielvereinbarungen stellten auch bundesweit die wesentlichste Neuerung im Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen dar. Von 1996 bis 2006 hatten sie sich flächendeckend durchgesetzt (vgl. König 2006; 2007). Dies ist durchaus erklärungsbedürftig, insbesondere vor dem Hintergrund der Diskrepanzen zwischen dem hohen normativen Anspruch und der davon stark abfallenden Realität der Zielvereinbarungen. Die Erklärung dafür findet sich zum einen in impliziten Funktionen der Verträge, zum anderen in Bündnisoptionen, die sich mit ihnen ergeben (vgl. Pasternack 2011: 38-43). Als entscheidende funktionale Vorteile der Zielvereinbarungen haben sich zweierlei erwiesen:

- Mit ihnen kann der Anschein einer Rationalisierung der Hochschulfinanzierung und damit eines rationalen Verhältnisses von Hochschulen und Politik erzeugt werden. Die Hochschulen erscheinen für die Vertragslaufzeit nicht mehr als faktische freiwillige Aufgabe des Staates,[8] und die Ausstattung der Hochschulen wird temporär der fortwährenden Begründungsbedürftigkeit entzogen.
- Die Zielvereinbarungen leisten eine Integration politischer Absichten in wissenschaftliches Handeln, indem sie über Regelbindung und damit Berechenbarkeit den (potenziell störenden) Gestaltungswillen und den (potenziell störungsanfälligen) Wissenschaftsprozess miteinander koppeln. Damit organisieren die Zielvereinbarungen eine zweiseitige Legitimationsbeschaffung: nach außen, indem Politik und Gesellschaft die Finanzierungsbedürftigkeit der Hochschulen nicht nur allgemein, sondern auch ihrer Höhe nach akzeptieren; nach innen, indem in den Hochschulen die Zielvereinbarungen und ihre Anforderungen als hinnehmbares Übel gelten, da sie zugleich die Planbarkeit der Ausstattung mit sich bringen.

Die beiden neuen Bündnisoptionen, die mit diesen vertragsförmigen Vereinbarungen möglich werden, entstehen zum einen zwischen Hochschulministerium und der jeweiligen Hochschule als solcher, zum anderen zwischen Hochschulministerium und Hochschulleitung. Diese Bündnisoptionen müssen kaschiert werden, um Wirksamkeit erlangen zu können. Das leistet die elegante soziale Kooperationsästhetik der Vertragskonstruktion:

- Das vertragsvermittelte Bündnis zwischen Hochschulministerium und Hochschulen dient der genannten Erzeugung des Anscheins einer Rationalisierung der Hochschulfinanzierung: Es wird eine (zeitweilige) Simulation der Hochschulen als Pflichtaufgabe des Landes erzeugt. Adressaten dieses Fassadenmanage-

[7] s.u. 2.4. Hochschulfinanzierung als Dauerkonflikt

[8] Ein Bundesland hat keine Pflicht zur Unterhaltung seiner Hochschulen *in einem bestimmten Umfang*. Zwar ist es durch Hochschulverträge, Beschäftigungsverhältnisse und Pflichten zur Gegenfinanzierung von Bundesprogrammen gebunden. Doch im übrigen kann ein Land die Hochschulfinanzierung relativ frei mittel- und langfristig gestalten: Es gibt eine Schulpflicht, die zur Unterhaltung öffentlicher Schulen in angemessenem Umfange nötigt, aber es gibt keine Hochschulpflicht. Die staatliche Verpflichtung, die Hochschulen zu unterhalten, erwächst allein aus der Nennung der Hochschulen eines Landes im jeweiligen Landeshochschulgesetz, das freilich geändert werden kann.

ments sind die anderen Ressorts in der jeweiligen Landesregierung, insbesondere das Finanzministerium, und das Landesparlament, das sich mit der Zustimmung zum Hochschulvertragssystem als Haushaltsgesetzgeber teilsuspendiert, nämlich für die Dauer der Zielvereinbarungslaufzeit.

■ Das Bündnis zwischen Hochschulministerium und Hochschulleitung zielt auf die andere o.g. Funktion der vertragsförmigen Vereinbarungen: die Integration politischer Gestaltungsabsichten in wissenschaftliches Handeln. Das Bündnis richtet sich gegen veränderungsunwillige Hochschulangehörige bzw. Subebenen der Hochschule. Durch Verweis auf Auflagen, die in den Zielvereinbarungen enthalten (und ggf. zuvor von den Hochschulleitungen beim Wissenschaftsministerium verdeckt bestellt worden) sind, kann das bei Wissenschaftler/innen erprobte Unterlaufen von Außenanforderungen, die als Zumutungen oder Störungen empfunden werden, seinerseits von der Hochschulleitung unterlaufen werden. Damit erweisen sich die Zielvereinbarungen als Gestaltungsinstrument in einem partiell gestaltungsresistenten Sektor.

Auch die strukturierte Beratung der Politik durch Experten dient wesentlich der Legitmationsbeschaffung. Politische Administrationen verfügen in kognitiver Hinsicht tendenziell über mehr Kapazitäten zur Bewältigung von Routinesituationen als über Innovationskapazitäten. Denn Verwaltungen sichern zunächst überzeitliche Kontinuitäten und können nur in dem Umfang innovierend tätig werden, in dem jenseits der Kontinuitätssicherung noch freie Ressourcen bestehen. Zwar schätzen sich politische Administrationen meist selbst als strategiefähig ein. Doch sehen sie häufig auch die legitimitätsspendende Kraft verwaltungsexterner Expertise als unverzichtbar an. Prozesse der Entscheidungsvorbereitung und dann die politischen Entscheidungen selbst lassen sich so mit Legitimität ausstatten, die deren gesellschaftliche Akzeptanz erhöht.

Daneben kann die Nachfrage nach Beratung von recht unterschiedlichen ergänzenden Motiven getrieben sein:

- *Unsicherheitsabsorption:* Veränderungen, z.B. Reformen, produzieren Unsicherheiten. Diese lassen sich verringern, indem das Erfahrungswissen ergänzt wird durch Expertenwissen, das durch höhere Gewissheitsgrade ausgezeichnet ist.
- *Begründungslast:* Entscheidungen benötigen Begründungen. Die Begründungslast ist in der Wissenschaftspolitik besonders groß, da die Fähigkeit zur argumentativ untersetzten Infragestellung zur professionellen Basisausstattung der hauptsächlich adressierten Klientel – der Wissenschaftler/innen – gehört.
- *Entscheidungs- und Veränderungsbereitschaft* lässt sich fördern, indem Orientierungsrahmen bereitgestellt werden (Kühl 2000: 13f.).
- *Gewährung eines Aufschubs:* Diese ergibt sich aus der zeitlichen Differenz zwischen Rat und Tat (Fuchs/Mahler 2000: 249f.).
- *Handlungsvermeidung:* Hierfür sind möglichst differenzierte Beschreibungen gewünscht, deren Komplexität zur Abweisung von Entscheidungszumutungen genutzt werden kann. In diesem Falle wird stets implizit der Hinweis „don't touch them, they are so complicated" (von Wissel 2007: 32) kommuniziert.

Die beratenden Gremien sichern eine verstetigte Einspeisung von sowohl fachlicher Expertise als auch Interessen der wissenschaftlichen Gemeinschaften in den politischen Entscheidungsprozess. Die Berater sollen kompetent Entwicklungen einordnen und Problemlösungsoptionen formulieren. Dabei wird vor allem auf ihre Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, typischer Fehler, nichtintendierter Handlungsfolgen, alternativer Optionen und der spezifischen Wissenschaftskultur gesetzt. Im Ergebnis soll Beratung zur Veränderung kognitiver Schemata auf seiten der Beratenen führen und damit deren Fähigkeit zur Problemlösung verbessern (Weingart/ Lentsch 2008: 23).

Politik und Verwaltung organisieren sich Beratung durch Experten, um der Politikprogrammierung Innovationskapazitäten zuzuführen, die Legitimitionsressourcen verwaltungsexterner Expertise zu erschließen und/oder Schnittstellenkommunikationen zu organisieren. Die Horizonte dieser Beratungsaktivitäten sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von gesamtsystemischen Perspektiven über teilsystemische und einzelthemengebundene bis hin zu fachlich fokussierten

Die Funktion von Expertengremien dürfte daher eher sein, Schnittstellenkommunikationen zu leisten und die Funktionslogiken der wissenschaftlichen Leistungsebene einerseits, der Politik und Administration andererseits aufeinander abzufedern. Im übrigen wird die Funktion der Beratung, die Legitimität politischer Entscheidungen zu stärken, auch unabhängig von den konkreten Beratungswirkungen oder -nichtwirkungen erfüllt. Allein, dass Beratung stattgefunden hat, ist bereits legitimitätsspendend. Nicht erhört zu werden, gehört dabei zum Alltag der Beratungsgremien: Das notwendige Gegenstück zur Unabhängigkeit der beratenden Experten ist, dass kein Rat zur Tat verpflichtet. Welche Expertise sie zu welchem Zweck nutzen, bestimmen in jedem Falle die Nachfrager, nicht die Anbieter der Beratung (vgl. Ronge 1996: 137f.).

Gleichwohl ist der Rückgriff auf Beratung seitens der Administration keinesfalls harmlos: Die Beratung erzeugt Entscheidungszwänge in einer Welt, in der das Mögliche auf beratungskonformes oder beratungsabweichendes Handeln zusammenschrumpft. Auch wenn man die Ergebnisse der Beratung verwirft, kann man nicht mehr in den Zustand des Nichtberatenseins zurückkehren.

In Sachsen-Anhalt sind im Laufe der letzten 25 Jahre vier Expertenkommissionen berufen sowie einmal der Wissenschaftsrat um eine Landschaftsbetrachtung gebeten worden (Übersicht 7).

Übersicht 7: Expertengremien zur sachsen-anhaltischen Wissenschaftsentwicklung 1992-2013

Nr.	Kommission	Laufzeit	Zusammensetzung	Anlass	Abschluss-bericht
1	**Hochschulstruktur-kommission**	1992	zwei Drittel externe, ein Drittel interne ExpertInnen	Neustrukturierung des Hochschulsystems	MWF-LSA (1992)
2	**Beirat für Wissen-schaft und Forschung („Neuweiler-Kommission“)**	1996-1998	externe ExpertInnen	Profilierung des Wissenschafts-systems nach den ersten Erfahrungen mit dem Neuaufbau	BWF (1998)
3	**Arbeitsgruppe Wissenschaftsstruktur des Kultusministers**	2000-2001	externe ExpertInnen; zuge-ordnet: Projektgruppen mit Vertretern der sachsen-anhaltischen Hochschulen	Vermutung einer Überdimensionierung von Struktur und Ausstattung der Hochschullandschaft	MK-LSA (2001)
4	**AG Hochschul-strukturen**	2002-2003	Vertreter/innen der sachsen-anhaltischen Wissenschafts-einrichtungen und des Kul-tusministeriums	Vorgabe der Landesregierung, ab 2006 durchschnittlich 10 % der Hochschulbudgets einzusparen	MK-LSA (2004)
5	**Wissenschaftsrat**	2012-2013	Wissenschaftsrats-Arbeitsgruppe (externe ExpertInnen)	Vorgabe der Landesregierung, das die Hochschulen zur Haushaltskonsolidierung beitragen müssen	Wissen-schaftsrat (o.J. [2013])

2 Prägende Konkurrenzen und Konflikte

In Sachsen-Anhalt wird seit 1990 eine Wissenschaftspolitik realisiert, die weitgehend von sachlichen Anforderungen bestimmt ist, d.h. nur wenige Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Zusammensetzungen der wechselnden Landesregierungen erkennen lässt. Doch trotz dieser im ganzen nur geringen wissenschaftspolitischen Differenzen war die sachsen-anhaltische Wissenschaftspolitik der letzten 25 Jahre wesentlich konfliktbestimmt. Die Konflikte bestanden indes weniger im politischen Raum selbst, sondern vornehmlich zwischen der Policy-Ebene und der wissenschaftlichen Leistungsebene.

Anhand der prägenden Konkurrenzen und Konflikte lässt sich die Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt so verdichten, dass sich die Darstellung nicht in der Nachzeichnung von Aspekten verliert, die nur tagespolitisch relevant gewesen waren. Damit können die 25 Jahre Wissenschaftspolitik in einem rezipierbaren Umfang resümiert werden, und zugleich lässt dies etwas von den phasenweise dramatischen Zuspitzungen aufscheinen, die zu ignorieren die Darstellung unvollständig machte. Die prägenden Konkurrenzen und Konflikte waren und sind:

- die Abwicklungen und Strukturumbauten ab 1990 (nachfolgend 2.1.),
- der Halle-Magdeburg-Dualismus (2.2.),
- die Dauerhochschulreform (2.3.),
- die Hochschulfinanzierung (2.4.) und
- die Frage nach der Relevanzorientierung der Wissenschaft (2.5.).

2.1 Transformation: Umbauten ab 1990

Politischen Entscheidungen folgend, senkte sich ab 1990 auf das bestehende Wissenschaftssystem in Ostdeutschland das westdeutsche Strukturmuster herab. Dieses barg nicht allein neue Organisations-, Personal-, Rollen- und Kommunikationsstrukturen in sich. Es transportierte auch neue Normen, veränderte Finanzierungsmodi, abweichende Rekrutierungspfade, soziale Beziehungen in Gestalt informeller Netze und in vielen Fächern grundlegend andere Inhalte.

Den Hochschulen war 1990/1991 vielfach eine zögerliche Selbsterneuerung attestiert worden, die staatliche Interventionen nötig gemacht habe. Fragt man nach den Gründen, so offenbart eine soziologisch informierte Erklärung ein Dilemma für die Akteure in den Einrichtungen: Es wurde von politischer Seite eine solche Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potenziellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Vielmehr wurden alsbald deutlich, dass die Wissenschaftler mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Es drohte auch, zumindest für einen Großteil der wissenschaftlich Tätigen, der Verlust des Arbeitsplatzes. Daneben wurden die Aktionskapazitäten der hochschulischen Akteure in dieser Zeit durch zweierlei absorbiert: Zum einen galt es, die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Zum anderen wurden neue (nämlich demokratische sowie akademische Selbstverwaltungs-)Strukturen und Verfahren zunächst mit großem Aufwand debattiert, waren dann gegen Widerstände umzusetzen und hernach – da neu – auch erst zu trainieren.

Die erste Hälfte der 1990er Jahre im wiedererstandenen Land Sachsen-Anhalt war zunächst wissenschaftspolitisch durch einen Strukturumbau bei laufendem Betrieb geprägt. Die Komplettumgestaltung der Wissenschaft hatte drei Dimensionen: (1) der Personalumbau, bestehend aus der Personalstruktur-Neugestaltung und Personalüberprüfungen, (2) die strukturelle Anpassung an das normsetzende westdeutsche Wissenschaftssystem sowie (3) die inhaltliche Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs, dabei insbesondere die Überwindung der methodologischen Monokultur des Marxismus-Leninismus. In den 2000er Jahren wurden dann einige Strukturanpassungen vorgenommen.

Personalumbau

Um eine personelle Erneuerung der Hochschulen und Forschungsinstitute zu bewerkstelligen, waren zahlreiche Instrumente, oft ad hoc entwickelt, zur Anwendung gelangt:

- Abwicklung;
- Neubesetzungen der Dekanspositionen;
- Vertrauensabstimmungen über Sektions- bzw. Instituts- und Klinikleitungen;
- fachliche Evaluierung des Personals, daraus sich ergebende Entlassungen oder Verbleib;
- Integritätsüberprüfungen mit gleichfalls sich daraus ergebende Entlassungen oder Verbleib;
- Neudefinition der Personalstruktur;
- Vorabberufungen („verkürzte Berufungsverfahren“) interner Bewerber auf bis zu 25 Prozent der Professorenstellen;
- bundesweite Ausschreibung der sonstigen Professorenstellen und darauf gründend häufig Bewerbungen bisheriger Stelleninhaber/innen,
- dann Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdberufungen;
- im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis bzw. Entlassung „mangels Bedarf“;
- schließlich Rehabilitierungen incl. symbolischer Statuserhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor, was die individuellen Verbleibschancen verbessern mochte.

Vorrangig aber bestand der Personalumbau aus den Abwicklungen, den Änderungen in der Personalstruktur und daraus folgenden Entlassungen „mangels Bedarf“ sowie den Überprüfungen der vorhandenen Wissenschaftler/innen auf fachliche Kompetenz und auf persönliche Eignung für den öffentlichen Dienst.

Politisch heftig umstritten war – wie in den anderen ostdeutschen Ländern auch – die Abwicklung zum 31.12.1990. Sie betraf Institute und Fächer, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Soziologie usw. (vgl. Köhler/Winter 1991; 1991a). Abwicklung bedeutete deren Schließung bei Fortdauer der Bezahlung ihrer Mitarbeiter/innen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das wesentliche personalbezogene Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein *Kollektiv*merkmal, entschied über die *individuelle* berufliche Existenz. Entsprechend konfliktbehaftet war der Vorgang. Er vollzog sich nach Einschätzung des langjährigen Abteilungsleiters Wissenschaft im Kultusministerium, Christoph Helm, „schmerzhaft rigide und in Einzelfällen nicht ohne Ungerechtigkeiten“ (Helm 2001: 25).

Für die nichtabgewickelten Fächer ergab sich in Auswertung dieser Konflikte eine abgeschwächte Variante der Neubesetzungen. Ursprünglich war geplant gewesen, sämtliche Stellen neu auszuschreiben – wie dies bspw. in Sachsen geschah. Dann jedoch regelte das Hochschulerneuerungsgesetz für Sachsen-Anhalt, dass bis zu einem Viertel der Professorenstellen jedes Fachbereichs aus dem vorhandenen Personal dem Ministerium für eine Berufung in einem verkürzten Verfahren vorgeschlagen werden konnte (§ 65 Abs. 3 HEG LSA). Dies war ein politischer Kompromiss, der zweierlei zu berücksichtigen suchte:

- Er trug der Befürchtung Rechnung, dass das vorhandene Personal in der neuen Wettbewerbssituation schlechtere Ausgangsbedingungen habe, da eine typische DDR-Wissenschaftlerbiografie weniger Auslandsaufenthalte, Publikationen, Netzwerkeinbindungen usw. aufwies. In diesem Sinne hatte die damals oppositionelle SPD ursprünglich eine Regelung vorgeschlagen, die den Aufschub einer Abberufung zur individuellen Qualifikationsverbesserung vorsah (Kehler 1993: 116).
- Zugleich sollte mit der 25-Prozent-Regelung Kontinuität in den Einrichtungen gesichert werden, da die Studiengänge weiterliefen und abgesichert werden mussten sowie die Ost-West-Personaldurchmischung auch als Garant der Akzeptanz der Hochschulen in der Öffentlichkeit galt.

Die restlichen mindestens 75 Prozent der Professorenstellen wurden auch in Sachsen-Anhalt neu ausgeschrieben, so dass sich zahlreiche bisherige Stelleninhaber/innen um ihre eigene Stelle bewerben mussten. Dies war verbunden mit einer Verringerung der Personalstellen um rund 30 Prozent bzw. 5.200 Stel-

len. 1995 gab es dann an den sachsen-anhaltischen Hochschulen noch 12.860 Stellen, davon 4.600 für wissenschaftliches Personal. (Kreckel 2004: 82)

Zum Teil vor, teils parallel zu den Stellenneubesetzungen liefen Überprüfungen der individuellen politisch-moralischen Integrität an den Hochschulen. Diese bezogen sich auf MfS-Mitarbeit, insbesondere solche als Inoffizieller Mitarbeiter (IM), und politisch herausgehobene Funktionswahrnehmungen im DDR-System. Die Gründe für die Annahme mangelnder persönlicher Integrität waren zweierlei: Es gab Kündigungen, die mit der Bekleidung von politischen Funktionen begründet wurden, wie auch solche, denen substantiierte Vorwürfe bestimmter Handlungen zugrundelagen.

Im ersteren Falle zeigte sich ein zentrales – ungeklärt gebliebenes – Problem der parajuristischen Personalüberprüfungsverfahren: Müsste Unschuld vermutet werden, sofern Gegenteiliges nicht bekannt wird, oder wäre schuldhaftes Verhalten zu vermuten, weil bestimmte Funktionen bekleidet worden waren? Falls letzteres: Ab welcher Hierarchieebene hätte dann die Schuldvermutung einzusetzen? Diese Fragen liefen letztlich auf die inhaltliche Bestimmung von Schuld hinaus. Eine solche war indes nicht systematisch vorgenommen, sondern ins Ermessen der damit befassten Kommissionen und, als Letztentscheider, des Kultusministers gestellt worden.

Der Gründungsdirektor für die Soziologie an der Martin-Luther-Universität, M. Rainer Lepsius, berichtet für die vier Personen – ein Dozent und drei wissenschaftliche Mitarbeiter/innen –, die von ihm Anfang 1991 vorgefunden worden waren, dass von diesen zunächst drei nicht weiterbeschäftigt worden seien. Fachlich habe es keine Einwände gegeben. Die Gründungskommission war nach „sorgfältiger Lektüre ihrer Schriften, insbesondere der Dissertationen, und längeren Gesprächen … in allen Fällen zu positiven Urteilen“ gekommen und hatte ihre Weiterbeschäftigung befürwortet (Lepsius 2002: 250). Aber:

> „Sie scheiterten … bei der politischen Evaluation im Ministerium in Magdeburg. [Sie] waren zwar Mitglieder der SED, aber keine Parteiaktivisten und auch keine Informellen Mitarbeiter der Stasi gewesen. Die Entlassenen erhielten keine schriftliche Begründung …. Ich … widersprach ihrer Entlassung – allerdings ohne Erfolg.“

Auch ihm seien offiziell keine Gründe für die politischen Bewertungen mitgeteilt worden. „Der Eine war offenbar an seiner Mitgliedschaft in der Betriebskampfgruppe, der Andere an seiner Teilnahme an einer Parteischulung und der Dritte an einer freiwilligen Vortragstätigkeit im Rahmen der Partei gescheitert.“ (Ebd.: 250f.) Arbeitsgerichte reparierten dann zwei dieser Entscheidungen, indem sie diese nachträglich an rechtsstaatliche Normen anpassten (ebd.: 256).

Diejenigen, welche die Personalüberprüfungsprozesse verantwortlich getragen hatten, nahmen für sich sowohl integre, moralisch verpflichtete Intentionen als auch die formale Korrektheit der Verfahren in Anspruch (etwa Hall 1994: 244). Mancher sah auch die Defizite des Vorgehens, die freilich der Übergangszeit geschuldet seien und mithin zeitlicher Begrenzung unterlägen. Beispielsweise habe sich „die sehr kritische Frage“ gestellt, „wie die personelle Zusammensetzung der [Personalüberprüfungs-]Kommissionen zustande gekommen ist. Die Antwort ist: Nicht so demokratisch, wie man sich das wünschen könnte“. Doch: „Hätten wir die Personalkommissionen wirklich frei gewählt, dann hätten wir auch die Parteistrukturen wieder einsetzen können. Es wäre weitgehend identisch gewesen.“ (Olbertz 1992: 28)

Ein denkwürdiger Fall hatte vergleichsweise früh auch die Probleme der Aufklärung von MfS-Verstrickungen offenbar werden lassen. Es war der Fall des Hallenser Internisten F. Eckhard Ulrich, der ein suizidales Ende fand. Den Ausgangspunkt beschrieb Ulrichs früherer Institutsdirektor:

> „... Die bis 1972 von SED- und Staatssicherheitseinflüssen freie II. Medizinische Klinik [der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, P.P.] gerät durch geglückte und mißglückte Republikflucht von Ärzten und Mitarbeitern schlagartig in das Kreuzfeuer dieser Institutionen. Viele werden bedrohlichen Verhören des Staatssicherheitsdienstes mit erpresserischem Druck unterzogen, so auch Ulrich, der von einer Fluchtaffäre ganz persönlich betroffen ist. Als er Schaden von Freunden – Erwachsenen und Kindern – abwenden will, kann er dies nur durch ein scheinbares Eingehen auf die erpresserischen Forderungen der Staatssicherheit erreichen. Verstrickt in diesen Konflikt, vertraut er sich mir an und leistet wiederum Widerstand gegen das System. Da dies sogleich offenkundig ist, bringt es ihn nun selbst in die Situation eines von der Staatssicherheit Bedrängten und Verfolgten. Die mich bereits seit Jahren betreffenden Restriktionen und Beobachtungen werden auf ihn und seine Familie erweitert ...“ (Seige 1993)

Ende 1991 wurde ein auf diesem Vorgang beruhender IM-Vorwurf öffentlich: „Er war zweifelsfrei über viele Jahre Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes“, teilte die Gauck-Behörde mit.[9] Friedrich Schorlemmer rekapitulierte später, was daraufhin geschah:

> „Er mußte erleben, wie selbst manche Freunde und Kollegen skeptisch, unsicher wurden und wie er bei amtlichen Stellen plötzlich vor verschlossenen Türen stand. Er lebte mit Blicken, die er nicht aushielt. Er wurde zum Stadtgespräch, er wurde zum Opfer der allfälligen Hechelei.“ (Schorlemmer 1994: 73)

Hier hätte die Gauck-Behörde durch das Eingeständnis eines inzwischen offensichtlich gewordenen Irrtums das Schlimmste verhindern können. Dafür fand sie, nach Auskunft Schorlemmers, „nicht den Mut“ (ebd.). Immerhin hatte es vorzeiten in einer Treffauswertung des MfS geheißen: „Es besteht kein Vertrauensverhältnis zum operativen Mitarbeiter ... U. weiß bedeutend mehr als er sagt, ist skeptisch, nicht offen und ehrlich ... Er macht nur Angaben zu solchen Sachverhalten und Gegebenheiten, die ohnehin schon bekannt sind.“[10]

Das MfS hatte daraufhin den IM-Vorgang eingestellt und einen operativen (Überwachungs-)Vorgang daraus gemacht. Diese Erkenntnisse aber flossen nicht substanziell in die weitere Behandlung des Vorgangs ein:

> „So verweist dann der Rektor an den Gesundheitsdezernenten. Der Präsident der Ärztekammer verweist an die Personalkommission. Die Personalkommission verweist die Kompetenz nach Magdeburg. Und alle meinen, trotz persönlicher Betroffenheit: es war alles korrekt, was sie getan haben, es sei eigentlich nur das unheilvolle Aktenerbe des ehemaligen MfS gewesen, das diesen Tod verursachte. Nein, es war unser fahrlässiger Umgang mit diesem furchtbaren Erbe.“ (Schorlemmer 1994: 75)[11]

Die Prozeduren des Umgangs mit Stasi-Verstrickungen sind, im nachhinein betrachtet, nur noch schwer zu verstehen. Immerhin mussten sie ad hoc entwickelt werden, und es gab kein Vorbild dafür. Den Akteuren waren nur zwei Dinge klar: Die systematischen Vertuschungen der sog. Entnazifierung im Westen Deutschlands konnten kein orientierendes Vorbild sein, und zugleich war die DDR nicht mit dem NS-Regime gleichzusetzen (vgl. LStU 1997). Manche Unstimmigkeit des Vorgehens erklärt sich daraus.

In der Natur der Sache liegt es, dass Zweifelsfälle ausführlicher und insbesondere öffentlich dokumentiert sind, als dies bei anderen, korrekt abgelaufenen Verfahren der Fall ist. In welchem quantitativen Verhältnis Zweifelsfälle und korrekte Verfahren zueinander standen, lässt sich aus dem zugänglichen Material nicht eruieren. Festgehalten werden muss aber: Die Personalüberprüfungen lieferten jedenfalls eine Reihe von berechtigten Diskussionsanlässen. Es hat, öffentlich dokumentiert, Problemfälle und Fehlentscheidungen gegeben. Diese wurzelten nicht in Besonderheiten der Einzelfälle, sondern in strukturellen Defiziten der Verfahren. Ihr Öffentlichwerden ergab sich meist aus besonderen Umständen, wie etwa Suizid. Die strukturellen Defizite der Verfahren und das Öffentlichwerden von Problemfällen allein durch besondere Umstände wiederum legen eines nahe: Es muss eine Dunkelziffer solcher Fälle (mit vermutlich weniger dramatischen Folgen) angenommen werden.

Ein bleibender Makel der Umbauprozesse ist insofern, dass in den 90er Jahren für einige der Betroffenen die Schutzmechanismen der Verfassung nicht erfahrbar wurden. Dem stand eine politisch induzierte Dynamik der Wissenschaftstransformation entgegen, die mögliche Verfahrenswiderstände ausdrücklich durch Beschleunigung aus dem Wege räumen wollte. Unter diesen gegebenen Rahmenbedingungen waren die Umbruchakteure in den Fakultäten wohl dazu verdammt, grundsätzlich nicht im eigentlichen Sinne ‚richtig’ handeln zu können: Zu widersprüchlich war die Situation mit den konkurrierenden Interessen in Hochschulen, Politik und Öffentlichkeit.

Der Umbau im engeren Sinne – einzugrenzen auf 1989 bis 1995 – war angesichts dessen durch ambivalente Kompromisse gekennzeichnet. Die Integritätsprüfungen etwa, von allen Teilprozessen am heftigsten diskutiert, stellten eine paradoxe Intervention dar. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik seien

[9] zit. nach Schorlemmer (1994: 71).

[10] zit. nach ebd.: 73

[11] 1996 erhielt Ulrich, der auch Gedichte schrieb (vgl. Ulrich 1994), posthum den Literaturpreis der Bundesärztekammer – eine bemerkenswert umwegige Art, den Vorgang zu kommentieren.

hinfort strikt zu trennen, wurden Wissenschaft und Politik noch einmal explizit zusammengeführt: Die Personalkommissionen unternahmen Bewertungen des früheren politischen Handelns des wissenschaftlichen Personals.

Seiner Form nach vermittelte der Vorgang nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Dabei waren Tatbestände jenseits strafrechtlicher Relavanz zu prüfen. In ihrem positivistischen Kern waren diese Überprüfungsverfahren Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.

Als notwendig erwies sich dafür die Schaffung entsprechender Kommissionen, die unter Einsatz des Instrumentariums der Rechtspflegeorgane mit Sachverhalten unterhalb des Strafbarkeitsverdachts befasst werden konnten. Deren Zusammensetzung war immer ‚falsch', egal, wie sie vorgenommen wurde:

- Wurden sie ausschließlich oder überwiegend aus Ostdeutschen gebildet, damit die Kenntnis der früheren Handlungskontexte angemessen repräsentiert sei, dann war strukturell verhindert, das (zumindest in Gerichtsverfahren geltende) Neutralitätsgebot befolgen zu können. Denn subjektiv Betroffene hatten die Untersuchungen durchzuführen und Entscheidungen zu treffen.
- Wurden die Kommissionen ost-west-gemischt besetzt, lagen der Verdacht kenntnisloser Mitwirkung und die Vermutung sachfremder Kriterien – wie das Bedürfnis, eigene Schüler versorgen zu wollen – in der Luft.

In wenigstens zweierlei Hinsicht waren die parajuristischen Verfahren der Personalüberprüfungen unterkomplex ausgestaltet: Zum einen erwies sich die funktionale Rollenindifferenz der Kommissionsmitglieder, welche eine gleichsam staatsanwaltliche mit einer gleichsam richterlichen Rolle verbinden mussten, als problematisch. Zum anderen hätten, wegen der möglichen Untersuchungs- und Anhörungsfolgen, die Betroffenen mit vergleichbaren Rechten wie Angeklagte in Gerichtsverfahren ausgestattet sein müssen.

In welchem Ausmaß die so erzeugten Entscheidungen angemessen oder problematisch waren, ist bislang nicht untersucht worden. Angesichts des Fehlens einer unabhängigen, zeithistorisch distanzierten Analyse wird man einstweilen nur normativ anmerken können: Beliebige Verfahren genügen nicht schon dadurch rechtsstaatlichen Normen, dass *die meisten* der in ihnen erzeugten Entscheidungen korrekt zustande kommen und in der Sache berechtigt sind. Denn wenn es die meisten waren, dann waren es einige nicht.

Strukturumbau

Hinsichtlich der Binnenstrukturen der Hochschulen waren die wesentlichen positiven Elemente der Neuordnung zweierlei:

- Mit dem Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 hatte eine zunächst spontane Entwicklung eingesetzt, die zur Auflösung der SED- und FDJ-Strukturen an den Hochschulen sowie zur Entsorgung ideologischer und (para-)militärischer Studienanteile führte, die studentische Selbstverwaltung wiederherstellte sowie formale Beschränkungen der Wissenschaftsfreiheit aufhob.
- Die Herstellung des freien Studienzugangs war eine befreiende Erfahrung nach 40 Jahren rigider Zulassungspolitik auf der Grundlage permanent unzutreffender Bedarfsprognosen (vgl. Köhler/Stock 2004) und einer Auslese, die sich an politischen Kriterien wie (bis in die siebziger Jahre) sozialer Schichtzugehörigkeit orientierte.

Das sachsen-anhaltische Hochschulsystem insgesamt ist strukturell vor allem insoweit umgebaut worden, als die Dualität von Universitäten und Fachhochschulen eingeführt wurde. Dabei konnte die Politik in gewisser Weise daran anknüpfen, dass die DDR ein Hochschulsystem errichtet hatte, das aus Volluniversitäten und spezialisierten Hochschulen bestand:

- Die Spezialhochschulen waren insbesondere die Pädagogischen und Technische Hochschulen. Erstere wurden in Sachsen-Anhalt nach 1990 in die Universitäten überführt, weil eine institutionell getrennte Aus-

bildung für das Lehramt bildungspolitisch nicht erwünscht war (und mit Baden-Württemberg überhaupt nur noch in einem Bundesland existiert).

■ Die Spezialhochschulen in Bernburg (Landwirtschaft), Köthen (Ingenieurwesen) und Merseburg (Technische Chemie) gingen in Fachhochschulen auf. Dies bedeutete für sie insofern einen Statusverlust, als die Spezialhochschulen über das Promotionsrecht verfügt hatten. Einen gewissen Ausgleich dafür sollte die Regelung schaffen, dass das Lehrdeputat der FH-Professoren auf 16 statt der üblichen 18 Semesterwochenstunden festgelegt wurde, um mehr Freiräume für die Forschung zu eröffnen (Helm 2001: 7).

■ Keine Infragestellung erfuhr die frühere Hochschule für industrielle Formgestaltung, heute Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle.

■ Neben den öffentlichen Hochschulen gibt es zudem die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle und die Theologische Hochschule Friedensau, eine Einrichtung der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten. Beide hatten bis 1989 keine staatliche Anerkennung als Hochschule, bildeten gleichwohl auf Hochschulniveau aus und wurden folglich 1990 entsprechend anerkannt.[12] Letzteres traf auch für die Kirchliche Hochschule Naumburg (bis 1989 Katechetisches Oberseminar) zu, die dann aber aufgrund innerkirchlicher Entscheidungen 1993 aufgelöst wurde.[13]

*Übersicht 8: Staatliche Hochschulen und Hochschulstädte in Sachsen-Anhalt**

Hochschule	Stadt	Einwohner	Hochschulpersonal		Studierende	Anteil HS-Angehörige an Einwohnern in %[1]
			gesamt	davon wiss./künstl.		
Universitäten						
MLU	Halle	232.470	7.814	3.431	19.184[2]	12,3
OvGU	Magdeburg	232.306	6.564	2.643	14.263	11,1
Künstlerische Hochschule						
Burg Giebichenstein	Halle	232.470	387	277	997	12,3
Hochschulen für angewandte Wissenschaften						
HS Anhalt	Bernburg	33.633	352	185	3.249	10,7
	Dessau-R.	83.061	161	82	1.421	1,9
	Köthen	26.384	398	201	2.746	11,9
HS Harz	Halberstadt	40.440	66	54	777	2,1
	Werniger.	33.319	305	175	2.232	7,6
HS Magdeburg-Stendal	Magdeburg	232.306	555	356	4.378	11,1
	Stendal	40.079	174	130	2.192	5,9
HS Merseburg	Merseburg	33.317	504	297	2.999	10,5
Gesamt	**9 Hochschulstädte**		**17.280**	**7.831**	**54.438**	

* ohne den Sonderfall der Fachhochschule der Polizei Aschersleben

[1] eigene Berechnungen, für die kontrafaktisch unterstellt wird, dass die Mitarbeiter/innen und Studierenden ausnahmslos ihren Wohnsitz am Arbeits- bzw. Studienort haben; Angabe bezogen auf alle ortsansässigen Hochschulen

[2] 39 weitere Studierende der MLU werden in der Statistik zudem für Merseburg angegeben

Quellen: StaLA LSA (2015), StaBA (2015b, 2015g)

Daneben lassen sich einige Neuerungen und Besonderheiten der Strukturumbauten festhalten:

■ In Magdeburg wurde auf Basis der bestehenden Technischen Universität und der ebenfalls vorhandenen Pädagogischen Hochschule die Otto von Guericke-Universität gegründet (vgl. Marotzki 1993; Puhle 2003; Pollmann 2003).

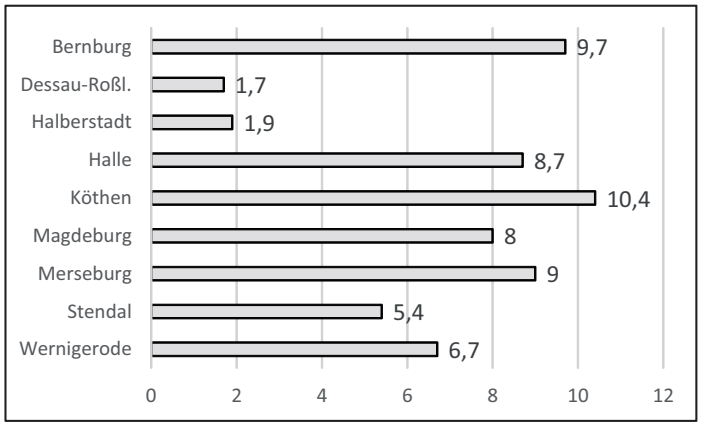
[12] vgl. zur Kirchenmusik(hoch)schule Halle: Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle an der Saale (1996) und zum früheren Theologischen Seminar Friedensau: Theologische Hochschule Friedensau (1999)

[13] vgl. „Vom Menschen…“ (1993), Hoenen et al. (o.J. [2009]), Schröter/Schultze (2012)

■ Aufgrund regionalpolitischer Erwägungen wurden auch Regionen mit Fachhochschulen ausgestattet, die zuvor über keine Hochschule verfügten: So entstanden die Hochschule Harz in Wernigerode, der Stendaler Standort der Hochschule Magdeburg-Stendal (ursprünglich als FH Altmark geplant) und der Dessauer Standort der Hochschule Anhalt.

■ Derart verfügt Sachsen-Anhalt heute über zehn Hochschulen, davon acht staatlich unterhaltene, die sich auf 14 räumliche getrennte Einrichtungen verteilen. Neun Städte sind (Teil-)Standorte von öffentlichen Hochschulen: Bernburg, Dessau-Roßlau, Halberstadt, Halle (Saale), Köthen, Magdeburg, Merseburg, Stendal und Wernigerode; hinzu tritt als Sonderfall Wittenberg. Ein Spezifikum in Sachsen-Anhalt ist, dass drei der vier öffentlichen Fachhochschulen an mindestens zwei Sitzorten präsent sind.[15]

Übersicht 9: Anteil der Studierenden an den Stadteinwohnerschaften in Sachsen-Anhalt nach Standort (in Prozent)[14]



Datenquellen: StaLA LSA (2015), StaBA (2015b)

■ Wo Fachhochschulen auf der Basis von Vorgängereinrichtungen entstanden, waren letztere Technische Hochschulen mit Promotionsrecht gewesen. Um die dadurch gegebene Forschungsstärke zu erhalten, wurde für die FH-ProfessorInnen per Lehrverpflichtungsverordnung ein Lehrdeputat von 16 Semesterwochenstunden statt der üblichen 18 Stunden fixiert – „was zu einem Sturm im Wasserglas in einigen Gremien der Kultusministerkonferenz führte“. Doch sei damit ein „entscheidender Durchbruch zur bundesweiten Anerkennung des Aspekts der anwendungsorientierten Forschung an Fachhochschulen“ gelungen. Auch richtete das Land an den FHs Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/innen ein. (Helm 2001: 7)

■ Mit der Verwaltungsfachhochschule in Halberstadt wurde zunächst eine landesverwaltungsinterne Hochschule gegründet. Das verstand sich nicht von selbst, denn in den 1990er Jahren bestand bundesweit bereits die konsolidierte Meinung, dass Verwaltungsstudiengänge an öffentlichen Hochschulen angesiedelt sein sollten (vgl. Helm 2001: 3). Daher fielen just in die Gründungszeit der Halberstädter FH in Westdeutschland die Bemühungen, die (den Innenressorts zugeordneten) Verwaltungsfachhochschulen in den allgemeinen Hochschulbereich zu integrieren. Hier war in Sachsen-Anhalt nicht nur eine nahe liegende Innovationschance explizit nicht genutzt worden. Vielmehr kann als durchaus bemerkenswert notiert werden, dass sich dies im Zuge einer Hochschulerneuerung vollzog, die im Zeichen der Entpolitisierung von Forschung und Lehre stand: Für die Ausbildung der Staatsbeamten indes wollte man sich lieber doch nicht auf die solcherart erneuerten allgemeinen Hochschulen verlassen, sondern setzte auf eine verwaltungsinterne Einrichtung. Diese Strukturentscheidung wurde 1998 durch Integration in die Hochschule Harz korrigiert. Im Innenressort verblieben ist bis heute die Fachhochschule der Polizei in Aschersleben, die auf den (baulichen) Fundamenten einer DDR-Polizeifachschule errichtet wurde.

■ Die Beibehaltung zweier universitätsmedizinischer Standorte in Halle und Magdeburg – dort inklusive des Aufbaus einer Vorklinik – bedeutete, dass sich Sachsen-Anhalt mit einer Hochschulmedizin über den eigenen Bedarf hinaus ausstattete (Helm 2001: 21).

■ Eine Besonderheit ist auch, dass Sachsen-Anhalt bis heute eines der wenigen Bundesländer ohne private Hochschulen ist.

[14] Diese Werte bilden lediglich das Verhältnis von Hochschulangehörigen und Einwohnern ab. Sie können nicht abbilden, zu welchen Anteilen die Hochschulangehörigen ihren Wohnsitz im Standort der Hochschule haben, also selbst Einwohner sind.

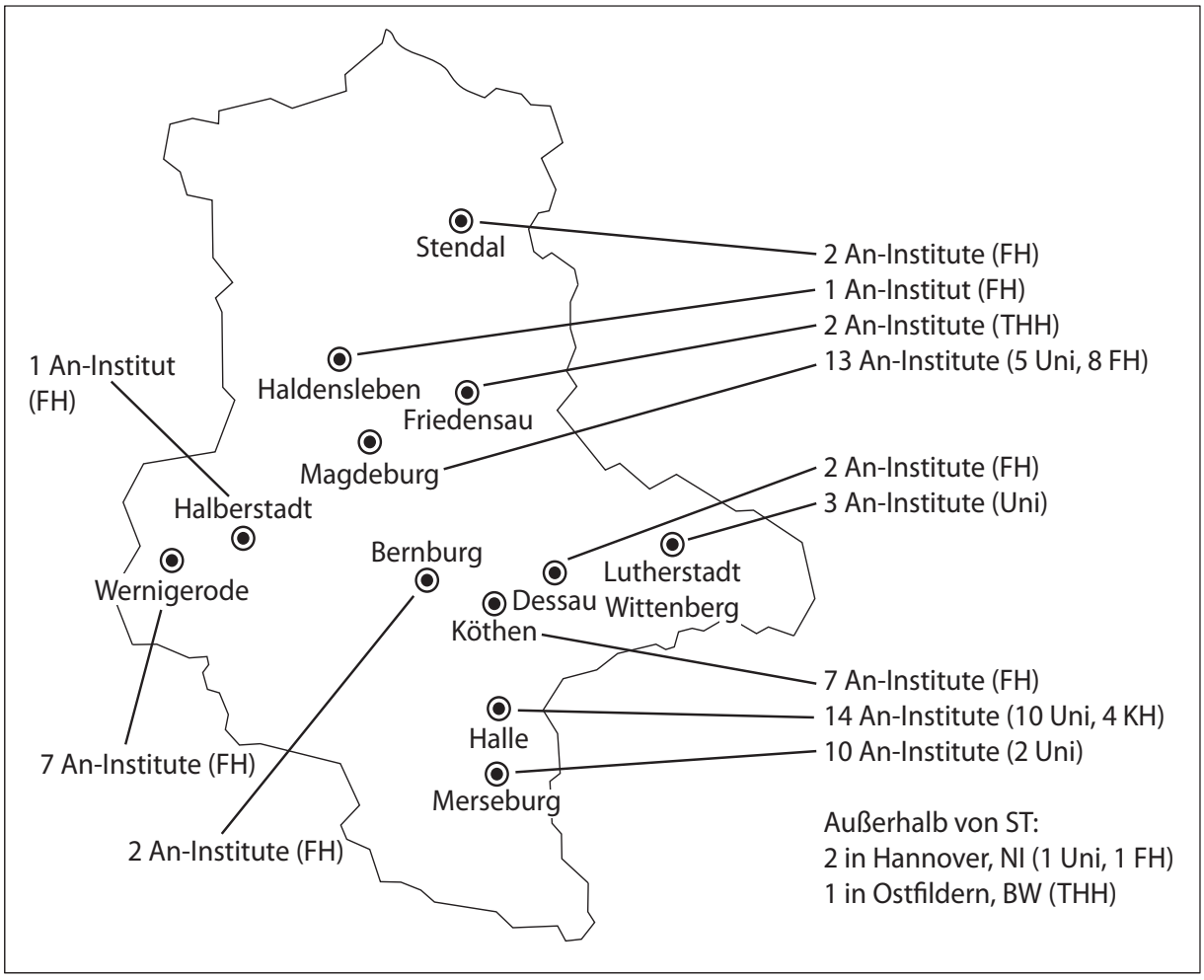
[15] Das gibt es zwar auch in anderen Bundesländern, ist dort jedoch im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt nicht die Regel, sondern der Ausnahmefall.

■ Sachsen-Anhalt verfügt mit Wittenberg über einen historischen Universitätsstandort, der zwar im Namen der Martin-Luther-Universität fortlebt, aber seit 1817 keine universitären Einrichtungen mehr beherbergte. Daher wurde dort 1994 die Stiftung Leucorea gegründet, welche eine „akademische Wiederbelebung" in Wittenberg leisten sollte. Im Laufe der Jahre wurden im sanierten Gebäude der Stiftung insgesamt neun Institute angesiedelt, von denen sich vier konsolidieren konnten, so dass sie auch heute noch existieren.[16]

■ Eine Besonderheit stellt der Umstand dar, dass die in Halle ansässige Akademie der Naturforscher Leopoldina 2008 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde.

■ Schließlich waren die Hochschulen in den 1990er Jahren politisch ermuntert worden, An-Institute zu gründen, insbesondere um den Wissenstransfer in außerwissenschaftliche Anwendungskontexte zu för-

Übersicht 10: An-Institute in Sachsen-Anhalt



[16] Die Stiftung Leucorea selbst, das Institut für Deutsche Sprache und Kultur, das Institut für Hochschulforschung (HoF) und das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik, letzteres inzwischen im Wilhelm-Weber-Haus in Wittenberg ansässig. Nicht mehr existieren die Sektion Gesundheits- und Pflegewissenschaften, das MESROP Zentrum für Armenische Studien, das Leopold-Zunz-Zentrum für jüdische Geschichte, die Sektion Wirtschaftswissenschaften, ein Zentrum zur Erforschung des Genossenschaftswesens und das ZUSAS Zentrum für USA-Studien. Einen Sonderfall stellte das WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg (2005-2014) dar, das dann zum Teil im Institut für Hochschulforschung (HoF) aufging. Dass nicht alle der in unterschiedlichen Phasen unternommenden Initiativen Dauerhaftigkeit erlangten, liegt freilich auch in der Natur von Gründungs- und Anfangsinitiativen: Nur wo einiges probiert wird, kann auch manches gelingen.

dern.[17] Im Ergebnis verfügt Sachsen-Anhalt heute mit 67 Einrichtungen, davon drei außerhalb des Landes, über die bundesweit höchste Dichte an An-Instituten (vgl. Henke/Pasternack 2012). (Übersicht 10)

Parallel zum Hochschulsystem wurde seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre auch die außeruniversitäre Forschungslandschaft neu aufgebaut (vgl. Hechler/Pasternack 2011). Hier war mit dem Umstand umzugehen, dass auf dem Territorium von Sachsen-Anhalt vier Institute der DDR-Akademie der Wissenschaften und beachtliche 23 Einrichtungen der bisherigen Landwirtschaftsakademie bestanden. Für letztere wurde dann nicht das Wissenschafts-, sondern das Landwirtschaftsministerium zuständig. Das habe sich nach

Übersicht 11: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt

	Trägerschaft / Finanzierung			
Einrichtung	Gemeinschaftsfinanzierung	Ressortforschung des Bundes	Mitfinanzierung Bund (und Sitzort)	Landeseinrichtung
MPI für ethnologische Forschung, Halle (Saale)	■			
MPI für Mikrostrukturphysik Halle	■			
MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg	■			
Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) Halle	■			
Fraunhofer-Center für Silizium-Photovoltaik (CSP) Halle mit Fraunhofer-Pilotanlagenzentrum für Polymersynthese und -verarbeitung (PAZ) Schkopau	■			
Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung (IFF) Magdeburg	■			
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UfZ) Leipzig-Halle, Hauptsitz Leipzig, Standorte in Sachsen-Anhalt: Halle, Magdeburg, Bad Lauchstädt und Falkenberg	■			
Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE), Magdeburg	■			
Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB) Halle	■			
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) Halle	■			
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	■			
Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben	■			
Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN) Magdeburg	■			
Umweltbundesamt (UBA) Dessau		■		
Julius Kühn-Instituts (JKI) Quedlinburg – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen		■		
Robert-Koch-Institut (RKI) Berlin, Außenstelle Wernigerode		■		
Deutsches Zentrum Kulturgutverluste, Magdeburg			■	
Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale)			■	■
Stiftung Bauhaus Dessau			■	■
Franckesche Stiftungen Halle/Saale				■
Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)				■
Stiftung LEUCOREA, Lutherstadt Wittenberg				■

[17] Ein An-Institut ist eine organisatorisch sowie rechtlich eigenständige wissenschaftliche Einrichtung, die einer Hochschule angegliedert ist. Es hat eine private Rechtsform, zum Beispiel als e.V. oder gGmbH. Anteilseigner können in verschiedenen Kombinationen Land, Universität, ein Trägerverein, Professoren und/oder Industrieunternehmen sein. Geleitet wird ein An-Institut in der Regel von einem oder mehreren Professoren, die ihre Professur an der Hochschule innehaben, der das An-Institut assoziiert ist. (MK 2004a: 2)

Christoph Helm (2001: 9), seinerzeit Wissenschaftsabteilungsleiter, als Fehler erwiesen: Es habe im Landwirtschaftsressort „offensichtlich wenig Interesse am Weiterbestand dieser Forschungseinrichtungen“ gegeben, so dass die Begutachtungsverfahren des Wissenschaftsrates, „um es freundlich zu formulieren, nicht im Zentrum des Interesses standen“.

Im Ergebnis der außeruniversitären Neuordnung sind in Sachsen-Anhalt drei Max-Planck-Institute, drei Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, fünf Zweigstellen von zwei Helmholtz-Zentren, fünf Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und drei Bundesforschungseinrichtungen angesiedelt worden (Übersicht 11).[18]

Die Fächergruppenzuordnung ergibt, dass 47 Prozent der außeruniversitären Institute in Sachsen-Anhalt ein naturwissenschaftliches Profil haben, 27 Prozent ein ingenieurwissenschaftliches und 13 Prozent ein sozial- bzw. geisteswissenschaftliches. Weitere 13 Prozent arbeiten zu sowohl natur- als auch sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

Einige wissenschaftliche bzw. wissenschaftsaffine Einrichtungen sind im Kultusressort angesiedelt. Das betrifft die Stiftung Bauhaus, das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie einige Museen, die sich als Forschungsmuseen verstehen. Letzere sind Museen mit überregional bedeutenden Sammlungen, die an diesen Sammlungen – neben ihren sonstigen Aufgaben der Bestandspflege und -erweiterung sowie der Ausstellungsgestaltung – eigene, überregional bedeutsame Forschungen durchführen. Dazu zählen in Sachsen-Anhalt sechs Einrichtungen: das Kulturhistorisches Museum Magdeburg, das Gleimhaus Halberstadt, die Forschungsstätte für Frühromantik und Novalis-Museum Schloss Oberwiederstedt, das Händel-Haus Halle, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle und das Winckelmann-Museum Stendal.

Resümiert man Personal- und Strukturumbau insgesamt, so lässt sich in der Retrospektive auf die Vorgänge festhalten:

- Der Umbau hatte sich im Rahmen einer vollendenden Modernisierung als ein Anpassungsprozess an das normsetzende und strukturtransferierende westdeutsche Wissenschaftssystem vollzogen.
- Er war gekennzeichnet einerseits durch beträchtliche west-östliche Finanztransfers und eine Pluralisierung der Lehr- und Forschungsinhalte, insbesondere die Überwindung der methodologischen Monokultur des Marxismus-Leninismus.
- Andererseits war der Vollzug charakterisiert durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen, dadurch einen starken Einfluss klientelistischer (westdeutscher) Interessenstrukturen, schließlich einen unangemessenen Zeitrahmen, defizitäre Transformationsbewältigungskapazitäten des politischen Systems und alsbald einsetzende Sparzwänge.
- In den Ergebnissen führte das zu einem weitgehenden, aber nicht vollständigen akademischen Elitenwechsel, zur Verwestlichung wie Vermännlichung des Personals und zu einer Struktur, die auch in ihren (beschränkten) Innovationen – als Förderung des Noch-nicht-Mehrheitsfähigen – allzu deutliche Konventionsverstöße eher mied.

Der Kompromisscharakter bei den Prozeduren des Umbaus hatte sich wesentlich aus zwei Umständen ergeben, die aus politischen, nicht zuletzt ostdeutschen Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Mithin: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen. Dies mündete in Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten. Damit war auch die Ambivalenz des Wandels programmiert: Aus dem Charakter des Systemwechsels als einem grundstürzenden Vorgang konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Legalitätsgebot, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber. Beide waren zu bedienen, irgendwie.

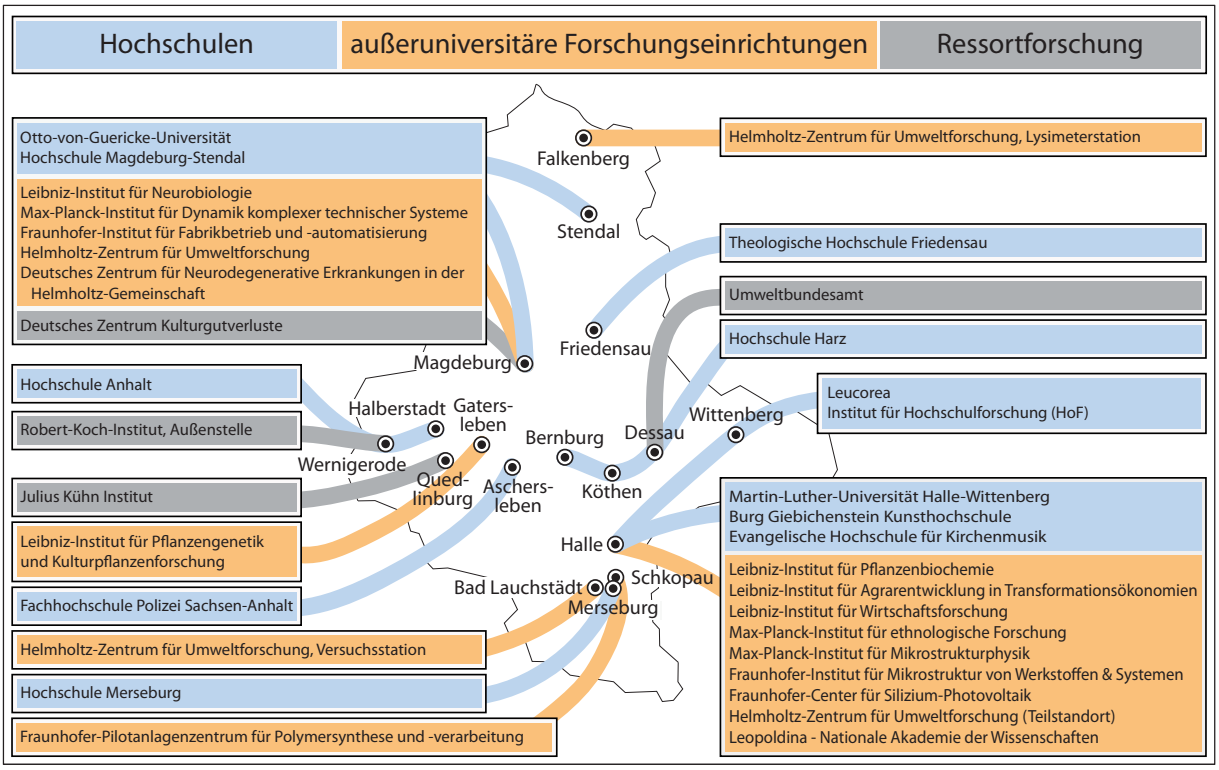
[18] Details der Aufbauvorgänge schildert auf Basis intimer Innenkenntnis der seinerzeitige Wissenschaftsabteilungsleiter im Wissenschafts- bzw. Kultusministerium Christoph Helm (2001: 8-20).

Strukturkorrekturen seit den 2000er Jahren

Hochschulbezogen war seit 1992 die Planungsgrundlage gewesen, ein Hochschulsystem mit 44.000 flächenbezogenen Studienplätzen zu unterhalten. Zugleich hatte das Land seit 1995 nicht mehr die Mittel zur Verfügung gestellt, um die dafür erforderlichen Stellenpläne finanzieren zu können. (Kreckel 2004: 99) Der Euphorie der Aufbaujahre war ebenso geschuldet gewesen, dass 1992 einige Strukturentscheidungen getroffen worden waren, die sich als kostenträchtig erweisen sollten: Das betrifft insbesondere die Unterhaltung zweier Hochschulmedizinstandorte in Halle und Magdeburg, zweier ingenieurwissenschaftlicher Universitätsstandorte (2004 dann korrigiert), zweier Lehrerbildungsstandorte (Halle und Magdeburg, 2004 teilweise korrigiert) sowie einer Reihe weiterer Fächerdoppelungen und -überschneidungen. Begünstigend wirkte bei den entsprechenden Entscheidungen immer auch die beträchtliche Nord-Süd-Ausdehnung des Landes.

Am 1. März 2000 teilte der sachsen-anhaltische Kultusminister Gerd Harms mit, dass sich die Zahlen der Studierenden und der Studienanfänger/innen nicht so entwickelt hätten, wie dies 1992 angenommen worden war: „7.500 Studienanfängerinnen und -anfänger haben 1999 ein Hochschulstudium … aufgenommen. Die bisherige Planung sah 11.000 Studienanfänger vor." Solche Zahlen könnten in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Die Landesregierung halte es daher für geboten, die bisherige Zielzahl von 44.000 Studierenden für die Jahre bis 2010 zu korrigieren und von nunmehr 33.000 Studienplätzen auszugehen. (MK LSA 2000; 2001) Die Hochschulen mussten zur Umsetzung dieser Vorgaben in den Jahren 2001 und 2002 Stellen abbauen, so an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 350 Personalstellen (Kreckel 2004: 100).

Übersicht 12: Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalt 2016



Drei Jahre später hatten sich die haushalterischen Bedingungen weiter zugespitzt. Die nunmehr von CDU und FDP gebildete Landesregierung beschloss daher, dass der Hochschulsektor zehn Prozent seines Etats einsparen müsse. Ein 2003 vom Kultusministerium vorgelegter Hochschulstrukturplan lieferte die Begründungen: Die Hochschulstrukturplanung der 1990er Jahre bedürfe einer Überprüfung und Neuausrichtung. Es gebe Effizienzreserven, und es müssten Weichenstellungen zur Zukunftssicherung vorgenommen werden. (MK LSA 2003: 5) Die vorgeschlagenen Veränderungen basierten unter anderem auf einem Vergleich der Personal- und Studierendenzahlen mit bundesweiten Referenzdaten. Ziele waren eine Verlagerung

von Aufnahmekapazitäten von den Universitäten an die Fachhochschulen, die Auflösung als zu kleinteilig eingeschätzter Einheiten und die Verringerung von Doppelangeboten.

Im Ergebnis wurden der Aufbau eines ingenieurwissenschaftlichen Bereichs an der Universität Halle-Wittenberg gestoppt, an der Hochschule Magdeburg-Stendal der Studiengang Pharmawissenschaften eingestellt, Architektur und Bauwesen auf jeweils einen Standort konzentriert, die Lehramtsausbildung an der MLU konzentriert (lediglich die Berufspädagogik und ein fachlich damit zusammenhängendes eingeschränktes Fächerspektrum für die allgemeinbildenden Schulen verblieben an der Universität Magdeburg) sowie zahlreiche weitere Detailveränderungen umgesetzt. (Vgl. MK LSA 2004)

Insgesamt aber lässt sich das sachsen-anhaltische Institutionensystem trotz der zwischenzeitlichen Verluste als eine gut bestückte Wissenschaftslandschaft kennzeichnen, insbesondere dann, wenn die Einwohnerzahl des Landes in Rechnung gestellt wird.

2.2 Der Halle-Magdeburg-Dualismus

Begünstigt durch die erhebliche Nord-Süd-Ausdehnung Sachsen-Anhalts, aber auch historisch bedingt – zuletzt in den DDR-Jahrzehnten durch die Trennung in die Bezirke Halle und Magdeburg –, haben sich zwei Wissenschaftsräume Nord- und Süd-Sachsen-Anhalt herausgebildet.

Wissenschaftsstandort Halle (Saale)

Halle (Saale) ist der Standort dreier Hochschulen: der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Kunsthochschule Burg Giebichenstein und der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik:

- Die *Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* bezeichnet sich selbst als „Volluniversität".[19] An ihr waren 2014/2015 19.200 Studierende immatrikuliert, womit sie die größte Hochschule Sachsen-Anhalts ist. Ihre neun Fakultäten decken die Sozial- und Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin ab.
- An der *Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle* waren im Jahr 2014/2015 ca. 1.000 Studierende immatrikuliert. In den zwei Fachbereichen Kunst und Design werden zehn Studiengänge angeboten.
- Die *Evangelische Hochschule für Kirchenmusik* ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands. Der Hochschulstatus wurde ihr 1993 verliehen. Im Jahr 2014/2015 waren hier knapp 50 Studierende immatrikuliert.

Neben den Hochschulen ist in Halle auch eine Reihe außeruniversitärer Einrichtungen beheimatet:

- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO)
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
- Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung
- Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik
- Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS)
- Fraunhofer-Center für Silizium-Photovoltaik (CSP) sowie
- ein Standort des Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UfZ) Leipzig-Halle, dessen Hauptsitz in Leipzig ist,
- die Leopoldina, seit 2008 Nationale Akademie der Wissenschaften.

Arrondiert wird die einschlägige Infrastruktur durch weitere wissenschaftsnahe Einrichtungen:

[19] http://www.uni-halle.de/universitaet/geschichte/ (28.1.2010)

- Die *Franckeschen Stiftungen* sind zunächst ein Bildungscampus, der im 17. Jahrhundert errichtet worden war, also ein kompaktes Bauensemble. Als solches sind die Stiftungen zugleich der bauliche Rahmen für zahlreiche Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen.
- Die *Universitätsbibliothek Halle* ist zugleich Landesbibliothek Sachsen-Anhalts.
- Das *Landesmuseum für Vor- und Frühgeschichte* sowie das *Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie*, beides wissenschaftsaffine Einrichtungen, habe ihren Sitz in Halle.

Halle verfügt mit dem Weinberg Campus über einen der größten Technologieparks Ostdeutschlands.[20] Auf dem 134 Hektar großen Areal befinden sich neben zahlreichen Fachbereichen und Zentren der Universität Halle-Wittenberg auch sieben außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus haben sich aktuell mehr als 70 Firmen, diverse Initiativen und mit „BIO Mitteldeutschland“ eine Kooperation verschiedener Unternehmen mit dem Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben auf dem Weinberg Campus angesiedelt.

2011 wurde innerhalb des Weinberg Campus zudem durch die Leibniz-Gemeinschaft der Wissenschafts-Campus Halle „Pflanzenbasierte Bioökonomie” etabliert. Dieser hat das Ziel, die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Hallenser Leibniz-Institute für Pflanzenbiochemie (IPB) und für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben mit den thematisch korrespondierenden Fachbereichen der Martin-Luther-Universität zu intensivieren.”[21] Mit dem Halleschen WissenschaftsCampus war bundesweit zum zweiten Mal dieses neue und wichtigste Modell der Leibniz-Gemeinschaft für eine verbindliche und mittelfristig angelegte Hochschulkooperationen in gesellschaftlich relevanten Forschungsfeldern realisiert worden (GWK 2011: 29).

Wissenschaftsstandort Magdeburg

Kern der Magdeburger Wissenschaftslandschaft ist die *Otto-von-Guericke-Universität* in der nördlichen Innenstadt, die 1993 aus ehemals drei Magdeburger Hochschulen hervorging. Die Universität hat ein stark technisches Profil, das künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken soll. So wird etwa in der aktuellen Zielvereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Universität festgehalten, dass Forschungsschwerpunkte Medizin/Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften herauszubilden sind, die Ingenieurwissenschaften der Universität in Kooperation mit der regionalen Wirtschaft eine Führungsrolle in der anwendungsbezogenen Forschung zu übernehmen haben oder die Lehramtstudiengänge nur für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und für die Lehrämter an Sekundarschulen und Gymnasien in Fächerverbindungen mit den Fächern Wirtschaft und Technik angeboten werden (MW LSA 2015: 5f., 17). Aktuell sind an der Magdeburger Universität mehr als 14.300 Studierende eingeschrieben.

Am Magdeburger Standort der *Hochschule Magdeburg-Stendal* existieren die fünf Fachbereiche Bauwesen, Ingenieurwissenschaften und Industriedesign, Kommunikation und Medien, Sozial- und Gesundheitswesen sowie Wasser- und Kreislaufwirtschaft. Hier sind gegenwärtig ca. 4.400 Studierende eingeschrieben. Die insgesamt ca. 18.650 Studierenden der Magdeburger Hochschulen entsprechen etwa acht Prozent der Stadteinwohnerschaft (derzeit ca. 232.000).

Die *außeruniversitäre Forschung* in Magdeburg wird durch fünf Einrichtungen repräsentiert:

- Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN) Magdeburg
- Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg
- Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung (IFF) Magdeburg
- Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE), Standort Magdeburg
- zudem befindet sich eine Außenstelle des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UfZ) Leipzig-Halle in Magdeburg.

[20] zur historischen Entwicklung des Campus vgl. Hensling (2008) und Müller (2007)

[21] http://www.wgl.de/?nid=pmakt&nidap (3.9.2011)

Als eine Einrichtung mit auch wissenschaftlichen Aufgaben – und überdies erheblichem Potenzial an öffentlicher Wahrnehmung – ist 2015 in Magdeburg das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste angesiedelt worden. Es wird getragen von Bund, Ländern und Kommunen. Insofern es der Bündelung von Aktivitäten aller staatlichen Ebenen im Bereich der Provenienzforschung dient,[22] kommt es dem Charakter einer Ressortforschungseinrichtung nahe.[23] Von der Stadt Magdeburg wird das Zentrum für Telemann-Pflege und -Forschung unterhalten, das eine eigene Forschungsbibliothek betreibt und Sitz der Redaktion der Telemann-Auswahlausgabe ist.[24]

Universität und Stadt agieren gemeinsam bei der Umsetzung baulicher Maßnahmen. Das zentrale Projekt war längere Zeit der Wissenschaftshafen, der über mehrere, wechselnde Förderprojekte vorangetrieben wurde. Er ist Kernstück und wesentliches Promotor eines weiträumiger angelegten Projekts, ein Wissenschaftsquartier zu entwickeln. Die Entwicklung dieses Wissenschaftsareals, das Universität und außerakademische Einrichtung zusammenbinden soll, ist städtebaulicher Kern des Versuchs, Magdeburg als Wissenschaftsstadt zu etablieren (Landeshauptstadt Magdeburg 2013: 40; KGE 2009).

Zwei Wissenschaftsräume

Die beiden Wissenschaftsräume Nord- und Süd-Sachsen-Anhalt werden am deutlichsten erkennbar, wenn die Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrachtet wird (Übersicht 13). Die sich so offenbarenden Kooperationsverdichtungen führen sowohl zur jeweiligen Integration als auch Verfestigung der beiden Wissenschaftsräume. Deren Kerne wiederum sind die beiden Großstädte Halle und Magdeburg. Von den außeruniversitären Instituten sind fünf direkt in Magdeburg beheimatet und neun direkt in Halle (hier zzgl. zwei in unmittelbarer Nähe). Kooperationen zwischen einer der beiden Universitäten Halle und Magdeburg und außeruniversitären Instituten am jeweils anderen Ort stellen Ausnahmen dar. Die Kooperationen mit Partnern im eigenen Bundesland finden vielmehr jeweils vor Ort statt:

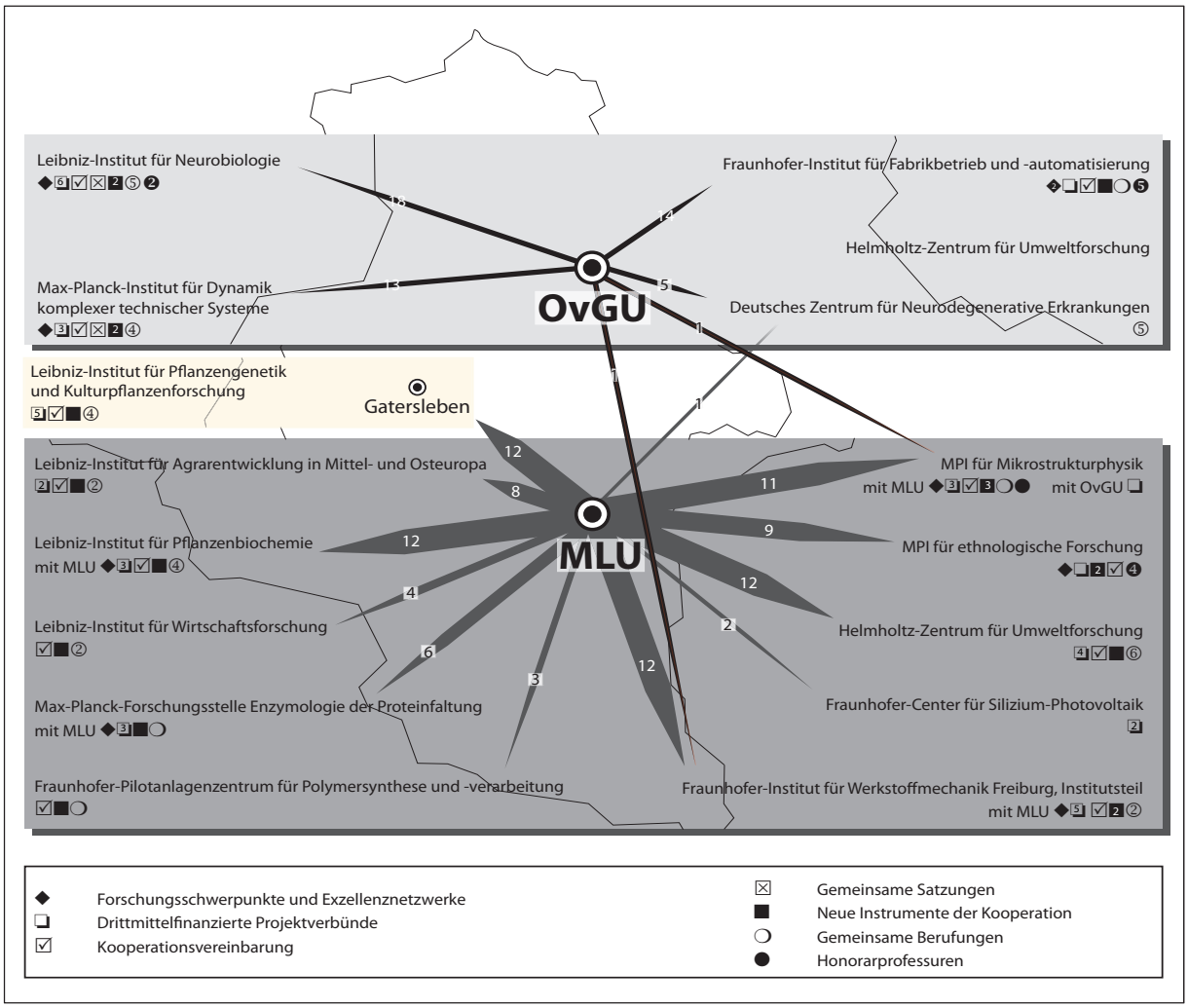
- An ihrem Standort erweisen sich die Einrichtungen als sehr gut vernetzt. Bis auf eine Ausnahme gibt es mit jeweils allen außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Ort Kooperationsbeziehungen.
- Die Ursachen für die lokalen Intensitäten der Kooperation liegen im Profil der Einrichtungen an den beiden Standorten. Dagegen sind inhaltliche Passfähigkeiten zwischen den Magdeburger und Halleschen Einrichtungen nur bedingt gegeben.
- Die Universitäten Magdeburg und Halle-Wittenberg und die regional ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben inzwischen den Übergang von der Phase der situativ gebundenen Kooperation zur Stufe der strategischen Vernetzung erreicht. (Hechler/Pasternack 2011)

[22] http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/02/2014-02-25-deutsches-zentrum-kulturgutverluste.html (30.12.2015)

[23] vgl. http://www.kulturgutverluste.de/de/ (30.12.2015)

[24] http://telemann.org/telemann-zentrum.html (12.7.2016)

Übersicht 13: Kooperationsdichte der Universitäten Sachsen-Anhalts mit außeruniversitären Einrichtungen (2011)



2.3 Dauerhochschulreform

Nachdem die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre neu geordnet war und noch während erste Konsolidierungen der neuen Strukturen betrieben wurden, kehrte keine Ruhe ein, sondern Hochschulreformen. Betrachtet man die einzelnen Hochschulbereiche, so dürfte seither kein Aspekt des Hochschulalltags unberührt von reformierenden Aktivitäten geblieben sein:

- *Organisation und Entscheidungsstrukturen:* Stärkung der Hochschulautonomie, neue Gremien- und Entscheidungsstrukturen, Abschaffung der Fachaufsicht des Ministeriums, Stärkung der Funktionsträger (Rektorat/Präsidium, Dekane), Strategiebildung und Zielvereinbarungen, Profilbildung und Leitbildentwicklung, Verwaltungsmanagement, Kuratorien;
- *Hochschulfinanzierung, Ressourcensteuerung und Finanzbewirtschaftung:* Globalhaushalt und Kosten-Leistungs-Rechnung, Outputorientierung, formelgebundene Mittelverteilung, Steuerung über vertragsförmige Vereinbarungen, Public-Private-Partnerships, Ausstieg des Bundes aus dem Hochschulbau;
- *Personal(struktur):* Dienstherreneigenschaft der Hochschulen, W-Besoldung, Dienstrechtsreform, Juniorprofessur, Gleichstellungsförderung;
- *Studienreform:* Qualität der Lehre, Lehrevaluation und Lehrberichte, gestufte Abschlüsse, Modularisierung, Workload- und Kompetenzorientierung, Credit Points, Akkreditierung, z.T. Auswahlverfahren für Studienbewerber/innen, Internationalisierung, Multimedia, e- bzw. Blended Learning, interdisziplinäre Studiengänge, Konzentration der Fächerangebote, Studienzeitbegrenzung, Öffnung für Berufserfahrene

ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, Teilzeitstudiengänge, strukturierte Doktorandenausbildung;

- *Querschnittsbereiche:* Qualitätsentwicklung, Evaluation, Weiterbildungsinitiativen, Stärkung der regionalen Bezüge.

All das hat sich zur Hochschuldauerreform verdichtet. Michael Huber (2005: 391) erklärt diese mit zwei möglichen Situationen, von denen eine immer gegeben sei: Würden die Universitäten die politischen Erwartungen nicht erfüllen, werfe man ihnen gern Reformunfähigkeit vor, „was dann der Politik Anlass zu weiteren reformierenden Eingriffen bietet". Erfüllten sich dagegen die Erwartungen, dann solle der Erfolg wiederholt werden. Also machte sich die Politik auf die Suche nach neuen Reformmöglichkeiten.

Für den hochschulischen Arbeitsalltag ist indes wesentlich, dass die zahlreichen Parallelreformen auf die jeweils gleichen Fachbereiche trafen und treffen. Diese waren und sind einem „Overkill durch Parallelaktionen" ausgesetzt und werden „durch diesen ‚Gesamtangriff' in ihrem Funktionieren beeinträchtigt" (Pellert 2002: 25f.). Die Reformbewältigungskapazitäten der Hochschulen sind regelmäßig bereits weitestgehend absorbiert, während schon das nächste Reformansinnen im Anmarsch ist.

Seit Ende der 1990er Jahre haben sich die allgemeinen Trends der bundesweiten Hochschulreform auch in Sachsen-Anhalt durchgesetzt, ohne dass das Land dabei den Ehrgeiz entwickelt hätte, als Vorreiter aufzutreten. Das Reformgeschehen umfasste insbesondere die Studienstrukturreform (Bologna-Prozess), den Aufbau von Qualitätssicherungssystemen (Evaluation, Akkreditierung), eine verstärkte Wettbewerbsorientierung und Differenzierung des Wissenschaftssystems sowie neue Steuerungsmodelle, mit denen sich das Land von Detailsteuerungen entlastet und im Gegenzug Optimierungen der Aufbau- und Ablauforganisation in den Hochschulen verlangt. Zentraler Hintergrundkonflikt war dabei immer der Umfang der Hochschulfinanzierung.

Studienstrukturreform

2009, reichlich zehn Jahre nach der Bologna-Erklärung über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums, hatten die Hochschulen Sachsen-Anhalts 80 Prozent ihrer Studiengänge auf die neue gestufte Studiengangstruktur – Bachelor und Master – umgestellt. Sie befanden sich damit im bundesweiten Ländervergleich im Mittelfeld zwischen Vorreitern und Nachzüglern bei der Umsetzung dieser Reform. (Ronneberger/Winter 2010: 231)

Diese formalen und inhaltlichen Veränderungen wurden und werden aus sehr unterschiedlichen Interessenperspektiven kritisiert:[25]

- Der Bologna-Prozess führe zu einer Überlastung der Lehrenden. Insbesondere die Akkreditierung erzeuge eine Bürokratisierung, die den Aufwand für die frühere staatliche Anerkennung der Studiengänge bei weitem übersteige. Dies verschärfe sich noch dadurch, dass ein Qualitätsgewinn durch die (obendrein kostenpflichtige) Akkreditierung nicht erkennbar werde und Qualitätsmängel der Akkreditierungsagenturen bzw. -verfahren durch die Hochschulen nur unzulänglich sanktionierbar seien.
- An manchen Universitäten sei der Lehrstoff neunsemestriger Diplom-Studiengänge in sechssemestrige Bachelorprogramme komprimiert worden, woraus sich Arbeitsüberlastungen und Frustrationen bei den Studierenden ergeben.
- Die auf drei Jahre verkürzten Bachelor-Studiengänge führten zu einem geringeren Qualifikationsniveau und zu einem weniger berufsqualifizierenden Abschluss als die früheren Studiengänge, z.B. durch den Wegfall von Praxissemestern und Auslandsaufenthalten. Wenn der Bachelor zum Regelabschluss werden solle, bedeute dies zwangsläufig ein Absinken des durchschnittlichen Bildungsniveaus der künftigen Akademikerkohorten.
- Den Studierenden werde durch die gestraffte Ausbildungsform und geringe Wahlmöglichkeiten die Chance genommen, eigene Interessenschwerpunkte in ihrem Studium zu setzen.

[25] vgl. z.B. Briedis (2007), Hechler/Pasternack (2009), Pasternack (2001), Winter (2007; 2009), Kühl (2011; 2012)

- Die Autoren der Modulhandbücher übten sich in Überanpassung und versprächen in ihren Modulbeschreibungen das Erreichen aller nur denkbaren Lernziele. In der Tat, bei Studienprogrammen, die zwischen 500 und 800 Lernziele verfolgen (vgl. Keil/Pasternack 2011: 76), dürften Zweifel angebracht sein: Ob dort wohl wirklich für jedes einzelne dieser Ziele die vollständige Umsetzung realistisch sein mag? Allerdings führen in solchen Fällen nicht allein der blanke Bologna-Opportunismus die Feder, sondern auch die Kompetenzdefizite der Lehrenden: Die Auswahl von Lernzielen bedeutet, einzelne zu privilegieren, indem andere nicht erwähnt werden. Wer 800 Lernziele für ein Bachelor-Programm aufschreibt, spart sich die Mühe der Auswahl, indem er/sie alles aufschreibt, was denkbar erscheint.
- Die Konzeption von Studiengängen wird als zu bürokratisch kritisiert, da sie einer Vielzahl an einschränkenden Bestimmungen aus Studien- und Prüfungsordnungen, fächerspezifischen Bestimmungen und Modulhandbüchern unterliege. Die vorgeschriebenen Kombinationen von Profilen, Modulen, Veranstaltungen und Prüfungsformen, die jeweils in ECTS-Punkten abzubilden sind, kämen einer Art Zahlenarithmetik („Sudoku-Effekt", Kühl 2011) gleich, die zulasten inhaltlicher Überlegungen geht. Durch den Sudoku-Effekt produzierte Studiengänge würden den alltäglichen Anforderungen eines Studiums nicht mehr gerecht werden können. Die Regellastigkeit habe die Beschränkung der Wahlmöglichkeiten Studierender zur Folge und münde zwangsläufig in einer Dauer-Reform.
- Die Forderung nach Employability führe dazu, dass die Bachelor-Programme zu stark berufsbezogen seien. Statt allgemeiner Bildung stünden nur noch die Arbeitsmarktqualifikation und die Interessen des Marktes im Vordergrund. Auch erzeuge das Berufsbefähigungspostulat für den Bachelor bei bestimmten Studiengängen – insbesondere den frühprofessionalisierten, also Medizin, Jura, Ingenieurwissenschaften, Lehramt und Theologie – unüberwindbare Hürden.
- Das proklamierte Anliegen, durch die gestufte Studienstruktur, die Modularisierung und das Leistungspunktsystem die internationale Mobilität zu erleichtern und zu verbreitern, werde nicht erreicht. Die versprochene Erleichterung der überregionalen und -nationalen Anerkennung von Studienteilleistungen werde bislang keineswegs eingelöst. Was ursprünglich bessere internationale Vergleichbarkeit sichern sollte, habe zu Studiengängen geführt, die nicht einmal interregional vergleichbar sind.
- Ein Problem der gedrängten Studienprogramme und der Unmöglichkeit, bestimmte Module in jedem Semester anzubieten, bestehe darin, dass die hohe Zahl an faktischen Teilzeitstudierenden – also Studierenden, die für ihren Lebensunterhalt jobben müssen – unberücksichtigt bleibe.
- Die sozialen Auswirkungen der Reform würden zu wenig berücksichtigt.

Wie sehr die einzelnen Kritikpunkte auch im Detail berechtigt sein mögen: Festhalten lässt sich, dass unter dem äußeren Druck bei gleichzeitig fehlenden Umsetzungsressourcen die Hochschulen und ihre Fachbereiche vor allem der Form Genüge getan – Zweistufigkeit, Modularisierung, Leistungspunktsystem, Akkreditierung, studienbegleitende Leistungsnachweise – und dieser neuen Form, soweit es ging, die alten Inhalte eingepasst haben. (Übersicht 14)

In Sachsen-Anhalt speziell trat hinzu, dass die Umsetzung der Bologna-Reform mit einer unerwartet massiven Steigerung der Studienanfängerzahlen einherging. Die Bewältigung dessen musste jedes Semester erneut und akut erfolgen, was in zahlreichen Instituten die vorhandenen Kapazitäten deutlich überdehnte. Die Umsetzung der Bologna-Anforderungen musste vor diesem Hintergrund nachrangig sein bzw. sich auf formale Veränderungen beschränken.

So war in den Bologna-Vereinbarungen eine Qualitätssicherung der Studiengänge verabredet worden, die in Deutschland dergestalt umgesetzt wurde, dass privatrechtlich verfasste Akkreditierungsagenturen jedes einzelne Studienprogramm prüfen. Bei der Umsetzung dieser sehr aufwändigen und teuren Anforderung verhielten sich die sachsen-anhaltischen Hochschulen eher zurückhaltend: 2009 waren sechs Prozent aller Bachelor- und Master-Studienprogramme akkreditiert, 2015 41 Prozent (Bundesdurchschnitt: 49 Prozent; vgl. Studis Online 2016). Angesichts der deutlich gestiegenen Studierendenzahlen erschien die Akkreditierung nachrangig gegenüber der Überlastbewältigung.

Zwischenzeitlich hatte sich bundesweit eine breite Front der Ablehnung der Akkreditierungsprozedur gebildet, die dazu führte, dass alternativ zur Studienprogrammakkreditierung die Möglichkeit der Systemakkreditierung geschaffen wurde. Mit dieser wird das Qualitätssicherungssystem einer Hochschule insge-

Übersicht 14: Positive und negative Wirkungen der Bologna-Reform

Studiengangselemente/-charakteristika	**(mögliche) Wirkungen**	
	positive	**negative**
Zweistufigkeit	individuelle Überschaubarkeit der Studienabschnitte => Erhöhung der Studierneigung	Zugangshürden zum Master => durchschnittlich geringer qualifizierte Altersjahrgänge als bisher
Modularisierung	Strukturierung	Einengung
	Flexibilisierung durch Kombinationsmöglichkeiten	Deflexibilisierung durch nur seltenes Angebot bestimmter Module
Modulbeschreibung mit Lehrveranstaltungszielen	erfolgreiche Bearbeitung des Stoffmengenproblems	unter Überlast- bzw. Unterfinanzierungsbedingungen Überbeanspruchung der Lehrenden
	Überprüfbarkeit des Zusammenhangs von Zielen und Durchführung der Lehrveranstaltung	
Berechnung Student Workload / Credit Points	Einbeziehung der Vor- und Nachbereitungszeit neben der Lehrveranstaltungszeit selbst = Wechsel von Lehr- zu Lernorientierung	(notgedrungene) Abbildung nicht der je individuellen Studienbelastungen, sondern der eines real nicht existierenden Durchschnittsstudenten
	Realismus in der Frage, welche Studienanforderungen in welchem Zeitbudget zu bewältigen sind => Sicherstellung der Studierbarkeit	
	Mobilitätserleichterung durch einfache Anrechenbarkeit bisheriger Studienleistungen	unterschiedliche Leistungspunktvergabe für qualitativ gleiche Leistungen bzw. gleiche Leistungspunktvergabe für qualitativ unterschiedliche Leistungen => weiterhin Prüfungsvorbehalt der Fachbereiche hinsichtlich der Anerkennung auswärtiger Studienleistungen
aktive Betreuung der Studierenden	Steigerung der Studienerfolgsquoten	unter Überlast- bzw. Unterfinanzierungsbedingungen Überbeanspruchung der Lehrenden
Studienbegleitende Prüfungen	Vermeidung großer Abschlussprüfungen mit unüberschaubarem potenziellen Prüfungswissen	sofern die Prüfungen nicht als lehrveranstaltungsbegeleitende Leistungsnachweise: Überbeanspruchung von Studierenden und Lehrenden, da statt zwei großen Prüfungsphasen für Zwischen- und Hauptprüfung (Gesamtaufwand ca. drei Monate) sechs bzw. zehn kleinere Prüfungsphasen mit kumuliertem Aufwand von sechs bzw. zehn Monaten
Diploma Supplement	Transparenz	Leitbildlyrik
Akkreditierung	Entstaatlichung	Bürokratisierung
		hoher Personalaufwand
	Verfahrensbeschleunigung gegenüber früheren staatlichen Genehmigungsverfahren	hohe Kosten ohne staatlichen Finanzierungsausgleich
		Qualitätsmängel der Agenturen durch Hochschulen nur unzulänglich sanktionierbar
Inhaltliche Differenzierung: (a) forschungs-/ praxisorientiert, (b) disziplinär/ interdisziplinär	Eröffnung differenzierter Angebote für differenzierte Studiennachfrage	Illusion einer bestimmten Berufsbild-Bindung des Studiengangs
		Mobilitätshemmnis durch Unvergleichbarkeit der Curricula
		Hyperspezialisierung
		Hyperinterdisziplinarisierung
Employability	Aufhebung der traditionellen Lebenslüge der Universität, sie bilde vornehmlich für die Wissenschaft aus	angesichts zu prognostizierender kurvenreicher Berufsbiografien geht es nicht um verengte Berufs-, sondern Berufs*feld*befähigung
Internationalisierung	sofern bolognaraumweite gegenseitige Anerkennung: Erleichterung von Auslandsaufenthalten	Mobilitätshemmnis durch Unvergleichbarkeit der Curricula
		faktische Einschränkung des Mobilitätsfensters auf die Wechselschwelle vom Bachelor- ins Masterprogramm

samt geprüft, nicht mehr jedes einzelne Studienprogramm. Spürbare Nachteile für die Studierenden hatten sich aus der schleppenden Akkreditierung in Sachsen-Anhalt nicht ergeben.

Weitere Hochschulreformen

Eine Herausforderung der sachsen-anhaltischen Hochschulen bestand darin, dass neben der Bologna-Reform und der Überlastbewältigung eine Reihe weitere Parallelreformen umzusetzen war. Einige davon führten im Ergebnis aber auch zu Entlastungen:

- So wurde 2003 die Gestaltung des Haushaltsvollzugs an den Hochschulen flexibilisiert, indem die volle gegenseitige Deckungsfähigkeit der Haushaltstitel und die Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln in das Folgejahr vereinbart wurde (z.B. Zielvereinbarung Universität Magdeburg 2003: 11).
- Später wurden auch Entscheidungskompetenzen vom Wissenschaftsministerium auf die Hochschulen übertragen. Insbesondere erfolgt die Berufung von Professoren und Professorinnen nicht mehr durch den Minister oder die Ministerin, sondern durch die Hochschulrektoren, wobei das Wissenschaftsministerium ein vierwöchiges Widerspruchsrecht hat (§ 36 Abs. 3 HSG LSA).
- Die Wahl des Rektors/der Rektorin fällt, im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern, nach wie vor in die alleinige Zuständigkeit des Akademischen Senats (§ 69 Abs. 9 HSG LSA), d.h. die 2006 etablierten Kuratorien der Hochschulen sind hier nicht beteiligt. Dem entspricht, dass die Aufgaben der Kuratorien auf beratende und stellungnehmende Funktionen beschränkt sind (§ 74 HSG LSA). Damit hat sich Sachsen-Anhalt entschieden, keine aufsichtsratsähnliche Konstruktion einzuführen, wie sie in einigen anderen Bundesländern üblich ist, sondern die Vorrangstellung der akademischen Selbstverwaltung beizubehalten. Lediglich der jährliche Rektoratsbericht ist durch das Kuratorium entgegenzunehmen und darf erst nach dessen Billigung veröffentlicht werden (§ 74 Abs. 1 HSG LSA).
- Die breite Mehrheit der Bundesländer hatte zwischen 2002 und 2004 das Kontraktmanagement eingeführt, nachdem andere Länder bereits seit Ende der 1990er Jahre mit vertragsförmigen Vereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen arbeiteten. Sachsen-Anhalt schloss erstmals 2003 Zielvereinbarungen mit seinen Hochschulen ab. Sie sind mittlerweile als wesentliches Instrument der Hochschulentwicklung etabliert. In ihnen wird insbesondere die Finanzierung der Hochschulen für mehrjährige Planungszeiträume geregelt. Daneben enthalten die Vereinbarungen auch inhaltliche Aussagen zur jeweiligen Hochschulentwicklung und Schwerpunktsetzungen.[26]
- Bereits vor den Zielvereinbarungen hatte Sachsen-Anhalt begonnen, mit leistungsorientierter Mittelverteilung (LOM) an die Hochschulen zu experimentieren. Im Rahmen einer Erprobung mit den vier Fachhochschulen war 2001 ein LOM-Mechanismus eingeführt worden, der als einzigen Indikator die Studierendenzahl heranzog. 2002 wurde zusätzlich eine Gleichstellungskomponente in die Berechnungen aufgenommen, indem für jede neu berufene Professorin ein Bonus von 12.000 Euro gewährt wurde (Burkhardt 2004: 45). Allerdings wurde das gesamte Modell auf Grund der parallel begonnenen Strukturanpassungen im Jahr 2003 ausgesetzt, da das Kultusministerium eine gleichzeitige Steuerung über Indikatoren für wenig praktikabel hielt. (König 2010: 88) 2011 bis 2013 wurde die LOM dann wieder, nun mit einem breiteren Indikatorenkatalog, angewandt. Beginnend bei fünf Prozent des Gesamtbudgets der Hochschulen erfolgte eine Steigerung auf 15 Prozent. (Vgl. In der Smitten/Jenkner 2013) In der aktuellen Vereinbarung zur Hochschulstrukturplanung heißt es, dass auf die Leistungsorientierte Mittelvergabe zumindest für die nächste Zielvereinbarungsperiode verzichtet werde:

> „Rechtzeitig vor Abschluss der Zielvereinbarungsperiode 2020ff. prüft das Land, ob zusätzliche Mittel für eine Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) zur Verfügung stehen. Im Gegenzug erwartet das Land, dass die Hochschulen mit ihren Fakultäten und Fachbereichen Indikatoren für eine interne LOM vereinbaren, die geeignet sind, qualitative Entwicklung in Relation zu Hochschulen mit ähnlichen Strukturen abzubilden und ein Monitoring für deren Umsetzung mit einem finanziell unterlegten Bonus/Malus-System zu implementieren.“ (MW LSA 2014: 16)

[26] vgl. oben 1.2. Instrumente, Prozesse, Interaktionen >> Instrumente und Prozeduren

Diese aussetzende Regelung verweist auf den jüngsten Großkonflikt im sachsen-anhaltischen Hochschulsystem, den Hochschulstreit 2013, und gehört zu dessen politischer Nachbereitung.[27]

2.4 Hochschulfinanzierung als Dauerkonflikt

Die Aushandlungen über die Selbstausstattung Sachsen-Anhalts mit Hochschulkapazitäten finden zwischen Hochschulen und Politik statt, und die Hochschulpolitik ist ihr Ort. Alle zuvor geschilderten Entwicklungen seit 1991 waren dadurch gekennzeichnet, dass die Hochschulfinanzierung ein dauerhaft streitbelastetes Thema zwischen Landespolitik und Hochschulen darstellte. Hierbei sind die bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes miteinander ins Verhältnis zu setzen.

Input[28]

Betrachtet man alle Ausgaben, die für das Hochschulsystem geleistet wurden – d.h. nicht allein die 320 Mio Euro laufende Grundmittel für die Hochschulen, sondern auch Hochschulmedizin, Investitionen, BAföG-Leistungen des Landes (bis 2014), Zuschüsse für die Studentenwerke sowie Programm- und Drittmittel –, so wurde für das Hochschulsystem Sachsen-Anhalts im Jahr 2013 eine Gesamtsumme von 768 Mio Euro aufgewendet:

- Davon trug das Land mit 545 Millionen Euro bzw. 71 Prozent den größten Anteil. Davon wiederum waren 383 Mio Euro bzw. 49 Prozent für die Grundausstattung der Hochschulen incl. Hochschulmedizin.
- Der Anteil des Bundes an der Hochschulsystemfinanzierung in Sachsen-Anhalt machte 19 Prozent aus, während die Deutsche Forschungsgemeinschaft fünf Prozent, die Europäische Union und Stiftungen jeweils ein Prozent sowie gewerbliche Wirtschaft drei Prozent beitrugen. Rund 29 Prozent der Mittel (229 Mio Euro) stammten demzufolge nicht vom Land. (StatBA 2015a; GWK 2015, eigene Berechnungen)

Betrachtet man die Entwicklung der Hochschulfinanzierung für das Jahrzehnt von 2004 bis 2013 anhand der laufenden Grundmittel (incl. Hochschulmedizin), so ergibt sich: Nachdem die Grundmittel von 2004 bis 2009 abgesenkt worden waren, lagen sie 2013 87 Mio Euro bzw. 22 Prozent über dem nominalen Wert von 2004. Im gleichen Zeitraum betrug die Geldentwertung durch Inflation und Personalkostenentwicklung 15 Prozent. Real stiegen die laufenden Grundmittel damit um kalkulatorische 25 Mio Euro, d.h. ein Plus von sechs Prozent gegenüber 2004 (StatBA 2015; StatBA Sonderauswertung 5./9.10.2015). (Übersicht 15)

Übersicht 15: Nominale Entwicklung der Landesmittel für die Hochschulen (incl. Hochschulmedizin) in Sachsen-Anhalt 2004 bis 2013 (in Tsd. €)

Mitteltopf		2004	2006	2008	2010	2011	2012	2013
Landesmittel*		523.382	456.633	494.694	565.015	571.227	576.728	543.619
darunter	Lfd. Grundmittel	389.860	365.562	390.216	437.914	449.400	458.809	476.879
	Investitionen	113.516	67.318	79.000	96.708	87.330	82.751	58.837

* Eingerechnet sind hier die Grundmittel incl. Hochschulmedizin, die Investitionen sowie die BAföG-Zuschüsse des Landes. Die Grundmittel enthalten Durchlaufmittel des Bundes (insbesondere Hochschulpakt).

Datenquelle: StatBA (2006-2015)

Bezüglich der Landesmittel bedarf es näherer Erläuterungen zu den Ausgabeposten (Übersicht 16):

[27] vgl. unten 2.4. Hochschulfinanzierung als Dauerkonflikt >> Der Hochschulstreit 2013

[28] ausführlicher dargestellt in Baumgarth/Henke/Pasternack (2016: 95-101)

- Die Unterhaltung zweier Universitätsklinika erfordert Landeszuschüsse in Höhe von 111 Mio Euro. Diese bildeten mit Abstand den größten Einzelposten bei den Grundmitteln.
- Auch der Landeszuschuss zum Hochschulpakt hat mit 21 Mio Euro einen bedeutenden Anteil.
- Weiterhin wichtig war die Exzellenzoffensive Sachsen-Anhalt, ausgestattet mit rund 20 Mio Euro.
- Rund 51 Mio Euro Landesmittel gingen für Investitionen an die Hochschulen.
- Der Landeszuschuss für das BAföG betrug 2013 25 Mio Euro.
- Den Studentenwerken wurden 7,3 Mio Euro als Zuschuss gewährt.

Im Jahre 2013 belief sich die Bundesbeteiligung an der Hochschulfinanzierung in Sachsen-Anhalt auf insgesamt 143 Mio Euro:

- Der größte Einzelposten war dabei mit 49 Mio Euro der Bundeszuschuss für den Hochschulpakt, darunter der Qualitätspakt Lehre mit Förderbeträgen von insgesamt 4 Mio Euro. Der Bundeszuschuss zum Hochschulpakt umfasste sechs Prozent der Gesamtfinanzierung des Hochschulsystems, 34 Prozent aller Bundesmittel für das sachsen-anhaltische Hochschulsystem und entspricht neun Prozent aller ausgegeben Mittel des Landes für seine Hochschulen.
- Bezogen nur auf die laufenden Grundmittel heißt das: Da diese auch die Bundeszuschüsse aus dem Hochschulpakt enthalten, wurden 2013 10,5 Prozent davon aus den Bundeszuschüssen bestritten. So ist auch der Realaufwuchs der laufenden Grundmittel von 2004 bis 2013 überwiegend (zu 57 %) aus den Hochschulpaktüberweisungen des Bundes finanziert worden.
- Daneben wurden 2013 seitens des Bundes 30 Mio Euro an Drittmitteln an die Hochschulen ausgeschüttet.
- Für Forschungsbauten und Großgeräte kam der Bund mit investiven Mitteln in Höhe von 7,5 Mio Euro auf.
- Für die Individualförderung wurden BAföG-Zuschüsse in Höhe von 25 Mio Euro gewährt.
- Der DAAD engagierte sich in Sachsen-Anhalt mit einer Gesamtförderung von rund 8,6 Mio Euro.
- Die DFG-Förderung in Sachsen-Anhalt kam im Jahre 2013 auf einen Förderbetrag von 38 Mio Euro. Der Landesanteil an der DFG-Finanzierung beträgt 13,6 Mio Euro. Negativ zahlte sich für das Land aus, dass es keinerlei Förderung im Rahmen der Exzellenzinitiative erhält. Dennoch belief sich der Anteil des Bundes an der Finanzierung der DFG-Förderungen Sachsen-Anhalts auf 25 Mio Euro (GWK 2014: 29).

Aus EU-Mitteln flossen 2013 insgesamt 10,1 Mio Euro an die Hochschulen. Der größte Teil (23,9 Mio Euro) entfiel auf das EFRE-Programm, gefolgt von 2,9 Mio Euro aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm sowie 2,7 Mio Euro aus dem ESF.

In einer Gesamtbetrachtung der finanziellen Ausstattung des Hochschulsystems von Sachsen-Anhalt überwiegt die Grundausstattung mit 383 Mio Euro (incl. Hochschulmedizin), was einem Anteil von 49 Prozent der insgesamt 783 Mio Euro Hochschulsystemfinanzierung entspricht. Rund 27 Prozent (212 Mio Euro) wurden als programmgebundene Fördermittel für Lehre und Forschung von Land, Bund, DFG, EU und anderen Mittelgebern verausgabt. Der Investitionsanteil an den Gesamtausgaben betrug 2013 etwa 12 Prozent. Individualförderungen machen 11 Prozent (83 Mio Euro) aus.

Betrachtet man die Finanzierungsentwicklungen des Jahrzehnts 2004-2013,[29] so ergeben sich im Detail folgende Aspekte:

■ In einer Betrachtung der Finanzströme im Hochschulsystem betrifft die deutlichste Veränderung die EU-Mittel. Deren Gesamtbetrag stieg über die letzten Jahre nach kurzem Abfall im Jahre 2008 an und betrug 2013 das Dreifache des Wertes von 2004. Auch die Fördermittel, die von Stiftungen ausgeschüttet wurden, konnten auf das Doppelte zulegen. Ihr Zuwachs war jedoch weniger konstant, nachdem im Jahr 2006 ein sehr großer Anstieg verzeichnet werden konnte.

[29] Für 2013 liegen in der Bundesstatistik die jüngsten konsolidierten Daten vor.

Übersicht 16: Hochschulfinanzierung in Sachsen-Anhalt nach Mittelgebern und Mitteltöpfen (2013)

Mittelherkunft	Mitteltopf	Programm	in Tsd. €
Landesmittel	**Insgesamt**		**555.622**
	Lfd. Grundmittel	**Insgesamt**, darunter:	**426.957**
		Grundausstattung	382.762
		Medizin/Universitätsklinika	111.999
		Landesanteil Hochschulpakt 2020	21.333
		Exzellenzoffensive Sachsen-Anhalt	20.471
		Stiftung Leucorea	524
		WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt	491
		Förderung für den Hochschulsport	460
		Institut für Hochschulforschung	378
		Förderung von Innovationen in der Hochschullehre	244
		Professorinnenprogramm	122
		Forschung an Fachhochschulen	122
	Investitionen	Insgesamt, darunter:	**90.172**
		Forschungsbauten und Großgeräte	7.493
		Erwerb von Großgeräten, ADV-Anlagen und Büchern	3.820
		Erwerb von Großgeräten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung gem. Art. 91b GG	3.778
	Individualförderung	Insgesamt:	**24.609**
		BaföG-Zuschuss	24.609
	Studentenwerke	Zuschuss	**7.320**
	Mittel and. Länder	Insgesamt	**6.565**
Bundesmittel	**Insgesamt**		**148.013**
	Durchlaufmittel	HSP Bund	49.922
		Qualitätspakt Lehre	4.138
	Drittmittel	Insgesamt ohne HSP, darunter:	30.775
		Forschung an Fachhochschulen	1.100
		Professorinnenprogramm	162
		Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen"	122
	Investitionen	Forschungsbauten und Großgeräte	7.493
	Individualförderung	Insgesamt, darunter:	54.854
		BaFöG-Zuschuss	45.703
		DAAD-Gesamtförderung	8.669
		Deutschlandstipendium	482
DFG	**Insgesamt**		**38.250**
	Landesmittel	Allg. DFG	13.643
		Exzellenzinitiative	0
	Bundesmittel	Allg. DFG	24.607
		Exzellenzinitiative	0
EU	**Insgesamt**		**10.126**
	Drittmittel	Insgesamt, darunter:	9.757
		7. FRP[3)]	2.918
		ESF[3)]	2.728
		EFRE[3) 4)]	23.914
	Individualförderung	Erasmus	369
Stiftungen	**Insgesamt**		**6.021**
gewerbl. Wirtschaft	**Insgesamt**		**26.760**
Insgesamt			**782.549**

1) Durchlaufmittel des Bundes wurden dem Bund zugerechnet und von den Landesmitteln abgezogen. 2) Einschließlich aller Investitionsanteile aus Drittmitteln, die andernorts nicht zugerechnet werden konnten. 3) Der angegebene Wert ist der Durchschnitt der Zahlungen der Jahre 2012-2014. 4) Anders als in anderen Bundesländern korrespondieren die EFRE-Zahlungen in Sachsen-Anhalt nicht mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes. Dies könnte auf ein Zurechnungsproblem bei der Auskunft der Hochschulen an das Statistische Landesamt hindeuten, da EFRE v.a. für Investitionsausgaben genutzt wird.

Quellen: StatBA (2015): Finanzen der Hochschulen; GWK (2015); Haushaltsrechnung des Landes Sachsen-Anhalt; DAAD (2014); ECORDA-Vertragsdatenbank; eigene Berechnungen

■ Relativ ähnlich und äußerst konstant entwickelte sich der Aufwuchs sowohl bei den DFG-Mitteln, welche auf das Zweifache stiegen, als auch bei der Förderung, welche von Seiten der gewerblichen Wirtschaft beigesteuert wurde (1,5-fach).

■ Finanzierungsbeiträge anderer Mittelgeber verhielten sich wechselhaft. So sanken die Bundesmittel im Jahre 2006 stark ab, um nach weiteren Schwankungsphasen im Jahre 2013 auf das 1,8-fache des Referenzwertes aus dem Jahre 2004 zu steigen.

■ Der größte Zuwachs resultierte aus den Landesmitteln, welche von 2004 bis 2009 zwar abgesenkt waren, dann aber wieder anstiegen, so dass sie 2013 20 Mio Euro über dem Wert von 2004 lagen. Der zweitgrößte nominelle Aufwuchs ist auf die DFG zurückzuführen. Mit einer Steigerung um 22,7 Mio Euro konnte sie ihre Förderung verdoppeln. Die Bundesmittel stiegen ebenfalls um 22,4 Mio Euro. Im Vergleich zu den DFG-Mitteln (+108 %) ist dies jedoch eine moderate Steigerung (+42 %). Die Mittel aus der EU stiegen insgesamt um 6,6 Mio Euro, was ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 0,8 Mio Euro bedeutet.

■ Da im Zeitraum von 2004 bis 2013 auch eine Zunahme der Studierendenzahlen um knapp sieben Prozent zu verzeichnen war (von 52.439 auf 55.954; StatBA 2014), reduzierte sich die Finanzierung pro Student kaum (nominal im Jahre 2004 7.437 Euro und im Jahre 2013 8.525 Euro, was real, d.h. in Preisen von 2004, einen Rückgang um etwa ein Prozent bedeutet). Das ist um bemerkenswerter, als in zahlreichen anderen Bundesländern im gleichen Zeitraum die preisbereinigten Ausgaben pro Student deutlich zurückgegangen sind – im Länderdurchschnitt um zwölf Prozent. Dagegen hat sich Sachsen-Anhalt im betrachteten Jahrzehnt positiv vom Länderdurchschnitt entfernt: Lag es 2004 bei den Ausgaben pro Student zwei Prozent über dem Mittel aller Bundesländer, so hatte sich dieser Abstand bis 2013 auf 16 Prozent vergrößert. Nach Niedersachsen belegte Sachsen-Anhalt damit im Jahre 2013 bei den Hochschulausgaben pro Student bundesweit Platz 2.

Übersicht 17: Ausgabenentwicklungen in Sachsen-Anhalt 2004 bis 2013 (in Tsd. €)

Mitteltopf	2004	2006	2008	2010	2011	2012	2013
Landesmittel[1)] darunter:	523.382	456.633	494.694	565.015	571.227	576.728	543.619
Lfd. Grundmittel (incl. Hochschulmedizin)	389.860	365.562	390.216	437.914	449.400	458.809	476.879
Investitionen	113.516	67.318	79.000	96.708	87.330	82.751	58.837
Bundesmittel[2)]	53.930	49.437	49.994	69.583	73.265	69.705	76.478
DFG	21.037	30.241	31.586	31.931	37.515	40.661	43.796
EU[3)]	n.v.	3.152	4.716	6.696	6.666	7.079	9.757
Stiftungen	2.930	5.585	4.473	4.656	5.605	6.570	6.021
Gewerbl. Wirtschaft	15.753	19.726	22.672	24.723	23.675	24.440	26.760
Insgesamt[4)]	**617.032**	**564.774**	**608.135**	**702.604**	**717.951**	**725.184**	**706.430**

1) Eingerechnet sind hier die Grundmittel, die Investitionen sowie die BAföG-Zuschüsse, nicht jedoch Landesstipendien. Die Grundmittel enthalten zudem Durchlaufmittel des Bundes. 2) Es werden nur BAföG-Zuschüsse und Drittmittel des Bundes gezählt, ohne Durchlaufmittel (insb. Hochschulpakt) an das Land. Die Landesmittel enthalten bereits diese Bundesmittel. Nicht enthalten sind Zuschüsse an das Studentenwerk. 3) Eine Darstellung der EU-Mittel ist durch Revision der Hochschulfinanzstatistik erst ab dem Berichtsjahr 2006 möglich. 4) Gesamtmittel exklusive der in 1) genannten fehlenden Mittel aufgrund fehlender Quellen.

Quelle: StatBA (2006-2015)

Detaillierend lässt sich die Hochschulausstattung ins Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes, gemessen am BIP, zu seiner Größe, gemessen an der Einwohnerzahl, und zur Gesamtentwicklung des Landeshaushalts setzen. In dieser Betrachtung erweist sich dann Sachsen-Anhalt als bemerkenswert auffällig – nicht zuletzt vor dem Hintergrund erbitterter Auseinandersetzungen über Kürzungswünsche der Landesregierung in den Jahren 2013/2014, aber auch der Platzierungen in sonstigen Ländervergleichen, die für das Land meist einen der hinteren oder den letzten Rang ergeben:

■ Bei den Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für die Hochschulen ist Sachsen-Anhalt der Spitzenreiter unter den ostdeutschen Flächenländern mit 212 Euro (Bundesdurchschnitt 224 Euro).

■ Beim Anteil der Hochschulfinanzierung am BIP ist das Land, neben Berlin, gar bundesdeutscher Spitzenreiter mit einem Wert von 0,9 Prozent (Bundesdurchschnitt: 0,69 Prozent).

■ Der Landeshaushalt insgesamt erfuhr, nach einer deutlichen Erhöhung im Jahre 2011, nahezu keine Steigerung und hat sich im Jahre 2013 auf dem Wert des Referenzjahres 2004 einpegelt. Jedoch lässt sich konstatieren, dass das Wachstum der Ausgaben für die Hochschulen um nominal 22 und real sechs Prozent deutlich die Entwicklung des Landeshaushalts überstieg (wobei, wie erwähnt, 57 % des Aufwuchses aus Bundesmitteln des Hochschulpakts finanziert wurden).

Die beiden erstgenannten Werte sind allerdings weniger auf sehr hohe Hochschulausgaben, sondern mehr auf die geringe Einwohnerzahl und das niedrige BIP zurückzuführen. Immerhin aber zeigt insbesondere der Anteil der Hochschulfinanzierung am BIP an, dass Sachsen-Anhalt im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durchaus beachtliche Anstrengungen unternimmt, seine Hochschulen zu finanzieren. (Übersicht 18)

Übersicht 18: Hochschulfinanzierung in Relation zu sozioökonomischen Aspekten (2013)

	Sozioökonomische Referenzdaten		**Hochschulfinanzierung** (lfd. Grundmittel*)		
Land	Einwohner (Tsd.)	BIP (Mio €)	Pro Kopf der Bevölkerung (€)	Anteil am BIP (%)	€ je Studierenden
Sachsen-Anhalt	2.245	53.004	212	0,90	8.525
alle Länder	∑ 80.767	∑ 2.737.538	∅ 224	∅ 0,69	∅ 7.323

* laufende Ausgaben incl. Hochschulmedizin minus Verwaltungseinnahmen und Drittmittel der Hochschulen (ohne private Hochschulen); ohne Investitionsausgaben

Datenquellen: StatBA (2015c); Arbeitskreis VGR der Länder (2015); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (o.J.); StatBA: Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung 5./9.10.2015; StatBA (2015b); eigene Berechnungen

Übersicht 19: Ranggruppenvergleich der Länder

	Sozioökonomische Referenzdaten		**Hochschulfinanzierung** (lfd. Grundmittel, 2013)			
Land	Einwohner (Tsd.)	BIP (Mio €)	lfd. Grundmittel (Mio €)	Nomineller Zuwachs Grundmittel 2004-2013 (%)	Pro Kopf der Bevölkerung (€)	Anteil am BIP (%)	€ je Studierendem
Sachsen-Anhalt	2.245	53.004	477*	22,3	212	0,90	8.525
Gesamt	∑ 80.767	∑ 2.737.538	∑ 18.007	∅ 22,6	∅ 224	∅ 0,69	∅ 7.323
Zahl der Bundesländer in den Ranggruppen	5 | 4 | 7	5 | 5 | 6	5 | 4 | 7	6 | 8 | 2	6 | 7 | 3	5 | 8 | 3	6 | 4 | 6

* incl. Hochschulmedizin und Bundesanteil am Hochschulpakt, der als Durchlaufmittel in den Hochschulzuschüssen des Landeshaushalts geführt wird

Legende: **Spitzengruppe** **Mittelgruppe** **Schlussgruppe**

Was in einer relativen Betrachtung als beachtenswerte Anstrengung erscheint, kann absolut dennoch zu wenig sein. Dies erweist sich an den Leistungserfolgen in Forschung und Hochschulbildung.

Output

Da für die Erfolgsmessung von Hochschul- und Wissenschaftsentwicklungen keine direkten Indikatoren zur Verfügung stehen, muss hierbei auf Referenzwerte und Vergleiche mit anderen sowie auf Surrogatindikatoren zurückgegriffen werden. Es ergibt sich dann das nachfolgende durchwachsene Bild.

Zunächst sind alle Daten ins Verhältnis zur Größe des Landes und seines Hochschulsystems zu setzen. Der Anteil Sachsen-Anhalts an der deutschen Gesamtbevölkerung beträgt 2,8 Prozent und der am deutschen Bruttoinlandsprodukt 2,1 Prozent. Die Ausstattungsdaten der Hochschulen liegen überwiegend zwischen den beiden Werten. Mit einem Anteil von 2,6 Prozent an den von allen Bundesländern aufgewendeten Grundmitteln für die Hochschulen werden in Sachsen-Anhalt z.B. 2,4 Prozent der deutschen Universitäts-

professoren und -professorinnen bzw. 2,1 Prozent des gesamtdeutschen wissenschaftlichen Personals an Universitäten finanziert.

Die Leistungsdaten fallen überwiegend etwas niedriger aus:

- Zwei Prozent aller in Deutschland eingeschriebenen Studierenden sind an den sachsen-anhaltischen Hochschulen immatrikuliert. Das ist zwar ein geringerer Anteil als der 2,8-prozentige Bevölkerungsanteil Sachsen-Anhalts, doch stammten 2013 beachtliche 59 Prozent aller Studierenden an den LSA-Hochschulen aus einem anderen Bundesland (StatBA 2015d). Dieser Wert liegt neun Prozent über dem Mittel aller Bundesländer und befördert Sachsen-Anhalt in dieser Hinsicht auf Platz 4 der 13 Flächenländer. Es zeigt sich hier, dass es den sachsen-anhaltischen Hochschulen gelingt, die gedämpfte Studiennachfrage innerhalb des Landes durch Anwerbungen von außen zu kompensieren. Allerdings handelt es sich dabei großteils um Überlaufeffekte, da die westdeutschen Hochschulen in den letzten Jahren übervoll waren und noch sind, doch zugleich bauten diese mit Mitteln aus dem Hochschulpakt 2020 ihre Studienkapazitäten massiv aus. Deshalb kann die studentische Zuwanderung nicht als Selbstläufer, der sich in der Zukunft anstrengungsfrei fortsetzt, betrachtet werden.
- Bei den ausländischen Studierenden liegt Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von neun Prozent genau im Mittel aller Bundesländer und auf Platz 5 der 13 Flächenländer.[30]
- Die Studienerfolgsquote hingegen liegt in Sachsen-Anhalt mit 70,5 Prozent deutlich unter dem Länderdurchschnitt von 77 Prozent (StatBA 2016, S. 10).
- Für den Bereich der Forschung ist festzuhalten, dass die Drittmitteleinwerbungen der Universitätsprofessoren 1,9 Prozent der Einwerbungen aller deutschen Universitätsprofessoren ausmachen. Dieser Anteil liegt einen halben Prozentpunkt unter dem Erwartungswert von 2,4 Prozent, nämlich dem Anteil der sachsen-anhaltischen Universitätsprofessoren an der gesamtdeutschen Professorenschaft. Darin spiegelt sich, dass die Drittmitteleinwerbungen je Universitätsprofessor/in in Sachsen-Anhalt 79 Prozent des bundesweiten Durchschnittswertes betragen. Enthalten ist hierin der Umstand, dass Sachsen-Anhalt zu den Ländern gehört, deren Universitäten in den bisherigen Runden der Exzellenzinitiative keine Förderung erhalten. (Übersicht 20)

Übersicht 20: Zentrale Ausstattungs- und Leistungsdaten des Hochschulsystems in Sachsen-Anhalt

		LSA	Deutschland	Anteil LSA
Alle Hochschulen	Studienberechtigtenquote (2014)	38 %	53 %	
	Studierneigung Min./Max. (2012)	53 / 73 %	57 / 79 %	
	Studienanfängerquote (2014)	36 %	58 %	
	Studierende Uni : FH (2014, in %)	61 : 36	63 : 33	
	Studienerfolgsquote (2013)[1]	69 %	76 %	
Universitäten (2014)	Lfd. Grundmittel (in Mio. €) (2013)	477[2]	18.007	2,6 %
	Studierende (2014)	54.989	2.698.910	2,0 %
	Lfd. Grundmittel je Student/in	8.674	6.672	130 %[3]
	Wissenschaftliches Personal	7.935	381.269	2,1 %
	ProfessorInnen	1.080	45.749	2,4 %
	Drittmittel (in Mio €) (2013)	133	7.125	1,9 %
	Drittmittel je Prof. (in T€) (2013)	123	156	79 %[3]

[1] Angegeben werden die Erfolgsquoten jeweils für ein Jahr der Ersteinschreibung, hier von 2001-2005. Angegeben ist der Durchschnitt für diesen Zeitraum.

[2] incl. Hochschulmedizin und Bundesanteil am Hochschulpakt, der als Durchlaufmittel in den Hochschulzuschüssen des Landeshaushalts geführt wird

[3] Prozent vom bundesweiten Durchschnitt.

Datenquellen: StatBA (2015e; 2015f; 2015b; 2015g; 2015h); StatBA: Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung 5./9.10.2015

[30] StatBA: Daten zu Hochschulzugangsberechtigungen und Bildungsausländern, Sonderauswertung 5./9.10.2015

■ Hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung an Hochschulen, um ein letztes Beispiel zu nennen, hat Sachsen-Anhalt seit 2003 eine absteigende Entwicklung vollzogen. Im Zeitverlauf zeigt das seit 2003 vorgelegte ländervergleichende Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten, dass Sachsen-Anhalt seine ursprüngliche Vorreiterposition nicht halten konnte. 2003 lagen die Hochschulen des Landes noch in der Spitzengruppe, changieren aber seit 2005 zwischen der Mittel- und Schlussgruppe aller 16 Bundesländer (Zimmermann 2014: 148; Löther 2015: 18).

Der Hochschulstreit 2013

Seit 2011 gab es seitens der damals von CDU und SPD gebildeten Landesregierung das Bestreben, die Hochschulen erneut in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Es gebe dort strukturelle Einsparpotenziale, die demografische Entwicklung lasse mittelfristig einen Nachfragerückgang erwarten, und im übrigen müssten alle Bereiche ihren Beitrag leisten, damit das Land ab 2020, nach Auslaufen des Solidarpakts II, finanziell handlungsfähig sei. Der Landesrechnungshof identifizierte ein Einsparpotenzial von insgesamt 50 Mio Euro, welches die Hochschulen ab 2015 realisieren sollten (Richter 2013).

Die Wissenschaftspolitiker – das Kultusministerium und die Hochschulrektoren – reagierten darauf zunächst, indem eine Technik des Zeitgewinns mobilisiert wurde: Der Wissenschaftsrat wurde um eine Bewertung des Landeshochschulsystems gebeten und nahm diese für 2013 in sein Arbeitsprogramm auf. Fortan konnten die sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitiker darauf verweisen, dass es keinen Unwillen gebe, nötige Veränderungen zu unternehmen, aber dass dafür das erbetene Votum des Wissenschaftsrates abgewartet werden müsse, um dann sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Diese Strategie ging nicht ganz auf. Während der Wissenschaftsrat 2013 noch am Manuskript seines Abschlussberichts arbeitete, wurde von Seiten der Landesregierung öffentlich gemacht, dass man von den Hochschulen 50 Millionen Euro jährliche Einsparungen bis 2020 erwarte. Konkret wurde dabei u.a. die Fortexistenz der Hochschulmedizin in Halle infrage gestellt. Daraufhin kam es zu einer ungewöhnlichen Mobilisierung sowohl an den Hochschulen als auch in der breiten Öffentlichkeit. Große Demonstrationen schufen eine höchst angespannte Atmosphäre und eine sehr schlechte Presse für die Landesregierung. Es habe sich von der Dauer und Intensität her um die „wildeste landespolitische Debatte“ gehandelt, die Sachsen-Anhalt seit seiner Wiedergründung erlebt hat (Gauselmann 2015).

Die Wissenschaftsministerin Birgitta Wolff (CDU) – als Magdeburger Professorin den Hochschulanliegen gegenüber nicht gänzlich unaufgeschlossen – reagierte mit einer Befriedungsstrategie, die eine schwer abweisbare Voraussetzung hatte: Die 50 Millionen Euro hätten selbst bei entsprechendem Willen der Hochschulleitungen bis 2020 nicht eingespart werden können, weil dem vor allem die mittel- und langfristigen Bindungen der Personalkosten entgegenstanden. Daher verabredete die Ministerin mit der Landesrektorenkonferenz die Einsparung der 50 Millionen Euro bis zum Jahr 2025, wobei bis 2020 die strukturellen Voraussetzungen für die Einsparungen geschaffen werden sollten.

Aus Sicht des Finanzministeriums hieß das: Die Hochschulen verschöben ihren Konsolidierungsbeitrag auf einen Zeitpunkt nach der übernächsten Landtagswahl und eröffneten sich also einen Zeithorizont, innerhalb dessen sich vieles ergeben könne, das die tatsächliche Umsetzung dann noch mehrfach infrage stellen kann – seien es Regierungswechsel, anhaltende Studienplatznachfrage oder Veränderungen in der Bund-Länder-Systematik der Hochschulfinanzierung. Die Wissenschaftsministerin wurde am 19. April 2013 wegen Subordination entlassen und durch den früheren niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) ersetzt.

Im weiteren ging aber auch die Strategie der Landesregierung, durch das öffentliche Setzen eines Einsparziels Tatsachen zu schaffen, nicht völlig auf. Zu beobachten war hier eine Kommunikationshavarie der Landesregierung, die aus drei Elementen bestand:

■ Zunächst erschien das explizite Benennen der Halleschen Universitätsmedizin als Einsparpotenzial als ausdrückliche Bevorzugung der Magdeburger Universität (deren Hochschulmedizin die leistungsfähigere von beiden ist), und kaum etwas ist in der Halleschen Öffentlichkeit zuverlässiger mobilisierbar als der Konflikt mit der Landeshauptstadt. Daneben gibt es nur einen Bereich innerhalb des Wissenschaftssektors, für den sich auch eine breite wissenschaftsferne Öffentlichkeit interessiert: die Hochschulmedizin,

denn krank wird irgendwann jeder, und dann möchte man, sofern nötig, nicht nur im Rahmen der Regelversorgung, sondern auch ggf. hochleistungsmedizinisch behandelt werden können. Beides waren die Gründe dafür, dass es insbesondere in Halle zu monatelangen öffentlichen Protesten kam, an denen sich weite Teile der Bürgerschaft beteiligten.

- Desweiteren konnte der Wissenschaftsrat gar nicht anders, als umgehend darauf hinzuweisen, dass er mit seiner Hochschulsystembewertung selbstverständlich keine Blaupause für die strukturelle Umsetzung von Einsparungen liefern werde. Sodann musste er sein in Erarbeitung befindliches Papier daraufhin durchsehen, dass es auch tatsächlich keine solchen Missverständnisse produzieren könne. Im Ergebnis fielen die Wissenschaftsratsempfehlungen an das Land entsprechend zurückhaltend aus: Die Hochschulstruktur sei generell angemessen, d.h. jeder Hochschulstandort solle erhalten bleiben. Die Hochschulen seien ein wichtiger Standortfaktor. Wesentliche Probleme seien unscharfe wissenschaftliche Profilierungen, eingeschränkte Strategiefähigkeit der Hochschulen und unzureichende Nutzung von Kooperationspotenzialen. Sofortige Kürzungen im Hochschulbereich innerhalb der nächsten fünf Jahre seien nicht sinnvoll. Langfristig sollten wie bisher 34.000 Studienplätze finanziert werden (bei momentan 55.000 eingeschriebenen Studierenden). Das sehr ausdifferenzierte Studienangebot solle konzentriert und verdichtet werden, insbesondere indem man die vorklinische Ausbildung in der Medizin von Halle nach Magdeburg und die Lehramtsausbildung komplett nach Halle verlagere. (Wissenschaftsrat 2013: 9-13)
- Infolge der von der Öffentlichkeit als stilistisch heikel bewerteten Art der Entlassung von Wissenschaftsministerin Wolff war ihr Nachfolger Möllring nicht zum Erfolg verdammt. Er konnte vielmehr – nach dem Ausräumen anfänglicher atmosphärischer Störungen mit den Hochschulen – eine Lösung erarbeiten, der das Kabinett folgen musste. Denn eine weitere Ministerentlassung wäre nach dem Aufsehen, das die erste erregt hatte, nicht infrage gekommen. Am Ende wurde eine Einigung zwischen Landesregierung und Hochschulen erzielt, die sich nicht bedeutsam von dem Vorgehen unterscheidet, das Ministerin Wolff mit der Landesrektorenkonferenz verabredet hatte.

Diese Einigung ist unter dem Namen „Bernburger Frieden“ in die jüngere Landesgeschichte eingegangen. Im November 2013 beendeten Landesregierung und Hochschulleitungen damit den monatelangen Streit:

> „Die Budgets der Hochschulen für das Jahr 2014 (Personal- und Sachmittel i.H. v. ca. 320 Mio. €) werden in 2015 um 1,5 % abgesenkt und auf dieser Basis bis einschließlich 2019 eingefroren. Ein Inflationsausgleich findet nicht statt. Mehrkosten für Personal, die auf tariflichen oder gesetzlichen Vorgaben beruhen, werden zu 90 % vom Land ausgeglichen, zu 10 % tragen sie die Hochschulen selbst.“

Von 2015 bis 2019 erhalten die Hochschulen (ohne Hochschulmedizin) demnach statt zuvor 320 Millionen Euro 315 Millionen Euro jährlich. Ab 2020 realisieren die Hochschulen dann, so die weitere Verabredung, zusätzliche Einsparungen durch Strukturanpassungen. (LRK/MP LSA 2013) Mit diesen Mitteln wurde die Ausfinanzierung von 33.000 Studienplätzen angestrebt. Seit Anfang der 2010er Jahre sind regelmäßig mehr als 50.000 Studierende an den sachsen-anhaltische Hochschulen eingeschrieben, wobei ein Teil der zusätzlich benötigten Studienplätze über den Hochschulpakt 2020 vom Bund finanziert wird.

Nach der Landtagswahl 2016 verständigten sich CDU, SPD und Grüne darauf, die Sparverabredungen wieder rückgängig zu machen: Ab 2018 sollen anfallende Tarifsteigerungen vollständig vom Land getragen und ein angemessener Inflationsausgleich geleistet werden. Die BAFöG-Entlastung des Landes in Höhe von 30 Mio Euro soll ab 2017 vollständig für die Hochschulen verwendet werden, davon 15 Mio Euro für die Grundbudgets. Das Auslaufen des Hochschulpakts im Jahre 2019 soll durch das Land finanziell kompensiert werden. Ebenso ist geplant, die Forschungsförderung wieder deutlich aufstocken. (CDU/SPD/Grüne 2016: 88-90)

2.5 Qualitätsorientierung versus Relevanzorientierung

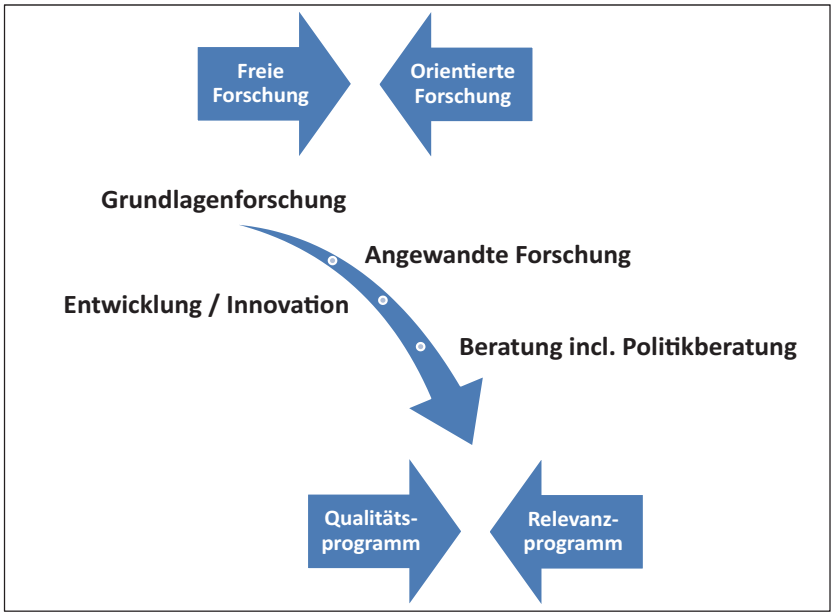
Wertet man die wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen über die zweieinhalb Jahrzehnte hin aus, so wird neben der Hochschulfinanzierung insbesondere ein prägender Dauerkonflikt sichtbar. Dieser bezieht sich auf die unterschiedlichen Modi der Wissensproduktion: Das Verhältnis von freier Grundlagenforschung einerseits und anwendungsorientierter Forschung andererseits durchzieht zahlreiche Konflikt-

und Konkurrenzanordnungen in der sachsen-anhaltischen Wissenschaftspolitik. Im Kern geht es dabei immer um eine Frage: In welcher Weise und in welchem Umfang soll das Bedürfnis bedient werden, die öffentlichen Mittel mit dem Nachweis eines *return on investment* zu verknüpfen? Beziehungsweise umgekehrt: Wie stark muss Wissenschaft vor einer Funktionalisierung für außerwissenschaftliche Anliegen geschützt werden, um wissenschaftlich erfolgreich sein zu können?

Die Programmkonkurrenz

Insbesondere in der Öffentlichkeit und der Politik besteht die Erwartung, dass die Forschung einen unmittelbaren und konkreten Nutzen abwerfen soll. Es besteht die Vorstellung, eine Konzentration der Fördermittel auf bereits vorhandene Forschungsstärken, vor allem solche mit Transferpotenzial, würde einen greifbareren Nutzen abwerfen als die nachfrageorientierte Förderung nach dem traditionell geltenden *responsive mode*. Das Modell der sog. Forschungskette verbindet beides idealisierend: Sie zeichnet ein Kontinuum von der zweckfreien Grundlagenforschung über die anwendungsorientierte Forschung bis zur unmittelbar an ein praktisches (außerwissenschaftliches) Problem gebundenen Entwicklung und Beratung. Eine Forschungsstufe baue auf der anderen auf und transformiere das zunächst zweckungebundene Wissen fortschreitend in zweckgebundenes. Diese ‚Forschungskette' macht aber auch deutlich, dass der Innovationsentwicklung und Beratung über kurz oder lang der kreative Atem ausginge, wenn die permanenten Impulse der Grundlagen- oder Vorlaufforschung versiegten.

Übersicht 21: Qualitätsprogramm vs. Relevanzprogramm



Zugespitzt lassen sich die innewohnenden Spannungen als Konkurrenz von Relevanzorientierung (der Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit) und Qualitätsorientierung (der Wissenschaft) fassen (Braun 1997: 314): „Der Konflikt zwischen Wissenschaft und Politik besteht im wesentlichen aus den Versuchen der Wissenschaftsvertreter, das Selektivitätskriterium auf die Qualität der Wissenschaft einzuschränken, während die politischen Akteure versuchen, die Mittel in erster Linie nach Problemgesichtspunkten zu vergeben." (Ebd.: 386)

Exemplarisch ist dies für Sachsen-Anhalt 2015 in der Antwort auf die Frage „Welche Strategie verfolgt das Land bei der weiteren Entwicklung des Forschungsstandortes Sachsen-Anhalt und welche Schritte zur Umsetzung dieser Strategie sind geplant?" formuliert worden. Die Landesregierung leitete mit folgendem Satz ein:

> „Die Landesregierung verfolgt die Strategie, auf Basis einer soliden Wissenschaftsförderung durch eine erweiterte wissenschaftsnahe Wirtschaftsförderung Wirtschaftsunternehmen mit eigenen FuE-Leistungen in Sachsen-Anhalt anzusiedeln. Insofern ist der Technologietransfer auf diese Prozesse verstärkt auszurichten. Die Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft zu einem Fachministerium hat diese Förderpolitik effizienter gemacht, wobei weiterhin die Grundlagenforschung als Forschung, die auf den gesellschaftlichen Erkenntnisgewinn ausgerichtet ist, das Fundament für den Aufbau einer Wertschöpfungskette bildet, an deren Ende marktfähige Produktinnovationen stehen können." (Landtag 2015: 1)

Formuliert im Rahmen der Beantwortung einer Großen Anfrage zur „Forschungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt“ (seitens der mitregierenden SPD), werden die Prioritäten klar verteilt: wissenschaftsnahe Wirtschaftsförderung – Ansiedlung FuE-aktiver Unternehmen – Grundlagenforschung als Fundament der Wertschöpfungskette. Positiv ließe sich sagen: Die Regierung denkt vom Ende her.

Zugleich aber zeigt sich hier die Konkurrenz zwischen der primären Orientierung an wissenschaftlicher Qualität und der primären Orientierung an außerwissenschaftlicher Relevanz – wobei weder die Vertreter der einen Seite der Irrelevanz das Wort reden noch die Vertreter der anderen Seite prinzipiell desinteressiert an Qualität sind. Auch ist weder das eine noch das andere Anliegen unberechtigt. Vielmehr handelt es sich um einen „gesellschaftlich funktionalen Antagonismus“ (Schimank 2006: 203): „Das Optimum kann … dann entstehen, wenn sich beide Seiten in Schach halten und sowohl Qualitäts- wie Relevanzorientierung zum Zuge kommen.“ (Braun 1997: 390)

Das Relevanzprogramm versucht, das Wissenschaftssystem an das Innovationssystem zu koppeln, indem die wissenschaftliche Wissensproduktion für außerwissenschaftliche Anwendungen instrumentalisiert wird. Dazu sollen strukturelle Kopplungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, in einem weiteren Innovationsverständnis auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hergestellt werden. Die Innovation hat hierbei einen beträchtlichen Vorzug im Vergleich zur Forschung: Sie ist außerwissenschaftlich vergleichsweise gut kommunizierbar, und ihr Nutzen erschließt sich dem Laienpublikum häufig unmittelbar.

Konkret heißt das: Über ein Innovationsprojekt lässt sich ein Vertrag abschließen, der Erfolgssicherheit wenn auch nicht garantiert, so doch zumindest suggeriert. Forschung dagegen ist extrem erfolgsunsicher und zielungenau, woraus sich ihre notwendige „eklatante Ineffizienz“ ergibt: Wissenschaft entwickelt sich in Gestalt „verschwenderischer Produktion von Forschungsergebnissen“ (Schimank 2007: 236). Ein Großteil davon hat vor allem zum Ergebnis, dass Ergebnisse an anderer Stelle zu suchen sind, insofern Forschungshypothesen nicht bestätigt werden konnten. Anders indes geht es nicht.

Zugleich kennen moderne Gesellschaften keinen quantitativen Sättigungsgrad für Forschungsergebnisse, sondern verfügen über immer noch steigerungsfähige Absorptionskapazitäten für Forschungsaktivitäten und -resultate. Deshalb ist niemals genau definierbar, was Untergrenzen, Optimum oder Obergrenzen des Umfangs öffentlich unterhaltener Forschungspotenziale sind. Nähern kann man sich dem allenfalls über Vergleiche mit anderen Ländern. Im übrigen aber ist die Selbstausstattung eines Landes mit Forschung Gegenstand von Aushandlungsprozessen.

„Notwendige eklatante Ineffizienz“ stellt zudem einen Aspekt dar, der außerhalb der Wissenschaft höchst schwierig zu kommunizieren ist. Forschungsressourcen bereitzustellen stellt sich den politischen Akteuren vor diesem Hintergrund vor allem als Unsicherheitsfinanzierung dar. Erschwerend wirkt dabei, dass die Ergebnisse von Forschung nur in vergleichsweise langen Wellen zu Stande kommen. Deren formal misslichste Eigenschaft ist, dass sie die zeitlichen Horizonte von Legislaturperioden üblicherweise überschreiten. All das macht es in der allgemeinen Politikfeldkonkurrenz zu einer anspruchsvollen Aufgabe, die Finanzierungsanliegen der Grundlagenforschung durchzusetzen.

Kopplungsstrukturen

Der Umstand, dass Sachsen-Anhalt ein anhaltend gedämpftes Wirtschaftswachstum aufweist, stellt den Dauerkonflikt zwischen Relevanz- und Qualitätsorientierung in einen spezifischen Horizont. Seit dem Jahre 2000 ist das Bruttoinlandsprodukt des Landes lediglich um sieben Prozent gestiegen, während es in den anderen ostdeutschen Flächenländern parallel um 16 Prozent wuchs (Holtemüller 2015: 48). Aus Sicht der Landesregierung müssten die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sehr viel stärkere Beiträge zur Innovationsentwicklung leisten, damit die Wirtschaft des Landes sich mit neuen Produkten, Verfahren und Systemlösungen von Wettbewerbern differenzieren könne. Immerhin war zu diesem Zweck auch frühzeitig begonnen worden, hochschul- und technologiepolitische Initiativen miteinander zu verzahnen.

So wurden an den Hochschulen bereits in den 1990er Jahren Technologietransferstellen geschaffen und an fünf Hochschulstandorten Technologie- und Gründerzentren (TGZ) aufgebaut, jeweils finanziert aus

EU-Mitteln.[31] Ebenso zielte die ministerielle Ermutigung an die Hochschulen, An-Institute zu gründen, auf erleichterten Transfer von Forschungswissen in Anwendungskontexte (vgl. Henke/Pasternack 2012). In den 2000er Jahren wurde das Kompetenznetzwerk für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT) aufgebaut, das Transferstellen, TGZ und transferaffine Hochschulbereiche vereint.[32] Dafür hatte das Land erneut EU-Strukturfondsmittel einsetzen können.

Allerdings war die Schaffung neuer Strukturen, um das Innovationsanliegen im Wissenschaftssystem zu verankern, auch ein wenig überschießend. Im Laufe der Jahre kam Sachsen-Anhalt auf die Zahl von sieben landesweit tätigen Einrichtungen, die sich unter anderem oder ausschließlich dem Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft widmen, inzwischen sind es noch fünf (Übersicht 22). Nicht immer wird dabei klar, warum die jeweiligen Funktionen separat und häufig auch unvernetzt betrieben wurden und werden.

Übersicht 22: Innovationsbezogene Kooperationsstrukturen im Wissenschaftsbereich Sachsen-Anhalts

Einrichtungen	Aufgaben
LSA-weit	
WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg (✞2014)	Kooperationsförderung in jeglichen Hinsichten
Stiftung Zukunft Sachsen-Anhalt (✞2013)	FuE- und Innovationsförderung
Kompetenznetzwerk für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft
Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg GmbH (tti, Träger: IHK Magdeburg)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft
Forschungsportal Sachsen-Anhalt incl. Forschungsdatenbank Sachsen-Anhalt (am TTZ der OvGU)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft
Sachsen-Anhaltische Fördergemeinschaft für Erfindungsverwertung (SAFE) / ESA Patentverwertungsagentur Sachsen-Anhalt	Patent- und Erfindungsverwertung
Mitteldeutsche Informations-, Patent-, Online-Service GmbH (mipo, Träger: IHK Halle-Dessau)	Patent- und Erfindungsverwertung
kleinräumiger	
Technologie-Transfer-Zentrum der OvGU Magdeburg (TTZ)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft
Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg (FEZ)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft
Univations GmbH Institut für Wissens- und Technologietransfer der MLU Halle-Wittenberg	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft
Technologie- und Wissenstransferzentrum der Hochschule Magdeburg-Stendal	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft
Unternehmernetzwerk Campus Merseburg (UCM), Merseburger Innovations- und Technologie-Zentrum (MITZ)	Wissenschaftstransfer in Wirtschaft

Beispiel: Grüne Technologien

Bezüglich politisch veranlasster Förderung des wissenschaftlichen Wissenstransfers, die inhaltlich auf ein bestimmtes Ziel gerichtet ist, sind die Erfahrungen allerdings widersprüchlich. Insbesondere das technologiepolitisch ambitionierteste Projekt Sachsen-Anhalts, die Förderung Grüner Technologien im Zeichen der Energiewende, ist hier in mehrfacher Hinsicht informativ:

■ Dessen Ausgangspunkt war die Produktion von Solarmodulen – im alsbald sogenannten Solar Valley bei Bitterfeld. Dessen Firmenansiedlungen entstanden, mit staatlichen Förderungen nach Sachsen-Anhalt gelockt, zunächst vollständig ohne thematisch affine Forschung an den öffentlichen Wissenschaftseinrich-

[31] vgl. http://www.mw.sachsen-anhalt.de/themen/existenzgruendung/technologie-und-gruenderzentren/ (17.4.2016)

[32] vgl. http://kat.hs-harz.de/index.php?id=26 (17.4.2016)

tungen des Landes. Das dementierte in gewisser Weise die verbreitete These, wissensgetriebene Produktion siedele sich vorrangig dort an, wo auch an den Fronten des einschlägigen Wissens geforscht werde.

- Es dauerte bis 2007, bis in der Region entsprechende Forschung etabliert wurde: Im Rahmen des vom Bund geförderten „Spitzencluster ‚Solarvalley Mitteldeutschland'" wurde das Fraunhofer-Center für Silizium-Photovoltaik (CSP) in Halle mit einem Modultechnologiezentrum in Schkopau gegründet. Dieses betreibt angewandte Forschung zur Siliziumkristallisation, zu Solarmodultechnologien und Solarwaferfertigung und beschäftigt sich mit der Entwicklung neuer Materialien entlang der gesamten Wertschöpfungskette.[33]
- 2009 konnte über das Bundesförderprogramm „Unternehmen Region" auch die Martin-Luther-Universität eingebunden werden, wenngleich diese bislang, im Unterschied zu drei anderen sachsen-anhaltischen Hochschulen, kein Mitglied von Solar Valley ist: Seither arbeitet an der MLU ein „Zentrum für Innovationskompetenz SiLi-nano" zu Photovoltaik, also Energieerzeugung aus Licht, aber auch zur Speicherung der erzeugten Energie in Form von Wasserstoff. Es wurde 2015 programmgebunden verlängert.

Allerdings hatte bereits ein Jahr nach der CSP-Gründung eine Konkurswelle der Solarmodulproduzenten am Standort Thalheim bei Bitterfeld eingesetzt, im Zuge derer zwei Drittel der ursprünglich rund 3.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Die Hauptursache war die inzwischen aufgebaute chinesische Solarmodul-Produktion, die auf Basis geringerer Personalkosten deutlich niedrigere Preise zu realisieren vermag. Mit dieser Entwicklung konnten die hohen Erwartungen, die in diese wissensgetriebene Technologieentwicklung für Sachsen-Anhalt gesetzt worden waren, nicht erfüllt werden. (Vgl. Altmann et al. 2015) Solar Valley existiert zwar weiter, musste seine Ansprüche aber deutlich pragmatisieren: „Aus der Krise gestärkt hervorgehen – die Gesetzmäßigkeit soll auch für die Solarbranche gelten", heißt es nun seitens der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (2015).[34]

Am Beispiel der Solarmodul-Produktion und der Etablierung entsprechender Vorlaufforschung zeigte sich exemplarisch, welche anhaltende Gültigkeit ein forschungspolitischer Grundsatz beanspruchen darf: Forschungsbasierte Wissensentwicklungen müssen vorzugsweise thematisch breit angelegt sein, um die wissenschaftstypischen Ungewissheiten, welche Wege sich als zukunftsträchtig erweisen, abfedern zu können. Denn Wissenschaft ist immer die Erwartung des Unerwarteten.

[33] http://www.csp.fraunhofer.de/profil/ (19.4.2016)

[34] vgl. illustrierend die „Erfolgsgeschichten" unter http://www.investieren-in-sachsen-anhalt.de/erfolgsgeschichten (19.4.2016)

3 Fazit und Ausblick

3.1 Strukturen, Problemlagen und unausgeschöpfte Ressourcen

Anfang der 2000er Jahre waren die Wissenschaftsstrukturen in Sachsen-Anhalt konsolidiert. Den Umbau seit 1990 hatte man zu einem strukturell gelungenen Abschluss gebracht. Dann folgte allerdings keine

Übersicht 23: Entwicklung der Studierendenzahlen und der laufenden Grundmittel der Hochschulen 2004-2013: Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Länderdurchschnitt

		Sachsen-Anhalt			Länderdurchschnitt			
		2004	2013	Veränderung	2004	2013	Veränderung	
Studierende[1)]	Gesamt	52.439	55.954	+6,7 %			+28 %	
	davon FH	38 %	36 %	–2 %-Pkt.	29 %	36 %	+7 %-Pkt.	
	je Tsd. Einwohner	21	25	+4	25	30	+5	
	HZB aus anderem Bundesland	43,9 %	59,2 %	+15,3 %-Pkt.	44,2 %	50,4 %	+6,2 %-Pkt.	
	Ausländische	7,6 %	9,3 %	+1,7 %-Pkt.	9,4 %	9,0 %	–0,4 %-Pkt.	
Laufende Grundmittel der Hochschulen: nominal und real**	lfd. Grundmittel*	390 Mio €	477 Mio €	+22,3 %			+22,6 %	
	Inflation/Tarifaufwüchse			+15,1 %			+15,1 %	
	Realentwicklung der lfd. Grundmittel (preisbereinigter Zuwachs)		+25 Mio €	+6 %			+12 %	
	HS-Pakt-Mittel des Bundes**[3)]		50 Mio €	Anteil am nominalen Aufwuchs 2004-2013: 57,4 %			Anteil am nominalen Aufwuchs 2004-2013: 55,7 %	
Lfd. Grundmittel in Relation zu sozioökonomischen Aspekten[4)]	Pro Kopf der Bevölkerung	156 €	212 €	+56 €	171 €	224 €	+53 €	
	Anteil am BIP	0,86 %	0,90 %	+0,04 %-Pkt.	0,69 %	0,69 %	0	
Lfd. Grundmittel pro Student/in	Nominalwert	7.437 €	8.525 €	+1.088 € = +14,6 %	7.268 €	7.323 €	+55€	+8 %
	preisbereinigter Realwert		7.402 €	–35 € = –0,5 %		6.361 €	–907 €	–12,5 %

* Laufende Ausgaben der Hochschulen incl. Hochschulmedizin (ohne private Hochschulen, jedoch incl. Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft) minus Verwaltungseinnahmen und Drittmittel, ohne Investitionsausgaben. Seit 2013 ersetzt in der Bundesstatistik die Ausweisung von Trägermitteln die der Grundmittel. Die Trägermittel berücksichtigen gegenüber den Grundmitteln auch andere Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Träger). Um die Vergleichbarkeit mit 2004 zu gewährleisten, werden in der Tabelle dennoch auch für 2013 lfd. Grundmittel angegeben.

** incl. Hochschulmedizin und Bundesanteil am Hochschulpakt, der als Durchlaufmittel in den Hochschulzuschüssen des Landeshaushalts geführt wird

Quellen: [1)] StatBA (2014) Studierende an Hochschulen; dass.: Daten zu Grundmitteln, Studierendenzahlen und Hochschulpersonal, Sonderauswertung 5./9.10.2015; StatBA (2015d); StatBA (2015e); Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Online-Übersichtstabelle „Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung“ auf Grundlage des Zensus 2011, URL http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_ jahrtab1.asp (2.10.2015). [2)] Statistisches Bundesamt: Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung 5./9.10.2015; Inflation gemessen am Verbraucherpreisindex (StatBA 2015b: Interaktiver Werteabruf „Verbraucherpreisindex: Bundesländer, Jahre“ am 10.9.2015); Vergütungszuwachs für Angestellte im Öffentlichen Dienst VG.III TO.A. bzw. BAT, ab 1.11.2006 TV-L, im Zeitraum 1.1.2004 bis 31.12.2013 ohne Sonderzahlungen (Daten des StatBA auf Anfrage des HoF am 16.9.2015). [3)] Anlage 1 zur Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020, URL https://www.bmbf.de/files/Verwaltungsvereinba rung_Hochschulpakt_III_vom_11.12.2014.pdf 10.9.2015). [4)] StatBA (2015d); Arbeitskreis VGR der Länder (2015a).; Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Online-Übersichtstabelle „Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung“ auf Grundlage des Zensus 2011, URL http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp (2.10.2015); Statistisches Bundesamt: Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung 5./9.10.2015, StatBA (2014b). Teils eigene Berechnungen.

Phase der Beschaulichkeit, sondern die Bologna-Reform und die ersten Folgen des demografischen Wandels – die eine mit reformbedingten Mehrkosten, die, wie in allen Bundesländern, nicht erstattet wurden; die demografischen Entwicklungen mit tatsächlichen und prognostizierten Einnahmeminderungen im Landeshaushalt. Parallel nahmen die Studierendenzahlen deutlich über die Größenordnung hinaus zu, die noch zu Beginn der 2000er Jahre angenommen worden war. Die Landespolitik tat – nach einigen von Verwerfungen begleiteten Suchprozessen – in dieser Situation, was sie finanziell konnte, wie ein nüchterner Blick auf die Daten zeigt (Übersicht 23).

Ein Blick auf die heutige Struktur der sachsen-anhaltischen Wissenschaftslandschaft zeigt, dass die vorhandenen institutionellen Potenziale kaum einen überregionalen Vergleich scheuen müssen. Zugleich heißt das: Strukturell dürften die Chancen ausgereizt sein, mit Neugründungen oder -ansiedlungen ist wohl kaum zu rechnen. Es gilt folglich, mit dem Vorhandenen klug umzugehen.

Unausgeschöpfte Potenziale der sachsen-anhaltischen Wissenschaft liegen vor allem in zwei Bereichen: zum einen bei der Erfolgsquote in hochdotierten kompetitiven Förderinitiativen wie Exzellenzintitiative oder EU-Forschungsrahmenprogramm/Horizon 2020; zum anderen bei den Effekten für regionale Entwicklungen. Beides ist weniger unverbunden, als häufig angenommen wird:

- Die meisten Universitäten zeichnen sich nicht überwiegend durch grandiose Überdurchschnittlichkeit – um hier „Exzellenz“ einmal fasslich zu übersetzen – aus. Diese Universitäten haben aber immerhin die Möglichkeit, *einzelne* exzellente Fachgebiete zu stabilisieren und zu entwickeln. Damit sind einstweilen auch die Chancen der beiden sachsen-anhaltische Universitäten beschrieben. Dann aber liegt es in solchen Fällen nahe, dass der Exzellenzorientierung in Teilbereichen die Regionaloption mindestens gleichberechtigt zur Seite tritt. Für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gilt dies schon deshalb, da sie ohnehin vornehmlich im Blick auf ihre regionale Funktion errichtet worden waren.
- Eine Aufforderung zur Selbstregionalisierung ist das aber nicht: Auch die regionale Wirksamkeit von Wissenschaftseinrichtungen ist nur dann aussichtsreich, wenn diese ihre Region an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -verteilung anschließen. Dazu sind sie im übrigen wie keine anderen Institutionen in ihren Regionen in der Lage. Dabei geht es nicht allein um Anwesenheitseffekte, die sich aus dem schlichten Da-Sein der Einrichtungen ergeben, sondern auch um explizite Aktivitätseffekte. Hier agiert die Wissenschaft nicht immer sehr glücklich: Sie neigt dazu, vornehmlich auf die planetarische Bedeutung ihrer Aktivitäten zu verweisen. Das kann in der Landespolitik dazu verführen, den Umkehrschluss zu ziehen: regional wohl nicht so bedeutsam.

Geschickter könnte es sein, dass sich vor allem die Hochschulen stärker als das, was sie (auch) sind, auch inszenieren: als eines der wichtigsten Verödungshemmnisse in demografisch herausgeforderten Räumen. Denn zum einen ist keine andere Struktur erfolgreicher dabei, junge Menschen im Land zu halten und ins Land zu ziehen, als es die Hochschulen sind. Zum anderen stellen die Hochschulen hochqualifizierte Arbeitskräfte bereit, können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen und ihre Sitzregionen an die globalen Wissensströme anschließen. Damit sind sie eine zentrale Voraussetzung dafür, die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte und damit zukunftsträchtige Entwicklungen zu verbessern bzw. zu erhalten und wirken als Quellen wie Agenturen sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Innovationen

Wie das Beispiel der grünen Technologien zeigte, ist die regionale wirtschaftliche Entwicklung auf permanente Innovation angewiesen: Nur diese versetzen die Unternehmen in die Lage, sich so fortlaufend durch Produkte und Dienstleistungen von Wettbewerbern zu differenzieren, dass preiswertere Kopien nicht zum Absturz von Branchen und Unternehmen führen. Die Innovation wiederum setzt die Invention voraus, und diese ist ohne Forschung nicht zu haben. Zugleich lässt sich das gedämpfte Wirtschaftswachstum und die bei drei Viertel des westdeutschen Wertes verharrende Produktivität in Sachsen-Anhalt wohl kaum durch planwirtschaftlich betriebene Forschungsförderung und Innovationsentwicklung dynamisieren. Vielmehr benötigt gerade das Streben nach Innovationen permanente Impulse aus der Grundlagen- und Vorlaufforschung und dafür entsprechend aktive, angemessen ausgestattete und thematisch breit aufgestellte Institutionen, welche die innovationsvorgeschalteten Inventionen erbringen.

Innovation ist nicht planerisch zu erzeugen. Was statt dessen aktiv gestaltet werden kann, sind förderliche Rahmenbedingungen für Innovation – d.h. solche Bedingungen, von denen auf Grund vorhandener Erfah-

rungen angenommen werden kann, dass sie besonders intensiv dazu beitragen, ein innovationsfreundliches Klima zu erzeugen. Das wichtigste Element eines solchen Klimas sind seine Akteure als dessen soziale Träger. Das wiederum heißt: Wissensbasierte Unternehmungen und innovative Regionen benötigen innovationsgeneigte Milieus.

Milieubildung lässt sich gleichwohl nur beschränkt zielgerichtet organisieren, da Milieus stärker *sich* bilden als gebildet werden. Politische Entscheidungen und die Aktivitäten interessierter Akteure müssen die *Voraussetzungen* der Bildung innovationsgeneigter Milieus schaffen, nicht aber diese selbst. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht – aber eine Misserfolgsgarantie kann jedenfalls für den Fall gegeben werden, dass nichts unternommen wird. Wo hingegen innovationsgeneigte Milieus hinreichend verdichtet sind, entstehen innovative Regionen, und deren Effekte können zweierlei sein: Innovative Regionen vermögen Ansiedlungs- und Gründungseffekte zu produzieren, und sie können eine Antwort auf die (umständehalber erzwungene) Abwanderungsneigung der nachwachsenden Generationen sein.

Sachsen-Anhalt muss sowohl interne Potenziale mobilisieren als auch externe Potenziale gewinnen, wenn es sich nicht abhängen lassen will. Diese Potenziale sind vor allem drei: Fachpersonal, Investitionen und Netzwerkeinbindungen. Für zwei davon sind die Hochschulen und Forschungsinstitute unentbehrlich: akademisch ausgebildete Fachkräfte und Netzwerke. Was die Fachkräfte betrifft, geht es um zweierlei: Studierende von außerhalb ins Land zu holen und junge Leute im Lande zu halten, indem letztere in Wohnortnähe ihren Wunschstudienplatz vorfinden. Die Hochschulen erweisen sich inzwischen das erfolgreichste Instrument zur Dämpfung des demografischen Wandels. Eine angemessene Antwort auf dessen Herausforderungen dürfte daher weniger in einer restriktiven als vielmehr einer expansiven (Hochschul-)Bildungspolitik bestehen.

3.2 Handlungsoptionen

Wissenschaftspolitik kann nicht die wissenschaftlichen Leistungsprozesse steuern. Sie kann jedoch (a) den Leistungsprozessen möglichst optimale Rahmenbedingungen schaffen und (b) Initiativen ergreifen, die das Gesamtsystem voranbringen, aber von den Einzeleinrichtungen aufgrund ihrer Organisationsegoismen nicht ergriffen werden:

- Optimale Rahmenbedingungen für die Wissenschaft sind vor allem von finanziellen und personellen Ressourcen abhängig. Letztere beziehen sich nicht allein auf die Personal(stellen)ausstattung, sondern auch auf die fachliche Qualität des Personals. Hier befindet sich Sachsen-Anhalt in einer scharfen Konkurrenz mit anderen Ländern (und Staaten), die häufig bessere Ausstattungen offerieren können.
- Gesamtsystementwickelnde Initiativen müssen sich nach Lage der Dinge – eine Expansion des Systems ist unrealistisch – auf die Erschließung endogener Potenziale beziehen. Wo Einzelpotenziale für sich genommen jeweils unterkritische Größenordnungen aufweisen, liegt ein naheliegender Weg in der Kooperation, um zu kritischen Größenordnungen zu gelangen.

Beide Punkte – Personal und Kooperationen – erscheinen zentral für die weitere Entwicklung der sachsen-anhaltischen Wissenschaft. Einen wissenschaftspolitisch bewährten Weg, um priorisierte Anliegen zu stärken, sind programmgebundene Förderungen. Hier stellt Sachsen-Anhalt insofern eine Besonderheit, als es nahezu nicht (mehr) mit diesem Instrument arbeitet. Andere Bundesländer dagegen versuchen mit zum Teil erheblichen Programmmitteln, politisch erwünschte Anliegen mit Schubkraft zu versehen. An dieser Stelle müsste Sachsen-Anhalt wohl wieder aufschließen, wenn es wissenschaftspolitisch zupackend initiativ werden möchte. Zugrunde gelegt werden sollten angemessene Problembeschreibungen, sodass die Förderanliegen zielführend formuliert werden können. Die Finanzierung solcher Programme kann grundsätzlich auf dreierlei Weise erfolgen: (a) indem es gelingt, dafür zusätzliche Mittel zu mobilisieren; (b) durch Reduzierung der Grundmittel im Wissenschaftsetat und die wettbewerbsgebundene Rückführung dieser Mittel ins System; (c) den sukzessiven Aufbau eines Programmmittelbudgets durch entsprechende Reduzierung der Aufwüchse der Grundmittel, wie sie im letzten knappen Jahrzehnt realisiert worden sind.

Nachwuchsförderung und Karriereaussichten

Hinsichtlich des wissenschaftlichen Personals besteht in den Wissenschaftseinrichtungen Sachen-Anhalts eine eingeschränkte Bindungskraft bei besonders leistungsfähigen jüngeren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Die Problemursachen sind sowohl regional spezifischer als auch allgemeiner Art:

■ Zum einen verfügen die Städte des Landes oft über ein negatives Standortimage und fehlen häufig die Spitzenwissenschaftler/innen auf den Professuren, die besonders leistungsfähigen Nachwuchs anziehen, nicht zuletzt, da es für überdurchschnittliche Ausstattungen von Spitzenkräften an den finanziellen Spielräumen mangelt.

■ Zum anderen besteht im deutschen System akademischer Karrierepfade bislang ein Mobilitätszwang. Dieser führt organisationspolitisch zu einer Situation, die in einem Wirtschaftsunternehmen als absurd erscheinen würde: Hochschulen entwickeln mit beträchtlichem Aufwand ihr (Nachwuchs-)Personal mit dem Primärziel, möglichst gute Qualifizierungsergebnisse zu erreichen, und dem Sekundärziel, nach erfolgter Qualifizierung (und Vertragsablauf) dieses Personal an andere, häufig konkurrierende Institutionen abzugeben bzw. in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Organisationsinterne Karriereoptionen hingegen stehen praktisch nicht zur Verfügung. Da Sachsen-Anhalt wie auch Ostdeutschland insgesamt aber nur den weitaus kleineren Teil der Bundesrepublik bildet, findet schon aus Mengengründen akademische Aufwärtsmobilität vorrangig in Ost-West-Richtung statt – entzieht also den ostdeutschen Hochschulen aus hochschulsystemimmanenten Gründen ihr eigenes, mit einigem Aufwand herangebildetes Nachwuchspotenzial.

Nachwuchsfördersystem und Karrierepfade weisen in Deutschland insgesamt zahlreiche Schwächen auf. Über neue Wege in diesem Bereich wird daher bundesweit diskutiert. Hemmnisse, die aus der akademischen Kultur resultieren, führen jedoch dazu, dass vergleichsweise kleine Veränderungen vergleichsweise viel Zeit und Kraft benötigen. Zugleich stehen die Hochschulen generell unter dem Druck, dass ihre künftige Entwicklung wesentlich von ihren heutigen Anstrengungen zur Nachwuchssicherung abhängt. So wird in Sachsen-Anhalt gut ein Drittel der ProfessorInnen bis 2020 altershalber aus dem aktiven Dienst ausscheiden (Trautwein 2015: 28-30). Daher erscheinen Initiativen denkbar, Sachsen-Anhalt zu einer Modellregion für wissenschaftliche Nachwuchsförderung und Personalentwicklung zu gestalten – gleichsam eine „Sondernachwuchszone“. Diese könnte Chancen schaffen, die andernorts (noch) nicht vorhanden sind und damit den Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt Innovationsgewinne verschaffen. Eine solche Modellregion kann auf drei Säulen ruhen:

- Zunächst sind gezielt finanzielle Anreize einzusetzen, die vor allem bestehende Nachteile zu den möglichen Alternativen – Arbeit in der freien Wirtschaft oder an anderen wissenschaftlichen Einrichtungen – ausgleichen.
- Als zweite Säule muss die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses sichtbar klar strukturiert und verbessert werden.
- Drittens ist die wissenschaftliche Arbeit als individuelle Lebensperspektive attraktiv – im Sinne von Anerkennung und Verantwortung – sowie kalkulierbar zu gestalten.

Gegenstand einer Programmförderung kann dann sein, den Fakultäten und Fachbereiche, die systematische und innovative Strategien zur Nachwuchsförderung und Personalentwicklung umsetzen, die sich daraus ergebenden Mehrkosten zu finanzieren. Das Ziel der Strategien bestünde darin zu vermeiden, akademische Mobilität nach einer Qualifikationsstufe auch dann zu erzwingen, wenn es organisationszweckwidrig ist – und also die betreffenden Personen für Sachsen-Anhalt zu sichern. Mögliche Elemente einer solchen Strategie enthält Übersicht 24.

Übersicht 24: Elemente von Strategien zur Nachwuchsförderung und Personalentwicklung

Finanzielle Ausstattung:

- Wiederausweitung der Landesgraduiertenförderung auf drei Jahre
- Verbesserung der finanziellen Bedingungen in der Promotionsphase, z.B. durch Zweidrittel- oder volle statt halbe Stellen
- Laufzeiten für Promotionsstellen, die der zu erwartenden fachbezogenen Promotionsdauer entspricht
- Schaffung von Leistungsanreizen mit der Möglichkeit, als Nachwuchswissenschaftler/in durch Spitzenleistungen Zugriff auf sächliche und personelle Ressourcen (z.B. studentische Hilfskräfte) zu erwerben
- Auslobung eines Preises, z.B. in Verbindung mit einer mitfinanzierenden Stiftung und gekoppelt an die Offerte, an einer sachsen-anhaltischen Hochschule eine Nachwuchsgruppe aufbauen zu können

Arbeitsbedingungen und Lebensperspektive:

- frühzeitige Bindung von leistungsstarken Studierenden durch promotionsvorbereitende Integration in Forschungsaktivitäten
- Promotionsmöglichkeiten mit einer Tenure-Track-Option offerieren, d.h. dem Angebot einer Übernahme in eine Beschäftigung nach der Promotion, sofern ein sehr guter Abschluss erzielt wurde
- größere symbolische Anerkennung in einem früheren Stadium der Berufskarriere, z.B. durch großzügigere Schaffung von Junior-Professuren; denkbar wäre auch eine ‚Amerikanisierung' durch Einführung des Assistenzprofessorentitels für Postdocs auf der Grundlage einer sehr guten Promotion
- gemeinsame Berufungen von Nachwuchsgruppenleitern außeruniversitärer Institutionen auf Juniorprofessuren
- Möglichkeiten zur frühzeitigen Übernahme eigenständiger Verantwortung durch Postdocs, etwa durch die Chance, Gruppenleitungen wahrzunehmen
- darüber hinaus Schaffung hochschulinterner Aufstiegsmöglichkeiten im Sinne planbarer Karrieren, ggf. nach einer zeitweiligen Entsendung zu einem Arbeitsaufenthalt an einer in- oder ausländischen Hochschule, um auf die positiven Effekte akademischer Mobilität dennoch nicht verzichten zu müssen
- um leistungsgefährdende ‚Nesthockereffekte' zu verhindern, sollten Tenure-Track-Stellen nicht automatisch zur Lebenszeitanstellung führen, sondern nur nach einer anspruchsvollen, extern begutachteten Tenure-Evaluation nach amerikanischem Vorbild
- in diesem Zusammenhang Aufhebung des Hausberufungsverbots; W3-Professuren sind prinzipiell überregional auszuschreiben, aber interne Bewerbungen sind möglich
- insgesamt Herstellung einer angemessenen Planungssicherheit für wissenschaftliche Karrieren, z.B. durch Eröffnung realistischer Chancen auf (leistungsgebundene) Dauerbeschäftigung ab etwa dem 40. Lebensjahr
- Finanzierung der Transaktionskosten für Forschergruppen, die hochschulübergreifend Postdocs selbst organisiert werden
- Rückkehrerprogramme für frühere Absolventen und Absolventinnen der Hochschule
- Gewinnung junger Nachwuchskräfte in Unternehmen als Honorar-Juniorprofessoren (statt als Lehrbeauftragte – da dies nicht nur finanziell, sondern auch symbolisch unattraktiv ist)

Kooperationsplattformen

Die institutionelle Struktur des sachsen-anhaltischen Wissenschaftssystems ist – vor dem Hintergrund der Größe des Landes – grundsätzlich komfortabel. Strukturell geht es wissenschaftspolitisch in Sachsen-Anhalt daher vor allem um Bestandssicherung, d.h. Neugründungen oder -ansiedlungen sind kaum zu erwarten. Damit stellt sich die Frage, wie aus dem Bestand heraus etwas entwickelt werden kann, dass bisherige Leistungsfähigkeiten überschreitet.

Wenn trotz einer insgesamt komfortablen Struktur z.B. Förderungen in der Exzellenz-Initiative nicht gelingen, kann das qualitative und quantitative Ursachen haben. Beide können durch die Zusammenführung von Potenzialen zumindest zum Teil ausgeräumt werden. Der Wissenschaftsrat (2013) hat dies in seiner Landschaftsbetrachtung der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt unter dem Titel „Kooperationsplattformen" thematisiert.

Nun begründet räumliche Nähe für sich genommen keine kognitive Nähe, und Interessen in der Wissenschaft sind vorrangig kognitiv bestimmt. Deshalb werden Entfernungswiderstände gegen fachliche Kooperationen eher schwach wirksam, wenn ein prognostizierter Kooperationsnutzen in der Abschätzung größer ausfällt als die Kooperationskosten, also z.B. Mobilitätskosten inkaufgenommen werden, sobald ein höherer Kooperationsnutzen prognostiziert wird. Doch auch in räumlicher Nähe – etwa innerhalb Sachsen-Anhalts – fallen Kooperationskosten an: Anbahnungs-, Verhandlungs- und Kommunikationskosten in Gestalt von Zeitverbrauch. Bei genauer Betrachtung herrscht in Sachsen-Anhalt nicht eigentlich ein Mangel an Kooperationsstrukturen (Übersicht 25).

Übersicht 25: Überinstitutionelle wissenschaftliche Kooperationsplattformen in Sachsen-Anhalt

Kompetenznetzwerk für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT)	Kunststoffkompetenzzentrum Halle-Merseburg (KKZ)
Historische Kommission Sachsen-Anhalt	Center for Behavioral Brain Sciences / Neurowissenschaften, Magdeburg
Forschungsnetz Frühkindliche Bildung Sachsen-Anhalt	Forschungszentrum Dynamische Systeme – Systembiologie/Bioengineering, Magdeburg
Expertenplattform Demografischer Wandel Sachsen-Anhalt	Förderschwerpunkt Automotive, Magdeburg
WissenschaftsCampus Halle – Pflanzenbasierte Bioökonomie	Förderschwerpunkt Medizintechnik, Magdeburg
Spitzencluster „Solarvalley Mitteldeutschland"	International Max Planck Research School an der OvGU
Netzwerk „weinberg campus e.V." Halle	Cluster Medizin- und Gesundheitstechnik des Landes Sachsen-Anhalt

Hinzu treten weitere regionale Kooperationen, welche die Landesgrenze überschreiten, etwa das „Deutsche Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) Halle-Jena-Leipzig", der „Universitätsverbund Halle-Leipzig-Jena", der immer einmal wieder fallweise reaktiviert wird, oder das „Kompetenzcluster für Ernährung und kardiovaskuläre Gesundheit (nutriCARD)", gleichfalls mit Partnern aus Halle, Jena und Leipzig.

Sie alle erfüllen zumindest z.T. die Kriterien, die der Wissenschaftsrat an Kooperationsplattformen (KPF) anlegt. Auf Basis zweier Wissenschaftsratspapiere (Wissenschaftsrat 2010, 2013) lässt sich folgende KPF-Definition gewinnen:

> Kooperationsplattformen bestehen aus Einzelinstitutionen, die Wissenschaftseinrichtungen – Universitäten, Fachhochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – und je nach Anliegen auch Wirtschaftsakteure, öffentliche Stellen (z.B. Gebietskörperschaften) oder gemeinnützige Akteure umfassen. Übergeordnete Ziele der KPF sind die dauerhafte Bündelung komplementärer Funktionen in der Hochschul- und Forschungslandschaft sowie die Herstellung kritischer Massen und Qualitäten im Wissenschaftssystem. Die im Hinblick auf diese Ziele unterhaltenden Aktivitäten variieren, umfassen im wesentlichen aber Forschungsarbeiten, Nachwuchsförderung (incl. kooperativer Promotionen), Studien- und Weiterbildungsangebote (dual und berufsbegleitend) sowie die Kooperation mit Dritten. Die Kooperationen innerhalb der Plattformen sind verbindlich und rechtlich abgesichert geregelt; die Mitglieder der Plattformen agieren grundsätzlich gleichberechtigt. Die KPF integrieren vornehmlich regionale Potenziale, können aber mit Blick auf überregionale Einbindungen und Internationalisierung auch darüber hinausgehen.

Das Problem in Sachsen-Anhalt scheint weniger im Mangel an Kooperationsstrukturen, sondern eher in der stetigen Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit zu bestehen. Als zentraler Erfolgsfaktor von Netzwerken wird empirisch immer wieder einer ermittelt: das Vorhandensein engagierter Netzwerkpromotoren – incl. der Folge des Zusammenbruchs von Netzwerken, wenn der jeweilige Promotor plötzlich nicht mehr zur Verfügung steht – und einer koordinierenden Stelle. Diese wiederum sind immer dann stark, wenn sie ihre Anliegen mit Geld als hilfreichem Gleitmittel jeder Kooperation untersetzen können. Hier erschiene es denkbar, das fachliche Interesse bei kooperationswilligen Partnern durch die Finanzierung der kooperationsbedingten Mehrkosten zu stabilisieren.

Dies könnte wettbewerblich geschehen, indem sich Kooperationsplattformen um ihre Finanzierung bewerben, und es sollte durch Monitoring begleitet werden, so dass die Weiterförderung durch tatsächliche

Kooperationsaktivitäten und -effekte begründet ist. Bewerbungen müssten durch jegliche Strukturen möglich sein, um ‚Vorauswahlen' priorisierter Bereiche etwa durch Hochschulleitungen zu verhindern. Förderzweck wäre die Finanzierung der kooperationsbedingten Transaktionskosten. Das erschiene jedenfalls zielführender, als Kooperationen durch ihre Verankerung in Zielvereinbarungen erzwingen zu wollen. Die Gefahr des Entstehens bloßer Kooperationsfassaden ließe sich durch eine Wettbewerbsanordnung deutlich mindern.

Annotierte Bibliografie: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt 1990–2015

Die Bibliografie erfasst ausschließlich selbstständige Publikationen, verzichtet also auf das Verzeichnen von Artikeln in Zeitschriften und Büchern. Aufgenommen sind Veröffentlichungen ab 1990, die sich mit der Wissenschaftsentwicklung seit 1990 befassen. Publikationen, die sich *allein* der Institutionen- bzw. Wissenschaftsgeschichte vor 1990 widmen, sind demgemäß nicht berücksichtigt.

1. Landesebene

Wissenschaftsstrukturen, Wissenschaftspolitik, Hochschulrecht

Anton, Werner: **Wissenschaft in Sachsen-Anhalt. Stand, Entwicklung und Probleme des Wissenschaftspotentials in Sachsen-Anhalts. Studie. Material zur 1. Bildungspolitischen Konferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 27. November 1993 in Magdeburg**, GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt, Ref. Hochschule und Forschung, o.O. (Magdeburg) 1993, 70 S.

Kritische Bestandsaufnahme der sachsen-anhaltinischen Wissenschaftsentwicklung seit 1990. Bezieht sowohl den hochschulischen Sektor wie auch den außerhochschulischen inklusive der Industrieforschung ein. Sämtliche Aussagen sind umfangreich durch Tabellen und sonstige statistische Angaben belegt.

Beirat für Wissenschaft und Forschung (Hg.): **Bericht des Beirats für Wissenschaft und Forschung**, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998, 134 S. + Anh.

Mit diesem Bericht legt der Beirat die Ergebnisse seiner über zweijährigen Tätigkeit vor. Er enthält, ausgehend von einer detaillierten Analyse der hochschul- und forschungspolitischen Infrastrukturbedingungen in Sachsen-Anhalt, Empfehlungen für die Entwicklung der Wissenschaftseinrichtungen.

Hechler, Daniel/Peer Pasternack: **Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt**, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 107 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_1_2011.pdf

Die Binnendifferenzierung des deutschen Wissenschaftssystems in universitäre und außeruniversitäre Forschung gilt als Ursache geminderter Leistungsfähigkeit. Entsprechend zielen zunehmend wissenschaftspolitische Bemühungen auf eine Verstärkung der Kooperation zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Wie diese Kooperationspotenziale genutzt werden, ist Gegenstand dieser Fallstudie. Kooperationen haben bestimmte Voraussetzungen, insbesondere ein gemeinsames Interesse der potenziellen Partner. Die Interessen sind in der Wissenschaft vorrangig kognitiv bestimmt. Deshalb sind Entfernungswiderstände gegen fachliche Kooperationen eher gering. Zugleich kann aber die räumliche Nähe niedrigere Transaktionskosten einer Zusammenarbeit ermöglichen. Um kognitiv bestimmte Interessen und räumliche Nähe in gemeinsame Aktivitäten münden zu lassen, bedarf es zweierlei: (a) der Gestaltung günstiger Kontexte und (b) des auf das je konkrete Vorhaben abgestimmten Einsatzes von Kooperationsinstrumenten. Die Gestaltung günstiger Kontexte zielt darauf, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, in denen potenzielle Partner die Chance haben, ihre gemeinsamen Interessen zu entdecken. Im Ergebnis konnten kooperationsrelevante Erfolgsfaktoren identifiziert und über den untersuchten Einzelfall hinaus eingeordnet werden.

Helm, Christoph: **Zehn Jahre Wissenschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern an Hand des Paradigmas Sachsen-Anhalt** (HIS-Kurzinformation A 1/2001), Hochschul-Informations-System, Hannover 2001, 28 S. Volltext unter: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_kia/kia200101.pdf

Der Autor – langjähriger Abteilungsleiter im sachsen-anhaltinischen Kultusministerium, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dann Wissenschaftsstaatssekretär in Brandenburg – zieht eine Bilanz der Wissenschaftsentwicklung im Osten Deutschlands seit 1990. Im Mittelpunkt stehen dabei Fachhochschulen, die außeruniversitäre Forschung und Universitäten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Seiner Meinung nach hätte der Aufbau eines gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungssystems im Ergebnis der 'Wende' von der Analyse der strukturellen Schwächen und Defizite der westlichen Organisationsformen ausgehen müssen, um Chancen und Risiken eines gemeinsamen Neuaufbaus auszuloten. Dies sei ebenso nicht erfolgt wie auch nicht von möglichen Stärken des östlichen Modells die Rede war. Der Autor sieht u.a. folgende Rückwirkungen, die sich aus dem dennoch erfolgreichen Umbau und Neuaufbau der ostdeutschen Wissenschaft und Forschung für das Gesamtsystem ergeben haben: die bundesweite Bedeutung der Fachhochschulen in Deutschland habe durch die Gründungswelle im Osten stark zugenommen, besonders ostdeutsche Universitäten mit naturwissenschaftlichem Profil hätten eine unkomplizierte und pragmatische Kooperationsfähigkeit mit Industriebetrieben und dem Mittelstand eingebracht. Die nachhaltigsten Auswirkungen auf das gesamtstaatliche Wissenschaftssystem seien aber durch die Neuordnung der gesamten außeruniversitären Forschung Ostdeutschlands verursacht worden.

Hener, Yorck/Andrea Güttner/Ulrich Müller: **Berichterstattung für Politik und Staat von Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt. Eine Studie für eine Konzepterstellung durch die CHE Constult GmbH im Auftrag des WZW** (Schriftenreihe des WZW Nr. 04), Lutherstadt Wittenberg 2010, 70 S. Volltext unter http://www.che.de/downloads/Sachsen_Anhalt_Berichtswesen.pdf

Um Empfehlungen für die Gestaltung des Berichtswesens zwischen den Hochschulen und der Landesregierung geben zu können, werden die vorhandenen Berichtspflichten analysiert und mit denen einiger ausgewählter Länder verglichen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Beschreibung von Indikatoren im Zusammenhang mit dem Berichtswesen.

Henke, Justus/Peer Pasternack: **Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 8/2012), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2012, 36 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_8_2012.pdf

Mit 67 Einrichtungen – davon drei außerhalb des Landes – verfügt Sachsen-Anhalt über die bundesweit dichteste An-Institutslandschaft. Erstmalig wurde diese Landschaft kartiert und anhand wesentlicher Merkmale analysiert.

Hochschullehrerbund (Hg.): **Hochschulen in Sachsen-Anhalt** (=Die Neue Hochschule 2-3/2010), 72 S. Volltext unter http://hlb.de/fileadmin/hlb-global/downloads/dnh/preview/DNH-2010-2-3_vorschau.pdf

Das Heft enthält zahlreiche Beiträge, die über verschiedene Studiengänge informieren. Daneben wird ein Überblick über die Lehre und Forschung verschiedener Hochschulen gegeben, so berichten u.a. Eckhard Freyer über „die Hochschule Merseburg“ und Beatrice Hungerland über „Stendal und seine innovativen Studiengänge“. Janet Anders berichtet in „Regional. Praxisorient. International“ über kulturelle Veranstaltungen und Vortragreihen der Hochschule Harz. Über die aktuell ungebrochene „Nachfrage nach Absolventen auf dem Arbeitsmarkt“ informiert Petra Weber-Kurth.

Kilian, Michael (Hg.): **Sachsen-Anhalt. Land der Mitte – Land im Aufbau. Die Entstehung eines neuen Bundeslandes in Erlebnisberichten**, Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 2002, 581 S.

Die Sammlung von Erlebnisberichten umfasst u.a. Darstellungen von Akteuren aus dem Hochschulbereich: Michael Kilian (Gründungsprofessor für Öffentliches Recht II an der wieder gegründeten Juristischen Fakultät der MLU Halle-Wittenberg), Jürgen Costede (Gastprofessor an der MLU Halle-Wittenberg, Beauftragter des Gründungsdekans der Juristischen Fakultät für die Organisation der Diplomprüfungen, Baubeauftragter, Wittenberg-Beauftragter), Gerfried Fischer (Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Arztrecht an der MLU Halle-Wittenberg), Rolf Frick (1991-1994 Landesminister für Wissenschaft und Forschung), Karl-Heinrich Hall (Kommissarischer Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, später Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt), Heinz-Gerhard Haupt (Gründungsprofessor für Neuere Geschichte an der MLU Halle-Wittenberg), Bernd Janson (Kanzler der FH Merseburg), M. Rainer Lepsius (Grüdungsbeauftragter für das Institut für Soziologie der MLU Halle-Wittenberg), Rolf Lieberwirth (emiritierter hallescher Rechtshistoriker, Mitglied der Gründungskommission für die Juristischen Fakultäten in Rostock und Halle), Johannes Mehlig (Indologe an der MLU Halle-Wittenberg, Dekan, Senator und Konzilspräsident der MLU Halle-Wittenberg), Helmut Obst (Theologieprofessor und Mitglied der Landesstrukturkommission Sachsen-Anhalt), Benno Parthier (Molekularbiologe und Präsident der Leopoldina), Friedrich-Wilhelm Rath (nach 1990 Prorektor und Dekan der Medizinischen Fakultät der MLU), Andreas Reich (Leihbeamter im Kultusministerium), Heinz Sahner (Grüdungsprofessor für Soziologie an der MLU), Alfred Schellenberger (Biochemiker und Vizepräsident der Leopoldina) und Günther Schilling (Professor für Physiologie und Ernährung der Kulturpflanzen an der MLU, erster Nachwenderektor der MLU).

Kreckel, Reinhard: **Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung**, Lemmens Verlag, Bonn 2004, 206 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Vielfalt-als-Staerke.pdf

Ein Schwerpunkt der Textsammlung ist die Hochschultransformation in Ostdeutschland nach 1990 und insbesondere die Hochschulentwicklung in Sachsen-Anhalt.

Kultusministerium Sachsen-Anhalt: **Bericht und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Wissenschaftsstruktur des Kultusministers des Landes Sachsen-Anhalt**, Magdeburg 2001, 131 S. Volltext unter http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t133.doc

Im Sommer 2000 hatte der Kultusminister eine aus externen Sachverständigen bestehende Arbeitsgruppe „Wissenschaftsstruktur“ berufen. Auftrag der Arbeitsgruppe war die Diskussion grundlegender Fragen der Struktur und Ausstattung der Hochschullandschaft im Land Sachsen-Anhalt. Weiterhin wurden fünf Projektgruppen eingesetzt, in denen Vertreter der Hochschulen und des Kultusministeriums zu verschiedenen Themenbereichen gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeiten sollten. Die Arbeitsgruppe sollte die Ergebnisse der Projektgruppen kritisch würdigen und darauf aufbauend Empfehlungen an den Kultusminister erarbeiten.

Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hg.): **Hochschulstrukturplanung der Landes Sachsen-Anhalt**, o.O. [Madgeburg] 2003, 35 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/steuerung/struktur/docs/ST03_Hochschulstrukturplanung.pdf

Zunächst wird die Ausgangssituation der Hochschulen in Sachsen-Anhalt kurz dargestellt. Anschließend werden die Ziele und Leitlinien der Hochschulplanung und die Mittel zum Erreichen dieser Ziele erklärt. In der hochschulplanerischen Analyse werden Ansatzpunkte für die Neustrukturierung der Hochschullandschaft beleuchtet, mit einem Fokus auf die Hochschulfinanzierung im Verhältnis zu der Wirtschaftskraft des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Im weiteren wird dabei auf die Strukturveränderungen der einzelnen Hochschulen sowie das geplante Wissenschaftszentrum Wittenberg eingegangen. Die regionalwirtschaftlichen Effekte von Hochschulen werden betrachtet. Schließlich wird ein Sieben-Punkte-Programm für die Umsetzung der geplanten Neustrukturierung der Hochschulen in Sachsen-Anhalt aufgestellt.

Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hg.): **Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2004 unter Einbeziehung der Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen des Landes,** o.O. [Madgeburg] 2004, 15 S.

Im Jahr 2001 kam es auch wegen der hinter den Erwartungen zurückbleibenden Entwicklung der Studierendenzahlen zu einer Revision des ursprünglichen Ausbauziels von 44.000 personalbezogenen Studienplätzen auf 34.000 (ohne Medizin). Eine Vorgabe der Landesregierung, ab dem Jahr 2006 durchschnittlich 10 % der Hochschulbudgets einzusparen, veranlasste den Kultusminister, 2002 die „AG Hochschulstrukturen" einzusetzen. In Kooperation mit den Hochschulen erarbeitete diese Arbeitsgruppe die Voraussetzungen für den bis heute geltenden Hochschulstrukturplan aus dem Jahr 2004. Dieser sieht neben der vorgegebenen Einsparung eine vor allem lehrbezogene Profilierung der Hochschulen, insbesondere durch den Abbau von Doppelangeboten, vor.

Kultusministerkonferenz (Hg.): **Dokumentation der Hochschulgesetze der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen**, Bonn 1991, 175 S.

Inhalt u.a.: Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt vom 31.7.1991.

Metropolregion Mitteldeutschland, Geschäftsstelle Chemnitz (Hg.): **Wissenschaftsatlas Metropolregion Mitteldeutschland. Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute, Forschungszentren**, Chemnitz 2010, 57 S.

Metropolregion Mitteldeutschland, Geschäftsstelle Dresden (Hg.): **Wissenschaftsatlas Metropolregion Mitteldeutschland**, Metropolregion Mitteldeutschland Geschäftsstelle Dresden, Dresden 2011, 71 S. Volltext unter http://www.mitteldeutschland.com/sites/default/files/uploads/2015/09/16/wissenschaftsatlasmetropolregionmitteldeutschland.pdf

Mit Karten und Beschreibungen werden die einzelnen Orte der Metropolregion, ihre Hochschulen und deren Angebote an wissenschaftlichen Fachrichtungen vorgestellt, ebenso die Hochschulbibliotheken der Region. Abschließend werden tabellarisch die Universitäten, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen sowie Forschungsinstitute und innovative Forschungszentren dargestellt.

Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt**, Magdeburg 1992, 88 S.

Beschlossen am 31.3.1992 nach zehnmonatiger Arbeit, stellt die Broschüre den Stand der Entwicklung dar und gibt Empfehlungen. Die Darstellung der Ausgangslage umfasst die Hochschulen, die Forschung, die Abwicklung, geht auch auf die kirchlichen Einrichtungen ein. Den eigentlichen Empfehlungen sind Daten zum weiteren Hochschulausbau (Studentenzahlen, Personalbedarf) zur Seite gestellt. Spezielle Gebiete (Medizin, Pädagogik, Fachhochschulen, Fernstudium) erfahren gesonderte Betrachtung. Dann werden die Empfehlungen zu den einzelnen Hochschulen dargeboten. Es folgen Abschnitte zur außeruniversitären Forschung und zu einer vorgeschlagenen Sachsen-Anhaltinischen Akademie der Künste zu Magdeburg. Weiter geht es um Wissenschaftstransfer, Hochschuleinrichtungen (Bibliotheken, Museen, Sprachausbildung und EDV), zur sozialen Infrastruktur und zu notwendig werdenden Bauten. Der Anhang bringt u.a. die z.T. unveröffentlichten Arbeitsgrundlagen der Kommission.

Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Konzept zur Entwicklung von Studienangeboten im Bereich Musik an Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt. Empfehlungen des Gutachtergremiums Musik vom April 1993**, o.O. (Magdeburg) o.J. [1993?], 12 S.

Dokumentation der diesbezüglichen Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission, der Pläne der Landesregierung und der Empfehlungen der Gutachterkommission Musik.

Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Zukunft beginnt im Kopf**, o.O. [Magdeburg] o.J. [1993?], 39 S.

Übersichtliche Darstellung der Grundsätze des Wissenschafts- und Forschungspolitik in Sachsen-Anhalt, der Forschung an den Universitäten und den neuen Fachhochschulen, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Sonderforschungsbereiche, Graduiertenförderung, des Technologietransfers und der Beziehungen zwischen Forschung und Wirtschaft.

Reich, Andreas: **Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt. Kommentar**, Verlag K.H. Bock, Bad Honnef 1996, 511 S.

Das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 1993 sei ein typisches Landeshochschulgesetz eines neuen Bundeslandes, in dem jüngere Überlegungen aus den westlichen Bundesländern bereits eingeflossen sind. Der Kommentar berücksichtigt die Änderungen des Gesetzes von 1994 und 1996.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie (Hg.): **„Mit Wissenschaft und Forschung die Zukunft gewinnen".** Wissenschaftsforum in Halle a.d. Saale (Wissenschaftsnotizen 10/Juni 1996), Bonn 1996, 51 S.

Das Heft dokumentiert u.a. die im Titel genannte Tagung mit Beiträgen von Klaus-Dieter Krüger („Innovationsanstöße aus dem Osten"), Karl-Heinz Reck („Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalt") und Klaus Faber („Wissenschaftseinrichtungen in Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt: eine Zwischenbilanz").

Wissenschaftsrat: **Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste und zu Aufnahmeanträgen in die Blaue Liste. Band IX**, Köln 2000, 408 S.

Im hiesigen Kontext interessieren die Stellungnahmen zum Leibniz-Institut für Neurobiologie Magdeburg und zum Institut für Pflanzenbiochemie Halle (Saale). Sie dokumentieren die Neustrukturierungen der Institute, die in den 90er Jahren aus vormaligen DDR-Instituten geformt worden waren.

Wissenschaftsrat: **Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt** (Drs. 3231-13), o.O. [Braunschweig], o.J. [2013]. 305 S. Volltext unter http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3231-13.pdf

Der Wissenschaftsrat verfasste – auf Basis eines Rückblicks auf die Entwicklung des sachsen-anhaltischen Hochschulsystems seit 1990 – eine Gesamtbetrachtung des Hochschulsystems und Vorschläge für dessen weitere Entwicklung bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus. Im nächsten Schritt werden die Profilierung und Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems in Sachsen-Anhalt analysiert. Sodann erfolgt eine Benennung von Optimierungspotenzialen. Bei den Empfehlungen werden die finanziellen, wirtschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen des Landes berücksichtigt und erörtert. Diese allgemeinen Betrachtungen werden im letzten Abschnitt für die einzelnen Hochschulen spezifiziert.

Wissenschaftsrat: **Anlage (Ausgangslagen der Hochschulen) zu den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt** (Drs. 3232-13), o.O. [Braunschweig], o.J. [2013], 262 S. Volltext unter http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3232-13.pdf

Die Anlage bündelt in einheitlich gegliederten Darstellungen die Ausgangslage an den Hochschulen Sachsen-Anhalts. Die hier präsentierten Daten, die den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zugrunde liegen, beruhen auf Auskünften und Informationen, die die sieben Hochschulen dem Wissenschaftsrat auf Grundlage eines weitgehend standardisierten Fragenkatalogs Anfang des Jahres 2012 übermittelten.

Studiennachfrage, Hochschulbildung

Adler, Henri: **Zugang zum Hochschuldirektstudium 1990 im Land Sachsen-Anhalt** (Projektberichte 1/1991), Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1991, 21 S. + Anh.

Ziel dieser Untersuchung ist, den Zustand der Beteiligung am Studium für 1990 in den territorialen Teilstrukturen des Landes darzustellen. Soweit es das von der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg zur Verfügung gestellte Material zuließ, wurden strukturelle Merkmale wie Bildungswege, Geschlecht und Wissenschaftszweigen/Fächergruppen ausgewertet. Im Anhang statistische Tabellen und Karten.

Erdmenger, Thomas/Peer Pasternack: **Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 2'2013), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 101 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2013.pdf

Mit der Eingangs- und der Ausgangsschnittstelle des Studiums sind die Hochschulen in die individuellen Biografien geschaltet und an das Schulsystem und das Beschäftigungssystem gekoppelt. Die Eingangsschnittstelle baut auf den Vorleistungen des Schulsystems auf, das die bildungsbiografischen Eingangsvoraussetzungen der Studienanfänger bestimmt. Das Schulsystem wiederum ist in hohem Maße von Bedingungen abhängig, die es nicht beeinflussen kann. Dazu zählt heute insbesondere der demografische Wandel. An ihrer Ausgangsschnittstelle gestalten die Hochschulen den Übertritt ihrer Absolventen ins Beschäftigungssystem: Sie üben indirekten Einfluss darauf aus, was ihre Absolventen aus dem zertifizierten Zuwachs an Bildung und Qualifikation nach dem Studium zu machen vermögen. Vor diesem Hintergrund verhandelt der vorliegende Report zwei Fragen: 1. Welche Situationen bestehen heute an der Eingangs- und der Ausgangsschnittstelle der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt? 2. Welche Möglichkeiten gibt es, um ein erfolgssteigerndes Schnittstellenmanagement zu realisieren?

Gillessen, Jens/Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 3'13), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2013, 124 S. Bezug unter institut@hof.uni-halle.de; Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Regionale Entwicklungsbeiträge der Geistes- und Sozialwissenschaften lassen sich zwar nur schwer quantifizieren. Daraus folgt jedoch nicht, dass sie unbedeutsam wären. Die Studie zielt darauf ab, sie exemplarisch am konkreten Fall Sachsen-Anhalts sichtbar zu machen. In einer sozialwissenschaftlichen Außenperspektive auf die Geistes- und Sozialwissenschaften werden deren gegenwärtige Ausstattung und Strukturen, spezifische Wertschöpfungsbeiträge und demografische Effekte in Augenschein genommen. Diejenigen regionalen Entwicklungsbeiträge, die sich nicht unmittelbar quantifizieren lassen, werden qualitativ beschrieben und in ihrer Bedeutsamkeit begründet. Dabei handelt es sich in erster Linie um Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, zur Pflege des kulturellen Erbes und zur Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Innenperspektive wird dazu das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der beteiligten Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover (Hg.): **Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung in Sachsen-Anhalt. 1. Zwischenbericht. Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2010** (IES-Berichte 105.92), Hannover/Magdeburg 1992, 35 S.

Versuch, die Nachfrage nach Hochschulbildung in ihrem quantitativen Verlauf zu beschreiben. Dabei wird von den landesspezifischen Daten und Strukturen ausgegangen. Die Berechnungen sollen die hochschulstrukturellen Entscheidungen des Landesgesetzgebers erleichtern.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover (Hg.): **Nachfrage nach Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt – Stand und Perspektiven. Untersuchungsbericht im Rahmen des Projektes „Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung in Sachsen-Anhalt"** (IES-Berichte 112.92), in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt, Hannover/Magdeburg 1992, 115 S.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/HoF Wittenberg (Hg.): **Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001, 83 S.

Das Thema wird in drei Perspektiven behandelt: Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen incl. Studienwünsche, Studienangebote und Berufsperspektiven für Ingenieurinnen und Ingenieure; Entwicklungen, mit denen es gelingen soll, die Ingenieurausbildung zu reformieren und dabei internationalen Entwicklungen aufzugreifen; Widersprüche, die sich derzeit in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen Mittel- und Osteuropas zeigen. Einerseits werden die in den 90er Jahren wiederbelebten Formen der Zusammenarbeit deutlich, andererseits die Gefahr, dass bei einer Veränderung der Förderschwerpunkte durch EU-Programme diese Entwicklung gefährdet ist. Der Band enthält u.a. folgende Beiträge: Der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt aus der Sicht der Ingenieurwissenschaften (Wolfgang Eichler); Der Ingenieurberuf als Studienwunsch (Irene Lischka); Kurzbericht zum Ingenieurbedarf in Sachsen-Anhalt (Katrin Budde); Langfristige Zusammenarbeit zwischen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Universitäten in Bulgarien (Lothar Mörl); Der Zusatzstudiengang Standort- und umweltgerechte Landwirtschaft in den Transformationsländern an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Thomas Bremer/Michael Grings).

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt (Hg.): **Studieren in Sachsen-Anhalt. Dokumentation zum Workshop vom 22./23. November 1999**, in Koop. m. HoF Wittenberg Magdeburg o.J. [2000?], 112 S. Volltext unter: http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t150.pdf

Folgende Beiträge sind von besonderem Interesse: „Interdisziplinäre Studiengänge als Chance für eine Karriere“ (Klaus-Erich Pollmann), „Ein Ingenieurstudium lohnt sich“ (Johanna Wanka), „Anforderungen an Bewerber in musikalisch-künstlerischen Bereichen“ (Georg Maas), „Aussichten im Lehrerberuf. LehrerInnen für die Zukunft“ (Hartmut Wenzel), „Internationale Studiengänge“ (Wolfgang Cornetz), „Studienberatung und Arbeitsamt“ (Helmut Lehmann), „Zusammenarbeit von Studienberatung und Arbeitsamt“ (Petra Kabisch), „Wann entscheidet sich in Sachsen-Anhalt wer und warum für ein Studium?“ (Irene Lischka), „Standorte und regionale Aspekte der Studienentscheidung“ (Andrä Wolter), „Zusammenarbeit von Studienberatung und Schule“ (Gerd Schüchner), „Studienberatung und berufsbildende Schulen“ (Joachim Söhner), „Schulpartnerschaften und Studienberatung“ (Thomas Johannes Degen).

Lischka, Irene: **Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten** (HoF-Arbeitsberichte 5'98), HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 1998, 43 S.

Anliegen des Gutachtens ist, Ursachen und Hintergründe für geringes Studierinteresse in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen und Hinweise sowie Empfehlungen zu geben, ob und in welcher Weise eine stärkere Inanspruchnahme der Studienmöglichkeiten erzielt werden kann.

Lischka, Irene: **Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 104 S.

Die veränderte Nachfrage nach Hochschulbildung in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern, wird pauschal häufig mit der veränderten Arbeitsmarktsituation begründet. Mit den Untersuchungen, insbesondere einer Befragung von Gymnasiasten aus Regionen unterschiedlicher Arbeitsmarktlage innerhalb des Bundeslandes mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland, wurden entsprechende Annahmen detailliert hinterfragt. Sie ergaben ein sehr differenziertes Bild der Zusammenhänge zwischen Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund, dass den Weg zum Abitur im Prinzip bereits nur solche Schüler wählen, deren Eltern im Ergebnis der Umstrukturierung in einer guten beruflich-sozialen Situation sind.

Lischka, Irene: **Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt – Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 2’06), unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, Wittenberg 2006, 52 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2006.pdf

Wie wirkt sich der starke Rückgang der Geburten- und damit der Schülerzahlen in den kommenden Jahren auf die Nachfrage nach Hochschulbildung aus? Wird allein dadurch, dass der Anteil der Studienberechtigten an den einzelnen Altersjahrgängen und auch der Anteil der ein Studium aufnehmenden Studienberechtigten weiter ständig steigt, die Anzahl der StudienanfängerInnen bzw. Studierenden etwa gleichbleiben? Oder wie könnten sich die anstehenden steigenden Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern, die Einführung von Studiengebühren und Auswahlverfahren, die Einführung gestufter Studiengänge in Kontext mit wissenschaftlicher Weiterbildung darauf auswirken? Modellrechnungen nach unterschiedlichen Szenarien zeigen mögliche Entwicklungen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt und daraus resultierende Erfordernisse.

Schmid, Sarah/Justus Henke/Peer Pasternack: **Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 1’13), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 77 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/ dateien/ab_1_2013.pdf

Der Report ermittelt erstmals für Sachsen-Anhalt hochschul- und fächergruppenspezifische Studienerfolgsquoten. Hierfür wird ein entsprechendes Berechnungsmodell entwickelt und angewandt. Daneben werden studienabbruchrelevante Problemlagen der Studierenden sowie abbruchgefährdete Studierendengruppen identifiziert und die Ursachen der Abbrüche an den Hochschulen eingegrenzt. Deutlich wird: Die Hochschulen Sachsen-Anhalts vermochten es, einen Zuwachs an Studierenden innerhalb von zehn Jahren um fast 50 % zu bewältigen. Die studienberechtigten Schulabsolventen Sachsen-Anhalts – vor allem solche mit Fachhochschulreife – konnten gut in das Hochschulsystem überführt werden. Das starke Anwachsen der Hochschulbildungsbeteiligung konnte bisher bewältigt werden, ohne dass Studienabbrüche deutlich zunahmen. Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsen-Anhalts entsprechen über vier Jahre gemittelt 92 % des Bundeswertes. Für die Zukunft wird es aufgrund des demografischen Wandels zudem darum gehen, sowohl die Öffnung der Hochschulen voranzutreiben und damit eine zunehmende

Heterogenität der Studierendenschaft zu verarbeiten als auch die damit erhöhten Abbruchrisiken nicht in ein Anwachsen der Studienabbruchzahlen münden zu lassen.

Trautwein, Peggy: **Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts** (HoF-Arbeitsbericht 1'2015), unt. Mitarb. v. Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 116 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-15-1.pdf

Ermittelt wird der Stand der Heterogenität Studierender an den Hochschulen in Sachsen- Anhalt. Hierfür wurden zwei Online-Befragungen durchgeführt, die eine erhebbare Auswahl der Dimensionen studienrelevanter Heterogenität abbilden. Damit wurde eine Informationsgrundlage geschaffen, die bei der Identifizierung von Handlungsbedarfen in Studium und Lehre zur Orientierung dienen kann. Ausgehend von den demografischen Entwicklungen mit dem Rückgang der studienanfängerrelevanten Altersjahrgänge wird es zukünftig darum gehen, sowohl die Öffnung der Hochschule voranzutreiben als auch der daran gebundenen zunehmenden Heterogenität der Studierenden konstruktiv zu begegnen, um damit gepaarte erhöhte Abbruchrisiken nicht in eine Steigerung der Studienabbruchzahlen münden zu lassen.

Verbundprojekt Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre „HET LSA" (Hg.): **Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt**, Magdeburg 2015, 137 S. Volltext unter http://www.het-lsa.de/hetlsa_media/Studium_fuer_alle.pdf

Das Verbundprojekt „Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre" (HET LSA) hat zum Ziel, die Studienbedingungen für eine heterogenere Studierendenschaft zu optimieren. Die Teilprojekte und Maßnahmen der Verbundhochschulen betreffen sowohl Lehr-Lern-Prozesse als auch die Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen und technische Lösungen. Nach drei Jahren können zahlreiche Einzelprojekte an den Hochschulen vorgestellt werden.

Winter, Martin: **PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2007, 58 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2007.pdf

Im Kontext der Bologna-Studienstrukturreform) wird auch die universitäre Lehrerausbildung reformiert. In Sachsen-Anhalt wurde die Lehrerausbildung (für die allgemeinbildenden Schulen) auf die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg konzentriert; in einer Zielvereinbarung von 2005 einigten sich Land und Universität darauf, das Studium zu modularisieren, aber nicht zu stufen und damit – gegen den bundesweiten Trend – beim Staatsexamen als Abschluss zu bleiben.

Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellungsfragen

Kahlert, Heike/Anke Burkhardt/Ramona Myrrhe: **Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2008, 119 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2008.pdf

Der Bericht gibt Auskunft über das Meinungsbild und Wissen der Hochschulleitungen zu Stand und Perspektiven von Gender Mainstreaming an ihren Hochschulen. Ziel war zugrunde liegenden Erhebung war zu ermitteln, ob und wie die mit den Zielvereinbarungen 2003 bis 2005 eingegangene Verpflichtung der Hochschulen zur Entwicklung eigener Gender-Mainstreaming-Konzepte umgesetzt wurde, welche Erfahrungen man vor Ort dabei gesammelt hat und ob Beratungsbedarf besteht.

Moes, Johannes: **Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung in Sachsen-Anhalt. Studie der HIS GmbH im Auftrag des WZW** (WZW-Arbeitsberichte 3/2011), Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 49 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/WZW_Arbeitsberichte_3_2011.pdf

In der Studie der HIS GmbH im Auftrag des WZW von 2011 wird der Status Quo der Nachwuchsförderung in Sachsen-Anhalt exemplarisch u.a. an der Graduiertenakademie in Halle und der Graduate School in Magdeburg analysiert. Das Ziel ist, die Möglichkeiten zur Optimierung und Neugestaltung der Wissenschaftlichen Nachwuchsförderung in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen. Zunächst gibt Moes dabei einen Überblick über die Diskussionen um die Reform der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung und fasst statistisches Wissen über Promotionen und Promovierende zusammen. Im weiteren behandelt Moes das neue Steuerungsmodell im Blick auf die Nachwuchsförderung: Zielvereinbarungen, leistungsorientierte Mittelverteilung, sowie die rechtlichen Regeln des Landeshochschul- und des Graduiertenförderungsgesetzes. Exemplarisch werden die Promotionsordnungen verschiedener Fakultäten der MLU verglichen. Im weiteren werden strukturierte Promotionsformen an den Universitäten, die Nachwuchsförderung an Fachhochschulen sowie in der außeruniversitären Forschung untersucht. Im abschließenden Kapitel geht Moes auf die Vorteile einer Interessensvertretung der Promovierenden ein.

Schlegel, Uta/Anke Burkhardt: **Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn. Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsberichte 4'07), Institut für Hochschulforschung Wittenberg, Wittenberg 2007. 47 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2007.pdf

Anknüpfend an eine 2004 abgeschlossene wissenschaftliche Begleitung zweier Landesprogramme zur Förderung der Berufungsfähigkeit von Frauen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt wurde untersucht, wie sich die anschließenden wissenschaftlichen Berufspfade der Stipendiatinnen entwickelt haben. Das Hauptergebnis ist: Die Förderprogramme haben für die anschließenden Berufsverläufe einen kräftigen und sehr nachhaltigen Qualifikations- und Motivationsschub initiiert und verstetigt. Das gilt auch dann, wenn die Stipendiatinnen ihr definiertes Ziel innerhalb der Förderphase nicht vollständig umsetzen konnten. Dafür spricht, dass die Stipendiatinnen in diesem Fall weiter die Dissertation bzw. Habilitationsarbeit vorangetrieben bzw. inzwischen abgeschlossen haben.

Schlegel, Uta/Anke Burkhardt: **Frauenkarrieren und -barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 156 S.
Nach der ersten Förderperiode 1997 – 2000 (Wiedereinstiegsstipendien, Habilitationsförderung) beauftragte das Kultusministerium Sachsen-Anhalt die wissenschaftliche Begleitung der Programme zur Förderung der Berufungsfähigkeit von Frauen an Universitäten und Fachhochschulen. Die Auswertung von Interviews und die Diskussion auf dem im Bericht dokumentierten Bilanzworkshop weisen beide Programme – trotz der selbstredend beschränkten Zahl der Stipendiatinnen und der begrenzten Reichweite struktureller Effekte – als erfolgreich aus. Abschließend bemüht sich der Bericht um Schlussfolgerungen für künftige Geschlechtergleichstellungsprogramme an Hochschulen. Der Entwurf für diese 30 Schlussfolgerungen war den TeilnehmerInnen vor dem Bilanzworkshop vorgelegt worden.

Schuster, Robert: **Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens** (HoF-Arbeitsberichte 5/2009), Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2009, 80 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2009.pdf

Analysiert wird die Gleichstellungsarbeit der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in vergleichender Perspektive. Ausgehend von den gängigen Theorien, welche die Unterrepräsentanz von Frauen im Wissenschaftssystem im allgemeinen sowie in akademischen Spitzenpositionen im besonderen erklären, wurden die Frauenanteile bei Promotionen, Habilitationen und Professuren im mitteldeutschen Ländervergleich analysiert, der Stand der Gleichstellungsbemühungen anhand der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Fortschreibungen des CEWS-Rankings ausgewertet und die Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbeauftragten untersucht. Schließlich sei auch die Etablierung und Institutionalisierung von Frauenforschung ein wichtiges Indiz für den Fortschritt bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages. Daher wurde auch der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Frauenforschung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen etablieren konnte.

Trautwein, Peggy: **Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts** (HoF-Arbeitsbericht 3'2015), unt. Mitarb. v. Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle-Wittenberg 2015, 44 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-2015-3.pdf

Der Bericht beleuchtet einerseits veränderte Anforderungen an Hochschullehrende, diesbezügliche Weiterbildungsangebote und das Weiterbildungsverhalten Hochschullehrender. Andererseits wird die Struktur des Lehrpersonals an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt nach Personalkategorien und Alter ermittelt. Ziel dieser doppelten Darstellung ist es, aufzuzeigen, wie in Sachsen-Anhalt aktuell und künftig potenzielle Weiterbildungsnachfragende verteilt sind bzw. sein werden, um entsprechende Konzepte entwickeln zu können.

Zimmermann, Karin: **Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2013, 40 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf

Die Bestandsaufnahme bezieht sich auf die Gleichstellungsaktivitäten und Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts. Es geht dabei im einzelnen um die Institutionalisierung der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und auf das Aufgabenspektrum der Gleichstellungsbeauftragten, ihre zeitlichen Budgets und materielle Ressourcen der Hochschule zur Wahrnehmung der Gleichstellungsaufgabe, die aktuellen Maßnahmen und Projekte zur Gleichstellung von Frauen und Männern und die Frage, wo – aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten – die Zukunftsaufgaben der Hochschulen liegen und wo die wichtigsten Zukunftsaufgaben der im Land zuständigen politischen Akteure und Ressorts liegen sollten.

Hochschulen und Region

Gillessen, Jens/Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 3'13), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 124 S.; Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Regionale Entwicklungsbeiträge der Geistes- und Sozialwissenschaften lassen sich zwar nur schwer quantifizieren. Daraus folgt jedoch nicht, dass sie unbedeutsam wären. Die Studie zielt darauf ab, sie exemplarisch am konkreten Fall Sachsen-Anhalts sichtbar zu machen. In einer sozialwissenschaftlichen Außenperspektive auf die Geistes- und Sozialwissenschaften werden deren gegenwärtige Ausstattung und Strukturen, spezifische Wertschöpfungsbeiträge und demografische Effekte in Augenschein genommen. Diejenigen regionalen Entwicklungsbeiträge, die sich nicht unmittelbar quantifizieren lassen, werden qualitativ beschrieben und in ihrer Bedeutsamkeit begründet. Dabei handelt es sich in erster Linie um Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, zur Pflege des kulturellen Erbes und zur Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Innenperspektive wird dazu das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der beteiligten Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt.

Pasternack, Peer (Hg.): **Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellen in sozioökonomischer Hinsicht die leistungsstärkste Großregion Ostdeutschlands dar. Gemeinsam bezeichnen sich die drei Länder als „Region Mitteldeutschland" und untermauern dies durch diverse länderüber-

greifende Kooperationen. Zusammen haben sie neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2019 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch in den mitteldeutschen Ländern eine fragmentierte. Während sich einige Leistungsinseln herausbilden und stabilisieren, überwiegt gleichzeitig die Anzahl der Problemzonen. Die in diesem Band versammelten Studien fragen danach, welchen Beitrag die Hochschulen leisten können, um die soziale und ökonomische Entwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu stabilisieren: Welches Entwicklungsniveau wurde im Vergleich zur Ausgangslage und zu den westdeutschen Bundesländern erreicht? Wie haben es die mitteldeutschen Hochschulen vermocht, ihre Strukturen zu konsolidieren? Wie platzieren sie sich in den allgemeinen Hochschulreformentwicklungen? Mit welchen Veränderungen wird auf die demografischen, bildungswettbewerblichen und budgetären Herausforderungen reagiert? Welche Beiträge leisten die mitteldeutschen Hochschulen, um zur Entwicklung ihrer Regionen beizutragen, die durch niedrige Fertilität, negative Wanderungsbilanz, klein- und mittelbetrieblich dominierte Wirtschaftsstrukturen sowie Produktivitätsrückstände und Innovationsschwächen bei fragmentierten Entwicklungen gekennzeichnet sind? Welche regionsstabilisierende Rolle können und sollten die Hochschulen künftig spielen?

Pasternack, Peer (Hg.): **Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 572 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Jenseits-der-Metropolen.pdf

Eingangs geht es um die Wissenspotenziale der Nichtmetropolen, d.h. vor allem: um die Hochschulen als Chance der Peripherie. Anschließend folgen zwei Kapitel Tiefensondierungen: zur Erschließung regionaler Forschungs- und Kooperationspotenziale sowie regionaler Bildungspotenziale. Wollte man die Analyseergebnisse auf einen Nenner bringen, ließe sich sagen: Die ortsansässigen Hochschulen sind das stärkste Verödungshemmnis in demografisch herausgeforderten und entwicklungsgeschwächten Regionen, und sie sind das wirksamste Instrument zur regional spezifischen Dämpfung des demografischen Wandels. Hochschulen, die nicht allein die überregionale, vorzugsweise internationale Bedeutsamkeit ihrer Aktivitäten im Auge haben, können durch ergänzendes regionales Engagement eine Stabilität gewinnen, die ihnen Ressourcenzufluss sichern und u.U. überlebensrelevant werden kann. Wenn nicht nur schlichte Anwesenheitseffekte – Konsumwirkungen der Studierenden, Steuerzahlungen der Hochschulmitarbeiter/innen u. dgl. – angeführt werden können, sondern auch Aktivitätseffekte, lassen sich die hochschulischen Ausstattungsbedürfnisse auch gegenüber hochschulfernen Gesprächspartnern, etwa in der Politik, deutlich überzeugender vertreten.

Pasternack, Peer (Hg.): **Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg**, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Pasternack_ LSA_Studien.pdf

33 Studien zur Wissensregion Sachsen-Anhalt – die möchte man nicht unbedingt alle lesen. Aber vielleicht die wichtigsten Ergebnisse. Daher sind diese nun zusammengefasst worden, jeweils auf drei Seiten, dazu Handlungsoptionen, die sich ableiten lassen. Für das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) ist Sachsen-Anhalt vor allem ein ‚interessanter Fall'. Seit seiner Gründung 1996 widmet das Institut daher seinem Sitzland eine spezielle Aufmerksamkeit. Die Überschriften der fünf Hauptkapitel markieren zugleich die Breite der realisierten Forschungen: „Stadtentwicklungspotenziale", „Forschungspotenziale", „Bildungspotenziale", „Organisations- und Steuerungspotenziale" sowie „Zeitgeschichte als Ressource".

Pasternack, Peer/Thomas Erdmenger**: Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt** (WZW-Arbeitsberichte 2/2011), WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 133 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf

Der demografische Wandel fällt regional unterschiedlich aus. Um ihm angemessen zu begegnen, sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Zu diesen zählen in besonderem Maße die Hochschulen. Eines der am stärksten von demografischen Veränderungen betroffenen Bundesländer ist Sachsen-Anhalt. Der gleichzeitige Abschied von transfergetriebener Entwicklung (Rückführung von Finanztransfers und Sonderfinanzierungsmodalitäten) spitzt die Lage weiter zu. Allerdings sind diese Entwicklungen als sachsen-anhaltische (und ostdeutsche) Sondersituation unangemessen beschrieben. Vielmehr wird Schrumpfung in den nächsten Jahrzehnten auch in ganz Deutschland aktiv gestaltet werden müssen. Handlungserfordernisse bestehen im Hochschulsektor zum einen in den zentralen Leistungsbereichen der Lehre und Forschung, zum anderen hinsichtlich ihrer sogenannten Third Mission, also gesellschaftlichen Aktivitäten und Wirkungen. Die Studie stellt die Probleme dar und präsentiert Handlungsoptionen, wie ihnen begegnet werden kann. Letztere können Geltung auch über Sachsen-Anhalt hinaus beanspruchen.

Forschung an Hochschulen

Bomke, Heidrun/Friederike Heinzel: **Einblicke Bd. 1: Frauenforschung in Sachsen-Anhalt. Erste Dokumentation 1997**, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997, 167 S.

Frauenforschung werde, so die Autorinnen, noch immer höchstens als Randgebiet soziologischer Untersuchungen genutzt. Die Studie soll einen Überblick zur Entwicklung von Frauenforschung in Sachsen-Anhalt geben und ermöglichen, auf entsprechende Spuren im Forschungs- und Lehrprozess zu verweisen, derzeitige Ansätze zu bündeln, zu vernetzen und auszubauen.

Bomke, Heidrun: **Einblicke Bd. 2: Erste Tagung zur Frauenforschung in Sachsen-Anhalt am 17./18.4.1997. Dokumentation**, bearb. v. Friederike Heinzel, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Leitstelle für Frauenpolitik des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg o.J. [1998?], 193 S.

Der Tagungsband enthält Beiträge von Forscherinnen und Forschern, die sich und ihre Projekte während der ersten Tagung zur Frauenforschung in Sachsen-Anhalt präsentierten. U.a. sind folgende im hiesigen Kontext interessierende Artikel abgedruckt: „Auf dem Weg – Frauuenforschung in Sachsen-Anhalt" (Friedlinde Bachmann), „Forschung von und über Frauen in der DDR. Methoden, Inhalte, Probleme der Institutionalisierung und Rezeption" (Hannelore Schulz), „Forschung über Frauen in der Sozial- und Arbeits-

medizin. Kontinuität und Wandel eines Forschungbereiches“ (Liselotte Hinze), „Auf dem ernsten Gebiet der Kunst ernst arbeiten. Zur Frauenausbildung im künstlerischen Beruf“ (Ulrike Krenzlin), „Ina will helfen. Geschlechtsrollenstereotypisierungen in den Schulbüchern der DDR für die Unterstufe“ (Ute Geiling/Friederike Heinzel), „Zur Arbeit der Interdisziplinären Gesellschaft für psychosomatische Gynäkologie und Geburtshilfe seit ihren Anfängen in der DDR“ (Carmen Presch).

Gillessen, Jens/Peer Pasternack: **Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 3’13), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 124 S.; Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf

Regionale Entwicklungsbeiträge der Geistes- und Sozialwissenschaften lassen sich zwar nur schwer quantifizieren. Daraus folgt jedoch nicht, dass sie unbedeutsam wären. Die Studie zielt darauf ab, sie exemplarisch am konkreten Fall Sachsen-Anhalts sichtbar zu machen. In einer sozialwissenschaftlichen Außenperspektive auf die Geistes- und Sozialwissenschaften werden deren gegenwärtige Ausstattung und Strukturen, spezifische Wertschöpfungsbeiträge und demografische Effekte in Augenschein genommen. Diejenigen regionalen Entwicklungsbeiträge, die sich nicht unmittelbar quantifizieren lassen, werden qualitativ beschrieben und in ihrer Bedeutsamkeit begründet. Dabei handelt es sich in erster Linie um Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, zur Pflege des kulturellen Erbes und zur Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. In einer ergänzenden geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Innenperspektive wird dazu das geschichtlich gewachsene – und gegenüber Nützlichkeitsimperativen traditionell skeptische – Selbstverständnis der beteiligten Fächergruppen auf mögliche regionale Relevanzen hin befragt.

Köhler, Benjamin/Isabell Maue/Peer Pasternack: **Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014, 84 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/01_Demografie_FLK-LSA_DINA5.pdf

Eines der wichtigsten endogenen Potenziale Sachsen-Anhalts zur Bewältigung der aus dem demografischen Wandel resultierenden Herausforderungen stellt die im Lande ansässige Wissenschaft dar. Diese Bedeutung ergibt sich aus einem einfachen Umstand: Von außen wird die notwendige Expertise nicht im erforderlichen Umfang zu bekommen sein, da der Außenblick auf Sachsen-Anhalt immer nur so etwas wie einen ‚interessanten Fall‘ entdeckt – also einen, der sporadisch, aber nicht dauerhaft Interesse zu wecken vermag. Daher arbeitet seit 2010 die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“, bis 2013 beim WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg, seit 2014 am Interdisziplinären Zentrum Altern Halle (IZAH). Sie war im Bemühen entstanden, einen misslichen Umstand einigermaßen auszugleichen: Sachsen-Anhalt ist zwar – neben Mecklenburg-Vorpommern – das am stärksten vom demografischen Wandel betroffene Land, doch verfügt es – anders als etwa Mecklenburg-Vorpommern – über kein für das Thema einschlägiges Forschungsinstitut.

Pasternack, Peer/Ursula Rabe-Kleberg: **Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme** (HoF-Arbeitsbericht 1/2008). Unter Mitarbeit von Daniel Hechler. Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2008, 81 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2008.pdf

Sachsen-Anhalt hat eine Reihe drängender gesellschaftlicher Probleme zu lösen, und es wird dafür aufgrund verschiedener Umstände in den nächsten Jahren voraussichtlich deutlich geringere öffentliche Mittel zur Verfügung haben. Lösungen der Probleme werden daher in bedeutendem Maße von der Erschließung endogener Ressourcen abhängen, deren wichtigste die einheimische Wohnbevölkerung darstellt. Das Land wird also genötigt sein, einen beträchtlichen Teil der fehlenden materiellen Ressourcen durch besondere Qualität von Bildungs- und Qualifikationsprozessen zu kompensieren – sowohl um die allgemeine Wohlfahrt zu sichern als auch um die Demokratie in sämtlichen Regionen und sozialen Milieus zu stabilisieren. Ohne bildungspolitische Neuorientierungen, die sich von alten Konfliktlinien und Denkgewohnheiten befreien, wird das kaum möglich sein – und dazu wiederum ist bildungsforscherische Expertise unabdingbar. Vor diesem Hintergrund wird hier eine regionale Bestandsaufnahme des Forschungsfeldes vorgelegt. Es zeigt sich, dass die Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt im überregionalen Vergleich dicht vertreten ist, inhaltlich sämtliche Lebenslaufphasen abdeckt, eine beträchtliche Vielfalt an Fächerperspektiven integriert und gleichermaßen eine bedeutsame Rolle in überregionalen Fachkontexten spielt, wie sie sich auch heute bereits intensiv der wissenschaftlichen Aufklärung Sachsen-Anhalt-spezifischer Fragestellungen widmet.

Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (Hg.): **[exzellent]. Spitzenforschung in Sachsen-Anhalt**, o.O. [Wittenberg], o.J. [2008]. Volltext unter http://www.burg-halle.de/fileadmin/_wzw2/content/dateien/Broschuere/Broschuere_Gesamt.pdf

Erste Bilanz der Forschung im Rahmen von Schwerpunkten und Zentren der Hochschulen und der mit ihnen kooperierenden Forschungseinrichtungen (seit 2004).

Industrieforschung, Technologietransfer und Innovationspolitik

BIO Mitteldeutschland (Hg.): **Biotechnologie. Bericht zur Umsetzung der Biotechnologie-Strategie des Landes Sachsen-Anhalt. Zwischenbilanz und Ausblick**, Halle/Saale 2005, 76 S.

Fischer, Joachim/Hans-Jürgen Weißbach: **Die Rolle der Forschung und Entwicklung im Transformationsprozeß und der Verlauf der Beschäftigung in den FuE-Abteilungen der großchemischen Industrie Sachsen-Anhalts 1989–1993** (Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung SAMF H. 1994-4), Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung SAMF, Gelsenkirchen 1994, 87 S.

Verbliebene Reste von FuE-Kapazitäten in Ostdeutschland sind im Wesentlichen in der chemischen und pharmazeutischen Industrie noch vorhanden. Die Autoren prüfen, inwiefern diese Kapazitäten eine Rolle im Prozess der Stabilisierung industrieller Beschäftigung spielen könnten. Sie kommen zu einer pessimistischen Einschätzung auf der Basis der These, dass sich FuE- und Produkti-

onsstandorte tendenziell großräumig entkoppeln. Dazu trügen insonderheit die von der Treuhandanstalt entwickelten Konsolidierungsstrategien bei, die sich an klassischen Zielvorstellungen eines hohen internen Verflechtungsgrades der Produktion orientierten – was bereits der chemischen Industrie in Ostdeutschland zum Verhängnis geworden sei.

Innovationsbeauftragter der Landesregierung Sachsen-Anhalt: **Bericht des Innovationsbeauftragten der Landesregierung über die Schwerpunkte der Innovationspolitik des Landes Sachsen-Anhalt 2002 bis 2006**, o.O. [Magdeburg?] o.J. [2007?], 25 S.

Ministerium für Wirtschaft und Technologie Sachsen-Anhalt (Hg.): **Technologieführer Sachsen-Anhalt 1996. Guide of Technologys Saxony-Anhalt**, Magdeburg 1996, 114 S.

Der Technologieführer gibt einen Überblick zu den allgemeinen und fachspezifischen Transfereinrichtungen, den wichtigsten Forschungseinrichtungen und den Hochschulen des Landes. Darüber hinaus sind die Kammern, Verbände sowie die Einrichtungen der Wirtschaftsförderung jeweils mit Arbeitsgebieten und der Charakterisierung des Leistungsangebots aufgeführt. Schließlich werden die für die Forschung und Entwicklung relevanten Förderprogramme dargestellt.

Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt: **Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2014-2020**, Magdeburg 2014, 51 S. Online unter http://www.mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Publikationen/RIS/Regionale_Innovationsstrategie_2014-2020_final.pdf

Im Kern gehe es darum, sich auf die Wirtschaftsbereiche und Themenfelder zu konzentrieren, mit denen die größte Strukturwirksamkeit erzielt werden kann, ein attraktives Umfeld zu schaffen, das Innovationen in ihrer ganzen Breite ermöglicht, und sich auf Aktivitäten und Maßnahmen – Leitvorhaben – zu verständigen, mit denen die strategischen Ziele umgesetzt werden können. Als neue Qualität der Umsetzung dieser Strategie als ein offener Prozess wird bezeichnet, dass Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik dauerhaft einbezogen werden.

Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg tti (Hg.): **Technologieführer 1997 Sachsen-Anhalt**, Magdeburg o.J. [1997?], 112 S.

Die Publikation stellt Technologieinstitutionen anhand einer Einteilung in allgemeine und fachspezifische Transfereinrichtungen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Kammern und Verbände vor. Besondere Abschnitte gehen auf wirtschaftsfördernde Einrichtungen und technologierelevante Förderprogramme ein.

Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (Hg.): **Forschung für die Regionale Wirtschaft. Bericht des Kompetenznetzwerks für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT) 2009** (Schriftenreihe des WZW Nr. 03), Lutherstadt Wittenberg 2010, 66 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/WZW_Reihe_Nr3.pdf

Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten und Ergebnisse des KAT im Jahr 2009. Die Hochschulen des KAT-Netzwerkes pflegten mit über 400 vorwiegend regionalen Unternehmen und Einrichtungen Forschungskontakte über gemeinsame Projekte, studentische Arbeiten, Netzwerkarbeit, Beratungen etc. Davon konnten im Bericht (Anlage 1) nur die wichtigsten mit einem größeren finanziellen Volumen dargestellt werden.

Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (Hg.): **Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt 2010. Ergebnispapier** (Schriftenreihe des WZW Nr. 01), Lutherstadt Wittenberg 2010, 23 S. Volltext unter digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/download/pdf/1901474?originalFilename=true

Ziel des Papiers ist, die Leistungsfähigkeit der Zusammenarbeitsformen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einzuschätzen. Im Fokus der Analyse stehen ausgewählte Technologiegebiete. Es werden Potenziale für weitere Verbesserungen und Anpassungen an die Entwicklung und Anforderungen identifiziert und daraus Schlussfolgerungen abgeleitet.

Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Lutherstadt Wittenberg (Hg.): **Forschung für die Regionale Wirtschaft. Bericht des Kompetenznetzwerks für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT) 2008. Hochschule Anhalt (FH), Hochschule Harz (FH), Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Hochschule Merseburg** (Schriftenreihe des WZW Nr. 02), Lutherstadt Wittenberg o.J. [2008], 39 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr2 .pdf

Informiert wird über die Technologietransferleistungen der Hochschule Anhalt (FH), der Hochschule Harz (FH), Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Im Weiteren werden die Marktaktivitäten zur Erschließung der Transferpotenziale benannt, dabei auch Maßnahmen zur Motivation der Hochschulmitarbeiter zur Beteiligung an Transferaktivitäten und Marketingaktivitäten zum Aufbau von Kooperationen mit der Wirtschaft. Diese werden durch zahlreiche Transferbeispiele, u.a. aus der Medizintechnik, dem Tourismus und der Ernährungsgüterwirtschaft, verdeutlicht. Abschließend wird auf wissenschaftliche Weiterbildungsmöglichkeiten in Kooperation mit KAT sowie kooperative Promotionen und Veröffentlichungen hingewiesen.

Wissenschaftsinfrastrukturen

Anger, Yvonne/Oliver Gebhardt/Karsten König/Peer Pasternack: **Das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) im Schnittpunkt von Anspruchsgruppen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit** (Schriftenreihe des WZW Bd. 5), Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2010, 111 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle. de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr5.pdf

Fünf Jahre nach seiner Gründung ist das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) institutionell konsolidiert und kann eine strategische Arrondierung seines Leistungsprofils, seiner Außenkontakte und -darstellung in Angriff nehmen. Im Rahmen der Studie wurden die Anspruchsgruppen des WZW und deren Interessenlagen analysiert sowie funktional ähnliche intermediäre Einrichtungen in anderen Bundesländern vergleichend betrachtet. Im Ergebnis entstanden drei auf verschiedene inhaltliche Ziele des WZW und differenzierte Ressourcenausstattungen abgestimmte Szenarien zur Weiterentwicklung des WZW als intermediäre Einrichtung des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt.

Henning, Marie-Christine/Julia Sturm (Hg.): **Probleme der Bestandserhaltung in wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Sachsen-Anhalt. Beiträge zu einem Symposium der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle, veranstaltet am 24.11.1998** (Schriften zum Bibliotheks- und Büchereiwesen in Sachsen-Anhalt Heft 78), Halle (Saale) 1999, 81 S.

Die Erhaltung gefährdeter Bestände gehört zu den wichtigsten aktuellen Aufgaben aller Bibliotheken. Die Referenten der Tagung befassten sich in ihren Vorträgen mit den verschiedenen technischen Möglichkeiten, gefährdete Bestände zu schützen und zu erhalten. Das Symposium mit den für Bestandspflege und Bestandserhaltung beauftragten Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Bibliotheken war ein erster Schritt, Bedarf und Möglichkeiten in einem landesweiten Konzept zur Bestandserhaltung zu bündeln.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Hochschulbibliotheken des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001**, 166 S. Volltext unter http://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/content/titleinfo/1485916

Mit diesem Überblick zu den einzelnen Bibliotheken, ihren besonderen Beständen und Aufgaben soll allen derzeitigen und zukünftigen Nutzern das besondere Spektrum dieser Einrichtungen aufgezeigt werden. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem folgende Beiträge: „Die Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle (Saale)“ (Heiner Schnelling), „Die Aufgaben der Universitätsbibliothek in ihrer gleichzeitigen Funktion als Landesbibliothek für Sachsen-Anhalt“, „Der Zentralkatalog Sachsen-Anhalt“ (Dieter Laßke), „Die Abteilung Regionalbibliographie an der Universitäts-und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt“ (Bernd Wiese), „Die denkmalpflegerische Restaurierung der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle (Saale)“ (Walter Müller), „Die Zweigbibliothek Rechtswissenschaft im neuen Juridicum“ (Karl-Ernst Wehnert), „Ein neues Haus für die Musik und eine neue Musikbibliothek in Halle“ (Dorothea Sommer), „Das Sondersammelgebiet ‚Vorderer Orient einschl. Nordafrika' an der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt“ (Lutz Wiederhold), „Kostbarkeiten aus den Sondersammlungen der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt“ (Marie-Christine Henning), „Projekte an der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt“, „Die Universitätsbibliothek Magdeburg“ (Ekkehard Oehmig), „Die bauliche Entwicklung der Universitätsbibliothek Magdeburg seit 1990“ (Ekkehard Oehmig), „Projekte an der Universitätsbibliothek Magdeburg“, „Die Hochschulbibliothek der Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design in Halle“ (Judith Schenkluhn), „Die Hochschulbibliothek der Hochschule Anhalt“ (Siegfried Schlenter), „Die Hochschulbibliothek der Hochschule Harz“ (Sonja Peters), „Die Hochschulbibliothek der Hochschule Magdeburg – Stendal“ (Manuela Langenhan), „Die Hochschulbibliothek der Fachhochschule Merseburg“ (Klaus Krug), „Die Hochschulbibliothek der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben“ (Sybille Heitmann), „Die Hochschulbibliothek der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik in Halle“ (Maren Kettmann), „Die Hochschulbibliothek der Theologischen Hochschule Friedensau“ (Ralph Köhler), „Die Bibliothek der Franckeschen Stiftungen in Halle“ (Brigitte Klosterberg), „Bibliothekarische Links: Bibliotheken außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt“.

Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Bauen in Sachsen-Anhalt. Hochschuleinrichtungen**, o.O. [Magdeburg] 2005, 35 S. Volltext unter http://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/content/titleinfo/29231

Einblicke in den Hochschulbau in Sachsen-Anhalt seit der deutschen Vereinigung.

2. Orte und Einrichtungen

Halle-Wittenberg

Bartl, Walter: **Ost-West-Unterschiede bei der Studien- und Hochschulwahl. Ergebnisse der Studienanfängerbefragung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) im Wintersemester 2008/09** (Der Hallesche Graureiher Nr. 1/2009), unt. Mitarb. v. Christoph Korb, Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2009, 48 S. Volltext unter http://www2.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0901.pdf

Der Hochschulpakt 2020 geht von der demografisch fundierten Prognose aus, dass in den ostdeutschen Bundesländern ab dem Jahr 2008 Überhänge bei den Studienplatzkapazitäten entstehen, während in den westdeutschen Ländern gleichzeitig ein Nachfrageüberhang zu verzeichnen seien. Dadurch rücken Wanderungsbewegungen zwischen West und Ost ins Zentrum des Interesses. Ostdeutsche Hochschulen stünden vor der Herausforderung, Strategien zu entwickeln, mit denen es gelingt, sowohl westdeutsche Studienanfänger zu mobilisieren als auch ostdeutsche Studienbeginner in der Region zu halten. An der MLU wurde deshalb 2009 eine Studierendenbefragung durchgeführt, um Gründe der Studien- und Hochschulwahl sowie die Bedeutung einzelner studienbezogener Informationsquellen in Erfahrung zu bringen. Zudem sollten Erkenntnisse über die Bewertung der Studienbedingungen in Halle gewonnen werden. Von besonderem Interesse war dabei, ob die Gruppen der ostdeutschen und westdeutschen Studienanfänger/innen durch bedeutsame Unterschiede gekennzeichnet sind. Die Publikation präsentiert Ergebnisse dieser Befragung und zieht einige Schlussfolgerungen für die strategische Positionierung der Martin-Luther-Universität bzw. Halles als Hochschulstandort.

Berg, Gunnar (Hg.): **Bauten für die Wissenschaft. Bilanz für einen Universitätskanzler in Sachsen-Anhalt. Feierliche Verabschiedung des Kanzlers der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wolfgang Matschke, am 25. März 2002**, o.O. [Halle/Wittenberg] o.J. [2002?], 48 S.

Die 1990er Jahre waren für die Universität Halle-Wittenberg wesentlich durch eine Reihe von z.T. Aufsehen erregenden Baumaßnahmen geprägt. Die feierliche Verabschiedung des Universitätskanzlers diente als Anlass, eine Bilanz dieser Bautätigkeit zu ziehen. Die mit exzellenten Schwarz-weiß-Fotos illustrierte Publikation enthält Grußworte von Gunnar Berg, Wilfried Grecksch, Wolfgang Eichler, Reinhard Kreckel und Thomas A. H. Schöck sowie einen Festvortrag „Die Universität als Bauherr in Halle (Saale)“ von Friedrich Busmann.

Berg, Gunnar/Hans-Hermann Hartwich (Hg.): **Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle**, Leske + Budrich, Opladen 1994, 239 S.

Drei der in dem Band dokumentierten, im Laufe des Jahres 1994 an der MLU gehaltenen Vorträge beschäftigten sich mit der Zeit nach 1989: „Wiederaufbau und Umstrukturierung der Universität 1945 – 1949“ (Hermann-Josef Rupieper), „Die Martin-Luther-Universität im Staatssozialismus der DDR“ (Martin Luckner), „Der Beginn der 'Wende' an der Martin-Luther-Universität im Wintersemester 1989/90“ (Helmut Obst), „Die 'Wende' von 1989/90 aus der Sicht der Nicht-Etablierten“ (Johannes Mehlig), „Der Prozeß der Transformation 1990 - 1993 in der sozialwissenschaftlichen Analyse“ (Hans-Hermann Hartwich).

Burkhardt, Anke/Reinhard Kreckel/Peer Pasternack: **HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (HoF-Arbeitsbericht 1’06), HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2006, 107 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2006.pdf

Ende 2005 fand die zweite Evaluation der Institutstätigkeit statt. In Vorbereitung darauf entstand der hier vorgelegte (für die Veröffentlichung redaktionell überarbeitete und gekürzte) Ergebnisreport. Er resümiert die Arbeit und die Ergebnisse des Instituts von 2001 bis 2005 und formuliert die Planungen zur künftigen Entwicklung und Forschungsprogrammatik von HoF Wittenberg.

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. (Hg.): **Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina. Geschichte – Struktur – Aufgaben**, Halle (Saale) 2006, 38 S.

Diepenbrock, Wulf: **Je t’embrasse – Mit freundlichen Grüßen. Gedanken. Grußworte und Reden des 261. Rektors der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**, Universitätsverlag Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2010, 229 S.

Grußworte und Gelegenheitsreden von Amtsträgern bleiben aus guten Gründen meist ungedruckt, da sie eine Textsorte uneigentlichen Sprechens sind, bei dem die Person hinter die Rolle zurücktritt. Im Falle der hier versammelten Beiträge konkurrierte eine andere Einschätzung des Autors mit den Texten. Die Texte wurden zusammengestellt, nachdem der Autor von der Findungskommission nicht wieder als Rektorkandidat nominiert worden war, was den Haupttitel erklären mag.

Falkenhagen, Teresa: **Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (HoF-Arbeitsbericht 3’2008), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2008, 123 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2008.pdf

Im Zuge des Bologna-Prozesses ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein zentrales Anliegen der europäischen Universitäten im „Europäischen Hochschul- und Forschungsraum“. Neben der Interdisziplinarität werden die Bedeutung der Forschung und der Erhalt und die Verbesserung der Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung als zentrales Anliegen betont. Um diese Qualität einschätzen und, im Sinne von Bestandsaufnahmen und Verbesserungsansätzen, beurteilen zu können, ist es von großer Bedeutung, die Betroffenen selber zu befragen. Die vorliegende Studie hat diese Bewertung verschiedener Aspekte der Promotion zum Ziel gehabt. Neben allgemeinen Angaben zu den Probanden, deren Promotionsweisen und Motivationen, waren weitere wichtige Bereiche, wie die Betreuung, die Einbindung in das wissenschaftliche Umfeld und die Rahmenbedingungen der Promotion, Gegenstand der Untersuchungen.

Franz, Peter/Martin T.W. Rosenfeld/Diana Roth: **Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle** (Diskussionspapiere des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle Nr. 163), Halle 2002, 98 S., Volltext unter: http://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/content/titleinfo/1588086

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen stellt sich die Frage, ob Regionen mit wissens- und humankapitalgenerierenden Einrichtungen - wie sie Hochschulen und Forschungsinstitute darstellen - besondere Wachstumsvorteile aus diesem Standortmerkmal erzielen. Aus regionalökonomischer Perspektive bilden räumlich konzentrierte Forschungs- und Wissenstransfereinrichtungen in Verbindung mit Unternehmen, die deren Leistungen und Personal nachfragen, ein Potenzial für regionale Netzwerke, welche die Grundlage für Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen bilden können. Dieses Potenzial versuchen insbesondere jene Regionen zu aktivieren, die eine Phase intensiven Strukturwandels durchleben. Es jedoch bleibt unsicher, ob das von den Wissenschaftseinrichtungen eines Landes produzierte Wissen und die von ihnen ausgebildeten Absolventen auch primär dem Land zugutekommen, das diese Einrichtungen finanziert, da sowohl das Wissen und als auch die Absolventen mobil sind. Auf Grund mangelnder Erkenntnisse über die konkreten empirischen Zusammenhänge von Wissenschaft und Wirtschaft besteht häufig Unsicherheit bei den politischen Entscheidungsträgern, ob bisher eher zu wenig oder zu viel in die Wissenschaft investiert wurde, ob es sich eher in diesen oder in jenen Wissenschaftsbereichen zu investieren lohnt, oder ob stärker darauf abgestellt werden muss, Wissen und Humankapital von außen einzukaufen. In der Region Halle bündeln sich die Entwicklungsprobleme und -chancen des Landes Sachsen-Anhalt in besonderer Weise.

Friedrich, Klaus/Anne Rahmig: **Die Universität Halle als hochrangiger regionaler Wirtschaftsfaktor. Analyse der Nachfrageeffekte der Hochschule**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2013, 49 S. Volltext unter http://wcm s.uzi.uni-halle.de/download.php?down=28999&elem=2663231

Die MLU sei mit ihren Aufgaben in Forschung und Lehre sowie mit dem damit verbundenen Innovationstransfer ein maßgeblicher Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor in Sachsen-Anhalt. Bei einem jährlichen Landeszuschuss von rund 133,7 Mio. Euro (plus Medizin: 53,3 Mio. Euro) betrügen die durch die Universität ausgelösten Gesamtausgaben rund 506 Millionen Euro. Pro Jahr gebe es in der Hochschulregion laut Studie durch die Ausgaben der Universität Einkommenseffekte in Höhe von 278 Millionen Euro. Diese ergäben sich aus der Nachfrage nach Sach- und Dienstleistungen sowie den Konsumausgaben des Personals und der Studenten. Von der MLU hingen mehr als 8.100 Arbeitsplätze ab. Die Ausgaben der Studierenden stellten mittlerweile mit 212 Mio. Euro den größten Einzelposten unter den Gesamtausgaben der MLU dar. Sie entfalteten durch ihren überwiegenden Verbleib in Halle insbesondere für den lokalen Wohnungsmarkt eine außerordentlich wichtige Einkommens- und Arbeitsplatzwirkung und verringern dadurch nachhaltig den Wohnungsleerstand.

Glorius, Birgit/Andrea Schulz: **Die Martin-Luther-Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor** (Hallesche Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeographie Heft 1), Institut für Geographie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2002, 44 S.

Hartwich, Hans-Hermann (Hg.): **Universitätsjubiläum und Erneuerungsprozeß. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im dreihundertsten Jahr ihres Bestehens 1994**, Leske + Budrich, Opladen 1995, 191 S.

Während der 300-Jahr-Feiern der MLU, welche dabei insbesondere mit Straßenumzügen in schwarzen Umhängen reüssierte, waren auch Reden gehalten worden. Diese werden hier gesammelt vorgelegt: u.a. der Hg. zu den „Ideen der Reform in der Geschichte der Universität zu Halle und ihre gegenwärtige Bedeutung“ und Gunnar Berg über „Die Universität im Jubiläumsjahr 1994, eine Ortsbestimmung in der Gegenwart“. Außerdem denkt Hartwich über den „Zusammenhang von Universitätsjubiläum und Universitätserneuerung“ nach und sind Presseartikel über das Universitätsjubiläum dokumentiert.

Helsper, Werner /Maja S.Maier/Sabine Sandring (Hg.): **Perspektiven der Bildungsforschung. Festvorträge zum zwanzigjährigen Bestehen des Zentrums für Schul- und Bildungsforschung** (Hallesche Universitätsreden 9), Universitätsverlag Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2015, 60 S.; online unter www.universitaetsverlag-halle-wittenberg.de/media/upload/file/Kapitel_Vorworte/121-2_Inhalt.pdf

Hensling, Gudrun: **Halle (Saale). weinberg campus. Der erfolgreiche Wandel im Stadtteil Heide-Süd**, Technologie- und Gründerzentrum Halle, Halle (Saale) 2008, 80 S.

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau/Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung A.T.I. Sachsen-Anhalt Süd/Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung ATI Anhalt (Hg.): **Forschungs- und Entwicklungshandbuch für den Kammerbezirk der IHK Halle-Dessau**, Halle 1994, o.S.

Das Handbuch bietet Darstellungen zum Forschungsprofil und Leistungsangebot der Forschungs-, Entwicklungs- und Transfereinrichtungen, Informationen zur technischen Spezialausstattung und Daten für eine Kontaktaufnahme. Im ersten Teil sind die Fachhochschulen und Universitäten mit ihren Fachbereichen, Fakultäten und Instituten dargestellt. Es folgen die außeruniversitären Forschungsinstitute und Forschungs-GmbHs. Schließlich werden Industriebetriebe mit FuE-Leistungen, FuE-Dienstleistungsunternehmen und -Transfereinrichtungen präsentiert. Ein Register ordnet die Einrichtungen nach Produktions- und Dienstleistungsbereichen.

Initiative für eine Vereinigte Linke (Hg.): **Uni & Hochschule** (=Subbotnik in LA Nr. 54, November 1993), Halle/S. 1993, 43 S.

In den zehn Beiträgen zum thematischen Schwerpunkt des Heftes werden insbesondere Aspekte der Umgestaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg behandelt.

Kaasch, Michael/Joachim Kaasch (Red**.): Festliche Übergabe des Präsidentenamtes von Benno Parthier an Volker ter Meulen am 13. Februar im Freylinghausen-Saal der Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale)** (Nova Acta Leopoldina Neue Folge, Nr. 335, Bd. 89), Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale) 2003, 49 S.

Dokumentiert die Abschiedsrede des scheidenden Leopoldina-Präsidenten Benno Parthier sowie die Antrittsrede seines Nachfolgers Volker ter Meulen.

Köhler, Werner (Hg.): **Feierliche Übergabe des Präsidentenamtes von Heinz Bethge an Benno Parthier am 30. Juni 1990 im Goethe-Theater zu Bad Lauchstädt** (Nova acta leopoldina. Abhandlungen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Neue Folge Nummer 178, Band 65), Kommission Verlag Johann Ambrosius Barth Leipzig, Halle/S. 1990, 41 S.

Dokumentiert die auf der Festveranstaltung gehaltenen Ansprachen, u.a. die des scheidenden und des neuen Akademiepräsidenten sowie die Rede des DDR-Ministers für Forschung und Technologie, Frank Terpe.

Kreckel, Reinhard/Peer Pasternack (Hg.)**: Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001** (HoF-Arbeitsberichte 1'02), HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2002, 80 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2002.pdf

HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bestand im Dezember 2001 fünf Jahre. Es war hervorgegangen aus der früheren Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (1991-1996), welche wiederum im Zentralinstitut für Hochschulbildung der DDR wurzelte. Eine aus diesem Anlass durchgeführte externe Evaluation des Instituts war zu einem positiven Ergebnis gekommen. Der Ergebnisreport resümiert den Aufbau, die Arbeit und die Ergebnisse des Instituts von Dezember 1996 bis Dezember 2001. Er endet mit Darlegungen zur geplanten künftigen Entwicklung und Forschungsprogrammatik von HoF Wittenberg.

Kreckel, Reinhard/Peer Pasternack (Hg.): **10 Jahre HoF** (=die hochschule 1/2007), HoF Wittenberg, Wittenberg 2007, 201 S.

Bilanzierung der Arbeit des ersten Jahrzehnts des Instituts für Hochschulforschung (HoF).

Krüger, Heinz-Hermann/Sibylle Reinhardt/Ralf-Torsten Kramer/Gudrun Meister (Hg.): **Festschrift zum fünfjährigen Jubiläum des Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL)**, Zentrum für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung, Halle/S. 1999, 80 S.

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums des im Mai 1994 gegründeten Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung als eines der Interdisziplinären Wissenschaftlichen Zentren (IWZ) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde in verschiedenen Festreden Bilanz gezogen. Mit der Gründung dieses Zentrums und der Verknüpfung von Hochschulforschung und Lehrerbildung wollte man dem Sachverhalt Rechnung tragen, dass die universitäre Lehrerausbildung aus dem Zusammenwirken verschiedener Disziplinen (den Fachdidaktiken, Fach- und Erziehungswissenschaften) entsteht und daher in Forschung und Lehre einer Koordination bedarf. Die vorliegende Festschrift vereinigt u.a. die obligatorischen Grußworte und Festreden, daneben einen Text „Das ZSL stellt sich vor“ und den Beitrag „Die Zukunft der Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt“ (Gerd Harms).

Leucorea, Sektion Sprach- und Kulturwissenschaften (Hg.): **Zentrum für USA-Studien/Center for U.S. Studies** (Dokumentationen der Leucorea, Sektion Sprach- und Kulturwissenschaften H. 1), o.O. (Lutherstadt Wittenberg) 1996, 23 S.

Die Broschüre stellt das 1995 gegründete Zentrum mit Profil und Personal vor. Ein Beitrag von Direktor Hans-Jürgen Grabbe beschreibt „Entstehung und Perspektiven“ des Zentrums.

Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie (Hg.): **Jahresbericht 1.4.1992 bis 31.3.1994** (Der Hallesche Graureiher 94-2), Halle/S. 1994, 62 S.

Am 1.12.93 war das Institut offiziell eröffnet worden. Der Bericht spiegelt die Aufbauphase, anfangs „bar der notwendigsten Ressourcen..., z.B. mit einem äußerst störanfälligen Telefon und in einem 'Direktorensessel', an dem das Seitenteil fehlte“ (Institutsdirektor Heinz Sahner).

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hg.): **Festschrift zur Weihe der Sauerorgel in der Aula der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**, Halle/Saale 2007, 59 S.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hg.): **Forschung 1993. Projekte und Publikationen**, Halle/S. 1994, 187 S.

Dieser erste Forschungsbericht der MLU nach 1990 liefert Rechenschaft über einen Zeitraum, in dem sich der Umbau der Universität noch im vollen Gang befand. Es wurden nur solche Projekte bzw. Publikationen aufgenommen, die 1993 gefördert wurden bzw. tatsächlich erschienen.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hg.): **Investitur 11. Mai 1990**, o.O. (Halle/S.) o.J. [1990?], 27 S.

Die Broschüre dokumentiert die Rede des scheidenden Rektors Horst Zaschke und des am 11.4.1990 neugewählten Günther Schilling.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hg.): **Investitur 1. Februar 1993**, o.O. (Halle/S.) o.J. [1994?], 22 S.

Die Broschüre dokumentiert die während der Amtseinführung gehaltenen Ansprachen des Dekans der Theologischen Fakultät, Ernst-Joachim Waschke, des scheidenden Rektors Günther Schilling, des Landeswissenschaftsministers Rolf Frick und des neuen Rektors Gunnar Berg.

Mehlig, Johannes: **Wendezeiten. Die Strangulierung des Geistes an den Universitäten der DDR und dessen Erneuerung** (Hochschule und Gesellschaft), Bock + Herchen Verlag, Bad Honnef 1999, 465 S.

Die Publikation versteht sich als subjektive Darstellung des historischen Gegenstands „die Universitäten der DDR in der Vor- und Nachwendezeit“. Eine wesentliche Rolle spielen der Umbruch 1989 und 1990 an den ostdeutschen Hochschulen, namentlich der Martin-Luther-Universität, und dessen Auswirkungen in den darauffolgenden Jahren. Mehlig erlebte die von ihm beschriebene Zeit als Indologe an der Martin-Luther-Universität.

Merbach, Wolfgang/Lutz Wittenmayer (Hg.): **Festschrift zum Ehrenkolloquium für Herrn Professor Dr. agr. Habil. Günther Schilling anläßlich seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst im Theodor-Roemer-Hörsaal der Landwirtschaftlichen Fakultät in Halle an der Saale am 17. März 1998** (Beiträge aus der Hallenser Pflanzenernährungsforschung), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Bodenkunde und Pflanzenernährung, Halle/Saale o.J., 143 S.

Schilling ist Agrarwissenschaftler und war 1990-1993 Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Müller, Walter: **weinberg campus. zwischen gestern und heute. Teil 1**, hrsg. vom weinberg campus e.V., DVZ-Verlags-GmbH, Halle/Saale 2007, 36 S.

Müller, Walther/Heiner Schnelling (Hg.): **Die denkmalpflegerische Restaurierung des Hauptgebäudes der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle**, Fliegenkopf Verlag, Halle 2000, 88 S.

Am 22. Mai 2000 öffnete die Sonderausstellung „Die Universitäts- und Landesbibliothek nach der Restaurierung". Der Begleitband zur Ausstellung bietet zahlreiche Details zum Werden und Wachsen der vor 120 Jahren erbauten ULB. Mit folgenden Beiträgen: „Kurze Geschichte der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt" (Walter Müller), „Die Baugeschichte der Universitätsbibliothek und ihrer Vorgängerbauten" (Angela Dolgner), „Die Restaurierung des Hauptgebäudes der Universitäts- und Landesbibliothek in Halle" (Jörg Kowalski, Thomas Mahler), „Die künftige Entwicklung der Universitäts- und Landesbibliothek" (Heiner Schnelling), „Chronik zur Geschichte der Bibliothek" (Walter Müller), „Ausgewählte Literatur zur Geschichte der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle" (Walter Müller).

Noell, Matthias (Hg.): **Die Burg Giebichenstein in Halle, alphabetisch geordnet. Eine Hochschulenzyklopädie** (Schriftenreihe der Burg Giebichstein Kunsthochschule Halle Bd. 26), form+zweck, Berlin 2015, 544 S.

Die Hochschulenzyklopädie dokumentiert in insgesamt 825 Einträge von 82 Autoren die Geschichte der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, die aufgrund der alphabetischen Anordnung ohne stringente Erzählung und ohne Darstellung von Entwicklungssträngen auskommt. Dieser fragmentierten Berichterstattung liegt dennoch eine inhaltliche Struktur zugrunde: Um Balance und Vollständigkeit zu gewährleisten, wurden Beiträge entlang der folgenden Abteilungen akquiriert: Zeitabschnitte, Hochschule, Welt, Theorie und Praxis, Orte und Bauten, Objekte, Aktivitäten und Dokumentationen, Sonderbares, statistische Daten sowie Sonstiges.

Obst, Helmut/Paul Raabe: **Die Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale). Geschichte und Gegenwart**, fliegenkopf verlag, Halle (Saale) 2000, 260 S.

Olbertz, Jan H. (Hg.): **Erziehungswissenschaft, Traditionen, Themen, Perspektiven**, Leske + Budrich, Opladen 1997, 286 S.

Der Band sucht das aktuelle Spektrum erziehungswissenschaftlicher Forschung an der Martin-Luther-Universität in Halle/S. vorzustellen. U.a. liefert der Hg. einen kursorischen Überblick zu „Traditionen und Perspektiven der Pädagogik in Halle", wobei auch die Neugründung des FB Erziehungswissenschaften nach 1989 verhandelt werden. Gisela Heinzelmann und J. H. Olbertz widmen sich den „Senioren im Hörsaal – akademische Altenbildung am Beispiel des Seniorenkollegs" der MLU.

Pasternack, Peer (Hg.): **Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)** (HoF-Arbeitsbericht 4'12), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2012, 135 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2012 .pdf

HoF ist die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die kontinuierlich auch (zeit)historische Themen bearbeitet. Der 15. Jahrestag der Institutsgründung ist Anlass, diesen Aktivitätsstrang zu resümieren. Dazu wurden die 11.700 Druckseiten, die in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurden, auf etwas über 100 Seiten, d.h. rund ein Prozent, komprimiert: Die zentralen Ergebnisse der 42 realisierten Projekte werden auf jeweils drei Seiten zusammengefasst, sortiert in drei Kapiteln: „Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung seit 1945", „Fächer & Orte: Fallstudien", „DDR in Forschung und Lehre".

Pasternack, Peer: **HoF-Report 2006–2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg** (HoF-Arbeitsbericht 5'2011), unt. Mitarb. v. Anke Burkhardt u. Barbara Schnalzger, m. Exkursen v. Anke Burkhardt, Karsten König, Peer Pasternack und Manfred Stock, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Halle-Wittenberg 2011, 90 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_ 5_2011.pdf

Im Mittelpunkt des Reports stehen die 2006-2010 realisierten drei Forschungsprogramme: Föderalismus und Hochschulen; Nachwuchsförderung und wissenschaftliches Personal; Hochschulen in Ostdeutschland. Daneben werden die vier Kompetenzlinien des Instituts dargestellt: Hochschulbildung, Studienreform, Studierende; Governance, Qualitäts- und Organisationsentwicklung im Hochschulsektor; Gleichstellungsfragen und Gender-Politik im Hochschulsektor; Hochschulentwicklung in Sachsen-Anhalt. In sechs thematischen Exkursen werden zudem ausgewählte Ergebnisse der Forschungsarbeiten resümiert: Wandel der Hochschulbildung und gesellschaftliche Entwicklung seit 1950; Bologna-Reform; Akademisierung der Frühpädagogik; Nachwuchsförderung, Karriereverläufe und Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft; Hochschulgovernance; ostdeutsche Hochschulen im demografischen Wandel.

Pasternack, Peer: **Konsolidierte Neuaufstellung. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2011–2015** (HoF-Arbeitsbericht 1'2016), Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Halle-Wittenberg 2016, 124 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateie n/pdf/ab_1_2016.pdf

Der Report resümiert das vierte Jahrfünft des Instituts 2011 bis 2015. Im Mittelpunkt steht die vorangetriebene Profilierung des Forschungsprogramms: Wesentliche Teile der Arbeit kreisten um das Thema „Raumbezogene Fragen der Hochschul- und Bildungsentwicklung im demografischen Wandel". Damit wurde einerseits an frühere Themen angeknüpft, insbesondere an die Befassung mit der Systemtransformation und den Transformationsfolgen im ostdeutschen Wissenschaftssystem seit 1990 sowie die Analyse der Föderalismusreform-Auswirkungen auf die Hochschulen. Andererseits ist damit erstmals ein langfristiges Leitthema des HoF-

Forschungsprogramms etabliert worden. Zugleich gelang es, angestammte Kompetenzschwerpunkte weiter zu pflegen: Nachwuchsförderung, wissenschaftliches Personal incl. Gleichstellungsfragen; Hochschulbildung, Studienreform und Studierende; Hochschulgovernance, Qualitäts- und Organisationsentwicklung; bildungsbezogene Zeitgeschichte sowie Hochschule und Bildung in Sachsen-Anhalt. Zu all diesen Themen wurden 62 Projekte bearbeitet, davon 52 Drittmittelprojekte, finanziert von 22 Mittelgebern, sowie 22 Workshops und Tagungen durchgeführt. Die Erträge an Forschungs- und Transferwissen konnten u.a. in 15 Monografien und 16 Herausgeberbänden, 41 Forschungsberichten und acht veröffentlichten Handreichungen dokumentiert werden.

Pasternack, Peer: **20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate**, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S. Online unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_20_J_HoF_Buch_ONLINE.pdf

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) war eine Gründung gegen mancherlei Wahrscheinlichkeiten. Warum und wie es dennoch 1996 zu dieser Gründung kam und auf welcher Vorgeschichte sie aufbaute, verdient, erzählt zu werden, ebenso wie die 20 Jahre seither. Diese halten reichlich Stoff für eine exemplarische Erzählung bereit: wie sich ein ‚Ost-Institut' als ein gesamtdeutsches zu konsolidieren vermochte, welche Neuerfindungen seiner selbst es dabei zu bewerkstelligen hatte, wie sich Forschung jenseits der Bindung an eine Einzeldisziplin organisieren lässt, auf welche Weise sich ein Institut auf sein Sitzland einlassen kann, ohne darüber zum Regionalinstitut zu werden, und wie sich bei all dem externe und interne Turbulenzen produktiv wenden lassen.

Pasternack, Peer/Tim Hutschenreuter (Red.): **HoF-Lieferungen. Die Buchpublikationen des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)**, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 88 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/01_hof_buecher_katalog_2013.pdf

Die Forschungsarbeit des Instituts für Hochschulforschung spiegelt sich vor allem in den daraus entstehenden Publikationen wider. Unter diesen wiederum ragen die Monografien, Sammelbände, Themenhefte der Institutszeitschrift „die hochschule" und Online-Dokumentationen heraus: Sie sind die wesentlichen geronnenen Ergebnisse der häufig mehrjährigen Projekte. Die Broschüre stellt die seit 1997 erschienenen Veröffentlichungen, inhaltlich gegliedert, vor. Die Kapitel: Raumbezüge der Hochschulentwicklung – Ostdeutsche Hochschulen – Hochschulen und demografischer Wandel; Governance, Steuerung und Organisation von Hochschulen; Wissenschaftlicher Nachwuchs – Hochschulpersonal – Gleichstellung im Hochschulbereich; Hochschulbildung, Studienreform, Studierende; Internationalisierung & internationale Hochschulentwicklungen; Zeitgeschichte von Hochschule und Bildung; Referenzraum Sachsen-Anhalt.

Pasternack, Peer/Axel Müller: **Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010"-Prozess**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 156 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle .de/dateien/ab_7_2005.pdf

Das Schlagwort Wissensgesellschaft wird typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert. Indessen lebt die Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung in ländlichen und klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Das verweist auf ein wissensgesellschaftliches Gestaltungsproblem: das Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Wie lassen sich geografische Randlagen in wissensgesellschaftliche Entwicklungen einbinden? In welcher Weise partizipieren periphere Orte an der rasanten Verbreiterung von Qualifikationserfordernissen, Bildungsbedürfnissen und Verwissenschaftlichungstendenzen? Wie ist zu verhindern, dass es zum biografischen Makel gerät, außerhalb großstädtischer Milieus aufgewachsen, sozialisiert worden und zur Schule gegangen zu sein? Welche Vermarktungschancen haben kleinere Orte für ihre spezifischen Bildungsangebote, seien es solche in der beruflichen Qualifizierung oder kulturtouristische Attraktionen? Diese Fragen werden hier am Beispiel Wittenbergs – einst Sitz einer berühmten Universität – exemplarisch verhandelt. Es wird untersucht, welche Potenziale Wittenberg hat und gegebenenfalls entwickeln könnte, um sich künftig explizit als Bildungsstandort zu profilieren. Dabei wird von dreierlei ausgegangen: Bildung und Bildungsangebote sollen zum ersten Teilhabechancen und Lebensqualität der ansässigen Wohnbevölkerung steigern, zum zweiten die Stadt überregional attraktivieren und zum dritten wirtschaftliche Effekte erzeugen. Dieser Betrachtung entsprechend werden konkrete Handlungsoptionen für Wittenberg entwickelt. Sie zielen darauf, (a) Ideen für den Ausbau von Studium, Forschung und Wissenschaftsservice zu bewerten bzw. zu formulieren, (b) Anregungen für eine nachhaltige Aktivierung der Wittenberger Bürgerschaft zu geben und (c) Überlegungen anzustellen, wie der vorhandene Bildungstourismus gestärkt und mit neuen Impulsen versehen werden könnte.

Pieplow, Sylvia: **Vom IBP zum IPB. 50 Jahre Pflanzenbiochemie in Halle**, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie, Halle 2008, 90 S.

Raabe, Paul: **In Franckes Fußstapfen. Aufbaujahre in Halle an der Saale**, Arche Verlag, Zürich/Hamburg 2002, 309 S.

Die Franckeschen Stiftungen, vor über dreihundert Jahren von dem Pietisten und Pädagogen August Hermann Francke (1663-1727) gegründet und zu einer einzigartigen sozialen und pädagogischen Anstalt für Waisenkinder ausgebaut, gelten heute als einer der herausragendsten kulturellen Schätze in den neuen Bundesländern. Dass dieses heute wieder so ist – das einzigartige barocke Ensemble war in der DDR dem Verfall preisgegeben – verdankt sich vor allem Paul Raabe – bis zu seiner Pensionierung Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel –, der 1992 Direktor dieser Stiftungen wurde. Inzwischen wird die Erhaltung der Franckeschen Stiftungen als Baudenkmal von der UNESCO gefördert, die theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität ist in einigen Stiftungsgebäuden heimisch geworden ebenso wie zwei Grundschulen, ein Gymnasium, eine Kindertagesstätte, das Canstein-Bibelzentrum, das Pietismusforschungszentrum und der FB Erziehungswissenschaften der Universität. Paul Raabes Erfahrungen beim Wiederaufbau der Franckeschen Stiftungen, die Widerstände und enormen Schwierigkeiten, die kleinen Siege und Niederlagen sind hier zu einem Rechenschaftsbericht verarbeitet worden.

Rosenfeld, Martin T.W./Peter Franz/Diana Roth: **Was bringt die Wissenschaft für eine Region. Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschule und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle** (Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle Bd. 18), Nomos Verlag, Baden-Baden 2005, 208 S.

In neueren ökonomischen Theorien werde dem technischen Fortschritt und dem Humankapital ein entscheidender Einfluss auf das regionale Wachstum zugeschrieben. Diese Faktoren könnten unmittelbar durch die Leistungen öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen (Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute) beeinflusst werden (sog. Angebotseffekte von Wissenschaftseinrichtungen). Zusätzlich bewirkten Wissenschaftseinrichtungen auch Nachfrageeffekte. Die Studie untersucht die Angebots- und die Nachfrageeffekte am Beispiel der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle. Dabei stehen die Fragen im Mittelpunkt, welche Teilregionen von diesen Effekten profitieren, und in welchem Ausmaß die Unternehmen in Sachsen-Anhalt Wissenstransfers mit den Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle praktizieren.

Roth, Diana: **Die Wissenschaftseinrichtungen als Standortfaktor. Eine handlungsorientierte empirische Untersuchung über das Wissenstransferpotenzial in einer Region, dargestellt am Beispiel der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle** (IWH Sonderheft 4/2006), Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle 2006, 272 S.

Im Mittelpunkt steht der regionale Wissenstransfer zwischen den Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen. Da aber regionale Wissenstransfers nur eine mögliche Handlungsoption für die beteiligten Akteure sind, wird weiterhin untersucht, welche Gründe die Akteure hatten, diese Option zu wählen bzw. nicht zu wählen. Dargestellt werden die einzelnen Wissenstransferformen, deren Wirkungen und Bedingungen für erfolgreiche Wissenstransfers.

Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): **Die friedliche Revolution in Sachsen-Anhalt**, mdv Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2000, 213 S.

Im hiesigen Kontext interessieren die Beiträge „Die Tätigkeit der Initiativgruppe während der friedlichen Revolution an der Martin-Luther-Universität“ (Bruno Tauché) und „Der Runde Tisch am Bereich Medizin der Martin-Luther-Universität“ (Peter Hermann).

Schäfer, Rudolf (Hg.): **Burg Giebichenstein – Hochschule für Kunst und Design Halle**, Burg Giebichenstein, Halle 2002, 95 S. Mit CD-Rom: Die Burg im Detail. Katalog der Burg Giebichenstein – Hochschule für Kunst und Design.

Ein Band mit dem historischen Abriss des Werdegangs der Burg, mit einem Kaleidoskop verschiedener Bilder, alle Seiten studentischen Lernens, Arbeitens und Lebens berührend, mit einem den Bildteil durchlaufenden Text, der kontrapunktisch die Tiefe der dem kreativen Prozess notwendigen geistigen Auseinandersetzung transparent macht. Das Buch umschließt, einem Cover gleich, den Kern des Ganzen: eine CD-ROM. Dort stellen sich Lehrende mit ihren Lehrkonzepten und Studierende mit ihren Arbeiten vor.

Schultz, Andrea: **Die Universität als Wirtschaftsfaktor. Regionalwissenschaftliche Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie Wissenstransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**, Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2007, 112 S.

Stadt Halle (Saale), Dezernat Wirtschaft und Arbeit: **Wissenschaftsatlas Leipzig/Halle**, Halle/S. 2008, 16 S. Volltext unter http://www.halle.de/Veroeffentlichungen/wissenschaftsatlas_leipzig_halle_2008.pdf

Stief, Johann (Hg.): **Neu Werk 6. Konzepte zum Umbau der Villa Neuwerk 6 zu einer Hochschulbibliothek der HKD Halle. Semesterdokumentation Wintersemester 2001/2002**, Hochschule für Kunst und Design Halle Burg Giebichenstein, Halle 2002, 87 S.

Thome, Helmut: **Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Halle. Ergebnisse einer Befragung von Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1994/95 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (Der Hallesche Graureiher Nr. 96–7), Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1996, 80 S. + Anh.

In Halle wurde die alljährliche Studienanfängerbefragung des Hochschul-Informations-System HIS Hannover aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen HIS und dem örtlichen Institut für Soziologie als Vollerhebung durchgeführt. Die Studie geht insbesondere auf folgende Schwerpunkte ein: Regionale und soziale Herkunft der Studierenden, Geschlechterproportionen bei Studierberechtigung und Studierneigung, Wohnsituation und Finanzierung des Studiums, Wahl der Universität und aktuelle Situationsbeurteilung, Motive zur Wahl des Studienfaches und politische Einstellungen.

Ulrich, F. Eckhard: **ich habe aufgegeben dieses land zu lieben. Gedichte**, Fliegenkopf Verlag, Halle/S. 1993, 81 S.

Der Autor, Prof. für Innere Medizin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hatte in der DDR für die Schublade Gedichte geschrieben, war nach 1989 in den Verdacht einer Inoffiziellen Mitarbeiterschaft für das MfS geraten, hatte einen Ausweg aus den daraufhin einsetzenden Angriffen im Freitod 1992 gesucht und war danach von dem IM-Vorwurf entlastet worden: In einer schwierigen Situation sei er Anfang der 70er Jahre zum Schein auf erpresserische Forderungen des MfS eingegangen, habe sich gleichwohl sofort in der Klinik dekonspiriert, woraufhin er zum Beobachtungsobjekt des MfS geworden sei. Diese Umstände verschafften dem Gedichtbändchen - Arbeiten aus den Jahren 1960 bis 1987 enthaltend - herausgehobene öffentliche Aufmerksamkeit. Der Band enthält einen Nachruf von Friedrich Schorlemmer: „An einer vergifteten Atmosphäre gestorben“.

Wenzel, Klaus-Peter: **Die Wiedergeburt der Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale). Ergebnis einer west-/ostdeutschen Gemeinschaftsarbeit 1992–2000**, Cornelius Projekte-Verlag, Halle 2012, 119 S.

Im hiesigen Kontext interessiert die Beschreibung der Wiederaufbauphase nach 1990.

Ziegler, Hansvolker: **Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung. Der Fall der „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neunen Bundesländern" (KSPW). Bericht eines engagierten Beobachters (discussion papers)**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 2005, 84 S.

Die Publikation rekonstruiert die kurze Geschichte „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neunen Bundesländern" (KSPW), die ihren Sitz in Halle hatte. Der Autor war daran als verantwortlicher Referatsleiter im Bundesministerium für Forschung und Technologie beteiligt.

Zierold, Steffen: **Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren** (HoF-Arbeitsbericht 1'2012), Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2012, 63 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien /ab_ 1_2012.pdf

Der generelle gesellschaftliche Wandel von der Industriegesellschaft zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft ist in den ostdeutschen Städten mit deindustrialisierenden Transformationsfolgen und einem zugespitzt verlaufenden demografischen Wandel verbunden. Daraus ergeben sich umfassende Anpassungserfordernisse. Dazu zählt die Neuausrichtung der Kommunen, die den Umstrukturierungsprozess gestalten und dabei neue Wege gehen müssen. Hierbei wird in zahlreichen Städten die aktive Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft als eine Möglichkeit betrachtet, produktiv mit den sich überlagernden Wandlungsprozessen umzugehen. Zugleich sind damit die Hochschulen angesprochen als diejenigen Institutionen, die wesentliche Voraussetzungen für kultur- und kreativwirtschaftlichen Entwicklungen bereitstellen. Die Studie analysiert dies an Beispielen in den Städten Halle (Saale) und Erfurt: Inwieweit ist administrative kommunale Planung in der Lage, Bedingungen zu schaffen, um Kultur- und Kreativwirtschaft zu entwickeln und zu fördern?

Magdeburg

Dippelhofer-Stiem, Barbara/Jörg Jopp-Nakath: **Nach dem Magisterexamen: Einmündung in den neuen Lebensabschnitt und Ertrag des Studiums. Eine Befragung von Absolventinnen und Absolventen des Magisterstudiengangs der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg** (Arbeitsbericht Nr. 41), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg 2006, 44 S. Volltext unter http://www.uni-magdeburg.de/isoz/publikationen/download/41.pdf

Die Studie stützt sich auf die Angaben und Stellungnahmen von Absolventinnen und Absolventen des Magisterstudiengangs der Otto von Guericke-Universität Magdeburg, die zwischen 1995 und 2006 das Examen erfolgreich abgelegt haben. Zum einen wird der Übergang in den neuen Lebensabschnitt ergründet, mitsamt den darauf wirkenden Einflüssen. Zum anderen werden die Universität und das Studium im retrospektiven Lichte beleuchtet. In die Befragung einbezogen waren – bei einer Rücklaufquote von 32 Prozent – 135 Personen. 40 Prozent haben die Magisterarbeit im Hauptfach Pädagogik geschrieben, weitere 40 Prozent in einem sozialwissenschaftlichen Fach (Soziologie, Sportwissenschaft, Politikwissenschaft). Ein Fünftel rekrutiert sich aus den sechs Bereichen der Geisteswissenschaften.

Dippelhofer-Stiem, Barbara/Jörg Jopp-Nakath: **Lehrveranstaltungen im Urteil von Studierenden. Ein empirischer Beitrag zur Qualitätsmessung** (Arbeitsbericht Nr. 7), Institut für Soziologie Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Magdeburg 2001, 146 S. Volltext unter http://www.isoz.ovgu.de/isoz_media/downloads/arbeitsberichte/07.pdf

In die Untersuchung von 2000/01 waren die Hörerinnen und Hörer aus fünf stark frequentierten Vorlesungen und Seminaren des Grundstudiums einbezogen. Insgesamt haben sich 358 Personen an der Umfrage beteiligt. Sie nahmen Stellung zu den Rahmenbedingungen des Lehrens, zur fachlichen und didaktischen Kompetenz der jeweiligen Dozierenden. Sie gaben aber auch Auskunft zur eigenen sozialen Situation, schilderten ihre studienbezogenen Vorstellungen, Orientierungen und Handlungsbereitschaften.

Dippelhofer-Stiem, Barbara/Jörg Jopp-Nakath: **Wie familienfreundlich ist die Universität? Empirische Befunde aus einer Befragung von Beschäftigten und Studierenden der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg** (Arbeitsbericht Nr. 55), Institut für Soziologie, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Magdeburg 2009, 81 S. Volltext unter http:// www.isoz.ovgu.de/isoz_media/downloads/arbeitsberichte/55.pdf

Anlass und Motivation der Studie war, dass in jüngster Zeit an vielen Hochschulen ein verstärktes Bemühen eingesetzt hat, die Bedingungen und Strukturen vor Ort familienfreundlicher zu gestalten. Auch die OVGU habe sich diesen Initiativen angeschlossen und könne erste Erfolge vorweisen, etwa mit der Verleihung des Grundzertifikats des Audits „familiengerechte hochschule". Bestandteil der bisherigen Aktivitäten ist zudem eine empirisch begründete Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation. Der Bericht stützt sich auf zwei Erhebungen von 2007 und 2008. Ergänzend werden deutschlandweite Repräsentativdaten aus dem 10. Studierendensurvey einbezogen.

Dippelhofer-Stiem, Barbara/Till Krenz: **Motive, Informationsquellen und Determinanten der Wahl des Studienorts. Befunde aus einer Befragung von Neuimmatrikulierten an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg im WS 2011/12** (Arbeitsbericht Nr. 61), Institut für Soziologie, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Magdeburg 2012, 58 S. Volltext unter http://www.isoz.ovgu.de/isoz_media/downloads/arbeitsbrich te/61int.pdf

Die Studie widmet sich den Motiven und Informationsquellen sowie den Determinaten der Wahl des Studienorts. Die empirischen Befunde ergeben ein Porträt der befragten Neuimmatrikulierten der Otto-von-Guerike Universität. Abschließend werden die Befunde analysiert und Empfehlungen formuliert.

Gansel, Benjamin/Matthias G. Raith/Helge M. Wilker: **Die Hochschule als regionaler Impulsgeber für Unternehmensgründungen. Eine empirische Untersuchung des Technologietransfers der Universität Magdeburg 1990 bis 2004** (Working Paper No. 21), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Magdeburg 2005. 23 S.

Untersuchet werden die Unternehmensgründungen aus der Hochschule als Indikator für Wachstumsstärke. Anhand der Daten des GEM Länderberichts Deutschland für das Jahr 2004 wird zunächst gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit für einen Hochschulabsolventen, ein potenziell wachstumsstarkes Unternehmen zu gründen, fast doppelt so hoch ist wie für jemanden ohne Hochschulabschluss. Da Gründungen aus der Hochschule häufig im Umfeld der Hochschule angesiedelt sind, ist ein sichtbarer Effekt auf die Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes zu erwarten. Als Beispiel wird der Technologietransfer der Universität Magdeburg in Form von Neugründungen von 1990 bis 2004 untersucht. Von besonderem Interesse ist der Einfluss von Infrastruktur- und Ausbildungsmaßnahmen auf die Quantität und Qualität von Unternehmensgründungen. Die Analyse ergibt, dass wachstumsstarke Gründungen eine entsprechende Infrastruktur erforderten, aber nicht nachhaltig dadurch generiert werden könnten. Nachhaltigkeit erfordere vielmehr eine auf Gelegenheiten ausgerichtete Gründerunterstützung in Form von Ausbildung und Begleitung.

Jahn, Heidrun: **Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1998, 40 S.

Ziel des Modellversuches war es, Studienangebote an Fachhochschulen zu erproben, die sich durch einen besonderen Praxisbezug in dreijähriger dualer Ausbildung auszeichnen und zu nachgefragten Qualifikationen – dokumentiert in dem alternativen Fachhochschulabschluss Diplom (BA für Berufsakademie) – führen. Es sollen duale Studiengänge sein, die inhaltliche und methodisch-organisatorische Möglichkeiten für eine enge Verbindung der beiden Lernorte Hochschule und Betrieb eröffnen.

Jahn, Heidrun: **Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 35 S.

Ein besonderer Anspruch dualer Studiengangentwicklung, dessen Umsetzung im Modellversuch an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg erprobt wird, ist der Erwerb berufsrelevanter Qualifikationen durch die Studierenden im Zusammenwirken von Hochschule und Betrieb. Der Report thematisiert drei miteinander verbundene Schwerpunkte für die Gestaltung des Qualifikationserwerbs in dualen Studiengängen: die Motive von Studierenden und Betrieben für die Teilnahme an diesen Studiengängen und Bedingungen ihrer Förderung; gemeinsame und spezifische Qualifizierungs- und Sozialisationsleistungen der Studienorte ‚Hochschule' und ‚Betrieb' und curriculare Verbindungen zwischen dem Studium an der Hochschule und der Ausbildung im Betrieb. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die curriculare Abstimmung zwischen den Akteuren in Hochschule und Betrieb ein zentrales Problem bei der Gestaltung des dualen Qualifikationserwerbs ist und weisen auf Möglichkeiten für die Verbesserung der Zusammenarbeit hin.

Jahn, Heidrun: **Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001, 58 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2001.pdf

Der Report beschreibt die Einschätzungen der verschiedenen Akteure bezogen auf die Studiengangziele, den Grad ihrer Realisierung und auf weitere zentrale Aspekte der Studienkonzeption. Er zeigt auf, wie sich der Modellversuch in den allgemeinen Kontext der Etablierung dualer und gestufter Studiengänge einordnet und weshalb die Übernahme der erprobten Studiengänge in das Regelangebot der beteiligten Fachhochschulen zu befürworten ist.

Marotzki, Winfried (Hg.): **Wieviel Pluralismus braucht der Mensch? Eine Hochschule sucht ihre Identität**, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1993, 266 S.

Unter dem Titel dieses Sammelbandes fand im April 1992 ein Kolloquium für Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschulen statt, um eine Auseinandersetzung mit dem eigenen wissenschaftlichen Erbe anzuregen. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Zur Geschichte der Pädagogischen Hochschule Magdeburg" (Hans Otto Gericke/Mathias Tullner), „Zur Chronologie der Abwicklung von Teilbereichen der Pädagogischen Hochschule Magdeburg" (Wolfgang Ortlepp), „'Ungehörige Träume'? - Frauen an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg" (Heidrun Bomke), „Das vereinigte Europa und die Sprachenvielfalt aus der Sicht des Sprachenzentrums der Pädagogischen Hochschule Magdeburg" (Helfried Illge), „Wider die Gewissheiten des Gewohnten. Anmerkungen zur Weiterentwicklung der kultur-historischen Tradition in der Ausbildung von SonderpädagogInnen in Magdeburg" (Manfred Jödecke), „Was mich bewegt" (Ingeborg Brückner), „Psychologie der Erneuerung" (Renate Topel), „Pluralität – Ein vor der Wende nicht gekannter Begriff in der mathematischen Fachausbildung künftiger Grundschullehrer" (Richard Hoffrichter), „Musikkultur an der Lehrerbildungseinrichtung in Magdeburg" und „Konsonanz – Dissonanz. Emanzipation der Dissonanz in der Musik" (beide Sigrid Hansen). Im Anhang befinden sich einerseits das Ausbildungs- und Forschungsprofil der Pädagogischen Hochschule Magdeburg vom Juli 1992 und andererseits Lehrprogramme für die Ausbildung von Diplomlehrern der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen im Fach Pädagogik, Studienanleitungen und Studienführer aus den 80er Jahren.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, der Rektor (Hg.): **Berufungen an unserer Universität** (Uni-Report-Personalia H. 1), Magdeburg 1994, 16 S.

Das Sonderheft stellt die zwischen 3. Oktober 1993 und 30. September 1994 an die Magdeburger Universität berufenen HochschullehrerInnen vor.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Medizinische Fakultät, der Dekan (Hg:): **Universitätsklinikum Magdeburg aktuell. Sonderausgabe 2004. 50 Jahre Hochschulmedizin in Magdeburg**, Magdeburg 2004, 20 S. Volltext unter

http://www.med.uni-magdeburg.de/unimagdeburg_mm/Downloads/Informationsmaterial/uniklinikum_aktuell_2004_sonderausgabe-p-30002.pdf

Zunächst wird ein Rückblick auf die Hoschulmedizin in Magdeburg bis 1993 gegeben, anschließend auf die Entwicklung zur Medizinischen Fakultät eingegangnen. Abschließend ein Überblick über die bauliche Entwicklung der Medizinischen Fakultät Magdeburg.

Pollmann, Klaus Erich (Hg.): **Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Festschrift**, mdv Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2003, 208 S.

Nach 1989 waren drei Magdeburger Hochschulen die Basis für die 1993 gegründete Otto-von-Guericke-Universität. Aus Anlass des doppelten Jubiläums – 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg und zehnjähriges Bestehen der Otto-von-Guericke-Universität – vereint die vorliegende Festschrift zahlreiche, zumeist aus persönlicher Erfahrung gespeiste Beiträge. Die Jahre nach 1989 behandeln folgende Beiträge: „Bemerkungen zur Entwicklung der Technischen Universität ‚Otto von Guericke' im Zeitraum 1990 – 1993" (Jürgen Dassow), „Die Gründung einer Fakultät. Absichten, Probleme und Ergebnisse des Aufbauprozesses der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften" (Erhard Forndran), „Die Neugründung der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg" (Alois Wenig), „Ausschnitt aus der Konzilrede am 30. April 1998" (Harald Böttger), „Die Otto-von-Guericke-Universität seit 1993" (Klaus Erich Pollmann), „Die bauliche Entwicklung der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg" (Wolfgang Lehnecke), „Die bauliche Entwicklung der Medizinischen Fakultät" (Veronika Rätzel), „10 Jahre vertragliche Zusammenarbeit mit der Niigata University, Japan" (Lutz Wisweh), „22 Jahre vertragliche Hochschulkooperation mit der Universidad Central ‚Marta Abreu' de Las Villas Santa Clara, Kuba" (Lutz Wisweh), „Die Kooperation mit der Universität Mumbai (Bombay)" (Bernd-Peter Lange). Im Anhang befinden sich diverse Dokumente und Aufstellungen, u.a. „Die Bedeutung der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg für Sachsen-Anhalt in den nächsten beiden Jahrzehnten" und „Chronik 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg".

Puhle, Matthias (Hg.): **Guerickes Erben. 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg – 10 Jahre Otto-von-Guericke-Universität. Begleitheft zur Ausstellung „Guerickes Erben. 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg - 10 Jahre Otto-von-Guericke-Universität" im Kulturhistorischen Museum Magdeburg vom 15.06. bis 31.10.2003** (Magdeburger Museumshefte Bd. 19), Magdeburg 2003, 159 S.

Der Band dokumentiert detailliert die Entwicklung des Hochschulstandorts Magdeburg. Es wird die Geschichte von den Anfängen in der Nachkriegszeit über den Ausbau der drei selbständigen Hochschulen – Hochschule für Schwermaschinenbau zur Technischen Hochschule und schließlich zur Technischen Universität, Medizinische Akademie von einer bloß klinischen Ausbildungsstätte zur vollen Fakultät, Institut für Lehrerbildung zur Pädagogischen Hochschule – ausführlich nachgezeichnet. Die Technische Hochschule entwickelte sich mit engem Bezug zum Schwermaschinenbaukombinat der Stadt. Der Zusammenbruch des Kombinats machte dann einen umfassenden Strukturwandel der technischen Fakultäten notwendig. Aus der Medizinischen Fakultät hatte sich schon zu Beginn der achtziger Jahre ein renommiertes Akademieinstitut entwickelt, welches die Grundlage für den heutigen neurowissenschaftlichen Schwerpunkt bildete. 1993 waren die drei Hochschulen die Basis für die dann gegründete Otto-von-Guericke-Universität mit Ingenieurs- und Naturwissenschaften, Medizin, Wirtschafts-, Sozial-, und Geisteswissenschaften.

Rosner, Ulf/Joachim Weimann**: Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil 1: Direkte monetäre Effekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)** (Working Papers Nr. 12/2003), unt. Mitarb. v. Hagen Findeis und Harald Simons, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Magdeburg 2003, 112 S. Volltext unter http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t655.pdf

Ziel der Studie ist es, die ökonomischen Vorteile abzuschätzen, die dem Land Sachsen-Anhalt durch die Finanzierung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen entsteht. Dafür werden die direkten Effekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) untersucht.

Rosner, Ulf/Joachim Weimann: **Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil 2: Fiskalische, Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)** (Working Papers Nr. 19/2003), unt. Mitarb. v. Renate Bendel/Hagen Findeis/Harald Simons, Universität Magdeburg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Magdeburg 2003, 163 S. Volltext unter: http://econwpa.repec.org/eps/urb/papers/0402/0402001.pdf

Ziel der Studie ist es, die ökonomischen Vorteile abzuschätzen, die dem Land Sachsen-Anhalt durch die Finanzierung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen entstehen. Dafür werden die Umwegeffekte der Hochschulfinanzierung untersucht sowie die Resultate, welche durch die Ansiedlung von Forschungsinstituten entstehen, aufgeführt.

Rosner, Ulf: **Regionalökonomische Effekte von Hochschulen. Theorie, Meßkonzepte und Wirkungsweisen am Beispiel der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)**, docupoint Verlag, Magdeburg 2006. 304 S.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Ausgangslage des Landes wird auf Grundlage des Konzepts regionaler Invoationssystem analysiert, in welchem Umfang und auf welchen Wegen der Wissens- und Humankapitaltransfer durch die Hochschulen in der Region stattfindet. Im empirischen Teil wird am Beispiel der OVGU und der Hochschule Magdeburg-Stendal mit Hilfe einer regionalisierten Input-Output-Analyse gezeigt, dass die kurzfristigen Nachfrageeffekte aufgrund zusätzlicher monetärer Zuflüsse nach Sachsen-Anhalt deutlich größer seien als die Aufwendungen des Landes für den Unterhalt der Hochschulen. Die Mittelzuflüsse erhöhten die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt um ca. 2.000 Arbeitsplätze, zusätzlich zu den rund 1.700 direkt an den Hochschulen Beschäftigten. Ergänzend werden fiskalische Einnahmeeffekte der Hochschulen für den Landeshaushalt berechnet, die sich aus der Fähigkeit der Hochschule ergeben, Menschen in die Region zu ziehen bzw. in der Region zu halten. Die Ergebnisse geben Hinweise darauf, mit welchen Maßnahmen die regionalökonomische Wirksamkeit der Hochschulen verbessert werden kann.

Schenk, Michael/Gerhard Müller (Hg.): **20 Jahre Neugier. Eine Zeitreise durch zwanzig Jahre Arbeiten und Leben am Fraunhofer IFF. Festschrift anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Fraunhofer IFF**, Fraunhofer-Verlag, Stuttgart 2012, 247 S. Volltext unter http://publica.fraunhofer.de/documents/N-205170.html

Interviews mit ehemaligen Institutsleitern Fraunhofer-Instituts für Fabrikbetrieb und Automatisierung, u.a. mit dem Gründer Prof. Dr.-Ing. Eberhard Gottschalk. Im zweiten Teil Foto-Impressionen, Vorstellung von Projektarbeiten und Partnern des Fraunhofer-IFF. Auch auf die Nachwuchsförderung des Instituts wird eingegangen. Ein abschließender Zeitstrahl ermöglicht einen chronologischen Überblick über die Entwicklung des Fraunhofer IFF.

Witter, Barbara: **Die Bibliotheken der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Magdeburg. Vier wissenschaftliche OPLs im Vergleich** (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft H. 217), Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2008, 62 S. Volltext unter http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/hand reichungen/h217/h217.pdf

Porträtiert werden die Bibliotheken des Max-Planck-Instituts für Dynamik komplexer technischer Systeme, des Fraunhofer-Instituts für Fabrikbetrieb und -automatisierung, des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ (Standort Magdeburg) sowie des Leibniz-Instituts für Neurobiologie.

Sonstige Orte und Einrichtungen

Assenmacher, Marianne/Klaus Wehrt/Grit Leßmann: **Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen. Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH)** (Harzer Hochschultexte Nr. 7), Hochschule Harz, Wernigerode 2004, 251 S. Volltext unter https://www.hs-harz.de/dokumente/extern/ Presse/Publikation en/Harzer_Hochschultexte_7.pdf

Es werden kurzfristige Einkommens- und Beschäftigungseffekte und der Kapazitätseffekt der Hochschulausbildung für die regionale Wirtschaft analysiert. Dabei wird auch der Standorteffekt regionaler Bildungseinrichtungen generell sowie die Einbindung der Hochschulen in Netzwerke, im Besonderen deren Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft, berücksichtigt. Basierend darauf werden im Fazit Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Buck-Bechler, Gertraude: **Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 65 S.

Die Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Region unter dem Gesichtspunkt der wachsenden Bedeutung der Hochschulen als Standortfaktor für Städte und Regionen sind Gegenstand dieser Studie. Die theoretische Entwicklung des Problemfeldes wurde mit einer empirischen Pilotuntersuchung an einer sachsen-anhaltischen Fachhochschule verbunden. Schwerpunkte der empirischen Studien waren die Erschließung des Bildungspotenzials in der Region und die Unterstützung der Innovationsfähigkeit und -bereitschaft regionaler Unternehmen und Einrichtungen durch Leistungen der Fachhochschule.

Deutsches Fachwerkzentrum Quedlinburg (Hg.): **Deutsches Fachwerkzentrum Quedlinburg. 10 Jahre im Haus der NORD/LB Landesband für Sachsen-Anhalt**, Quedlinburg 2009, 48 S.

Das 2002 gegründete Deutsche Fachwerkzentrum Quedlinburg zielt darauf ab, forschungsbasiert Projekte im Bereich der ökologischen Sanierung und Bauforschung zu beraten, zu leiten und zu betreuen, Jugendliche an die Denkmalpflege heranzuführen, Workshops sowie Theorie- und Praxisseminare anzubieten.

Fachhochschule Merseburg, das Rektorat (Hg.): **Fachhochschule Merseburg 1992 bis 2002. Eine Festschrift anläßlich des zehnjährigen Bestehens**, Merseburg 2002, 185 S.

Zahlreiche Beiträge widmen sich einem Rückblick des Entwicklung der Fachhochschule im letzten Jahrzehnt und im speziellen den Gründungsphasen der sechs Fachbereiche.

Henke, Justus/Peer Pasternack/Sarah Schmid/Sebastian Schneider: **Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg, Institut für Hochschulforschung (HoF)**, Halle-Wittenberg 2016, 88 S. Volltext unter http:// www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2016.pdf

Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf die Third Mission eine besondere Hochschullandschaft: Die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen nehmen explizit Bezug auf die Third Mission. Die Hochschulen haben sich in ihren Hochschulentwicklungsplänen eigene Third-Mission-Ziele gesetzt. Und Sachsen-Anhalt gehört aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung zu den am meisten herausgeforderten Bundesländern, was die Erreichung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ angeht – entsprechend hoch sind auch die Erwartungen an die ansässigen Hochschulen, hierzu Beiträge zu leisten. Für zwei sachsen-anhaltische Hochschulen wird der Stand der Third Mission untersucht. Im Anschluss daran werden Wege entwickelt, wie sich die Third Mission besser in die Außenkommunikation der Hochschulen einbinden lässt.

Hochschule Harz, der Rektor (Hg.): **15 Jahre Hochschule Harz. Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH). Festschrift**, Hochschule Harz, Wernigerode 2008, 423 S.

Die Festschrift anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Hochscule Harz enthält zahlreiche Beiträge zu den verschiedenen Fachbereichen der Hochschule.

Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH), Rektorat (Hg.): **Hochschule Harz – Innovationsmotor der Region. Fachvorträge des wissenschaftlichen Kolloquiums im Rahmen der Jubiläumsfeier 10 Jahre Hochschule Harz** (Harzer Hochschultexte Nr. 2), Hochschule Harz, Wernigerode 2002, 135 S.

Hochschule Merseburg (FH) (Hg.): **50 Jahre Hochschule in Merseburg**, Merseburg 2004, 67 S.

Der Jahrestag rekurriert auf die Gründung der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg. Neben einem Beitrag zur Gründungsgeschichte ein Artikel von Hans-Joachim Steinbach über die Ausbildung in den ersten Jahren aus der Sicht eines Studenten und ein Beitrag über das Erlebte in den Anfangsjahren aus der Sicht des Hochschullehrers Hans-Joachim Bittrich. Zahlreiche weitere Beiträge sind verschieden Fachrichtungen der Hochschule gewidmet.

Hochschule Merseburg (Hg.): **60 Jahre Hochschulcampus Merseburg. 60 Jahre Forschung und Wissenstransfer**, Merseburg 2014, 176 S.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Ausführungen zur Technischen Hochschule „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg sowie zu deren Industrieverbindungen.

Hochschule Merseburg (Hg.): **Studieren. Forschen Leben. 20 Jahre Forschung an der Hochschule Merseburg**, Hochschule Merseburg, Merseburg 2012, 91 S.

Jahn, Heidrun: **Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches**, HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 1997, 22 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2001.pdf

Ziel des Modellversuches war es, Studienangebote an Fachhochschulen zu erproben, die sich durch einen besonderen Praxisbezug in dreijähriger dualer Ausbildung auszeichnen und zu nachgefragten Qualifikationen – dokumentiert in dem alternativen Fachhochschulabschluss Diplom (BA für Berufsakademie) – führen. Es sollen duale Studiengänge sein, die inhaltliche und methodisch-organisatorische Möglichkeiten für eine enge Verbindung der beiden Lernorte Hochschule und Betrieb eröffnen.

Jahn, Heidrun: **Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1998, 40 S.

Ziel des Modellversuches war es, Studienangebote an Fachhochschulen zu erproben, die sich durch einen besonderen Praxisbezug in dreijähriger dualer Ausbildung auszeichnen und zu nachgefragten Qualifikationen – dokumentiert in dem alternativen Fachhochschulabschluss Diplom (BA für Berufsakademie) – führen. Es sollen duale Studiengänge sein, die inhaltliche und methodisch-organisatorische Möglichkeiten für eine enge Verbindung der beiden Lernorte Hochschule und Betrieb eröffnen.

Jahn, Heidrun: **Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 35 S.

Ein besonderer Anspruch dualer Studiengangentwicklung, dessen Umsetzung im Modellversuch an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg erprobt wird, ist der Erwerb berufsrelevanter Qualifikationen durch die Studierenden im Zusammenwirken von Hochschule und Betrieb. Der Report thematisiert drei miteinander verbundene Schwerpunkte für die Gestaltung des Qualifikationserwerbs in dualen Studiengängen: die Motive von Studierenden und Betrieben für die Teilnahme an diesen Studiengängen und Bedingungen ihrer Förderung; gemeinsame und spezifische Qualifizierungs- und Sozialisationsleistungen der Studienorte ‚Hochschule‘ und ‚Betrieb‘ und curriculare Verbindungen zwischen dem Studium an der Hochschule und der Ausbildung im Betrieb. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die curriculare Abstimmung zwischen den Akteuren in Hochschule und Betrieb ein zentrales Problem bei der Gestaltung des dualen Qualifikationserwerbs ist und weisen auf Möglichkeiten für die Verbesserung der Zusammenarbeit hin.

Jahn, Heidrun: **Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2001, 58 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2001.pdf

Der Reprt beschreibt die Einschätzungen der verschiedenen Akteure bezogen auf die Studiengangziele, den Grad ihrer Realisierung und auf weitere zentrale Aspekte der Studienkonzeption. Er zeigt auf, wie sich der Modellversuch in den allgemeinen Kontext der Etablierung dualer und gestufter Studiengänge einordnet und weshalb die Übernahme der erprobten Studiengänge in das Regelangebot der beteiligten Fachhochschulen zu befürworten ist.

Klein, Otto: **Das Ende der Lehrerbildung am IfL Weißenfels. Ein Rückblick auf SED-Herrschaft, Wende und Nachwendezeit. Berichte – Dokumente – Erinnerungen**, Europa-Akademie Weißenfels, Weißenfels 1996, 175 S.

Kreckel, Reinhard/Dirk Lewin: **Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt** (HoF-Arbeitsbericht 2'02), HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2002, 42 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2002.pdf

In ihrem „Bericht über die Evaluierung des Fernstudienzentrums der Landes Sachsen-Anhalt (EFZSA) an der Fachhochschule Anhalt“ am 11./12. Januar 2001 hatten die Evaluatoren eine für das EFZSA insgesamt positive Stellungnahme angegeben und empfohlen, das Fernstudienzentrum langfristig zu garantieren. Hinsichtlich der künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Zentrums sind nach ihrer Meinung noch jedoch eine Reihe von Fragen offen, die das EFZSA veranlasst haben, das Institut für Hochschulforschung Wittenberg zu beauftragen, kurzfristig eine Expertise abzugeben und verschiedene Szenarien für die mögliche Weiterentwicklung des EFZSA zu erarbeiten sowie deren Realisierungsbedingungen abzuschätzen. Hierfür wurde eine empirische Bestandsaufnahme der zurzeit in Sachsen-Anhalt bestehenden öffentlichen und privaten Weiterbildungsaktivitäten im tertiären Bereich sowie der in Sachsen-Anhalt existierenden oder im Aufbau begriffenen Projekte multimedialer Fernlehre erarbeitet. Es wurde so weit wie möglich Vollständigkeit angestrebt. Im Ergebnis wurden fünf Szenarien für die mögliche Entwicklung des EFZSA erarbeitet, die von einem pessimistischen Null-Szenario auf der einen bis hin zu einem zupackenden Entwicklungs-Szenario auf der anderen Seite reichen. Die Realisierung der einzelnen Szenarien ist an entsprechende Rahmenbedingungen gebunden, die vor allem im Entwicklungs-Szenario thematisiert werden.

Landesamt für Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): **Ein halbes Jahrhundert Veterinärmedizin in Stendal. Vorträge anläßlich der Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des Standortes Stendal 2006 und des 100-jährigen Bestehens des Landesveterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamtes in Halle 2000**, Stendal o.J. [2007?], nicht pag. Volltext unter http://www.verbraubraucherschutz.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/LAV_Verbraucherschutz/veterinaermedizin/publikationen/50-jahre-veteriear-in-stendal.pdf

Die Broschüre vereint die beiden Vorträge „Festansprache zum 50. Jubiläum veterinärmedizinischer Untersuchungstätigkeit in Stendal“ (Karl-Friedrich Reckling) und „Das Hallesche Untersuchungsamt im geschichtlichen Rückblick“ (Waldemar Senf).

Lewin, Dirk: **Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse** (HoF-Arbeitsbericht 2'98), HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 1998, 45 S.

Gegenstand der Analyse ist die Programmatik der Fachhochschule Altmark i. G. Insbesondere werden die Neuregelung des Hochschulzugangs und Praktikumsorganisation als Bestandteile eines neuartigen Konzeptes erörtert. Des Weiteren wird auf die konzeptionellen Vorstellungen im Bereich Personal, Lehre und Einbindung in die Region eingegangen.

Lewin, Dirk: **Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1999, 61 S.

Als ein innovatives Gestaltungselement hatte die Fachhochschule Altmark i. G. Auswahlgespräche mit den Studienbewerbern eingeführt. Ziel dieser Auswahlgespräche war es, Studienbewerber zum Studium zuzulassen, die dem Konzept der Stendaler Hochschule besonders aufgeschlossen gegenüberstehen. Das modifizierte Zulassungsverfahren der Hochschule wurde im Wintersemester 1998/99 empirisch untersucht. In einer Pilotstudie konnten wesentliche Einstellungen und Motive von Studienberechtigten diagnostiziert werden, die die Wahl dieser Hochschule beeinflussen. Die Auswahl geeigneter Studienanfänger durch die Hochschule wurde unter dem Aspekt der Güte der Auswahl mit Hilfe multivariater statistischer Verfahren überprüft.

Lewin, Dirk: **Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2000, 127 S.

Am Standort Stendal der Hochschule Magdeburg (FH) erfolgt seit dem Wintersemester 1995/96 das Studium nach einem modellhaft konzipierten Studienangebot. Das Stendaler Modell greift zahlreiche Studienreformbestrebungen der aktuellen deutschen Hochschuldebatte auf und versucht diese, in einem Konzept zusammenzuführen. In dem Report werden die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung dieses Modells dargestellt. Im Mittelpunkt der Untersuchungen des Stendaler Konzepts standen jene Effekte, die durch die Implementation eines Auswahlgesprächs in den Prozess der Hochschulzulassung, die semesterbegleitende Integration von Betriebspraktika in den Studienprozess sowie die Absolvierung eines Auslandssemesters empirisch überprüft werden konnten. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse zeigen, dass neben den konzipierten Ansprüchen, dem Engagement der Lehrenden und der regionalen Wirtschaft in der Altmark insbesondere die Befähigung der Studierenden zur Identifikation und Ausgestaltung des Stendaler Konzepts bedeutsam sind, um die von den Akteuren des Studienreformprozesses antizipierten Effekte zu erzielen.

Lischka, Irene: **Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern** (HoF-Arbeitsbericht 3'02), Wittenberg 2002, 93 S.

Die Fallstudie analysiert die Erwartungen angehender Absolventen betriebswirtschaftlicher Studiengänge zweier Fachhochschulen (ost- und westdeutsche Länder) an den Berufsübergang und die berufliche Tätigkeit. Zwischen beiden Hochschulen bestehen insgesamt nur leichte Unterschiede, die in Zusammenhang mit den Standortfaktoren und Einzugsgebieten stehen dürften. Auffallend seien die berufliche Zuversicht der Befragten, ihre hohen Ansprüche an das soziale Klima ihrer künftigen Tätigkeit sowie die Zufriedenheit mit dem Studium, dabei insbesondere der enge Kontakt zu den Lehrenden. Männer wie Frauen träfen ähnliche Einschätzungen.

Pädagogische Hochschule Halle-Köthen, Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften (Hg.): **Forschung und Lehre am Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen**, Halle 1993

Forschungsbericht des Fachbereichs, der den 1990/91 eingerichteten Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften verantwortete. Kurz darauf wurde die PH in die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg überführt.

Prengel, Annedore (Hg.): **Ein historischer Augenblick. Feierliches Symposion zum Abschied des Instituts für Grundschulpädagogik Köthen am 22.9.1997. Dokumentation** (Diskurse zu Schule und Bildung. Werkstatthefte des ZSL H. 19), Zentrum für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1999, 76 S. + Anh.

Mit dem Umzug des Instituts für Grundschulpädagogik der Martin-Luther-Universität von Köthen nach Halle im Jahre 1997 ging eine wechselvolle Geschichte der fast vierhundertjährigen Köthener Lehrerbildung zu Ende. Die Dokumentation enthält neben der Eröffnungsrede der Herausgeberin u.a. folgende Beiträge des Abschiedssymposiums im September 1997: „Perspektiven der Grundschullehrerbildung“ (Marianne Horstkemper), „Beitrag der Studierenden“ (Ute Zengerling), „Beitrag des Rektors der Martin-Luther-Universität“ (Reinhard Kreckel), „Zur Ausstellung 'Geschichte der Köthener Lehrerbildung'“ (Herbert Egerland), „Übergänge in historischer und geschichtsphilosophischer Perspektive“ (Brita Rang), „Aspekte philosophischer Forschung in Köthen“ (Karl Friedrich Wessel), „Aspekte der Köthener Schulbuchforschung“ (Günter Schulze), „Aspekte naturwissenschaftlicher Forschung“ (Fritz Welsch), „Zur Zukunft der Grundschulpädagogik im Fachbereich Erziehungswissenschaften aus der Sicht ihrer Dekanin“ (Ursula Rabe-Kleberg) und „Zur Zukunft der Fachhochschule Anhalt aus der Sicht ihres Rektors“ (Dieter Orzessek). Briefe und Presseberichte geben darüber hinaus Einblick in das Echo, das die Veranstaltung fand.

Schlegel, Uta/Anke Burkhardt/Peggy Trautwein: **Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befrachtung an der Hochschule Harz (FH**), Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 51 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1a_2005.pdf

Schlegel, Uta/Anke Burkhardt/Peggy Trautwein: **Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Merseburg (FH)**, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2005, 51 S. Volltext unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1b_2005.pdf

HoF Wittenberg führte 2002 im Rahmen eines über das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) geförderten Projektes eine schriftliche Befragung von Studierenden durch, die Aufschluss über das gleichstellungs-politische Meinungsbild der jungen Frauen und Männer erbringen sollte. Thematisiert wurden folgende Einstellungsbereiche: Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit qua Geschlecht, Zuschreibung von Gründen weiblicher Benachteiligung, antizipierter Veränderungsbedarf und Verantwortungszuschreibung, Einschätzung der Wirksamkeit und Akzeptanz verschiedener Gleichstellungspolitiken, Kenntnis und Beurteilung der Gleichstellungsbemühungen an der eigenen Hochschule und geschlechtstypische Leistungsattribuierung.

Theologische Hochschule Friedensau, der Rektor (Hg.): **Theologische Hochschule Friedensau. Bericht des Rektors 1991 – 1994**, Friedensau o.J. [1994?], o.S.

Gedrängte Darstellung der jüngsten Entwicklung der 1990 staatlich anerkannten Hochschule.

Theologische Hochschule Friedensau (Hg.): **100 Jahre Friedensau 1899–1999. Festschrift,** 1999, 57 S.

Anlässlich des 100jährigen Bestehens wurde die Festschrift herausgegeben. Sie enthält neben einem Abriss der Geschichte der Hochschule – einer staatlich anerkannten Einrichtung der Siebenten-Tags-Adventisten – auch Informationen zu den Studiengängen sowie zu den Neuerungen, die seit 1994 – nach der Fusion mit der Ausbildungsstätte in Darmstadt unter Beibehaltung des Friedensauer Standortes – umgesetzt worden sind.

Verein Deutscher Ingenieure, Bezirksverein Magdeburg (Hg.): **Wirtschaft trifft Wissenschaft** (=Mitteldeutsche Mitteilungen. Informationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft 2/2011), Magdeburg 2011, 67 S.

Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit einem Rückblick auf ihre Geschichte 1949 – 1993, Naumburger Verlagsanstalt, Naumburg 1993, 152 S. Hg.?

Mit dem Ende des Sommersemesters 1993 musste die Kirchliche Hochschule Naumburg (vormals Katechetisches Oberseminar) ihre Arbeit einstellen. Aus diesem Anlass wurden die Beiträge der letzten Ringvorlesung, gehalten im Wintersemester 1991/92, publiziert. Martin Onnasch ergänzt dies um einen geschichtlichen Rückblick auf die Hochschulgeschichte. In den Anlagen des Bandes werden auszugsweise drei Beschlüsse der provinzsächsischen Kirchenleitung dokumentiert: zur Gründung des Katechetischen Seminars in Wittenberg 1949, zur Verlegung des Katechetischen Oberseminars nach Naumburg 1950 und zur Auflösung der Kirchlichen Hochschule 1993. Desweiteren finden sich Übersichten der Rektoren, der hauptamtlichen Dozenten/Professoren und der Gastdozenten/nebenamtlichen Dozenten/Lehrbeauftragten.

Literaturverzeichnis

25. BAFöGÄndG, Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, in: Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 64, 31. Dezember 2014, 2.475-2.480.

Altmann, Christof/Danny Bieräugel/Jörg Döpke/Philip Matschke (2015): Grüne Technologien als industriepolitisches Konzept? Der Süden Sachsen-Anhalts als Fallbeispiel, in: List Forum 1/2015, S. 23-43.

Anger, Yvonne/Oliver Gebhardt/Karsten König/Peer Pasternack (2010): Das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) im Schnittpunkt von Anspruchsgruppen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit, Wittenberg; online unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Reihe_Nr5.pdf (16.6.2016).

Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes (2015): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Bd. 1.

Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes (2015a): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014 Reihe 1, Band 1 (2015), Frankfurt a.M.

Baumgarth, Benjamin/Justus Henke/Peer Pasternack (2016): Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelflüsse, Kontroversen und Entwicklungen im letzten Jahrzehnt, Düsseldorf; online unter www.boeckler.de/pdf/p_studfoe_wp_1_2016.pdf (1.12.2016).

Braun, Dietmar (1997): Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum „kooperativen Staat“, Frankfurt a.M./ New York.

Briedis, Kolja (2007): Übergänge und Erfahrungen nach dem Hochschulabschluss. Ergebnisse der HIS-Absolventenbefragung des Jahrgangs 2005, Hannover.

Burkhardt, Anke (2004): Was ist Chancengleichheit wert? Zur leistungsbezogenen Mittelverteilung im Hochschulbereich, in: Heidemarie Wüst (Hg.), Gender Konkret! Chancengleichheit von Frauen an Fachhochschulen. Dokumentation der Fachtagung 2003, Berlin, S. 29-54.

BWF, Beirat für Wissenschaft und Forschung (Hg.) (1998): Bericht des Beirats für Wissenschaft und Forschung, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998.

CDU Sachsen-Anhalt, SPD Sachsen-Anhalt, und Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt (2016): Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig [Koalitionsvereinbarung]; URL http://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/koalitionsvertrag2016.pdf (26.4.2016).

Cohen, Michael D./James G. March/Johan P. Olsen (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice, in: Administrative Science Quarterly 1/1972, S. 1–25.

DAAD, Deutscher Akademischer Austauschdienst (2014): DAAD Jahresbericht 2013, Bonn, URL https://www.daad.de/medien/daad-jahresbericht-2013.pdf (7.11.2015).

Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart.

Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle an der Saale (Hg.) (1996): 70 Jahre Evangelische Hochschule für Kirchenmusik in Halle an der Saale, Halle/Saale.

Fuchs, Peter/Enrico Mahler (2000): Form und Funktion von Beratung, in: Soziale Systeme 2/ 2000, S. 349–368.

Gauselmann, Kai (2015): Hochschulfinanzierung Das Ende einer langen Debatte um Geld und Studiengänge, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29.1.2015; URL http://www.mz-web.de/2873142 (12.4.2016).

GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2011): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht 2011, Bonn; auch unter http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-23-PFI-Monitoring-Bericht-2011.pdf (20.9.2011).

GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2014): Gemeinsame Förderung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder-Finanzströme im Jahr 2013 Heft 44, Bonn URL http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-44-Finanzstroeme2013.pdf (1.10.2015).

GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (2015): Pakt für Forschung und Innovation. Monitoring-Bericht, Bonn.

Hall, Karl-Heinrich (1994): Bildungspolitik und Hochschulerneuerungen in den neuen Ländern, dargestellt an der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt, in: Karl Strobel (Hg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, Vierow b. Greifswald, S. 238-247.

Hechler, Daniel/Peer Pasternack (Hg.) (2009): Bologna: Zentral- und Sonderaspekte. Zur anstehenden Reparaturphase der Studienstrukturreform, in: die hochschule 2/2009, S. 6-17.

Hechler, Daniel/Peer Pasternack (2011): Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel u. Martin Winter, Wittenberg; auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte _1_2011.pdf

HEG LSA, Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt (Hochschulerneuerungsgesetz), in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt 19/1991.

Helm, Christoph (2001): Zehn Jahre Wissenschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern an Hand des Paradigmas Sachsen-Anhalt, Hochschul-Informations-System, Hannover.

Henke, Justus/Peer Pasternack (2012): Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt, Halle-Wittenberg; online unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_8_2012.pdf (6.11.2016).

Hensling, Gudrun (2008): Halle (Saale). weinberg campus. Der erfolgreiche Wandel im Stadtteil Heide-Süd. Technologie- und Gründerzentrum Halle, Halle (Saale).

Hoenen, Raimund/Peter Lehmann/Konrad von Rabenau/Ulrich Schröter (Hg.) (o.J. [2009]): Katechetisches Oberseminar Kirchliche Hochschule Naumburg (Saale) (1949–1993). Erinnerungszusammenkunft in Naumburg und Schulpforte 3.–5. Juli 2009. Dokumente und Berichte, o.O. [Wernigerode].

Holtemüller, Oliver (2015): Wirtschaftspolitische Herausforderungen für Sachsen-Anhalt: Toleranz, Talente und Technologie. In: Wirtschaft im Wandel 3/2015, S. 48-51.

HSG LSA, Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2010, URL http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/?quelle=jlink&query=HSchulG+ST&psml=bssahprod.psml&max=true&aiz=true (18.4.2016).

Huber, Michael (2005): Reform in Deutschland. Organisationssoziologische Anmerkungen zur Universitätsreform, in: Soziologie 4/2005, S. 391-403.

In der Smitten, Susanne/Peter Jenkner (2013): Bewertung der leistungsorientierten Mittelverteilung (LOM) im Hochschulbereich Sachsen-Anhalts. Einordnung und Perspektiven zur Weiterentwicklung, Hochschul-Informations-System, Hannover; URL www.hof.uni-halle.de/web/dateien/121031_HIS_Gutachten_LOM_Sachsen-Anhalt.pdf (12.3.2016).

Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (2015): In der Solarindustrie heiß begehrt: hauchdünne Siliziumscheiben; URL http://www.investieren-in-sachsen-anhalt.de/report-invest/newsletter-iisa/2015/06/in-der-solarindustrie-heiss-begehrt-hau (26.4.2016).

Kehler, Andreas (1993): Hochschulerneuerungsgesetz von Sachsen-Anhalt, in: Hilde Schramm (Hg.), Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Berlin, S. 115-119.

Keil, Johannes/Peer Pasternack (2011): Frühpädagogisch kompetent. Kompetenzorientierung in Qualifikationsrahmen und Ausbildungsprogrammen der Frühpädagogik, Halle-Wittenberg 2011, 139 S.; auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2011.pdf (4.11.2016).

KGE Kommunalgrund (Hg.) (2009): www.wissenschaftshafen.de, o.O.; URL http://www.wissen schaftshafen.de/2011-07-14_WissH.pdf (4.8.2011).

Köhler, Gerd/Matthias N. Winter (Hg.) (1991): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a.M.

Köhler, Gerd/Matthias N. Winter (Hg.) (1991a): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.), Frankfurt a.M.

Köhler, Helmut/Manfred Stock (2004): Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989, Opladen.

König, Karsten (Hg.) (2006): Verwandlung durch Verhandlung? Kontraktsteuerung im Hochschulsektor (=die hochschule 2/2006), Wittenberg.

König, Karsten (2007): Kooperation wagen. 10 Jahre Hochschulsteuerung durch vertragsförmige Vereinbarungen, Wittenberg.

König, Karsten (2010): Zwischen institutioneller Autonomie und Bundespolitik. Hochschulsteuerung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in: Peer Pasternack (Hg.), Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen, Leipzig, S. 66-108.

Kreckel, Reinhard (2004): Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung, Bonn.

Kühl, Stefan (2000): Das Regenmacher-Phänomen. Widersprüche und Aberglaube im Konzept der lernenden Organisation, New York/Frankfurt a.M.

Kühl, Stefan (2011): Der Sudoku-Effekt der Bologna-Reform … und mögliche Wege zu seiner Minimierung. Überlegungen zur Gestaltung von Studiengängen im Rahmen der Bologna-Reform anhand der Konzeption für einen Master Soziologie der Universität Bielefeld, Bielefeld, URL http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Stefan_Kuehl/pdf/Working-Paper-1a_2011-Sudoku-Effekt-der-Bologna-Reform-mit-Maximen-110111-Endfassung.pdf (30.11.2015).

Kühl, Stefan (2012): Der Sudoku-Effekt: Die Komplexitätsexplosion an den Hochschulen, in: Forschung und Lehre 4/2012, S. 290-293.

Kunz, Volker (2008): Die Konflikttheorie der Rational Choice-Theorie, in: Thorsten Bonacker (Hg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorie. Eine Einführung, Wiesbaden.

Landeshauptstadt Magdeburg (2013): Magdeburg 2025. Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg Gesamtstadt, Magdeburg; auch unter http://www.magdeburg.de/PDF/ISEK_Integriertes_Stadtentwicklungskonzept_der_LH_Magdeburg.PDF?ObjSvrID=37&ObjID=11368&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1407221607 (26.1.2015).

Landtag von Sachsen-Anhalt (2015): Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Forschungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt“. Große Anfrage Fraktion SPD (Drs. 6/4205). Drucksache 6/4411, 24.09.2015, Magdeburg; online unter www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp6/drs/d4411lag.pdf (15.1.2016).

Lepsius, M. Rainer (2002): Als Gründungsbeauftragter in der Leitergasse, in: Michael Kilian (Hg.), Sachsen-Anhalt. Land der Mitte – Land im Aufbau. Die Entstehung eines neuen Bundeslandes in Erlebnisberichten, Bad Honnef, S. 245-256.

Löther, Andrea (2015): Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten 2015, Köln.

LRK/MP LSA, Landesrektorenkonferenz, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt (2013): Gemeinsame Erklärung der Landesrektorenkonferenz und des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt; URL http://www.lrk-lsa.de/index.php?nav=Presse&modul=Content&tabid=1187958970&uniid=67 (24.2.2016).

LStU, Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt (1997): Handreichung für personalführende Stellen des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt zur Überprüfung von Beschäftigten und Bewerbern auf eine Tätigkeit für das MfS, Magdeburg.

Luhmann, Niklas (1992): Zwei Quellen der Bürokratisierung in Hochschulen, in: ders., Universität als Milieu, Bielefeld, S. 74-79.

Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas (2010): Politische Soziologie, Berlin.

Marotzki, Winfried (Hg.) (1993): Wieviel Pluralismus braucht der Mensch? Eine Hochschule sucht ihre Identität, Weinheim.

Meyer, John W./Brian Rowan (2009): Institutionalisierte Organisationen. Formale Struktur als Mythos und Zeremonie, in: Sascha Koch/Michael Schemmann (Hg.), Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Grundlegende Texte und empirische Studien, VS Verlag, Wiesbaden, S. 28–56.

MK LSA, Kultusministerium Sachsen-Anhalt (2000): Harms: Profilbildung optimiert die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulstandorte. Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen ist eine Zukunftsaufgabe des Landes. Pressemitteilung vom 1. März 2000.

MK LSA, Kultusministerium Sachsen-Anhalt (2001): Bericht und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Wissenschaftsstruktur des Kultusministers des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg; Volltext unter http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t133.doc

MK LSA, Kultusministerium Sachsen-Anhalt (2003): Hochschulstrukturplan vom 19. August 2003; URL http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Files/Hochschulstrukturplan.pdf (15.5.2007).

MK LSA, Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hg.) (2004): Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2004 unter Einbeziehung der Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen des Landes, o.O. [Madgeburg].

MK LSA, Kultusministerium Sachsen-Anhalt (2004a): Verfahrensrichtlinie für die Ausgestaltung von Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und An-Instituten in Sachsen-Anhalt. Runderlass zur Gründung von Instituten an Hochschulen in Sachsen-Anhalt.

Müller, Walter (2007): weinberg campus. zwischen gestern und heute. Teil 1, hrsg. vom weinberg campus e.V., Halle/Saale.

MW LSA, Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt (2014): Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2014; URL http://www.mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Publikationen/Hochschulstrukturplanung-Endfassung-mit_Anlagen.pdf (12.3.2016).

MW LSA, Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2015): Zielvereinbarung 2015–2019 zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg 29. Januar 2015, http://www.mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Hochschule/Zielvereinbarungen/2015/150129_ZV_OvGU_gesamt.pdf (12.8. 2015).

MWF LSA, Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (1992): Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg.

Olbertz, Jan (1992): Standpunkte zur Personalerneuerung, in: Gertraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn, Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin, Berlin, S. 28f.

Pasternack, Peer (2001): Bachelor und Master – auch ein bildungstheoretisches Problem, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2/2001, S. 263-281.

Pasternack, Peer (2011): Durchgesetzt, defizitär und überwiegend beliebt. Die erstaunliche Karriere der Hochschulverträge, in: Das Hochschulwesen 2/2011, S. 38-43.

Pellert, Ada (1999): Die Universität als Organisation. Die Kunst, Experten zu managen, Wien/Köln/Graz.

Pellert, Ada (2002): Hochschule und Qualität, in: Thomas Reil/Martin Winter (Hg.), Qualitätssicherung an Hochschulen: Theorie und Praxis, Bielefeld, S. 21-29.

Pollmann, Klaus Erich (Hg.) (2003): Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Festschrift, Halle (Saale).

Puhle, Matthias (Hg.) (2003): Guerickes Erben. 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg – 10 Jahre Otto-von-Guericke-Universität. Begleitheft zur Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg vom 15.06. bis 31.10.2003, Magdeburg.

Richter, Christoph (2013): Sachsen-Anhalts Unis sollen sparen. Landesrechnungshof unterstützt Kürzungspläne, in: Deutschlandfunk, 10.5.2013, http://www.deutschlandfunk.de/sachsen-anhalts-unis-sollen-sparen. 680.de.html?dram:article_id=246190 (20.2.2016).

Ronge, Volker (1996): Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung, in: Annette Vogel/Heine Alemann (Hg.), Soziologische Beratung. Praxisfelder und Perspektiven. 9. Tagung für angewandte Soziologie, Opladen, S. 135–144.

Ronneberger, Thomas/Martin Winter (2010): Studierendenreform und Studienstrukturen. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und ihre zehn Universitäten, in: Peer Pasternack (Hg.), Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen, S. 228-254.

Rossi, Peter H./Howard E. Freeman/Gerhard Hofmann (1988): Programmevaluation. Einführung in die Methoden angewandter Sozialforschung, Stuttgart.

Schimank, Uwe (2006): Autonomie und Steuerung wissenschaftlicher Forschung. Ein funktionaler Antagonismus, in: ders. (Hg.), Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 2, VS Verlag, Wiesbaden, S. 201–220.

Schimank, Uwe (2007): Die Governance-Perspektive. Analytisches Potenzial und anstehende konzeptionelle Fragen, in: Herbert Altrichter/Thomas Brüsemeier/Jochen Wissinger (Hg.), Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem, Wiesbaden, S. 231–260.

Schimank, Uwe (2010): Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurstheoretische Soziologie, Weinheim/München.

Schorlemmer, Friedrich (1994): An einer vergifteten Atmosphäre gestorben. Zum Tode des Arztes Dr. Eckhard Ulrich, in: F. Eckhard Ulrich: ich habe aufgegeben dieses land zu lieben. Gedichte, Halle/S., 2., erw. Aufl., S. 71-77.

Schröter, Ulrich/Harald Schultze (Hg.) (2012): Im Schatten des Domes. Theologische Ausbildung in Naumburg 1949–1993, in Verb. m. Peter Lehmann, Axel Noack u. Albrecht Steinhäuser, Leipzig.

Schubert, Klaus (1991): Politikfeldanalyse. Eine Einführung, Opladen.

Seige, Konrad (1993): F. Eckhard Ulrich zum Gedenken. Ein Lebensweg – erfolgreich und doch voller Tragik, in: Universitätszeitung der MLU, 20.9.1993, S. 6.

StaLA LSA, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung der Gemeinden. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Stand: 31.12.2014 (Statistische Berichte AI, AII, A III. hj-2/14), Halle (Saale); https://www.statistik.sachsen-anhalt. de/download/stat_berichte/6A102_hj_2014_02.pdf (20.1.2016).

StatBA, Statistisches Bundesamt (2005-2015): Fachserie 11 Reihe 4.5 – Finanzen der Hochschulen, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2014): Fachserie 11, Reihe 4.1 – Studierende an Hochschulen, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015): Interaktiver Werteabruf „Verbraucherpreisindex: Bundesländer, Jahre“ am 10.9.2015.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015a): Fachserie 11 Reihe 4.5 – Finanzen der Hochschulen, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015b): Fachserie 11, Reihe 4.1 Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2014/2015, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 (Stand März 2015), Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015d): Studierende nach Land und Trägerschaft im Wintersemester 2004/2005 und 2013/14, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015e): Fachserie 11 Reihe 4.3.1 Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2014, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015f): Bildung und Kultur. Erfolgsquoten 2013. Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2001 bis 2005, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2015g): Fachserie 11 Reihe 4.4. Bildung und Kultur: Personal an Hochschulen 2014. Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesam (2015h): Fachserie 11 Reihe 4.5. Bildung und Kultur. Finanzen der Hochschulen 2013, Wiesbaden.

StatBA, Statistisches Bundesamt (2016): Erfolgsquoten 2014. Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2002 bis 2006, Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/Erfolgsquoten5213001147004.pdf?__blob=publicationFile (17.4.2016).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (o.J.): Online-Übersichtstabelle „Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung“ auf Grundlage des Zensus 2011; http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp (2.10. 2015).

Studis Online (2016): Akkreditierung von Studiengängen. http://www.studis-online.de/StudInfo/akkreditierung.php (5.4.2016).

Teichler, Ulrich (1999): Profilierungspfade der Hochschulen im internationalen Vergleich, in: Jan-Hendrik Olbertz/Peer Pasternack (Hg.), Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis, Weinheim, S. 27-38.

Theologische Hochschule Friedensau (Hg.) (1999): 100 Jahre Friedensau 1899–1999. Festschrift, Friedensau.

Trautwein, Peggy (2015): Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts, Halle-Wittenberg; online unter http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-2015-3.pdf (6.11.2016).

Ulrich, F. Eckhard (1994): ich habe aufgegeben dieses land zu lieben. Gedichte, Halle/S. 1993. 2., erw. Aufl.

Voigt, Stefan (2002): Institutionenökonomik, München.

Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit einem Rückblick auf ihre Geschichte 1949–1993, Naumburg 1993.

Weick, Karl E. (2009): Bildungsorganisationen als lose gekoppelte Systeme, in: Sascha Koch/Michael Schemmann (Hg.), Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Grundlegende Texte und empirische Studien, Springer VS, Wiesbaden, S. 85-109.

Weingart, Peter/Justus Lentsch (2008): Wissen Beraten Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist.

Windhoff-Héritier, Adrienne (1987): Policy-Analyse. Eine Einführung, Frankfurt a.M.

Winter, Martin (Hg.) (2007): Reform des Studiensystems. Analysen zum Bologna-Prozess (=die hochschule 2/2007), Wittenberg; online unter http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/07_2/dhs_2007_2.pdf (13.9.2016).

Winter, Martin (2009): Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland, Halle-Wittenberg, auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2009.pdf (23.10.2015).

Wissel, Carsten von (2007): Hochschule als Organisationsproblem. Neue Modi universitärer Selbstbeschreibung in Deutschland, Bielefeld.

Wissenschaftsrat (2010): Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem (Drs. 10031-10), Berlin.

Wissenschaftsrat (2013): Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt (Drs. 3231-13), o.O. [Braunschweig]; Volltext unter http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3231-13.pdf

Zielvereinbarung Uni Magdeburg (2003): Zielvereinbarung zwischen dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Zimmermann, Karin (2014): Genderkompetent zu gestalteter Kulturwandel. Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts, in: Peer Pasternack (Hg.), Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg, Leipzig, S. 146-151.

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Ressortzuordnung der Wissenschaft und Wissenschaftsminister(in) in Sachsen-Anhalt ... 10
Übersicht 2: Wissenschaftspolitische Akteurslandschaft in Sachsen-Anhalt ... 13
Übersicht 3: Auszugleichende Funktionslogiken ... 15
Übersicht 4: Policy Cycle: Modell politischer Problembearbeitungsprozesse ... 16
Übersicht 5: Bedeutung von Landesprogrammen: Ausstattung im Jahr 2013 – Sachsen-Anhalt im Vergleich mit ausgewählten Bundesländern ... 20
Übersicht 6: Prozeduren und Interaktionen in der politischen Prozesskette ... 20
Übersicht 7: Expertengremien zur sachsen-anhaltischen Wissenschaftsentwicklung 1992-2013 ... 23
Übersicht 8: Staatliche Hochschulen und Hochschulstädte in Sachsen-Anhalt ... 29
Übersicht 9: Anteil der Studierenden an den Stadteinwohner-schaften in Sachsen-Anhalt nach Standort ... 30
Übersicht 10: An-Institute in Sachsen-Anhalt ... 31
Übersicht 11: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt ... 32
Übersicht 12: Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalt 2016 ... 34
Übersicht 13: Kooperationsdichte der Universitäten Sachsen-Anhalts mit außeruniversitären Einrichtungen ... 38
Übersicht 14: Positive und negative Wirkungen der Bologna-Reform ... 41
Übersicht 15: Nominale Entwicklung der Landesmittel für die Hochschulen (incl. Hochschulmedizin) in Sachsen-Anhalt 2004 bis 2013 ... 43
Übersicht 16: Hochschulfinanzierung in Sachsen-Anhalt nach Mittelgebern und Mitteltöpfen ... 45
Übersicht 17: Ausgabenentwicklungen in Sachsen-Anhalt 2004 bis 2013 ... 46
Übersicht 18: Hochschulfinanzierung in Relation zu sozioökonomischen Aspekten ... 47
Übersicht 19: Ranggruppenvergleich der Länder ... 47
Übersicht 20: Zentrale Ausstattungs- und Leistungsdaten des Hochschulsystems in Sachsen-Anhalt ... 48
Übersicht 21: Qualitätsprogramm vs. Relevanzprogramm ... 51
Übersicht 22: Innovationsbezogene Kooperationsstrukturen im Wissenschaftsbereich Sachsen-Anhalts ... 53
Übersicht 23: Entwicklung der Studierendenzahlen und der laufenden Grundmittel der Hochschulen 2004-2013: Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Länderdurchschnitt ... 55
Übersicht 24: Elemente von Strategien zur Nachwuchsförderung und Personalentwicklung ... 59
Übersicht 25: Überinstitutionelle wissenschaftliche Kooperationsplattformen in Sachsen-Anhalt ... 60

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Institut

Das Institut für Hochschulforschung (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte. Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und dort am Master-Studiengang Soziologie beteiligt. Direktor des Instituts ist Prof. Peer Pasternack.

Programm

Das HoF-Tätigkeitsprofil wird durch fünf Aspekte bestimmt:

- Hochschulforschung ist keine Disziplin, sondern ein Forschungsfeld. Dieses wird mit öffentlichen Mitteln unterhalten, weil ein Handlungsfeld – das Hochschulwesen – aktiv zu gestalten ist: Um die Rationalität der entsprechenden Entscheidungsprozesse zu steigern, wird handlungsrelevantes Wissen benötigt. In diesem Sinne ist HoF bewusst im Feld zwischen Forschung und Beratung tätig. Dabei setzt die Beratung Forschung voraus – nicht umgekehrt.
- Das Hochschulsystem bildet einerseits den Adapter zwischen Bildungs- und Wissenschaftssystem. Andererseits trägt es zur Kopplung von kultureller und ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft bei. Mithin ist die Integration von vier Systemlogiken zu bewerkstelligen: gesellschaftlich unterstützte individuelle Selbstermächtigung (Bildung), wissensgeleitete Erzeugung von Deutungen, Erklärungen und daraus konstruierten Handlungsoptionen (Wissenschaft), sinngebundene Orientierung (Kultur) sowie ressourcengebundene Bedürfnisbefriedigung (Ökonomie). Die Hochschulforschung muss dies systematisch abbilden.
- Daher ist Hochschulforschung ein fortwährendes interdisziplinäres Kopplungsmanöver. Sie empfängt ihre wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft. Systematisch ist sie zwischen den z.T. inhaltlich überlappenden Forschungsfeldern Bildungs- und Wissenschaftsforschung angesiedelt. Schnittstellen weist sie insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Schul- sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Die Interdisziplinarität der Hochschulforschung macht eigene Nachwuchsentwicklung nötig. HoF stellt sich dieser Aufgabe, indem es Promotionsprojekte unterstützt. Alle Promovierenden am Institut sind zugleich in die Bearbeitung von Forschungsprojekten einbezogen, um auf diese Weise einen sukzessiven Einstieg in Methoden, theoretische Ansätze und Themen des Forschungsfeldes zu erlangen.
- HoF ist das einzige Institut, welches in den ostdeutschen Bundesländern systematisch Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge. Seit 2006 sind diese in das Zentralthema „Raumbezüge der Hochschulentwicklung im demografischen Wandel“ eingeordnet.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Das Institut bearbeitet alle wesentlichen Themen der aktuellen Hochschulentwicklung:

- Im Zentrum stehen seit 2006 Untersuchungen zu Raumbezügen der Hochschulentwicklung im demografischen Wandel.
- Ebenso bearbeitet HoF Fragen der Hochschulorganisation und -governance, Qualitätsentwicklung an Hochschulen, des akademischen Personals, der Gleichstellung, der Hochschulbildung, Studienreform und Nachwuchsförderung sowie zu Forschung an Hochschulen. Damit wird nahezu komplett das Spektrum der Hochschulentwicklung und -forschung abgedeckt.
- Daneben ist HoF die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die kontinuierlich auch zeithistorische Themen bearbeitet.

Publikationen

HoF publiziert die Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ und gibt beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag die Reihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ heraus. Forschungsreports werden in den „HoF-Arbeitsberichten“ veröffentlicht. Dem Wissenstransfer in die Anwendungskontexte der Hochschulentwicklung widmen sich die „HoF-Handreichungen“. Ferner informieren der Print-Newsletter „HoF-Berichterstatter“ zweimal im Jahr und der HoF-eMail-Newsletter dreimal jährlich über die Arbeit des Instituts. Ein Großteil der Publikationen steht auf der Website des Instituts zum Download zur Verfügung (http://www.hof. uni-halle.de).

Wissenschaftsinformation

HoF verfügt über einen Fachinformationsservice mit Spezialbibliothek und Informations- und Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung (ids hochschule):

- Die Bibliothek verfügt über ca. 50.000 Bände und etwa 180 Zeitschriften. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.
- „ids hochschule“ macht – unter Beteiligung zahlreicher Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen und Fachinformationseinrichtungen – Forschungsergebnisse zur Hochschulentwicklung zugänglich (http://ids.hof.uni-halle.de).

Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand im Zusammenhang mit der Neubelebung des historischen Universitätsstandorts. 1502 war die Wittenberger Universität „Leucorea“, gegründet worden. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 der Standort durch die Vereinigung mit der Universität in Halle aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Stiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF weitere wissenschaftliche Einrichtungen.

Bislang erschienene HoF-Arbeitsberichte

Online-Fassungen unter
http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm

100: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: *Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg*, Halle-Wittenberg 2016, 92 S.

1'16: Peer Pasternack: *Konsolidierte Neuaufstellung. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2011–2015*, 124 S.

3'15: Peggy Trautwein: *Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, 44 S.

2'15: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Viele Stimmen, kein Kanon. Konzept und Kommunikation der Third Mission von Hochschulen*, 107 S.

1'15: Peggy Trautwein: *Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, 116 S.

5'13: Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: *Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945 – 1991,* 56 S.

4'13: Gunter Quaißer / Anke Burkhardt: *Beschäftigungsbedingungen als Gegenstand von Hochschulsteuerung. Studie im Auftrag der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung*, 89 S.

3'13: Jens Gillessen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt,* 124 S.

2'13: Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, 99 S.

1'13: Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, 77 S.

8'12: Justus Henke / Peer Pasternack: *Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt*, 36 S.

7'12: Martin Winter / Annika Rathmann / Doreen Trümpler / Teresa Falkenhagen: *Entwicklungen im deutschen Studiensystem. Analysen zu Studienangebot, Studienplatzvergabe, Studienwerbung und Studienkapazität*, 177 S.

6'12: Karin Zimmermann: *Bericht zur Evaluation des „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder"*, 53 S.

5'12: Romy Höhne / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010)*, *Erträge einer Meta-Analyse,* 91 S.

4'12: Peer Pasternack (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)*, 135 S.

3'12: Karsten König / Gesa Koglin / Jens Preische / Gunter Quaißer: *Transfer steuern – Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern*, 107 S.

2'12: Johannes Keil / Peer Pasternack / Nurdin Thielemann: *Männer und Frauen in der Frühpädagogik. Genderbezogene Bestandsaufnahme*, 50 S.

1'12: Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, 63 S.

7'11: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Wissenschaftliche Wissenschaftspolitikberatung. Fallstudie Schweizerischer Wissenschafts-und Technologierat (SWTR)*, 64 S.

6'11: Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung*, 64 S.

5'11: Peer Pasternack: *HoF-Report 2006 – 2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg*, 90 S.

4'11: Anja Franz / Monique Lathan / Robert Schuster: *Skalenhandbuch für Untersuchungen der Lehrpraxis und der Lehrbedingungen an deutschen Hochschulen. Dokumentation des Erhebungsinstrumentes*, 79 S.

3'11: Anja Franz / Claudia Kieslich / Robert Schuster / Doreen Trümpler: *Entwicklung der universitären Personalstruktur im Kontext der Föderalismusreform*, 81 S.

2'11: Johannes Keil / Peer Pasternack: *Frühpädagogisch kompetent. Kompetenzorientierung in Qualifikationsrahmen und Ausbildungsprogrammen der Frühpädagogik,* 139 S.

1'11: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte*, 225 S.

4'10: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht*, 79 S.

3'10: Irene Lischka / Annika Rathmann / Robert D. Reisz: *Studierendenmobilität – ost- und westdeutsche Bundesländer. Studie im Rahmen des Projekts „Föderalismus und Hochschulen"*, 69 S.

2'10: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Die frühpädagogische Ausbildungslandschaft. Strukturen, Qualifikationsrahmen und Curricula. Gutachten für die Robert Bosch Stiftung*, 76 S.

1'10: Martin Winter / Yvonne Anger: *Studiengänge vor und nach der Bologna-Reform. Vergleich von Studienangebot und Studiencurricula in den Fächern Chemie, Maschinenbau und Soziologie*, 310 S.

5'09: Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens*, 70 S.

4'09: Manfred Stock unter Mitarbeit von Robert D. Reisz und Karsten König: *Politische Steuerung und Hochschulentwicklung unter föderalen Bedingungen. Stand der Forschung und theoretisch-methodologische Vorüberlegungen für eine empirische Untersuchung*, 41 S.

3'09: Enrique Fernández Darraz / Gero Lenhardt / Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA – Struktur und Entwicklung*, 116 S.

2'09: Viola Herrmann / Martin Winter: *Studienwahl Ost. Befragung von westdeutschen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen*, 44 S.

1'09: Martin Winter: *Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland*, 91 S.

5'08: Karsten König / Peer Pasternack: *elementar + professionell. Die Akademisierung der elementarpädagogischen Ausbildung in Deutschland. Mit einer Fallstudie: Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter" an der Alice Salomon Hochschule Berlin*, 159 S.

4'08: Peer Pasternack / Roland Bloch / Daniel Hechler / Henning Schulze: *Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in den ostdeutschen Ländern*, 137 S.

3'08: Teresa Falkenhagen: *Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 123 S.

2’08: Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrrhe: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, 120 S.

1’08: Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*, 81 S.

4’07: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn. Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt*, 46 S.

3’07: Michael Hölscher / Peer Pasternack: *Internes Qualitätsmanagement im österreichischen Fachhochschulsektor*, 188 S.

2’07: Martin Winter: *PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts*, 58 S.

1’07: Karsten König: *Kooperation wagen. 10 Jahre Hochschulsteuerung durch vertragsförmige Vereinbarungen,* 116 S.

7’06: Anke Burkhardt / Karsten König / Peer Pasternack: *Fachgutachten zur Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes (SächsHG) – Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag – unter den Aspekten der Autonomieregelung und Weiterentwicklung der partizipativen Binnenorganisation der Hochschule im Vergleich zu den Regelungen des bisherigen SächsHG*, 36 S.

6’06: Roland Bloch: *Wissenschaftliche Weiterbildung im neuen Studiensystem – Chancen und Anforderungen. Eine explorative Studie und Bestandsaufnahme,* 64 S.

5’06: Rene Krempkow / Karsten König / Lea Ellwardt*: Studienqualität und Studienerfolg an sächsischen Hochschulen. Dokumentation zum „Hochschul-TÜV“ der Sächsischen Zeitung 2006,* 79 S.

4’06: Andrea Scheuring / Anke Burkhardt*: Schullaufbahn und Geschlecht. Beschäftigungssituation und Karriereverlauf an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht,* 93 S.

3’06: Irene Lischka: *Entwicklung der Studierwilligkeit*, 116 S.

2’06: Irene Lischka: *Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, 52 S.

1’06: Anke Burkhardt / Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 107 S.

7’05: Peer Pasternack / Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“-Prozess*, 156 S.

6’05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Frauenkarrieren und –barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, 156 S.

5’05: Jens Hüttmann / Peer Pasternack: *Studiengebühren nach dem Urteil*, 67 S.

4’05: Klaudia Erhardt (Hrsg.): *ids hochschule. Fachinformation für Hochschulforschung und Hochschulpraxis*, 71 S.

3’05: Juliana Körnert / Arne Schildberg / Manfred Stock: *Hochschulentwicklung in Europa 1950-2000. Ein Datenkompendium*, 166 S.

2’05: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa: Geschichte und Transformation. Bibliografische Dokumentation 1990-2005*, 132 S.

1b’05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Fachhochschule Merseburg*, 51 S.

1a’05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz*, 51 S.

6’04: Dirk Lewin / Irene Lischka: *Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung*, 106 S.

5’04: Peer Pasternack: *Qualitätsorientierung an Hochschulen. Verfahren und Instrumente*, 138 S.

4’04: Jens Hüttmann: *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten.* Unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 100 S.

3’04: Martin Winter: *Ausbildung zum Lehrberuf. Zur Diskussion über bestehende und neue Konzepte der Lehrerausbildung für Gymnasium bzw. Sekundarstufe II*, 60 S.

2’04: Roland Bloch / Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse,* 124 S.

1’04: Christine Teichmann: *Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung*, 40 S.

5’03: Hansgünter Meyer (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.

4’03: Roland Bloch / Jens Hüttmann: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.

3’03: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S.

2’03: Robert D. Reisz: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.

1’03: Robert D. Reisz: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.

5’02: Christine Teichmann: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.

4’02: Hans Rainer Friedrich: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S.

3’02: Irene Lischka: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.

2’02: Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.

1’02: Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.

5’01: Peer Pasternack: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000.* Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S.

4’01: Christine Teichmann: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.

3’01: Heidrun Jahn: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.

2’01: Jan-Hendrik Olbertz / Hans-Uwe Otto (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven,* 127 S.

1’01: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.

5’00: Irene Lischka*: Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.

4’00: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel-*

und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg, 83 S.

3'00: Dirk Lewin: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.

2'00: Anke Burkhardt: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S.

1'00: Heidrun Jahn: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.

7'99: Bettina Alesi: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990–1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation.* In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S.

6'99: Heidrun Jahn / Reinhard Kreckel: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.

5'99: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.

4'99: Heidrun Jahn: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung,* 35 S.

3'99: Dirk Lewin: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements,* 61 S.

2'99: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S.

1'99: Gertraude Buck-Bechler: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.

5'98: Irene Lischka: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.

4'98: Peer Pasternack: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.

3'98: Heidrun Jahn: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.

2'98: Dirk Lewin: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.

1'98: Heidrun Jahn: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.

5'97: Anke Burkhardt: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.

4'97: Irene Lischka: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.

3'97: Gertraude Buck-Bechler: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.

2'97: Irene Lischka: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.

1'97: Heidrun Jahn: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von Peer Pasternack. Redaktion: Daniel Hechler

Themenhefte 2005–2016:

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)

Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S.; € 17,50)

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg 2011* (2012, 328 S.; € 17,50)

Karsten König / Rico Rokitte (Hg.): *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 209 S.; € 17,50)

Edith Braun / Katharina Kloke / Christian Schneijderberg (Hg.): *Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung* (2011, 211 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulföderalismus* (2011, 217 S.; € 17,50)

Carsten Würmann / Karin Zimmermann (Hg.): *Hochschulkapazitäten – historisch, juristisch, praktisch* (2010, 216 S.; € 17,50)

Georg Krücken / Gerd Grözinger (Hg.): *Innovation und Kreativität an Hochschulen* (2010, 211 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Zwischen Intervention und Eigensinn. Sonderaspekte der Bologna-Reform* (2009, 215 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen in kritischen Kontexten. Forschung und Lehre in den ostdeutschen Regionen* (2009, 203 S.; € 17,50)

Robert D. Reisz / Manfred Stock (Hg.): *Private Hochschulen – Private Higher Education* (2008, 166 S.; € 17,50)

Martin Winter: *Reform des Studiensystems. Analysen zum Bologna-Prozess* (2007, 218 S.; € 17,50)

Peer Pasternack: *Forschungslandkarte Ostdeutschland,* unt. Mitarb. v. Daniel Hechler (Sonderband 2007, 299 S., € 17,50)

Reinhard Kreckel / Peer Pasternack (Hg.): *10 Jahre HoF* (2007, 197 S., € 17,50)

Karsten König (Hg.): *Verwandlung durch Verhandlung? Kontraktsteuerung im Hochschulsektor* (2006, 201 S.; € 17,50)

Georg Krücken (Hg.): *Universitäre Forschung im Wandel* (2006, 224 S.; € 17,50)

Manfred Stock / Andreas Wernet (Hg.): *Hochschule und Profession* (2005, 278 S, € 17,50)

Konjunkturen und Krisen. Das Studium der Natur- und Technikwissenschaften in Europa (2005, 246 S.; € 17,50)

HoF-Handreichungen. Beihefte zu „die hochschule“

Auch unter http://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.

Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.

Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Mission possible. Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel,* Halle-Wittenberg 2014, 118 S.

Jens Gillessen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack und Bernhard von Wendland, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.

Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen,* unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.

Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik,* Halle-Wittenberg 2013, 107 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen,* Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang,* Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung,* Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de

Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ 2008–2016

Peer Pasternack / Isabell Maue: *Die BFI-Policy-Arena in der Schweiz. Akteurskonstellation in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Tobias Kolasinski und Henning Schulze, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 327 S.

Peer Pasternack: *Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 613 S.

Peer Pasternack: *Die Teilakademisierung der Frühpädagogik. Eine Zehnjahresbeobachtung,* unter Mitwirkung von Jens Gillessen, Daniel Hechler, Johannes Keil, Karsten König, Arne Schildberg, Christoph Schubert, Viola Strittmatter und Nurdin Thielemann, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 393 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Künstlerische Hochschulen in der DDR. 25 Jahre zeithistorische Aufklärung 1990–2015: Eine Auswertung mit bibliografischer Dokumentation*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 146 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold (Hg.): *Schaltzentralen der Regionalentwicklung: Hochschulen in Schrumpfungsregionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 330 S.

Peer Pasternack: *Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 274 S.

Roland Bloch / Monique Lathan / Alexander Mitterle / Doreen Trümpler / Carsten Würmann: *Wer lehrt warum? Strukturen und Akteure der akademischen Lehre an deutschen Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 274 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S.

Johannes Keil: *Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945-1989*, Leipzig 2014, 358 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

Romy Hilbrich / Karin Hildebrandt / Robert Schuster (Hg.): *Aufwertung von Lehre oder Abwertung der Professur? Die Lehrprofessur im Spannungsfeld von Lehre, Forschung und Geschlecht*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 330 S.

Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 572 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsveranstalt, Leipzig 2013, 505 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S.

Eva Bosbach: *Von Bologna nach Boston? Perspektiven und Reformansätze in der Doktorandenausbildung anhand eines Vergleichs zwischen Deutschland und den USA*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 182 S.

Roland Bloch: *Flexible Studierende? Studienreform und studentische Praxis,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 336 S.

Reinhard Kreckel (Hg.): *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz,* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Weitere Veröffentlichungen aus dem Institut für Hochschulforschung (HoF) 2011–2016

Benjamin Baumgarth / Justus Henke / Peer Pasternack: *Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelvolumina und Mittelflüsse im deutschen Hochschulsystem*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2016, 134 S.

Anke Burkhardt: *Professorinnen, Professoren, Promovierte und Promovierende an Universitäten. Leistungsbezogene Vorausberechnung des Personalbedarfs und Abschätzung der Kosten für Tenure-Track-Professuren*, GEW, Frankfurt a.M. 2016, 67 S.

Peer Pasternack / Isabell Maue: *Die Akteurskonstellationen im Schweizer Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem*, unt. Mitarb. v. Tobias Kolasinski, Schweizerischer Wissenschafts- und Innovationsrat (SWIR), Bern 2015, 71 S.

Anke Burkhardt / Sigrun Nickel (Hg.): *Die Juniorprofessur. Neue und alte Qualifizierungswege im Vergleich*, edition sigma, Baden-Baden 2015, 456 S.

Michael Fritsch / Peer Pasternack / Mirko Titze (Hg.): *Schrumpfende Regionen – dynamische Hochschulen. Hochschulstrategien im demografischen Wandel*, Springer VS-Verlag, Wiesbaden 2015, 302 S.

Verbundprojekt Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre (Hrsg.): *Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt*, Magdeburg 2015, 144 S.

Peer Pasternack: *Qualitätsstandards für Hochschulreformen. Eine Auswertung der deutschen Hochschulreformqualitäten in den letzten zwei Jahrzehnten*, UniversitätsVerlagWebler, Bielefeld 2014, 224 S.

Benjamin Köhler / Isabell Maue / Peer Pasternack: *Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie,* Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014, 84 S.

Peer Pasternack u.a.: *50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation,* Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014, 608 + XXXII S.

Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): *Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt,* WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S.

Tobias Peter (Red.): *All inclusive. Politik und Pädagogik schulischer Inklusion in Sachsen,* Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, Dresden 2013, 188 S.

Peer Pasternack / Reinhold Sackmann (Hg.): *Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts,* Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013, 256 S.

Sebastian Bonk / Florian Key / Peer Pasternack (Hg.): *Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013, 48 S.

Klaus Friedrich / Peer Pasternack (Hg.): *Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe. Fallstudien der Expertenplattform „Demographischer Wandel" beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt*, Universitätsverlag Halle, Halle (Saale) 2012, 312 S.

Peer Pasternack: *Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts* (Der Hallesche Graureiher 2/12), Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2012, 112 S.

Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: *Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt* (WZW-Arbeitsberichte 2/2011), WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt* (WZW-Arbeitsberichte 1/2011), unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 107 S.

Johannes Keil / Peer Pasternack: *Qualifikationsprofile in Arbeitsfeldern der Pädagogik der Kindheit. Ausbildungswege im Überblick,* unt. Mitarb. v. Yvonne Anders, Andrea Binder, Hans Gängler, Klaus Fröhlich-Gildhoff, Anne Levin, Manfred Müller-Neuendorf, Iris Nentwig-Gesemann, Monika Pfaller-Rott, Volker Pudzich, Simone Stelzmüller u. Mathias Tuffentsammer, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2011, 114 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): *Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt",* WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 68 S.

Peer Pasternack / Tim Hutschenreuter (Red.)

HoF-Lieferungen

Die Buchpublikationen des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Halle-Wittenberg 2013, 88 S.
ISBN 978-3-937573-41-0

Bezug: institut@hof.uni-halle.de
Auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/01_hof_buecher_katalog_2013.pdf